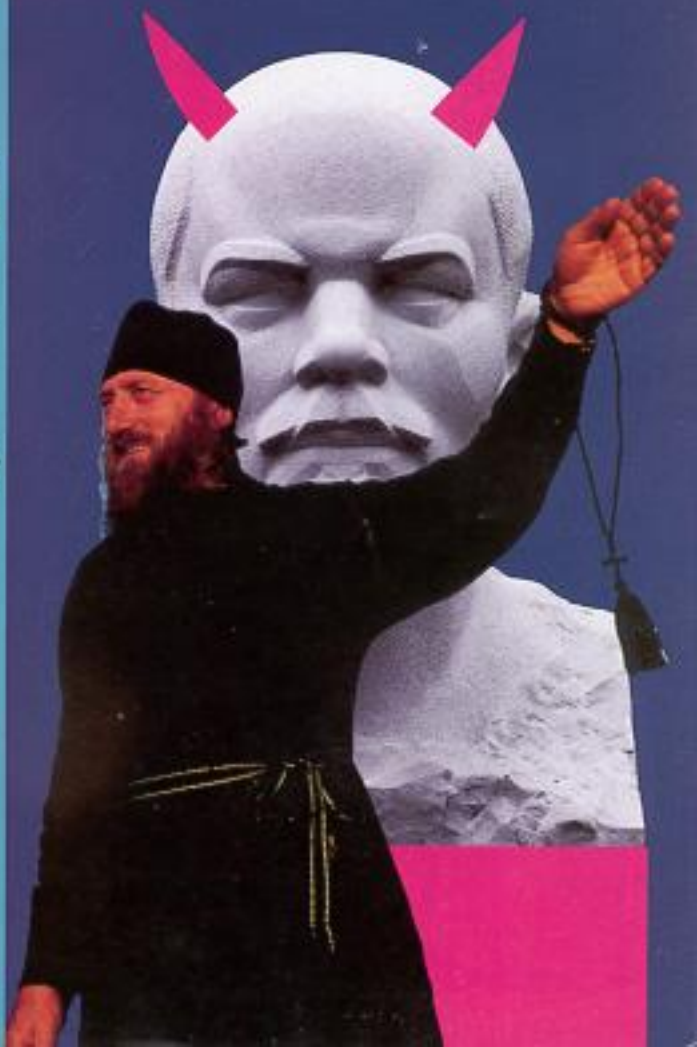
Heft 6 Juni 1990 6,80 DM

C 4143 E

# konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Ideologie: Christus siegt bei Leningrad
- § 218: Deutschland, einig Mutterland
- »Zeit«-Geist Euthanasie
- Eugenik, selbstbestimmt
- Hermann Kant: Mein Jahr 1989
- Südafrika: Reformierter Rassismus



# in konkret Juni 1990

## von konkret

## an konkret

**Christus siegt bei Leningrad** von Hermann L. Gremliza

**218 : 153** von Barbara Ritter

Als auf dem Tisch noch um den Kurs gefeilscht wurde, war's unterm Tisch schon abgekartet: nicht 1:1, sondern 218 gegen 153. Der Paragraph 153, der in der DDR den freiwilligen kostenlosen Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 12 Wochen regelt, soll der deutschen Einheit weichen

**Deutschland, einig Mutterland** von Claudia Burgsmüller

**Buch des Monats: Selbstbestimmung und Eugenik** von Theresia Degener

Barbara Katz-Rothman, Schwangerschaft auf Abruf – vorgeburtliche Diagnose und die Zukunft der Mutterschaft, Metropolis Verlag, Marburg, 278 Seiten, 29,80 Mark

**Tödlicher »Zeit«-Geist** von Oliver Tolmein

Bevor man Unsägliches tun kann, muß darüber geredet werden, und wenn die Erhaltung »lebensunwerten Lebens« zu teuer wird, darf »Euthanasie« kein Tabu bleiben. Daß das Gerede über »Sterbehilfe« heute wieder gesellschaftsfähig geworden ist, verdankt das neue Deutschland der fünfzehnjährigen Kampagne einer liberalen Wochenzeitung

## Termine

**»Ein ganz gemütlicher Mensch«** von Detlef zum Winkel

Kurt Rebmann, ein Verfassungsfeind, wie für die Demokratie geschaffen, geht in Pension

**»Auch '33 schon«** von Wolfgang Schneider

Zweimal Deutschland über alles: Während die konformistische Linke in der Bundesrepublik auf dem Marsch in die Volksgemeinschaft ist und in törichtem Optimismus von »Gestaltungsmöglichkeiten« der Wiedervereinigung schwätzt, spricht aus den Texten etablierter Chauvinisten zunehmend die Ahnung, es werde auch diesmal nicht gutgehen mit den Deutschen. Der Autor empfiehlt daher, beim Nachdenken übers neue Großdeutschland sich an die Äußerungen der letzteren zu halten

**Das neue Deutschland** von Hagen Kühn

Schon jetzt steht fest: Die unvermittelte Einführung der DM wird die wirtschaftlichen Wunschvorstellungen vieler DDR-Bürger (»Kommt die DM bleiben wir – kommt sie nicht geh'n wir zu ihr«) nachhaltig enttäuschen und einem großen Teil ihres jetzigen Staatsgebietes wird sich lediglich eine Hinterhofperspektive eröffnen

**Der Weg zur inneren Einheit II** von Wolfgang Pohrt

Wie ticken die Deutschen? Im letzten Heft hat KONKRET mit dem Abdruck einer sozialwissenschaftlichen Studie begonnen, die Wolfgang Pohrt unter dem Arbeits-Titel »Autoritätsgebundener Charakter BRD 1990« für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« erstellt. Sein methodisches Vorbild ist die Studie »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische Propaganda untersucht hatten. In diesem Heft dokumentiert KONKRET Pohrts Bemerkungen zur empirischen Methode, eine Version des

Fragebogens und Überlegungen zu seiner Modifikation

**»Die Rechnung der Leiden«** von Stanislaw Kania
Seit ihrer Gründung weigert sich die Bundesrepublik standhaft, die polnischen Opfer des deutschen Vernichtungskriegs zu entschädigen. Noch leben 1,8 Millionen Polen, die ein Recht auf finanzielle Wiedergutmachung haben. Bonn aber verlangt, daß sie sich entschuldigen und verzichten

**Harmonie auf unterstem Niveau** von Claudia Roth; Petra Hanf
Das neue Ausländergesetz stellt die nationalstaatstragenden Parteien zufrieden. Es nimmt den Nicht-Deutschen alle Rechte, vermeidet aber allzu völkische Begriffe

**Liberale Apartheid** von Birgit Morgenrath; Thomas Nachtigall
Südafrikas Politik der Rassentrennung wird zu kostspielig. Mit Reformversprechungen versucht der neue Präsident de Klerk daher, die schwarze Opposition zum Abschied von ihren politischen Forderungen zu bewegen. Schon lobt der Westen die Liberalisierungspolitik, während die Polizei weiter Schwarze erschießt: mehr als dreihundert seit den Unruhen im Februar

**Purcell, Politics and Fingerprints** von Hermann Kant
Vorabdruck eines Kapitels aus seiner »Erinnerung an die Gegenwart« (Arbeitstitel), betreffend das gloriose Jahr 89, die Umschulung des Generalsekretärs, den Leserbrief des Bonner Außenministers, das Kapital von Karl May, den »Golf« in Sachsenhand, den Hund im Fernsehen, eine Zuführung zur Klärung eines Sachverhalts und das Grab der englischen Meyers

**Tomayers ehrliches Tagebuch** von Horst Tomayer

**»Modernisierung« und Destruktion** von Walter Grode
In der durch die Thesen von Susanne Heim und Götz Aly (KONKRET 10/89) ausgelösten Debatte um die Frage, ob es eine »Ökonomie der 'Endlösung'« gegeben habe oder ob die Massenvernichtungspolitik der Nationalsozialisten »Zwecklos« (Dan Diner) durchgeführt worden sei, weist Walter Grode auf das Nebeneinander unterschiedlicher Formen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik im besetzten Polen hin, die gleichwohl je für sich »funktional« gewesen seien: ökonomische Modernisierung in den »eingegliederten Ostgebieten«, Vernichtung durch Arbeit an der Schnittstelle zum Generalgouvernement, ökonomisch sinnlose Sofortvernichtung als Krisen»lösung« in Zentral- und Ostpolen

**Blubberlutsch** von Kay Sokolowsky
Wer von Comics verlangt, sie hätten Kunst zu sein, und nicht etwa bloß brauchbar, bekommt Tinnef, wenngleich vom Feinsten, fantastisch lackierten Schrott

**Bloß keine Besprechung!** von Ernst Kahl
»Der reife Bernstein« (Henscheid) hat ein »Lehr; Lust; Sach- und Fachbuch sondergleichen« herausgegeben, das Sie, liebe Leserin, lieber Leser, bis morgen Abend gekauft haben werden

**Vom Segen der Freiheit** von Dietrich Kuhlbrodt
Ein Dokumentarfilm als Kinohit: Michael Moores »Roger and Me« ist auch eine US-amerikanische Antwort auf Alfred (Herrhausen) und wir«

**Echt sozialdemokratisches Kino** von Georg Seeßlen
Costa-Gavras' neuer Film »Music Box« nimmt dem Zuschauer nicht bloß das Denken, sondern auch das Sehen und Fühlen ab

**Gremlizas express** von Hermann L. Gremliza

konkret 06/90, S. 4

# von konkret

Am 9 Mai ist Ingrid Strobl aus der Haft entlassen worden. Der Bundesgerichtshof hat den Schuldspruch des 5. Strafsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf rechtskräftig abgeändert: Der 129a-Vorwurf ist fallengelassen worden, nach wie vor sehen es die Richter aber als erwiesen an, daß Ingrid Strobl Beihilfe zu einem Sprengstoffanschlag geleistet hat. Das Strafmaß wurde aufgehoben und muß demnächst neu verhandelt werden. Das heißt: Ingrid Strobl ist keine Straftat nachzuweisen, aber weil sie bereits zweieinhalb Jahre, zeitweilig vollständig isoliert, gesessen hat, muß wenigstens der Tatvorwurf erhalten bleiben. Der außerordentliche » Vorgang, daß der Bundesgerichtshof das 129a-Urteil einstimmig rechtskräftig aufhob, ist anderslautenden Gerüchten zum Trotz kein Zeichen dafür, daß etwa der Rechtsstaat funktioniere, sondern macht auf ein Merkmal politischer Justiz aufmerksam: Da sie nur vorgibt, Straftatbestände zu verhandeln, in Wirklichkeit aber Gesinnung aburteilt, dabei ihr Paragraphen also eine unwesentliche, politische Ziele aber eine erhebliche Rolle spielen, reagiert sie auch verhältnismäßig empfindlich auf nachhaltigen öffentlichen Protest. Ingrid Strobl ist draußen – das freut uns außerordentlich, auch wenn es zweieinhalb Jahre zu lange gedauert hat. Die 129a-Verfahren in Stuttgart-Stammheim, Düsseldorf und Frankfurt aber laufen weiter wie eh und je.

Die schlichte Annahme, eine Zeitschrift werde abonniert, weil ein Leser oder eine Leserin sich den manchmal weiten Weg zum Kiosk ersparen will, wird von neueren Forschungsergebnissen nicht bestätigt. Vielmehr macht das Abonnement, so belehrt uns die Psychopathologie des Bestellens und Abbestellens, einen wichtigen Posten in der Seelenhaushaltskasse aus. Während die Bestellung eines Abonnements sich positiv auf dem Konto Libido & Caritas niederschlage, diene die Kündigung dem zeitweiligen Ausgleich des defizitären Machtetats. Zur Bestätigung dieses Befundes verweist die Forschung auf ein einschlägiges Schreiben vom 24. April 1990 aus der Universitätsstadt Marburg:

*Wir kündigen zum nächst-möglichen Termin unser KONKRET-Abo. Die Assoziation Gysi/Noske auslösendes »I-Tüpfelchen« – das übertrifft den »Spiegel« beträchtlich!*

*Ulla Deppe*

*Frank Deppe*

Zwei RevolutionärInnen, die – und auch noch zu jeweils halber Gebühr – wenigstens einmal in diesem Leben ein kurzes Gefühl jener Macht kosten durften, in der die Objekte ihrer wissenschaftlichen Mühe, die Kapitalisten, ihr Leben lang sich suhlen. Niedergestreckt den Gegner auf vier Zeilen, ohne Anrede frech und mit Ausrufezeichen mutig und ohne Rücksicht auf die eigene Person und deren wehe Füße, die hinfort jeden letzten Freitag im Monat zum Kiosk werden laufen müssen, um nachzusehen, ob weitere »I-Tüpfelchen« den »Spiegel« noch beträchtlicher übertreffen oder ob die Kündigung zum nächst-möglichen Termin (nicht später, aber auch keinen Tag früher, bezahlt ist bezahlt) die Assoziatoren Mores gelehrt hat.

Neu in diesem Heft eine Kolumne, die die feministische Juristin Claudia Burgsmüller künftig alle zwei Monate für uns schreiben wird: zur Kritik an der patriarchalen Justiz und Rechtssprechung in diesem Land. Claudia Burgsmüllers Kolumne alterniert mit einer literarischen Kolumne der in Hamburg lebenden Schriftstellerin Brigitte Kronauer (»Berittener Bogenschütze«, »Rita Münster«), die erstmals in KONKRET 7/90 erscheinen wird.

Im zweiten Teil seiner Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990« (S. 35-42) stellt Wolfgang Pohrt eine Version des Fragebogens vor, durch dessen Beantwortung er empirisches Material über die »Elemente des Massenbewußtseins« in der BRD zu erhalten hofft. Vorschläge, Beobachtungen und Kritik sowohl zur Fragestellung als auch zur methodischen Durchführung der Studie sind dem Autor willkommen und können der Redaktion zugeschickt werden. Vor allem jene Leserinnen und Leser, die als Lehrer, Uni-Dozenten oder in der Erwachsenenbildung arbeiten und Möglichkeiten haben, ihren Schülerinnen und Schülern Fragebogen vorzulegen, sind aufgerufen, sich zu melden. Denn je breiter die Datenbasis dieser Untersuchung ist, desto präziser wird sich die Frage nach den »Chancen für einen neuen Faschismus als Gemütsbewegung« (Pohrt) in Deutschland beantworten lassen.

Endlich wieder erhältlich ist Wolfgang Pohrts Essay-Band »Der Geheimagent der Unzufriedenheit. Balzac – Rückblick auf die Moderne«. Die Edition TIAMAT, Berlin, hat das seit Jahren vergriffene Buch in einer erweiterten Neuauflage wieder herausgebracht (120 S., 18 Mark).

konkret 06/90, S. 6

# an konkret

Verwirrter Sprach-Jongleur

**KONKRET S/90: »Ich, Josef Stalin« von Hermann L. Gremliza**

Zu Beginn der 90er Jahre, am weltweiten Ende des realen Sozialismus, hat beides, das Verdrängen und Verstauben der Kritik des Stalinismus fatale Folgen. Die einen jammern über den »Zusammenbruch des Sozialismus« (von DKP über »Arbeiterkampf« bis zu einzelnen KONKRET-Autoren), die anderen jaulen über den »Sieg des Imperialismus«. Dritte wiederum gefallen sich beim Jonglieren mit Begriffen, mit Sprache und tragen so auch nicht gerade zur Aufdeckung der Wahrheit bei. Zu letzteren gehört in diesem Fall Gremliza mit seinen verwirrenden und verwirrten Bemerkungen unter dem Titel »Ich, Josef Stalin« in KONKRET 5/90. Schlimmer noch, er bagatellisiert an Stellen, wo Worte den Horror nicht auszudrücken vermögen.

Gremliza erwähnt die Stalinschen »Fehler« und »Verbrechen«, die »Massenliquidierungen«, ohne eine Ahnung von dem Ausmaß und der Systematik zu vermitteln. Der von Gremliza als »Loftphilosoph« titulierte Franzose Glucksmann hat 1975 als erster (damals noch) Linker auf die Systematik und Funktion der Zwangsarbeitslager hingewiesen: Seit Mitte der 30er Jahre war der Widerstand der sowjetischen ArbeiterInnen trotz der von Trotzki eingeführten »Militarisierung der Arbeit« gegen die verschärfte Ausbeutung und Verlängerung des Arbeitstages so weit angewachsen, daß ihnen mit den Mitteln der »materiellen Anreize« und des Kampfes gegen die »Gleichmacherei« (Stalin) nicht mehr beizukommen war.

Das Wahnsinnsprogramm der Industrialisierung und Kolonisation des ländlichen Raums der Sowjetunion innerhalb eines Jahrzehnts – einem Tempo, wofür England und Deutschland über 100 Jahre brauchten – konnte nur vollendet werden mit dem brutalen Massenterror: Dreimal Zuspätkommen zu Schichtbeginn reichte für die sow. Kolchose- und FabrikarbeiterInnen zum Abtransport in die GULAG's Sibiriens und des Ural. Peter W. Schulze (»Herrschaft und Klassen in der Sowjetgesellschaft«) weist auf die ökonomische Bedeutung der Strafgefangenenarbeit hin. Die Zwangskollektivierung, die Vertreibung und Umsiedlung ganzer Völker und die unzähligen Zwangsarbeitslager waren die ökonomischen Eckpfeiler dieser sowjetischen Variante des Prozesses der ursprünglichen Akkumulation. Und hier liegt, verehrter Herr Gremliza, nebenbei bemerkt, die Parallele zu Sohn-Rethels Vorarbeiten für den »Generalplan Ost« im Mitteldeutschen Wirtschaftstag.

Die Schärfe der Kritik an der modernen Zivilisation des Westens müssen wir nun endlich auch auf das System des Realen Sozialismus anwenden. Hier gibts nix mehr zu relativieren oder mit den besonderen historischen Umständen der Bedrohung durch die imperialistischen Mächte zu entschuldigen, wie dies Gremliza in Bezug auf die Opfer Stalins in der DDR von 45 bis Anfang 50 praktiziert: »Nun spricht vieles dafür, daß die sowjetischen Sieger auch Unschuldige inhaftiert haben und manche, deren Unschuld sie kannten. Sie können Opfer Stalins genannt werden und waren doch zuerst Opfer des deutschen Faschismus, der die Lage, in der ihnen dieses Unrecht geschehen konnte, herbeigeführt hatte.« Hier reproduziert Gremliza ein Stalinsches Herrschaftsinstrument und verfälscht die Geschichte.

Hauke Benner

Berlin-Kreuzberg

Trotz hat nichts mit Trotzki zu tun, und eine Provokation aus Wut endet oft obszön. Stalinismus war und ist die Syphillis der Arbeiterbewegung; es mag wenig erbaulich sein, von einem Blödmann Stalinist beschimpft zu werden, aber man kann sich eleganter aus der Affäre ziehen, als stolz auf diese Titulierung zu sein, bloß weil der Urheber der Benennung als Mentalmasturbant, Idiot und Neo-Imperialist bekannt ist.

Überhaupt mache man sich eines klar. Wie man es auch dreht und wendet, ob in einwandfreiem Deutsch oder in ängstlichem Gestammel, kein Weg führt an diesen Tatsachen vorbei. Wenn es die Linke nicht schafft, sich binnen Jahresfrist zu einer wuchtigen antikapitalistischen Partei zu formieren – denn nur die Geschlossenheit und Organisationsform einer Partei wird stark genug sein, den sicher eintretenden reaktionären fall-out zu überstehen – wird man sich wieder einmal viel zu spät erst in einem KZ zu einer Volksfront zusammenfinden können.

Thorsten Steinmann

Bielefeld

Strafe

**KONKRET 5/90 »Der Weg zur inneren Einheit«, Wolfgang Pohrt über die Empfänglichkeit dar Deutschen für faschistische Propaganda Teil I**

Daß »I« und »r« reicht velwechsert werden können, darauf hat Ernst Jandl in einem berühmten Gedicht hingewiesen. Offensichtlich gilt dies ebenso für »I« und »t«: Olten ist ein Ort in der Schweiz, Otten der Name des Linksverteidigers von Werder Bremen, aber auch eines deutschen Schriftstellers, den die Nationalsozialisten 1933 ins Exil zwangen, aus dem er nicht zurückkehrte. Entsprechend gering ist sein Nachruhm – augenscheinlich selbst in KONKRET. So erfreulich es ist, daß W. Pohrt in seinem Artikel auf die jüngst bei Luchterhand erstmals in deutscher Sprache edierte Studie »Geplante Illusionen. Eine Analyse des Faschismus« Karl Ottens aus dem Londoner Exil rekurriert, so bedauerlich ist die durchgehend falsche Schreibweise seines Namens. Zur »Strafe« lesen W. Pohrt und die Redaktion Karl Ottens expressionistische Prosa und Feuilletonarbeiten aus den 20er Jahren, zum 100. Geburtstag des Autors 1989 erschienen im Arche Verlag Zürich bzw. Alano Verlag Aachen. Preiswert erhältlich daneben: »Torquemadas Schatten«, Ottens Roman über den Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs in der »Bibliothek der verbrannten Bücher« bei Fischer, erstmals wiederaufgelegt 1980 – im Konkret Literatur Verlag!

Hermann Ruch

München

Zunächst Dank für die Studie »Der Weg zur inneren Einheit«. Vor allem nach dem 9. November ist schwer nachzuvollziehen, warum und wieso es möglich ist, daß das »Volk der DDR« sich mehrheitlich von allem abwendet, ja alles wegwirft, was mittel- und unmittelbar wertvoll ist.

Die psychischen Defekte, die in der Studie beschrieben werden, deren Folgen jeweils für sich noch harmlos, in Kombination mit Enttäuschungen, binären Chemiewaffen gleich, katastrophale Wirkungen zeitigen können, hat mich an ein Gespräch mit einer sowjetischen Reiseleiterin erinnert.

Im Verlauf des Gesprächs schilderte sie die schwierigsten Episoden ihrer Reiseleitertätigkeit. Es waren Reisegruppen ehemaliger Wehrmachts- und SS-Angehöriger, die mit komfortabelsten Reisebussen die Routen abfuhren, die sie im Weltkrieg II auf andere Weise zurücklegten. Diese alten Männer, die sich vor Gedenktafeln der von ihnen zerstörten ehemaligen sowjetischen Dörfer fotografieren ließen, hätten durch ihre freundliche Indifferenz gegenüber ihren Taten und gegenüber den »Russen« einen Umgang mit ihnen fast unmöglich gemacht. Wenn sie wenigstens so etwas geäußert hätten wie Haß auf die Russen, daß sie Russen nicht ausstehen können, – aber diese Indifferenz, im Verteilen von Bonbons und Freundlichkeiten gipfelnd, hätte sie so abgestoßen, daß sie sich mittlerweile weigere, solche Gruppen zu begleiten, sagte Olga, die Reiseleiterin.

Jochen Hanisch

Hamburg

Prägnant

**KONKRET 4/90: »East of Neiße« von Hermann L. Gremliza**

Vor Jahren schickte ich Ihnen einen »collagierten« Leserbrief, den Sie sogar abdruckten. Hier der nächste:

*Ein Stück weit östlich der Neiße aber wird entstehen, was die Welt noch nicht gesehen hat: ein konventionell und atomar auf Weltniveau gerüstetes Entwicklungsland. Nicht mehr eine außerhalb ihres Machtbereichs friedliche, berechenbare, viele chauvinistische Völkerschaften unter Kontrolle haltende und den Erwerb der dringendsten Lebensmittel sichernde Sowjetunion, sondern ein selber chauvinistisches, rassistisches, hungerndes und frierendes Rußland, das in Kämpfe mit Dutzenden ebenso chauvinistischer, rassistischer, hungernder und frierender, aber »befreiter« Nachbarn verwickelt ist, vom Baltikum bis zum Kaukasus.*

So prägnant hat noch kein Leitartikler von NYT, WP, FAZ, SZ, SN usw. das Thema 1 der Weltpolitik auf eine ebenso umfassende wie zugleich kurze Formel gebracht! Gratular!

Dann las ich weiter dieses:

*Der späte Endsieg der Deutschen und die finale Niederlage der Sowjetunion finden nicht zufällig zur selben Zeit statt, sondern auf demselben Schlachtfeld, im selben Krieg. DerSieg der einen war die Niederlage der andern. Die Sowjets werden nicht die letzten Sieger von einst sein, denen dies droht.*

Ich dachte, in diesem Jahr fallen in der »semana santa« Weihnachten, Ostern und Pfingsten auf einen Tag.

Adolf von Thadden

Parteivorsitzender der NPD von 1967 bis 1971

Teneriffa

konkret 06/90, S. 8

**Hermann L. Gremliza**

# Christus siegt bei Leningrad

Vor ihrer ersten Sitzung, die der Alterspräsident mit einem »Gott schütze unser deutsches Vaterland« eröffnet, versammeln sich die Abgeordneten der Volkskammer, unter ihnen neunzehn Pfarrer, in der Gethsemane-Kirche. Die Fraktion der PDS ist vollzählig erschienen, die anderen Fraktionen folgen ihren Hirten: Pfarrer Meckel, Pfarrer Schröder, Pfarrer Ebeling, Pfarrer Eppelmann... Der noch amtierende Ministerpräsident Modrow betet vor: »Manche sagen Gott, ich sage Verantwortung.« Die »Frankfurter Allgemeine« meldet: »Kurz nach der Wende in der DDR hat die theologische Ausbildungsstätte den Decknamen 'Sprachenkonvikt' abgelegt und sich in 'Kirchliche Hochschule Berlin-Brandenburg' umbenannt.« Absolventen der Tarnfirma sind die Sozialdemokraten Meckel und Schröder. Das staatliche Fernsehen überträgt den Ostersegen »Urbi et Orbi« live in die Sowjetunion. Der Weltkirchenrat tagt zum ersten Mal in Moskau. Die Regierung der UdSSR legalisiert die katholische Kirche der Ukraine. In Bukarest und Sofia werden Festgottesdienste und Prozessionen veranstaltet. Vor 500.000 Tschechoslowaken erklärt Karol Wojtyla: »Osteuropa ist durch die gewaltsame Anwendung einer materialistischen Ideologie verkrüppelt worden. Aber der Kampf der Kommunisten gegen die Kirche ist gescheitert.« Der Präsident Havel »legt bei einem Vier-Augen-Gespräch mit dem Papst die Beichte ab«. Vor einem Jahr noch mußte, wer erfahren wollte, was ein osteuropäischer Politiker im geheimen treibt, Wanzen installieren. Nun danket alle Gott.

Der Sieg auf der ganzen Linie ist der Una Sancta und ihren Trabanten nicht in den keuschen Schoß gefallen. Er war ein hartes Stück Arbeit. An ihrem Anfang stand die Erkenntnis, daß mit militärischen und ökonomischen Mitteln allein das Reich des Bösen nicht zu überwinden sei und die Gemütswerte, die das Reich der Freiheit in den fünfziger und sechziger Jahren und zuletzt in Vietnam zur Erscheinung gebracht hatte, eher abschreckend als werbend auf die Bewohner Osteuropas wirken mußten. Der Kapitalismus selbst hatte ideologisch nichts mehr zu bieten. Aber gab es da nicht diese Aberglaubensgemeinschaft, deren frohe Botschaft ganze Kontinente gefügig gemacht und gehalten hatte, indem sie die »Ausgleichung aller Infamien in den Himmel setzte und dadurch die Fortdauer dieser Infamien auf der Erde rechtfertigte« (Marx)? Deren soziale Prinzipien noch keinen Börsentag verhagelt haben und die doch den Mühseligen und Beladenen etwas bieten konnte, »die, an der materiellen Erlösung verzweifelnd, eine geistige Erlösung als Ersatz suchen – einen Trost im Bewußtsein, der sie vor der gänzlichen Verzweiflung bewahrte«, wie der bekannte Erz-Engels Friedrich verkündet hatte?

Leider war der genannte Verein nicht in bester Verfassung: Seine enge Liaison mit dem italienischen Faschismus und den deutschen Nazis war noch nicht vergessen, der römische Vorstand hatte es deshalb vorgezogen, auf spektakuläre Offensiven zu verzichten und sich dem engeren Vereinsleben, der Mitgliederwerbung und den Finanzen zu widmen. So dauerte es bis zum Ende der siebziger Jahre, ehe die katholische Kirche für den großen Kreuzzug aufgerüstet werden konnte.

Gestützt auf ein immenses Steueraufkommen, das einen Großteil der zentralen Betriebskosten deckt, und die Spendenmittel von »Adveniat« und »Misereor«, die die Kirchenkassen in der Dritten Welt füllen, brachten die deutschen Mitglieder des Wahlausschusses 1978 eine Mehrheit für den Filialleiter von Krakau, Karol Wojtyla, zusammen, der, anders als Kandidaten aus westlichen Ländern, nicht im Verdacht stand, ideologischer Zutreiber der Herrschenden zu sein, sondern im Gegenteil die Duftmarke setzte, die den Verirrten in die Nase stechen konnte: Widerständler, verfolgter Bekenner. Nur von einem solchen würden zugleich die Osteuropäer sich zum Aufstand gegen ihre gottlosen Führer animieren und die hungernden Massen Lateinamerikas, dessen 400 Millionen Katholiken die Hälfte der Mitgliedschaft ausmachen, sich sagen lassen: »Hängt Euer Herz nicht an eine illusorische Befreiung«.

Die Kalkulation ist aufgegangen. Wojtyla, der metaphysische Marschflugkörper, umkreiste die Welt, schaffte Ruhe im westlichen Hinterhof des Himmels und Trubel im östlichen Vorhof der Hölle. Schnell lernte er, daß die von ihm erst so gehaßten Theologen der Befreiung seine besten Assistenten waren und umso bessere sein konnten, je deutlicher er ihre Distanz zu ihm markierte. Nur so ließ sich jener rebellische Rest, der die Infamien auf der Erde schon im Diesseits gemildert sehen wollte, bei der Stange halten. Auch daß, wie er wußte, die Kirche im Osten nicht so sehr Glaubensgemeinschaft als Versammlungsraum weltlicher Opposition war, die von ihm und seinem Bruder Reagan verlangte »Religionsfreiheit« also eher politische Organisationsfreiheit meinte, störte ihn bald nicht mehr. Die Zeit, da er auch dort vor illusorischer Befreiung warnen und die Ausgleichung aller Infamien in den Himmel verlegen müßte, würde ja erst kommen – durch ihn und mit ihm und in ihm.

Sie bricht gerade an: »Der Papst sowie Staatspräsident Vaclav Havel würdigten den Freiheitskampf und die friedliche Revolution vom Jahresende. Der Kampf der Machthaber in den ehemals kommunistischen Ländern Osteuropas... ist gescheitert. Johannes Paul rief die Tschechen und Slowaken auf, jetzt auch nach moralischem Fortschritt zu streben. Die

Menschen dürften nicht den Versuchungen eines westlichen Konsumrausches erliegen. « Als wäre er in Lima bei seinen lieben Peruanern.

Die gottlosen Machthaber sind vertrieben, jetzt müssen die Massen für die Bedürfnisse des Kapitals zugerichtet werden, gelten wieder »die sozialen Prinzipien des Christentums«, »die Feigheit, die Selbstverachtung, die Erniedrigung, die Unterwürfigkeit, die Demut, kurz alle Eigenschaften der Kanaille«, die der Ausgebürgerte von Chemnitz aufgezählt hatte. Die Eiseskälte, mit welcher die Kirche die Massen bei ihrer Prozession – ideologisch einen Schritt zurück, materiell zwei Schritte vor – mittendrin abpfeift, erinnert an die schwäbische Weingärtnersfrau, die dem letzten Wunsch ihres sterbenden Mannes, sie möge ihm aus dem Keller noch einmal ein Gläschen Zibebenwein (Trockenbeerenauslese) holen, die Antwort erteilt: Etzt wird net zibebelet, etzt wird gschtorbe. Jetzt wird nicht konsumiert, jetzt wird gebetet und gearbeitet.

»Wo die Not am größten, da ist Gott, die Pfeife oder die Flasche am nächsten... Warum freilich in der Sowjetunion neuerdings wieder mehr Kirchen gebaut und Alkoholiker therapiert werden müssen, wäre eine andere, interessante Frage«, schrieb mein Kollege Michael Schilling 1985. Eine Antwort könnte lauten, daß »das Proletariat... seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seine Unabhängigkeit noch viel nötiger hat als sein Brot«, und gerade dann, wenn an diesem Mangel ist, sich wenigstens »nicht als Kanaille behandeln lassen will« (immer derselbe) – von einer selbstzufriedenen, autoritären Bürokratie, die sich selbst für die größte jener Errungenschaften hält, die sie Tag und Nacht gegen jede Kritik verteidigt.

Gorbatschows Antwort bestand darin, bei Wojtyla um eine Audienz nachzusuchen; sein Nachfolger wird sich wohl schon vom Moskauer Metropoliten ins Amt einführen lassen, natürlich erst, nachdem der ihm die Beichte abgenommen hat: Hast du Unkeuschheit getrieben mit dir selbst? Hast du den Namen deines HERRN geehrt? Hast du fremdes Gut zu expropriieren begehrt? Ego te absolvo. Zur Buße betest du drei Vaterunser und fünf Gegrüßet seist du, Marie.

konkret 06/90, S. 10

**Barbara Ritter**

# 218 : 153

**Als auf dem Tisch noch um den Kurs gefeilscht wurde, war's unterm Tisch schon abgekartet: nicht 1:1, sondern 218 gegen 153. Der Paragraph 153, der in der DDR den freiwilligen kostenlosen Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 12 Wochen regelt, soll der deutschen Einheit weichen**

Das Bundesverfassungsgericht hat 1975 entschieden, daß eine Fristenlösung für die Abtreibung bis in alle Ewigkeit mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Dasselbe Gericht ist jetzt noch einmal angegangen worden, um zu entscheiden, ob auch die Praxis der Notlagenindikation und ihre Krankenkassenfinanzierung verfassungswidrig sei. Anfang März hat die bayerische Staatsregierung endlich eingelöst, was eine Phalanx von CDU/CSU-Hardlinern, Kirchen und rechten Abtreibungsgegnern seit Jahren fordert. Offen gibt der Klagevertreter des Freistaats, Prof. Steiner, zu, daß »die innerdeutsche Diskussion« für den Zeitpunkt der Klage »ein wichtiger Punkt« war.

Frauen aus der DDR, aus Italien und Irland werden bei der bundesweiten Demonstration und Kulturveranstaltung gegen den Paragraphen 218 am 16. Juni in Bonn sprechen. Mit der »neuen Dimension DDR« verbinden sich Hoffnungen auf neue Verbündete. Aber auch falsche Erwartungen werden geweckt. Politikerinnen der FDP und SPD wärmen am gesamtdeutschen Feuer ihre alten Forderungen nach einer Fristenlösung wieder auf. Sie stellten die Übernahme der DDR-Fristenregelung, verbunden mit einer ordentlichen und bewährten BRD-Zwangsberatung, als »realistische Chance« dar, quasi als Mitbringsel der DDR beim Anschluß.

Gegen die Übernahme des bundesdeutschen Paragraphen 218 und für ihr »Recht auf unentgeltlichen selbstentschiedenen Schwangerschaftsabbruch« demonstrierten am 22.4.90 in Ost-Berlin ca. 2000 Frauen und Männer. Noch Anfang März hieß es in der von der Volkskammer beschlossenen Sozialcharta: »Das Recht der Frau auf selbstbestimmte Schwangerschaft muß gesichert bleiben«. Schon kurz darauf aber mischte der Runde Tisch den »Lebensschutz« in den Entwurf für eine neue DDR-Verfassung. Die Koalitionsvereinbarungen der neugewählten Regierung setzten bereits deutliche Prioritäten: »Umfassender Schutz des ungeborenen Lebens durch umfangreiche Beratungs-, Aufklärungs- und Unterstützungsangebote... für Frauen bei Beibehaltung der Fristenlösung zum Schwangerschaftsabbruch . «

Doch auch die Fristenregelung wird schon jetzt in der DDR praktisch ausgehöhlt. Im »Deutschen Ärzteblatt« werden die Möglichkeiten dafür ausgelotet: »Vielleicht ist die Mehrheit der Frauen in der DDR ja für die geltende Fristenregelung – bewiesen ist das aber nicht, denn das Gesetz wurde ja nicht von einer demokratisch gewählten Volksvertretung beschlossen. Die noch nicht Geborenen sind noch unter keinem Regime dazu befragt worden. Aber wenigstens die Ärzte in der DDR werden künftig zum ersten Male einen eigenen Standpunkt vertreten dürfen; eine schwere Verantwortung, die da auf sie zukommt.« Einige Ärzte in der DDR forderten prompt eine finanzielle Beteiligung der Frauen.

Das endgültige Aus für die Fristenlösung soll über die Währungs- und Sozialunion und den Anschluß der DDR nach Artikel 23 erreicht werden, wenn »endlich« dort auch das eine, heilige Grundgesetz gilt. Wobei dann das Abtreibungsverbot nicht die einzige Zumutung für die Frauen der DDR sein wird.

Einen »Beitrag zur Lösung der Fragen unserer Zeit in Kirche und Staat in beiden Teilen unseres zertrennten Vaterlandes« will auch Roman Herzog leisten. Er ist am Bundesverfassungsgericht der Vorsitzende Richter des 1. Senats; er wird sich zusammen mit sechs weiteren Richtern und einer Richterin der bayerischen Normenkontrollklage annehmen. Im Evangelischen Staatslexikon, das Herzog selbst herausgibt, geht er ins Detail: »Stellt man auf das 'biologische Wunder' der Menschwerdung ab... so muß das Grundrecht auf Leben schon von der Konjugation (Vereinigung der Keimzellen) an wirken. Über die Verfassungsmäßigkeit der heutigen Regelung zum Schwangerschaftsabbruch ist damit noch nichts Endgültiges gesagt«.

## »Juristenvereinigung Lebensrecht« als Vorreiter

Etwas »Endgültiges«, am besten ein neues Urteil des Bundesverfassungsgerichts, streben die Abtreibungsgegner seit Jahren an. Um ihre juristischen Anstrengungen zu koordinieren, gründeten sie 1984 eigens die »Juristen-Vereinigung Lebensrecht e.V.« (JVL). Sie »leistet wissenschaftliche Vorarbeit für eine verfassungskonforme, wirklich humane Reform des Gesetzesrechts... und weist auf Rechtsmißbrauch hin« (Eigenwerbung). Sie gibt eine eigene Schriftenreihe heraus, ihre Mitglieder publizieren eifrig vor allem in juristischen und medizinischen Fachblättern. Zeitgleich mit der Normenkontrollklage und natürlich mit entsprechendem Inhalt, veröffentlichte der Vorsitzende der JVL, Bernward Büchner, einen Artikel in der Beilage der Wochenzeitung »Das Parlament«: »Abtreibung : das Versagen des Rechtsstaates« .

Die JVL kann mit »namhaften Verfassungsrechtlern und Strafrechtslehrern« Reklame machen: Prof. Willi Geiger ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Rats, Mitglied ist Ernst Träger, beide sind ehemalige Bundesverfassungsrichter. Prof.

Dr. Herbert Tröndle, Mitherausgeber eines die Rechtsprechung wesentlich prägenden Kommentars zum Strafgesetzbuch, ist der stellvertretende Vorsitzende der JVL. Tröndle vertritt seit Jahren genau die Positionen, die sich das Memminger Gericht 1989 zu eigen machte, daß nämlich Indikationen vor Gericht überprüft werden müßten.

Der Sekretär der JVL, Dr. Werner Esser, war der Rechtsanwalt jenes Mannes, der 1984 in Köln das Sorgerecht über »seinen« Embryo erwirkte und so die Abtreibung verhinderte. Ein weiteres Mitglied der JVL, Rechtsanwalt Philipp, war es, der 1981 die Klage gegen die Krankenkassenfinanzierung beim Sozialgericht Dortmund vertrat und damit bis zum Bundesverfassungsgericht vorstieß. Philipp bezeichnet nicht nur den Paragraphen 218 als verfassungswidrig, sondern auch das Asylrecht. Er ist Unterzeichner des berüchtigten rassistischen »Heidelberger Manifests«, Referent bei Veranstaltungen des »Schutzbundes für das deutsche Volk« und Autor in der »FAZ«.

Die JVL ist »überparteilich, überkonfessionell und nur dem Recht verpflichtet«. Daß ihr Mitglied Philipp nicht ein einzelner Ausrutscher nach rechts ist, zeigt ein Blick in die Autorenliste der Zeitschrift »MUT«, des publizistischen Brückenorgans für Konservative und offene Faschisten. Hier schrieb Herbert Tröndle: »Beratung erlaubt Tötung«. Darin wirft er der Bundesregierung Untätigkeit beim Erhalt des deutschen Volkes vor: »Auf fünf geborene Kinder kommen drei abgetriebene; sie werden zudem. . . auf eine Weise umgebracht, die das Gesetz bei warmblütigen Tieren auf dem Schlachthof zu verhindern weiß... Weltweit monieren deutsche Politiker die Menschenrechte. Im eigenen Lande suchen sie aber nach Ausreden, wenn es um das Lebensrecht der nächsten Generation geht.« Er will die Normenkontrollklage, um dem »Abtreibungs-Establishment« das Handwerk zu legen.

Auf ihre Verbindungen zum rechten bis rechtsradikalen Lager mögen sich die Herrschaften der JVL nicht gerne ansprechen lassen. In Freiburg gingen sie mit einer Unterlassungsklage gerichtlich gegen Gemeinderätinnen, Gewerkschaftsfrauen und die Frauenbeauftragte der Stadt vor, die sie in einer öffentlichen Erklärung als »rechte bis rechtsradikale frauenfeindliche Lebensschützerorganisationen« bezeichnet hatten und die sich gegen die Vergabe von städtischen Räumen an die JVL aussprachen. Die Lebensschützer fühlten sich beleidigt. Mit ihrer Unterlassungsklage kamen sie jedoch nicht durch. Das Landgericht entschied im Januar 90: Zwar handle es sich »um eine zugespitzte und den Kläger herabsetzende Äußerung, die sich aber nicht als bloße Ehrverletzung, sondern als inhaltlicher Beitrag zum politischen Meinungskampf darstellt und daher grundsätzlich durch Art. 5 Abs. I GG gedeckt ist.« Die JVL ging jetzt in die Revision.

**Die Normenkontrollklage**

Bei der »Juristenvereinigung Lebensrecht« hat die Bayerische Landesregierung ihre Klageschrift nicht ausarbeiten lassen. Verfaßt hat die Normenkontrollklage Prof. Udo Steiner, der seit 1979 den Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Regensburg innehat und eher auf Städtebau-, Straßen- und Verkehrsrecht spezialisiert ist. Freundlich gab er im »Frauenmagazin Mona Lisa« Auskunft und der »TAZ« ein Interview: »Da ich nicht katholisch bin und nicht CSU-Mitglied, passe ich eigentlich nicht in das Klischee dieser Klage. Ich bin kein CSU-Jurist. Man kann also auch nicht sagen, das ist eine Kaplans- oder Bischofsklage gewesen. So eine Klage erfordert auch politischen Mut.«

Außerdem erfordert sie über 50 Seiten Papier. Etwa die Hälfte davon ging für Literaturverweise drauf: reihenweise Autoren der JVL, CDU-Anträge aus Baden-Württemberg, CSU-Anträge aus Bayern, das evangelische Staatslexikon, ein katholischer Theologieordinarius als Experte für Schwangerschaftskonflikte. Und – Gottseidank – wurde Tröndle im letzten Jahr 70 und der BVerf.-Richter a.D. Geiger 80, so daß ihre gegenseitigen Festschriften einen reichhaltigen Zitatenschatz abgaben.

Abweichend von Tröndle rechnet Steiner vor, daß bei eh schon zu niedriger Geburtenrate »mindestens jedes vierte gezeugte Kind abgetrieben wird«. Eine wirklich originelle Wortwahl: Da werden »Kinder gezeugt«, und die Frauen machen sie wieder kaputt. Es ist die bekannte Mischung von Bevölkerungspolitik und Frauenverachtung: Die »unfaßbar hohe Zahl der Abtreibungen«, insbesondere nach der Notlagenindikation, gelte es zu reduzieren, denn das seien offenbar mehrheitlich »Egoismusabtreibungen«. Es »können 'schätzungsweise' über 80 Prozent Notlagenindikationen 'bei strenger, aber gesetzlich geforderter psychosozialer Diagnostik unter Egoismus, d.h. fehlende Motivation zum Kinde, Bequemlichkeit, d.h. fehlende Bereitschaft, berufliche und familiäre Belastungen auf sich zu nehmen oder des Konsumstrebens, d.h. Erhaltung des sozialen oder finanziellen Status eingeordnet werden'... Hier muß ein verfassungskonformes Beratungs- und Indikationsfeststellungsverfahren dafür sorgen, daß die allgemeine Notlagenindikation nur in den Fällen beansprucht wird, in denen das Bundesverfassungsgericht einen Verzicht auf die Strafdrohung für verfassungsrechtlich gerechtfertigt hält.«

Die Notlagenindikation soll also formal im Gesetz erhalten bleiben, praktisch aber nicht mehr anwendbar sein. Die geforderten »Verfahren« stellt sich die bayerische Landesregierung etwa so vor wie das bayerische Beratungsgesetz in Kombination mit den Memminger »Verfahren«. Wie die Notlagenindikation dort gezielt eingesetzt wurde, ist im Memminger Urteil nachzulesen: ». . .armes Luder, die sonst der Sozialhilfe zur Last gefallen wäre, die Brüder

gerichtsbekannte Gestalten, Notlage... eine Frau, die gerne flirtet, der Freund wäre durchaus leistungsfähig gewesen und hätte Unterhalt gezahlt, keine Notlage... der Vater Alkoholiker, die Mutter krank**,** Notlage.«

Besonders die Ärzte sollen besser unter Kontrolle gebracht werden. Ihre Indikationen müssen jederzeit für »informationsbefugte Dritte nachvollziehbar und nachprüfbar« sein. Und nicht jeder soll dazu berechtigt sein. Das ist eine alte Forderung der Abtreibungsgegner: »Die Entscheidung über das Vorliegen einer Indikation, die über Leben oder Tod des ungeborenen Kindes bestimmt, (darf) nicht weiterhin einzelnen Ärzten überlassen bleiben, die sich die Schwangere nach ihrem Belieben aussuchen kann« (Prof. Eike von Hippel in »MUT«).

Und womöglich suchen sich Frauen wie in Koblenz einen türkischen Arzt. Die Indikationsfeststellung, schreibt Dr. Siegfried Ernst aus Ulm, ermögliche es »jedem Mediziner – auch Türken, Persern, Afrikanern, Asiaten usw., die bei uns das Examen machten und statt nach Haus zu gehen, sich hier als Assistenten oder niedergelassene Ärzte betätigen, über die Existenz und das Recht auf Leben jedes beliebigen, ungeborenen deutschen Kindes zu entscheiden«. Er äußert die Befürchtung, daß »in vielen Fällen neben der Geldgier auch der antiweiße Rassenkomplex noch mit abreagiert« werde. Auch Dr. Ernst, Vorsitzender der »Lebensschützer«-Organisation »Europäische Ärzteaktion«, ist Mitglied der JVL. Bis Herbst 89 war er Alterspräsident der evangelischen Landessynode Württembergs.

Der zweite Teil der Klage richtet sich gegen die Krankenkassenfinanzierung des Abbruchs nach Notlagenindikation: »Die Androhung von Strafe, die ganz besonders geeignet ist, den Unrechtscharakter der Handlung 'Abtreibung' in das Rechtsbewußtsein zu rücken und Einfluß zu nehmen auf die Wertvorstellungen und die Verhaltensweisen der Bevölkerung, wird in ihrer zentralen rechtsethischen Wirkung weitgehend aufgehoben, wenn das Sozialversicherungsrecht die Abtreibung als einen normalen, sozial unauffälligen, versicherungstypischen Lebenszwischenfall und ihre Ausführung als eine übliche ärztliche Leistung wertet.« So etwas senke die »Abtreibungsschwelle ganz allgemein« . In einem Interview gab sich Steiner sozial: »Abtreibung ist nicht mehr schichtenspezifisch... Für wirklich finanziell Schwache kann die Sozialhilfe einspringen«. Die Träger der Krankenversicherung könnten jährlich um »mindestens annähernd 100 Mio. entlastet werden«, wenn sie bei Notlagenindikation nicht mehr zahlten.

Nach den Wünschen der bayerischen Landesregierung soll es den Paragraphen 218 mit medizinischer, kriminologischer, eugenischer und allgemeiner Notlagenindikation weiter geben, aber: »Diese Tatbestände markieren keine lebensschutzfreie Zone.« Offenbar ist der Paragraph 218 mit seinen Indikationsregelungen ein ideales Instrument der Bevölkerungspolitik und der Verfügungsgewalt über Frauen. Er setzt die Pflicht zum Gebären und regelt straffreie Ausnahmefälle, nach dem Motto: Wenn schon weniger Kinder, dann gesunde, leistungsstarke, deutsche.

Über die eugenische Indikation werden Behinderte ausgemerzt. Die kriminologische Indikation (bei Vergewaltigung) wurde zum Schutz der »deutschen Mädels« vor »Mischlingen« von schwarzen GIs in den fünfziger Jahren eingeführt. Über die Notlagenindikation soll die Sozialauswahl gesteuert werden. Und letztlich besteht als Daumenschraube bei diesen drei Indikationen immer die amtlich entschiedene »Zumutbarkeit« für die Frau.

Es ist bezeichnend, daß dieser Strafparagraph, der 1871 bei der ersten deutschen Reichsgründung eingeführt wurde, offenbar bei jeder weiteren deutschen Reichsgründung neu zugeschliffen werden soll. Es wird uns nichts geschenkt werden, auch nicht eine »gesamtdeutsche Fristenlösung«. Den bundesdeutschen Paragraphen 218 müssen wir schon selbst und vor allem hier in der BRD bekämpfen. Das ist die beste Solidarität mit den Frauen in der DDR. Zu einer Demonstration für die ersatzlose Streichung des 218 ruft deshalb ein breites Bündnis für den 16. Juni nach Bonn auf: »Wir wollen dem internationalen Druck der Moralisten und Bevölkerungsstrategen den gemeinsamen Widerstand der Frauen entgegensetzen. Wir fordern das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht für alle Frauen . «

Kasten »Rechts-Abtreibung« auf Seite 12

Seit der »Reform« des Paragraphen 218 im Jahre 1976 haben Abtreibungsgegner immer wieder das Bundesverfassungsgericht gegen die Kassenfinanzierung der Abtreibung und gegen die Notlagenindikation bemühen wollen. 1984 wies das BVerfG eine Richtervorlage des Dortmunder Sozialgerichts ab, allerdings allein aus verfahrensrechtlichen Gründen. 1985 drängte Bundeskanzler Kohl seinen Parteifreund Bernhard Vogel zum Gang nach Karlsruhe. Das rheinland-pfälzische Kabinett zog nicht mit.

1984 versuchten 74 (männliche) CDU/CSU-Abgeordnete im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Streichung der Kassenfinanzierung zu lancieren. Bayerische und baden-württembergische Beamtinnen erhalten keine Beihilfe bei Notlagenindikation. 1988 verhinderten CDU/CSU-Abgeordnete die Übernahme der Kassenfinanzierung in das neue Gesundheits-Reformgesetz .

Gleichzeitig versuchten Abtreibungsgegner ihre Ziele über alle erdenklichen juristischen Etappen zu erreichen: väterliches Sorgerecht über einen Embryo, 1984 in Köln; Verweigerung der Lohnfortzahlung 1986 in Iserlohn (1989 vom Bundesarbeitsgericht aufgehoben); Entmündigung und vormundschaftsgerichtliche Anordnungen 1987 in Celle,

gerichtliche Überprüfung der Indikation 1987 in Nürnberg, und zuletzt, allzubekannt: Memmingen. Seit dem Schandurteil gegen Dr. Theissen aber ist das Memminger Gericht keineswegs untätig geblieben, sondern wühlt immer noch in der Patientinnenkartei: Drei Prozesse gegen überweisende Ärzte, zwei endeten mit Freispruch. Freigesprochen wurde ebenso eine türkische Bankangestellte, jedoch unter skandalösen Umständen: Sie hatte den Schwangerschaftsabbruch gar nicht von Dr. Theissen, sondern in der Türkei vornehmen lassen. Dennoch zog sich der Prozeß über eineinhalb Jahre hin, weil das Gericht in der Türkei nachforschte und die Aussagen des türkischen Arztes noch einmal von einem »Sachverständigen« überprüfen ließ. Seit dem 26.4.90 steht Magdalena Federlin nun in der dritten Runde in Memmingen vor Gericht. Das Bayerische Oberste Landgericht hob den Freispruch der zweiten Instanz auf und gab dem hanebüchenen Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft statt.

konkret 06/90, S. 14

**Claudia Burgsmüller**

# Deutschland, einig Mutterland

In der historischen Stunde der deutschen Männer wähle ich die Kolumne eines linken Presseorgans zum Ort feministischer Rechts- und Justizkritik und knüpfe an die Tradition linker Prozeßkritik an, wohl wissend um das Spannungsverhältnis derselben (vgl. Diskussionen um Vergewaltigungsprozesse zwischen Feministinnen und linken Verteidigern z.B.). Die derzeit anstehende Neuregelung des Zugriffs auf die Reproduktionsautonomie von Frauen wird eine Qualität erreichen, die das enge »Politik«verständnis der Linken zu Recht und Justiz nicht zu fassen vermag.

1. Derzeit taucht ein »feministisch utopisches Element« auf, wenn eine grenzüberschreitende Frauenmacht erreicht, daß die deutsche Vereinigung an der Regelung des Schwangerschaftsabbruchs scheitert. Lothar de Maiziere reklamiert die Beibehaltung der Fristenlösung für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen; schon tönt einer aus Bonn, immerhin für eine Übergangsphase sei eine gleichmäßige Kontrolle aller deutschen Frauen unverzichtbar (auf Dauer natürlich unerträglich). Ich sähe ihn gern, den Schwangerschaftsabbruch als historischen Knackpunkt, der die neue patriarchale Machtdemonstration Deutschland verhindert! Verarbeiten wir »hier« gerade die Einbrüche in die »liberale Rechtsform« (der §§ 218 ff StGB) von 1976, gilt es scheinbar nur, die Frauen »dort« davon zu überzeugen, daß erweiterte Zwangsberatungen für Frauen unerträglich sind, um dann in der gemeinsamen Offensive der Frauen das kleinere Übel der bestehenden DDR-Lösung zu wählen. Im juristischen Diskurs treffe auch ich diese pragmatische Wahl.

Die breite Front der GegnerInnen gegen eine Übernahme des hiesigen Indikationenmodells läßt stutzig werden. Bei einem näheren mißtrauischen Blick auf die dortige Fristenlösung scheint auch hinter dem Ministerpräsidenten der CDU die Sicherheit und Gemeinsamkeit zweier patriarchaler Rechtssetzungen auf, die dasselbe Ziel eint: Die »Kontrolle der Medizin über die Nutzung der Gebärmutter« (Barbara Duden, 1988) zu etablieren.

Zugegeben klingt verlockend, was Paragraph I des Gesetzes über die Unterbrechung der Schwangerschaft von 1972 erklärt: Es wird der Frau das Recht übertragen, über Anzahl, Zeitpunkt und die zeitliche Aufeinanderfolge von Geburten in eigener Verantwortung zu entscheiden. Was leicht zu überlesen wäre, ist dann doch ausschlaggebend für die Einschätzung: *Kinderlosigkeit* ist offenbar nicht in diesem Selbstbestimmungsrecht erfaßt. Es drängt sich der Verdacht auf, daß es mit der Gewährung der Reproduktionsautonomie für Frauen nicht weit her ist.

Er wird bestätigt beim Blick in die Fachliteratur, die die Gesundheit von potentiellen Müttern als geschütztes Rechtsgut benennt. Moralische Wertungen lauten wie folgt: »Der dauernde Verzicht auf Kinder, auch die gewollte Beschränkung auf ein Kind ist moralisch in der Regel nicht gerechtfertigt und allzu oft Ausdruck einer kleinbürgerlichen Haltung«. Weitere Einschränkungen des Alleinentscheidungsrechts für Frauen in den ersten 12 Schwangerschaftswochen, die in der Diskussion bisher nicht benannt wurden, ergeben sich aus dem Gesetz selbst. Die Erfahrungen aus Memmingen und anderswo haben auch Nicht-Juristinnen inzwischen wieder gelehrt, wachsam nach dem Unterdrückungspotential auch der liberalsten Regelung zu forschen. Da findet sich dann im DDR-Recht die Verpflichtung der die Schwangerschaft abbrechenden Ärzte und Ärztinnen in der stationären Einrichtung, *Gegenindikationen zu* prüfen. Selbstverständlich verbietet sich eine körperliche direkte Gefährdung der Frauen durch den Eingriff, aber auch Gefährdungen sind gemeint, die sich als Verlust oder Einschränkung der *Fertilität* auswirken könnten. Eine Gegenindikation liegt auch dann vor, wenn der letzte Abbruch erst 6 Monate zuvor vorgenommen wurde.

Mit diesen Kriterien also auch »dort« ein Einfallstor für gynäkologische Entscheidungsmacht, die überdies durch klare Verfahrensregeln ausbaufähig ist. Kann sich die ungewollt Schwangere zunächst in einem ersten vertrauensvollen Gespräch an den/die HausärztIn oder den/die BetriebsärztIn wenden – mündlich und unkompliziert – wird sie dann an die stationäre gynäkologische Einrichtung überwiesen, wo die Gegenindikationen geprüft werden. Versagt man ihr dort den Schwangerschaftsabbruch, steht ihr die Anrufung der Fachärztekommission des Kreises, gegen deren Entscheidung wiederum der Einspruch an die Fachärztekommission des Bezirks zu. Ein derart dicht geknüpftes Netz der sozialen Kontrolle über die Reproduktionsentscheidung von Frauen läßt erschauern – z.Zt. wird es offenbar nicht restriktiv benutzt, doch ist leicht auszumalen, wie es dort bei einem Gebärstreik der Frauen Anwendung fände oder wie man damit den Beratungsprozeß im bundesrepublikanischen Verfahren perfektionieren könnte. (Ein Positives der 76er Reform war ja, gerade keine Ärztegremien mit Entscheidungsmacht auszustatten!) Mit diesem Zugriffs- und Kontrollinstrumentarium im Hinterkopf läßt es sich leicht vom *Alleinentscheidungsrecht* in den ersten 12 Wochen reden.

Wir kommen nicht umhin, die Freiheit von jeglicher staatlicher und gynäkologischer Kontrolle weiter einzufordern und die Bedingungen offensiv zu benennen, unter denen sowohl der Egoismus des Kinderhabens wie der der Kinderlosigkeit als gleichberechtigte Alternativen anerkannt sind. Eine der Gefahren, die von einem deutschen Wiedervereinigungsgebilde ausgehen könnten, wäre dann gebannt.

Trotz aller unauflösbaren Widersprüche müssen Frauen beides tun: an der Autonomieforderung festhalten und gleichzeitig die »am wenigsten schädliche Alternative« unter den beiden patriarchalen Rechtssetzungen fordern.

2. Ich wage einmal die These, daß der jetzige Umgang der DDR mit dem Schwangerschaftsabbruch auch zu einem gesteigerten Rechtsbewußtsein von mehr Frauen geführt hat, als sich derzeit aktiv in der Bundesrepublik einsetzen für größere Autonomie in diesem Bereich. Denn es ist frappierend, daß bei »hiesigen« Versuchen von Strafverfolgungsbehörden und Gerichten unabhängig vom jeweiligen Ausgang der Verfahren die meisten direkt betroffenen Frauen stumm bleiben. So in Memmingen, wo nur eine Handvoll Frauen Rechtsmittel gegen die an sie gerichteten Strafbefehle einlegte. Größer noch die öffentliche Scham an einem Ort in Rheinland-Pfalz, wo die staatsanwaltschaftliche »Schamlosigkeit« im Umgang mit der Intimsphäre von Tausenden von Patientinnen des Gynäkologieehepaars Ergüven in Neuwied schon wieder vergessen scheint. Denn noch bevor die erste Zeugin aussagen mußte, haben sich die Akteure im Strafverfahren wegen Abrechnungsbetruges zulasten der Krankenkassen – Staatsanwaltschaft, Gericht, Angeklagte und Verteidigung – geeinigt. Der Angeklagte ist der Anklage in Höhe einer Schadenssumme von DM 97.000 nicht entgegengetreten, stellte ansonsten unter Beweis, daß die eingeklagte Summe völlig überzogen war und bot weiter eine eigene Berechnung dar, nach der er selbst sich zu seinen Ungunsten in Höhe von DM 700.000 verrechnet habe. Ein Strafverfahren, das mehr Aussagen trifft über ärztliches Gebührenrecht und eine chaotische Abrechnungspraxis als über Kriminalität. Der Deal mag der Strafjustiz nicht schwergefallen sein, ersparte sie sich doch die monatelange Blamage, als Klein- oder zweites Memmingen attributiert zu werden, als Oberinquisitoren der Bundesrepublik quälerisch eine Anklage bewältigen zu müssen, die schließlich im Zweifel für die Angeklagten zur Verurteilung wegen Betruges von einer lächerlichen Summe geführt hätte. Um diese Anklage zu erstellen, waren über 2.000 Patientinnenkarteikarten in der Gynäkologiepraxis beschlagnahmt, gesichtet und bewertet worden. Jede Trichomonade, jede ungeklärte Blutung, jede verlagerte Gebärmutter, die Paßgröße des Diaphragmas, das Spermiogramm des »Partners« – und nicht zuletzt das Faktum Schwangerschaftsabbruch waren dokumentiert und dem Verfolgungseifer der schnüffelnden Kripobeamten und Staatsanwälte preisgegeben. Als Zeuginnen wurden Frauen befragt, wie lange sie auf dem gynäkologischen Stuhl verweilt hätten, ob die Beratungen des Arztes tatsächlich stattgefunden hätten usw. usw. Man klagte den Betrug an und entriß Hunderten von Frauen in fragwürdigen Vernehmungen Details über ihr Intimleben – nachdem man sich den Memminger Fragebogen besorgt hatte und einen dann öffentlich als unzulässig und unzumutbar kritisierten eigenen Fragenkatalog konzipierte, mit dessen Hilfe die Intimsphäre der Frauen durchschnüffelt wurde. Die Zeuginnen wurden überrumpelt, vernommen wegen Kassenbetruges, befragt zum Schwangerschaftsabbruch, zum Miterzeuger, zum Finanziellen, zur Adoptionsmöglichkeit und ob frau gedächte, noch einmal abzutreiben. Da reichte der subtile Hinweis von netten Kripobeamten, die Staatsanwaltschaft reagiere bei einer Aussageverweigerung höchst sensibel, werde dann wohl einen illegalen Schwangerschaftsabbruch unterstellen müssen, um die Frauen zur Rede zu bringen.

Niemand hatte ihnen gesagt, daß ihre Intuition, bei den Strafverfolgern zu *schweigen,* die richtige gewesen wäre. Keine organisierte Verweigerung, keine öffentliche Rechtsinformationen wie beim Volkszählungsboykott z.B., keine öffentliche Rede samt Rechtshilfefonds. Als sich der Protest dann organisierte, brachte die Prozeßstrategie des patriarchalen Quartetts (Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Angeklagte und Gericht) ihn gleich wieder zum Verstummen, konnte das *Schweigen* als *Prozeßstrategie der Frauen* nicht geplant noch umgesetzt werden. Unter dem autoritativen Druck der drohenden Ordnungsstrafen hätten sich einige – verständlicherweise – zur Rede bringen lassen, öffentlich geworden wäre hingegen ihre Verweigerung gegen eine *Invasion* ihrer Intimsphäre. Einige Heroinen unter ihnen hätten schließlich das Verfassungsgericht angerufen. Damit der Gang in die gynäkologische Praxis nicht zur »Volkszählung« der Gebärfähigkeit und -willigkeit von Frauen ohne Schutz verkommt, wäre das *Schweigen* die weibgerechte Offensive gewesen. Fragt sich, ob es sich noch besser beweisen kann, wenn eine auf tönernen Füßen daherwackelnde Anklage gegen den Gynäkologen wegen 56 versuchter illegaler Schwangerschaftsabbrüche in Koblenz verhandelt wird. Die rheinland-pfälzische Justiz christlich-liberalen Zuschnitts kann sich aber ebenso locker zurücklehnen und das Strafverfahren wegen Paragraph 219 StGB einstellen. Die Invasion der Gebärmütter hat stattgefunden, die sozialen Kontrollmechanismen greifen wieder: In der Gegend von Neuwied gibt es keine abbruchbereiten ÄrztInnen mehr noch Frauen, die sich beraten lassen; die Praxis der Ergüvens steht vor der sozialen Existenzvernichtung. Die Gesundheit von ungewollt schwangeren Frauen ist in diesem Bundesland zur Disposition gestellt worden.

*Claudia Burgsmüller ist Rechtsanwältin und lehrt Familien- und Strafrecht an der Fachhochschule Wiesbaden*

konkret 06/90, S. 16

**Theresia Degener**

# Buch des Monats: Selbstbestimmung und Eugenik

**Barbara Katz-Rothman, Schwangerschaft auf Abruf – vorgeburtliche Diagnose und die Zukunft der Mutterschaft, Metropolis Verlag, Marburg, 278 Seiten, 29,80 Mark**

Manchmal ist es lehrreich, ein Buch zweimal zu lesen. Als ich die amerikanische Studie von Barbara Katz-Rothman über die Auswirkungen der vorgeburtlichen Untersuchung auf schwangere Frauen und das Konzept von Mutterschaft (The Tentative Pregnancy) 1986 für die »taz« besprach, endete meine überwiegend positive Kritik mit der Hoffnung, »daß bald ein Verlag eine Übersetzung dieses Buches herausbringt«. Vier Jahre später hat sich diese Hoffnung erfüllt. Übersetzt von Juliette Liesenfeld hat der Marburger Metropolis Verlag »Schwangerschaft auf Abruf« herausgegeben. Daß das Buch für die aktuelle bundesdeutsche Diskussion ein großer Gewinn ist, scheint mir heute allerdings recht zweifelhaft.

Als eine der ersten Feministinnen hat sich Barbara Katz-Rothman darangesetzt, die Veränderung von Schwanger- und Mutterschaft durch einen Teil der nun seit Jahren heftig diskutierten Reproduktionstechnologien – die Pränataldiagnose, d.h. die vorgeburtliche Untersuchung schwangerer Frauen auf das »Risiko« eines behinderten Kindes – genauer zu untersuchen. Fast die Hälfte aller schwangeren Frauen über 35 Jahren lassen hierzulande bereits einen dieser pränatalen Tests, die Amniozentese (Fruchtwasseruntersuchung), an sich vornehmen, mit denen fetale Chromosomenabweichungen, die z.B. zu dem bekannten und gefürchteten Down Syndrom führen können, festzustellen sind. Katz-Rothman hat in den USA, wo der Anteil der Frauen, die sich einer Amniozentese unterziehen, noch höher liegt, 120 Frauen befragt: sechzig, die den Test abgelehnt, und sechzig, die Amniozentese gemacht haben. Daß sie viele von ihnen selbst zu Wort kommen läßt, ihre eigenen Analysen nicht darüber sondern daneben stellt, kennzeichnet ihre feministische Methode. Die Erfahrungen der Frauen bestätigen viele der Argumente früherer Kritikerinnen der Pränataldiagnose. Die Einführung der Amniozentese hat bei vielen Frauen die Angst, ein behindertes Kind zu bekommen, erst geweckt. Frauen werden durch die Möglichkeit, den Test zu machen, in die eugenische Pflicht genommen, d.h. ihnen wird die Verantwortung für die Qualitätskontrolle ihres Nachwuchses auferlegt.

Welche leidvollen Stationen die getesteten Frauen dabei durchmachen, schildern die Berichte der Frauen anschaulich. Zuerst die Entscheidung für oder gegen den Test, dann (falls nicht bereits durch die Amniozentese eine Fehlgeburt ausgelöst wurde), nach »schlechtem« Testergebnis, die Entscheidung für oder gegen Abtreibung. Die Abtreibung selber, die, da das Testergebnis frühestens ab der 20. Schwangerschaftswoche vorliegt, zu einem Zeitpunkt durchgeführt wird, in dem die Schwangerschaft fortgeschritten ist, schildern die Frauen als grauenvolles Erlebnis: »Sie gaben mir Prostaglandine-Injektion. Die Wehen, die ich hatte, dauerten unheimlich lang, den ganzen Tag, und waren unheimlich schwierig. Ich war vor, während und nach der Abtreibung auf der Entbindungsstation, und das war gräßlich. Sie steckten mich einfach in das hinterste Zimmer und ignorierten mich. Noch nach der Geburt (des toten Fetus, anm. T.D.) hatte ich viele Wehen. Viel schmerzhafter als ich sie nach meinen anderen Kindern gehabt hatte. Ich lag also ein paar Tage herum und nahm eine Menge Schmerzmittel. Sie sagten mir, das sei normal, diese Kontraktionen der Gebärmutter. Ich weinte viel.«

Daß Abtreibung nichts ist, was eine Frau mal eben so machen läßt, über die Traumata, die viele Frauen nachträglich zu verarbeiten haben, darüber haben bereits andere Feministinnen wie Susanne v. Paczensky in »Gemischte Gefühle – Von Frauen, die ungewollt schwanger sind« (Beck'sche Reihe, München 1988) geschrieben. Das besondere an einer Abtreibung nach Amniozentese ist, so erfahren wir aus der Katz-Rothman-Studie, daß sie einer Qualitätskontrolle während einer *gewünschten* Schwangerschaft folgt. Katz-Rothman nennt sie deshalb richtigerweise selektive Abtreibung. Die anschließende Trauer. die Zweifel über die Richtigkeit der Entscheidung, die Selbstvorwürfe, mit denen sich die meisten Frauen herumplagen, nimmt Katz-Rothman ernst. Sie widersprechen aber den gesellschaftlichen und familiären Erwartungen, mit denen die Frauen konfrontiert werden. Wenn selbst der Lebensgefährte glücklich ist, daß die Tragödie der Geburt eines behinderten Kindes noch rechtzeitig abgewendet werden konnte, dann wird die Frau, die gerade eine selektive Abtreibung hinter sich hat und dennoch trauert, schnell für schizophren erklärt. Anders ergeht es nur den Frauen, bei denen sich nachträglich herausstellt, daß eine Fehldiagnose gestellt wurde, sie also »umsonst« abgetrieben haben – auch das kommt vor.

Neu und bemerkenswert sind die Ergebnisse hinsichtlich der Veränderung von Wahrnehmung und Verhaltensweisen der schwangeren Frauen durch Pränataldiagnose. Frauen, die den Test machten, konnten sich in den Interviews nicht daran erinnern, wann sie die ersten fetalen Bewegungen, den ersten Tritt in den Bauch verspürt hatten. Frauen, die sich von vorneherein bewußt gegen die Amniozentese entschieden hatten, konnten sich an dieses Datum dagegen sehr gut erinnern. Katz-Rothmans Interpretation: Die ersten Bewegungen verspürt frau im allgemeinen ab der 16. Schwangerschaftswoche. Das ist aber der Zeitpunkt, zu dem der Test durchgeführt wird, und dessen Ergebnis liegt regelmäßig erst vier Wochen später vor. Frauen, die noch nicht wissen, ob sie diese Schwangerschaft abbrechen wollen, können sich über die

Wahrnehmung von Tritten, mit denen sich der Embryo sozusagen »individualisiert«, nicht freuen. Sie müssen im Gegenteil alles verhindern, was eine emotionale Beziehung zu dem Embryo entstehen lassen könnte.

Auch die Wahl der Kleidung paßt sich diesem Rhythmus – vor dem Test, nach dem Test – an. Frauen, die ein »gutes« Ergebnis hatten, erinnern sich genau daran, ihre Umstandskleider erst danach angezogen zu haben, egal wie sehr sich die Figur bereits verändert hatte. Katz-Rothman sieht hierin den psychologischen Effekt der neuen Technologien, mit der die »Realität auf den Kopf gestellt« wird. »Eine Diagnostik, die in der Mitte der Schwangerschaft ein Urteil fällt, stellt außergewöhnliche Anforderungen an die Frau, nämlich sich von ihrem Fötus getrennt zu sehen. Statt daß sie sich von vollkommener Einheit zur Separation, die gerade mit der Geburt beginnt, hinbewegt, verlangt diese Technologie, daß sie mit Separation und Distanzierung anfängt. Erst wenn ein akzeptierbares Urteil gefällt und der Fötus für erhaltenswert erklärt wurde, soll die Bindung beginnen.«

Diese Herangehensweise analysiert sie als männlich: »In den Augen der Männer führt die Schwangerschaft von der Separation zur Bindung. Der Augenblick der eigentlichen Separation, die Geburt, wurde zum Zeitpunkt der Bindung erklärt... Erst wenn wir unser Baby mit der Außenseite unseres Körpers berührt hatten, glaubte man, daß wir dann überhaupt erst Kontakt aufgenommen hatten – in der Sprache der Männer heißt es: Babys, die gestorben oder weggegeben wurden, sind von der Frau 'nie berührt, nie gehalten worden'. Jetzt, mit den frühen Diagnosemethoden, ist es genauso. Während die Frau sich langsam an den Gedanken gewöhnt, daß ein Teil ihres Körpers, dieser wachsende Bauch, in Wirklichkeit ein getrennter, selbständiger Fötus ist, den sie auf einem Bildschirm beobachten kann, wird auch das nicht zum Augenblick der Separation und Individuation erklärt, sondern zu einem Moment der Gefühlsentwicklung und Bindung... Technologie setzt voraus und erwartet deshalb von Frauen, daß ihre Erfahrungen denen der Männer entsprechen, d.h. daß auch sie mit Separation anfangen und in die Intimität hineinwachsen – aber auch das nur mit Vorsicht.«

Interessant ist auch, wie Katz-Rothman den sehr ähnlichen Prozess der fortschreitenden Medikalisierung von Schwangerschaft durch Pränataldiagnose beschreibt, mit dem der Fötus immer mehr zum eigentlichen Patienten auf- und die Schwangere zum »'maternal environment' (etwa: mütterliche Umgebung)« abgewertet wird.

Das Buch ist eine beachtliche Studie über die patriarchalische Technologisierung von Schwangerschaft aus der Sicht nichtbehinderter Frauen. Doch so kritisch Katz-Rothman die weibliche Entfremdung von Schwangerschaft durch Pränataldiagnose beleuchtet, so unkritisch befaßt sie sich mit dem bevölkerungspolitischen Wesen von Reproduktionstechnologie. Das erklärt sich aus ihrer sehr amerikanischen Haltung zur Technologieentwicklung: check and balance; die Vor- und Nachteile der neuen Technologie gegeneinander abwägend, meint sie, daß die positiven Seiten überwiegen: »Ich behaupte nicht, daß diese Technologie an sich nachteilig ist. Ich glaube, daß sie uns Gelegenheit bietet, an unseren Definitionen von Elternschaft, Mutterschaft, Vaterschaft oder Kindheit zu arbeiten und unsere Beziehungen innerhalb der Familie neu zu überdenken und zu verbessern. Von einem Teil der biologischen Zwänge befreit, könnten wir in Bezug auf Reproduktion ein besseres Verhältnis zu uns selbst und anderen auf einer Ebene größerer Gleichberechtigung entwickeln.«

Von Freiheit und Gleichberechtigung ausgerechnet in Bezug auf Gen- und Reproduktionstechnologie reden kann nur, wer die historisch-politischen Dimensionen ausblendet. Die Geschichte der Eugenik, die der heutigen Humangenetik und ihren pränataldiagnostischen Methoden zugrundeliegt, zeigt sehr genau, daß die praktische Anwendung der eugenischen Ideologie immer zur Stigmatisierung bestimmter Menschen (Genträger) als minderwertig, zu ihrer Aussonderung, Zwangssterilisation und schlimmstenfalls zur physischen Vernichtung geführt hat. In ihrem knapp 280seitigen Werk braucht Katz-Rothman für den entsprechenden Abschnitt ganze drei Seiten. Wie in einem Märchen aus vergangenen Zeiten erzählt sie darin von amerikanischen Zwangssterilisationsprogrammen gegen »minderwertige« EinwanderInnen um die Jahrhundertwende; der Name Hitler wird noch erwähnt, um dann flugs in die moderne Zeit der humangenetischen Beratung überzugehen, die in den USA in den 40er Jahren beginnt (während man in der postfaschistischen BRD immerhin weitere 30 Jahre warten mußte, bis über den rassenhygienischen Namen der Erbgesundheitsberatung Gras gewachsen war) und die sie als »eine Art vorbeugende Medizin« beschreibt, in die »vielleicht auch, wie manche befürchten, Überreste von eugenischem Gedankengut« Eingang gefunden haben könnten. Mit denen, die das befürchten, Aktivistinnen und Aktivisten der us-amerikanischen Behindertenbewegung, setzt sie sich kurz auseinander, um sie dann doch mit den Antifeministen der Lebensschützermafia in einen Topf zu werfen.

Katz-Rothmans Überlegungen zur eugenischen Dimension der pränatalen Diagnose geraten vor allem wegen ihres vorurteilsvollen Verständnisses von Behinderung so kurzschlüssig. Zwar stellt sie en passant fest, daß manche Behinderte sehr glücklich zu sein scheinen, und vergleicht: »Beides, Geschlecht und Behinderung, sind soziale Konstruktionen, die aufgrund von körperlichen (die Geistigbehinderten nimmt sie von diesem Vergleich bereits aus) Eigenschaften unsere Vorstellungen davon bestimmen, was für Menschen wir sind...«. Letztlich beharrt sie aber darauf, daß Behinderung mit unendlich viel Leid und Trostlosigkeit verbunden ist. »Ein behindertes oder schizophrenes Kind zu haben, ist wirklich tragisch. Darauf zu warten, daß es passiert, ist Folter.«

Vor allem dramatisiert sie immer wieder die großen Opfer, die Eltern eines behinderten Kindes bringen müssen: »Man mag fähig sein, 20 Jahre lang für ein normales Kind aufzukommen, aber lebenslange Aufwendungen für ein behindertes Kind sind einfach zuviel. Die meisten von uns können sich die finanziellen Belastungen durch ein behindertes Kind einfach nicht leisten. Und die emotionale und die finanzielle Belastung sind aufs engste miteinander verbunden«. Diese Erwägungen, die den meisten selektiven Abtreibungen tatsächlich zugrundeliegen, zu benennen, kann Katz-Rothman nicht vorgeworfen werden. Darüber nicht hinauszudenken, wie sie es über ihr gesamtes Buch hinweg tut, kennzeichnet jedoch, wie wenig sie tatsächlich die Situation von behinderten Menschen kennt. Hätte sie sich nur ein bißchen mehr mit den tatsächlichen Möglichkeiten von autonomen Lebensentwürfen für behinderte Menschen und deren Familien beschäftigt, so hätte sie festgestellt, daß es in diesem Bereich gerade in den USA innovative Ansätze gibt – sowohl was soziale Dienstleistungen, als auch was finanzielle Entlastungsmöglichkeiten anbelangt. Beispielsweise existieren in den USA über 200 sogenannte Center of Independent Living (Zentren für selbstbestimmtes Leben), die, von der Behindertenbewegung organisiert, Mütter mit behinderten Kindern entlasten können und Behinderten eigenständiges Wohnen ermöglichen.

Der finanziellen Belastung eine so wichtige Rolle zuzuweisen, signalisiert darüber hinaus eine bemerkenswerte Anpassung an die kapitalistische Kosten-Nutzen-Analyse. Wieviel Krankheit, wieviel Behinderung können wir uns gesellschaftlich leisten? Wie hoch ist der Nutzen der individuell eingesetzten Kosten? Wie nahe dieses Denken an Bewertung von Menschenleben und wie weit entfernt es von »neutraler Kostenanalyse« ist, zeigt sich, wenn wir das Argument der finanziellen Belastung durch ein behindertes Kind umdrehen. Das geht sehr schön am Beispiel der USA, wo die Kosten für College- und Universitätsausbildung schnell bei 20.000 Dollar pro Jahr liegen. Hierfür legen sich gerade Eltern der Mittelklasse – und aus dieser Schicht kam ein großer Teil der von Katz-Rothman interviewten Frauen – gerne krumm. Wenn wir nun bedenken, daß diese Kosten bei einem geistig behinderten Kind aller Voraussicht nach eingespart werden können, ist das dann ein Argument für Kinder mit Down Syndrom?

Es sind eben nicht die Finanzen allein. Katz-Rothman meint auch, daß bestimmte Behinderungen das Leben »lebensunwert« machen, und begibt sich damit auf das Terrain der Euthanasiebefürworter wie Peter Singer: »Einige Föten mit bestimmten Diagnosen sind dazu verurteilt, zu leiden und zu sterben. Für sie liegt die Lösung zu ihren Problemen weder in praktischen Hilfsmitteln noch in verbessertem Zugang und auch nicht in besseren Dienstleistungen oder verständigeren Dienstleistungen oder verständigeren Verhaltensweisen gegenüber Behinderungen.«

Katz-Rothman behauptet eine »feministische Perspektive« zu beziehen, die es erlaubt, »Frauen als Menschen zu sehen, deren Leben in sich selbst zählt.« Die feministische Perspektive, gerade wie sie in der Auseinandersetzung mit Naturwissenschaft und Technik entwickelt wurde, kennzeichnet sich aber durch den Blick auf das Ganze, auf den Gesamtzusammenhang, in dem Technologien entwickelt und angewandt werden, auf ihre Ursachen und auf die damit transportierten Ideologien. Ein weiteres Kennzeichen ist die Analyse der Interessen derer, die die Technologien anwenden und nutzen, und jener, die davon betroffen sind. Katz-Rothman verkürzt diese Perspektive, indem sie die Frauen, die sich für Amniozentese und selektive Abtreibung entscheiden, entpolitisiert und aus der Verantwortung für ihr Handeln entläßt: »Diese Frauen sind keine Unmenschen, wie manche uns weismachen wollen, die auf der Suche nach dem 'perfekten' Kind Föten abtreiben, die mühsam aufzuziehen wären. Sie sind Opfer. Sie sind Opfer eines Gesellschaftssystems, das die kollektive Verantwortung für die Bedürfnisse der Mitmenschen ablehnt und es den einzelnen Frauen überläßt, unmögliche Entscheidungen zu treffen.«

Wenngleich diese Frauen-Opfer-Theorie in der BRD zunehmend von Feministinnen in Frage gestellt wird, ist Katz-Rothmans Buch auch hierzulande vielzitiertes Standardwerk für die Auseinandersetzung mit Pränataldiagnose. Das zeigt, daß die Bereitschaft. individuelle Entlastungs-Strategien zu akzeptieren, noch sehr viel ausgeprägter ist, als das Interesse, die vorhandenen Widersprüche in der Frauenbewegung zu diskutieren und die eigenen Positionen dabei weiterzuentwickeln. In der Debatte um den Begriff der Selbstbestimmung bringt uns Katz-Rothmans Arbeit nämlich kaum ein Stück weiter.

Die neue Reflektion über den Begriff der Selbstbestimmung hat vor allem die Relativität des Begriffes verdeutlicht. Insbesondere Maria Mies hat darauf hingewiesen, daß der Selbstbestimmungsbegriff in der Anwendung der Gen- und Reproduktionstechnologien beim Menschen die patriarchalisch-kapitalistische Denkstruktur, das Primat des Kopfes über die Ware Körper ausdrückt: »Es gibt keine Selbstbestimmung ohne Fremdbestimmung... Der Aufstieg der Männer basiert auf dem Abstieg der Frauen. Der Fortschritt Europas beruht auf dem Rückschritt der Kolonien. Die Entwicklung der Produktivkräfte beruhen auf Raub, Krieg und Gewalt... Die Selbstbestimmung des bürgerlichen Individuums, des Subjekts, beruht auf der Fremdbestimmung anderer Menschen, vor allem von Frauen und Kolonisierten.«

Wie problematisch bisweilen auch der feministische Selbstbestimmungsbegriff historisch gesehen war, hat Susan Zimmermann in den »Beiträgen zur feministischen Theorie und Praxis« herausgearbeitet. In ihrem Aufsatz über den Selbstbestimmungsbegriff der SexualreformerInnen um die Jahrhundertwende weist sie nach, daß sich die Feministinnen damals für rassenhygienische Ideologie und Ethik engagiert haben. Die gesellschaftliche Utopie der Sexualreformerinnen und Sexualreformer von freien und gleichberechtigten Individuen beiderlei Geschlechts war eng verknüpft mit einer

Vorstellung vom Subjekt, derzufolge Subjektwerdung und Individualität wesentlich auf Selbstverantwortung durch Kontrolle über den Körper, über das Gebärverhalten und entsprechendes Gesundheitsverhalten beruhte. Die Reformer und Reformerinnen plädierten unumwunden für Zwangssterilisation der 'Unverantwortlichen' und 'Minderwertigen', die mit ihrer »Unkultur der... zufälligen, unüberlegten Zeugung« die 'Höherentwicklung der Rasse' störten. Zimmermanns Analyse zufolge beruhten diese rassen- und sozialhygienischen Forderungen auf der Einteilung von Frauen in Subjekte und »Noch-Nicht-Subjekte:... Wer die 'neue Ethik' der Selbstverantwortung nicht in sich selbst verwirklichte, der hatte in der Konsequenz auch den Anspruch auf die individuelle Freiheit, die Subjekthaftigkeit verwirkt.«

Diese und andere Untersuchungen des Selbstbestimmungsbegriffs haben dazu geführt, daß immer mehr feministische Theoretikerinnen den Begriff insgesamt ablehnen. Neben Mies und Zimmermann sind dies vor allem Frauen aus der autonomen Szene. Eine Frau von den »Rhein-Main-Ratten gegen Gen- und Repro-Unsinn« faßt die Kritik in zwei Punkten zusammen: »Selbstbestimmung ist, auch wie wir es gebrauchen, selbst Herrschaftskonzept. Selbstbestimmung geht von unabhängigen Individuen aus, meint letztendlich Individuum gegen Individuum... und: die Idee des unabhängigen Individuums ist ein männliches Konstrukt. So wird weibliche Selbstbestimmung nicht gefährlich für das Patriarchat als solches.«

Die Diskussion über den Begriff der feministischen Selbstbestimmung hat gerade erst begonnen. Der Umgang mit Pränataldiagnostik hat sich, wie kaum ein anderer Aspekt der Gen- und Reproduktionstechnologien, zum Prüfstein der eigenen feministischen Ethik entwickelt. Ob sich Frauen im Widerspruch zu den durch Pränataldiagnostik bestimmten Verhältnissen verhalten, ob sie selektive Abtreibung sowohl im Hinblick auf die damit verbundene Fremdbestimmung von Frauen durch Medizintechnologie ablehnen als auch aus dem Gesichtspunkt der eigenen Beteiligung an 'Alltagseugenik', das hängt nämlich wesentlich von den eigenen feministischen Zukunftsvorstellungen, also von der feministischen Utopie über Individuum und Kollektiv ab.

Der Erfolg der humangenetischen Politik, mitsamt ihren technologischen Scheinlösungen, beruht darauf, daß an dem Klischee von Behinderung als trostlosem Leid festgehalten wird. Nur so läßt sich der Grundsatz der Gleichberechtigung von Menschen von deren biologischer Beschaffenheit abhängig machen.

Was dem entgegenzusetzen wäre, die Vorstellung einer Gleichheit in der Differenz, wurde gerade in der feministischen Diskussion über das Geschlechterverhältnis entwickelt. Darauf greift auch Katz-Rothman zurück, allerdings nur in Bezug auf die Geschlechtsselektion durch Pränataldiagnose. Auf den Status der Behinderung scheint sie, wie so viele nichtbehinderte Feministinnen, dieses Prinzip nicht anwenden zu können. Stattdessen greift sie auf etwas zurück, was der Idee des Feminismus diametral entgegensteht: sie beruft sich auf Biologie als Schicksal, auf Behinderung als Verhängnis. Diesen Widerspruch aufzulösen, wäre ein wichtiger Schritt in der Debatte um Selbstbestimmung, aufzulösen ist er aber nicht wenn die Frage der Nutzung von Pränataldiagnose lediglich als Wahl zwischen Selbstbestimmung und Aufopferung verstanden wird. Denn die bisherige Diskussion zeigt, daß pränatale Diagnose weder im Interesse von Behinderten noch von Frauen ist.

konkret 06/90, S. 20

**Oliver Tolmein**

# Tödlicher »Zeit«-Geist

**Bevor man Unsägliches tun kann, muß darüber geredet werden, und wenn die Erhaltung »lebensunwerten Lebens« zu teuer wird, darf »Euthanasie« kein Tabu bleiben. Daß das Gerede über »Sterbehilfe« heute wieder gesellschaftsfähig geworden ist, verdankt das neue Deutschland der fünfzehnjährigen Kampagne einer liberalen Wochenzeitung**

»Keine Forschung reicht bis heute in die Hölle hinab, in der die Deformationen geprägt werden, die später als Fröhlichkeit, Aufgeschlossenheit, Umgänglichkeit, als gelungene Einpassung ins Unvermeidliche und als unvergrübelt praktischer Sinn zutage kommen. Diagnostizieren läßt die Krankheit der Gesunden sich einzig objektiv, am Mißverhältnis ihrer rationalen Lebensführung zur möglichen vernünftigen Bestimmung ihres Lebens.«
Theodor W. Adorno, Minima Moralia

I

Es hat in Deutschland nach der Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft, die keine vom Nationalsozialismus war, immer wieder Versuche gegeben »Euthanasie« zu legalisieren (praktiziert wird sie in unbestimmbar großem Umfang ohnedies): die als Tötung aus Mitleid verbrämte Vernichtung als lebensunwert bezeichneten Lebens. Ende der fünfziger und nachhaltiger noch Anfang der sechziger Jahre engagierte sich beispielsweise Prof. Dr. Werner Catel, bis 1944 Gutachter im »Reichsausschuß zur Erfassung schwerer erb- und anlagebedingter Leiden« und bis 1960 Ordinarius für Kinderheilkunde an der Universität Kiel, dafür, daß Eltern die Erlaubnis bekommen sollten, »vollidiotische Kinder« töten zu lassen. Kurze Zeit später bewegte der Contergan-Skandal die bundesdeutschen Gemüter: Um die Geburt von tausenden von »Monstren, die nur dem Namen nach Menschen sind«, (so damals die »Welt«) zu verhindern, sollte die Abtreibung der Föten oder ihre Nicht-Behandlung nach der Geburt ausnahmsweise gesetzlich erlaubt werden. Anfang der siebziger Jahre wurde angesichts der ersten ökonomischer Krisenerscheinungen im Gesundheitswesen und der anstehenden Strafrechtsreform das »Selbstbestimmungsrecht« zum Behandlungsabbruch bei alten und schwerkranken Menschen gefordert.

Von diesen immer wieder aufgeflackerten Diskussionen unterscheidet sich die nach dem Ende des UNO-Jahres der Behinderten 1981 in Gang gebrachte und gehaltene »Euthanasie«-Diskussion durch die Beharrlichkeit und das nachdrückliche Engagement, mit denen die Meinungs-Führer zu Entscheidungen drängen.

II

*»Nichts zu tun hat die Euthanasie mit der Vernichtung angeblich 'lebensunwerten Lebens' im Dritten Reich: Verbrechen, die mit dem Euthanasiebegriff nur kaschiert werden sollten, um das Gewissen der Beteiligten zu beruhigen und die Öffentlichkeit zu täuschen.«* Weil der Gedanke so naheliegt, daß die Tötung einer 78jährigen kranken Frau oder einer Patientin im Koma 1973 nichts anderes ist als 1933ff, muß ihn der »Zeit«-Artikler apodiktisch von sich weisen. Vorsichtshalber macht er für die gewünschten Folgen seines Schreibens gleichzeitig andere verantwortlich: Nicht er, Theo Löbsack, sondern *»der medizinische Fortschritt verlangt nach neuen Rechtsnormen zur Euthanasie«.* Auch Thomas von Randow ist ein knappes Jahr später in der gleichen Zeitung nur ein von anderen zum Schreiben Getriebener: *»In einem Aufruf der amerikanischen Zeitschrift 'Humanist' wird die gütige Euthanasie gefordert«,* erklärt er in der Überschrift, warum auch in der BRD über alte Themen neu geurteilt werden soll, und findet dabei die für die nächsten Jahre prägende Formel, die waches historisches Bewußtsein suggeriert, aber eine Reflektion der NS-Vernichtungspolitik vermeidet, geschichtliche Fakten und aktuelle Entwicklungen nicht aufeinander bezieht, sondern beziehungslos nebeneinanderstellt: *»Der Gnadentod, die Euthanasie, ruft bei uns, die wir während der Nazi-Zeit erlebt haben, daß unter solchen Bezeichnungen gräßliche Verbrechen begangen wurden, Entsetzen und Abwehr hervor. Doch...«.*

Doch jetzt ist der Schreiber aufs Neue mit so Gräßlichem, das Entsetzen und Abwehr hervorruft, konfrontiert, daß die Verbrechen, die während der Nazi-Zeit niemand verübt hat, sondern die, einem Ritual gleich, von Besessenen begangen wurden, in der Erinnerung ihren außerordentlichen Schrecken verlieren: Künstliche Ernährung und Beatmung verlängern *»hoffnungslose, zum Siechtum führende Krankheit«,* die moderne Intensivmedizin bewirke *»lediglich qualvolles Dahinsiechen«.* In einer Folge von Artikeln wird ein halbes Jahr hindurch das Entsetzen vor dem Massenmord an Kranken durch stereotype, gedankenlose Formulierungen zu einer Phrase herabgewürdigt. Sich von der Vernichtung »lebensunwerten Lebens« durch die Nationalsozialisten scharf abzugrenzen, gehört, wie beim Gesellschaftsspiel, zu den Spielregeln, die eingehalten werden müssen, will man das Ziel erreichen.

Dann versucht ein »Momos« zusammenzudenken, was seiner Meinung nach zusammengehört: *»Die Mörder von gestern sind auch die Folterknechte von heute. Ohne Hitler gäbe es in unseren Krankenhäusern heute weniger Schmerzen und weniger qualvolle Tode. Weil auf die Tat gestarrt wird und nicht auf die Motive der Tat...«* Ach hätte Hitler es nur gut

gemeint... So aber muß bis weit in die achtziger Jahren beschwörend auf das Wort gestarrt werden, um die geforderten Taten aus seinem Bann zu befreien: *»Euthanasie, an sich ein schönes griechisches Wort, ist hoffnungslos zerstört und bei uns nicht mehr ernsthaft zu gebrauchen« (»Zeit« vom 11.5.1984); »über den zahlreichen Problemvarianten hinter dieser Frage steht als Kennzeichen ein Wort, auf das aus dem dunkelsten geschichtlichen Hintergrund unseres Jahrhunderts ein riesenhafter Schatten fällt: Euthanasie.«* (»Zeit« vom 23.6.89).

Wenn riesenhafte Schatten aus dem Hintergrund über Problemvarianten herfallen und Worte als Kennzeichen hinter Fragen stehen, wenn also die Lage unbeschreiblich finster und die Zusammenhänge undurchschaubar scheinen, dann steht in Deutschland seit Dregger nur noch ein Ausweg offen: der Abschied von der Geschichte.

Ende der achtziger Jahre wähnen sich die Redakteure der »Zeit«, die seit Jahren so bemüht wie sonst kaum jemand dafür schreiben, daß die Tötung behinderter Neugeborener, schwerkranker und alter, also leistungsunfähiger und auch nicht schön anzusehender Menschen legalisiert wird, ohne daß jemand ein schlechtes Gewissen bekommen soll, kurz vor dem Etappen-Ziel. Im dritten »Zeit«-Dossier (diesmal ein Streitgespräch), das im Sommer 1989 innerhalb weniger Wochen zur Unterstützung der Thesen des australischen Euthanasie-Propagandisten Peter Singer (KONKRET 7/89) veröffentlicht wird, kann Redakteur Reinhard Merkel aufatmen: *»Ich habe am Ende der heutigen Diskussion das immerhin ganz beruhigende Gefühl, daß der Verdacht der Faschismus-Nähe solcher Positionen offenbar nicht mehr besteht und klargeworden ist, daß es ein in jedem Sinn sehr schweres Problem ist und daß wir nicht so tun dürfen, als müßten wir die Diskussion darüber abblocken, weil alles so, wie es bei uns ist, in Ordnung ist.«*

Ein dreiviertel Jahr später können, da der Verdacht der Nähe zum Nationalsozialismus im Beisein von Chefredakteur Theo Sommer und mehreren Ressortchefs ausgeräumt worden ist, wieder in einem ausführlichen Dossier, die Ecken und Winkel des bislang überschatteten Problems ausgeleuchtet werden: *»Rein ökonomische Argumente für die Euthanasie hören sich überaus brutal und berechnend an«,* weswegen sie neuerdings nicht mehr in Reinform, sondern ethisch verklärt vorgetragen werden, *»aber da die Gesundheitskosten jährlich doppelt bis dreimal so schnell wachsen wie die Inflationsrate und neue Techniken steigende Ausgaben für immer ältere Patienten erwarten lassen, wird die Beantwortung der Frage immer drängender, wie die Kosten der Krankenversorgung in den Griff zu kriegen sind.« – »Kriegen«* weist die Richtung, als Formel zur Berechnung der Stärke des zu greifenden Feindes schlagen wir vor, sich auf die zu konzentrieren, bei denen die Summe von Pflegesatz plus Inflationsrate plus Lebensalter größer ist als die wöchentliche Rente.

## III

Die Redakteurinnen und Redakteure der »Zeit« haben seit Anfang der siebziger Jahre kaum eine Gelegenheit ausgelassen, sich für »Euthanasie« zu engagieren: Was im einzelnen kritisiert oder zur Veränderung vorgeschlagen wurde, läßt sich aus den allermeisten der insgesamt über hundert Artikel nicht entnehmen. Die Autorinnen und Autoren beschränkten sich neben der Beteuerung eigener Betroffenheit auf vage, vielseitig interpretierbare Formulierungen. Die in immer neuen Variationen gestellte Frage: *»Muß man trostloses Leben mit allen Mitteln verlängern?«,* weist aber, auch ohne daß präzise Antwort gegeben wird, die Richtung, in die nachgefühlt werden soll. Beeindruckend ist nachzulesen, wie die »Zeit« das Thema über die Jahre akzentuiert: Das würdevolle Sterben schwerkranker Alter zu ermöglichen, wobei 'würdevoll' als Synonym für 'schnell' steht, wird am Beginn der sicherlich nie konzipierten und doch so wirkungsvoll aufeinander abgestimmten Serie von Texten als Ziel der »Euthanasie«-Debatte benannt, es folgen dramatische Schilderungen der Qualen behinderter Neugeborener, die es nicht zu verlängern gelte, und Berichte über die aussichtslose Lage von Menschen im Koma, klischeehafte Schilderungen der Leiden sterbewilliger, zumeist querschnittgelähmter Unfallopfer, die zu beenden möglich werden müsse. 1989 wird versucht, die über die Jahre entwickelte Stimmung zu rationalisieren und letzte Bedenken auszuräumen, indem »Euthanasie« als logische Konsequenz einer zeitgemäßen Ethik dargestellt wird. Während Behindertengruppen versuchen, die Restauration einer von »tödlichem Mitleid« (Dörner) in Gang gebrachten Praxis des »Heilen und Vernichten« zu verhindern, forciert die »Zeit« ihren Einsatz für die Freigabe der Tötung auf Verlangen und des Behandlungsabbruchs bei Schwergeschädigten und behinderten Neugeborenen. *»Der Streit um Leben und Tod«, »Exzeß der Vernunft oder Ethik der Erlösung« und »Mitleid allein begründet keine Ethik«* sind drei Dossiers überschrieben, die innerhalb von zwei Monaten veröffentlicht werden.

Unvermittelt wird die Kontinuität dieses Engagements bisweilen von Artikeln durchbrochen, die beklagen, wie wenig Mühe auf die Strafverfolgung von Ärzten verwandt wird, die an der »Euthanasie« im Dritten Reich beteiligt waren. Einen Zusammenhang vom einen zum anderen herzustellen, liegt den Autoren fern – und wo er sich aufdrängt, prägen Auslassungen den Bericht. Ob diese unbewußt 'passieren', läßt sich nicht herausfinden, es ist auch unerheblich, weil es nicht beruhigender wäre, wenn wir wüßten, daß das Unterbewußte der »Zeit«-Schreiber ihre Berichterstattung so sorgsam strukturiert. Benno Müller-Hill zitiert beispielsweise in der »Zeit« vom 13. Juli 1984 den Entwurf für ein »Euthanasie«-Gesetz der Nazis: *»Das Leben eines Kranken, der infolge unheilbarer Geisteskrankheit sonst lebenslänglicher Verwahrung bedürfen würde, kann durch ärztliche Maßnahmen, unmerklich für ihn, beendet werden«.* Die Distanzierung von dem repressiven Gesetzestext wäre weniger leicht gefallen, wenn Müller-Hill auch die Präambel und den Paragraphen I des

Textes mitgeteilt hätte: »Die Erhaltung des Lebens von Menschen, die wegen einer unheilbaren Krankheit ein Ende ihrer Qual herbeisehnen oder infolge unheilbaren chronischen Leidens zum schaffenden Leben unfähig sind ... (weiterer Wortlaut unbekannt. Sinngemäß: ...ist mit den sittlichen Normen der Volksgemeinschaft nicht zu vereinbaren). Paragraph 1: Wer an einer unheilbaren, sich oder andere stark belästigenden oder sicher zum Tode führenden Krankheit leidet, kann auf sein ausdrückliches Verlangen mit Genehmigung eines besonders ermächtigten Arztes Sterbehilfe durch einen Arzt erhalten.«

Im Vergleich zur Rhetorik der »Zeit«-Artikel, in denen der *»Exzeß der Vernunft«* attackiert, die *»Ethik der Erlösung«* beschworen wird, in denen der *»würdevolle Tod«* nur als Stichwort fungiert und die Varianten, die das Synonym-Wörterbuch zu »Leiden« anbietet, die Spalten füllen, hat dieser Gesetzestext den Vorzug, klar und nüchtern zu bleiben – das Anliegen bleibt vergleichbar, denn daß sich auch die »Zeit«-Autoren von einem *»Monstrum, dem ein Unfall das Rückgrat zerbrach«,* stark belästigt fühlen und fürchten, daß *»eine hochentwickelte medizinische Technologie künftig Ärzte zwingt, die Operationssäle und Intesivstationen mit hoffnungslosen Fällen zu füllen«,* steht nach Lektüre mehrerer Dutzend Artikel zum Thema nicht in Zweifel. Das Unbehagen der Journalisten speist sich nicht aus ökonomischen Quellen, es entspringt der angstvollen Vorstellung, selbst in eine Lage zu geraten, die die Fortführung des guten, weil erfolgreich an den anerkannten und verinnerlichten Normen ausgerichteten Lebens unmöglich macht.

*»Nach einem Verkehrsunfall war Ingrid F: völlig gelähmt. Sie wollte sterben. Eine ehrenamtliche Mitarbeiterin der 'Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben' verhalf ihr zum Zyankali. Ein Tod, der bedrückende Fragen auf wirft«,* kündigt die »Zeit« 1987 einen langen Artikel an, der keinerlei Fragen aufwirft. Stattdessen liefert er ein bedrückendes Beispiel für eine Rhetorik, die den schnellen Tod verklärt, weil sie sich keinen Begriff von einem Leben machen kann und will, das nicht in den Produktionsprozeß einzugliedern ist, dessen Autonomie eine ihm selbst innewohnende sein müßte und nicht mehr als materielle Unabhängigkeit mißverstanden werden könnte: *»Ingrid nimmt sich wahr als einen Kopf, der an einer Maschine befestigt ist. Diese Maschine fühlt nichts. Ein Freund vergleicht Ingrids Zustand mit einer Geige, von der nur noch das Griffbrett übriggeblieben ist... Ingrid stellt fest, daß dieses Leben nicht tragbar ist. Ihre einzige Hoffnung ist der Tod .. Die Gewißheit des Todes ließ Ingrid heiter werden... Ingrid atmet noch, tief, hart, aus der Tiefe des Körpers.. Sie machte auf Frau S.* (die Frau, die ihr das Zyankali gab, O.T.) *den Eindruck eines Menschen, der nach langer Reise am Ziel angekommen ist. Nie zuvor, sagt sie, habe sie Ingrid so strahlend, ja glücklich gesehen.«*

Dieser rührselige Naturalismus eines Lore-Romans, der statt Reflektion einen Reflex auslöst – »so möchte ich auch nicht leben« – , prägt auch die Schilderung der zahlreichen anderen Schicksale, die in knappen Sätzen zur Einführung »in die Problematik« am Anfang der jeweiligen Artikel stehen und uns vor allem über die beschädigte und allseitig reduzierte Vorstellung vom Leben erzählen.

Drei Jahre nachdem uns die »Zeit« den Tod von Ingrid F. als Erlösung präsentiert hat, veröffentlicht die Zeitung eine Attacke gegen die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben. Ingrid F. *»ist die erste von mehreren Behinderten, deren DGHS-Tod in der Boulevard-Presse vermarktet wird«,* schreibt Ernst Klee, der genau weiß, daß die Zeitung, deren Zeilenhonorar er einstreicht und mit deren Auflage sich auch sein Bekanntheitsgrad mehrt, den Tod von Ingrid F. auf nicht weniger miese Art und Weise instrumentalisiert hat. Zwei volle Seiten hat Ernst Klee Platz, in der »Zeit« dagegen zu polemisieren, daß *»weder Atrott noch Singer davor zurückschrecken, von Vorurteilen ohnehin bedrohte Behinderte mit Negativ-Klischees vorzuführen«,* und nicht eine Bemerkung ist es ihm wert, daß die »Zeit«, nicht allzulange ist es her, die DGHS als *»wunderbar«* attributierte und einen Querschnittgelähmten als *»lebenden Leichnam«.* Indem Klee das Blatt, in dem er im Rahmen einer auf »Euthanasie« zielenden Debatte auch publizieren darf, von seiner Kritik an den Tötungsbefürwortern ausnimmt, macht er sich zum Mittäter, weil er die Verhältnisse besser scheinen läßt, als sie sind.

Nur die Kritik, die sich selbst genügt und darauf verzichtet, auf die Entwicklung der Debatte realen Einfluß zu nehmen, sie gar zu stoppen, bekommt in der »Zeit« den Platz, den sie beansprucht. Während Franz Christoph, Aktivist aus der Behindertenbewegung und kompromißloser Gegner der »Euthanasie«, zwar an einem »Zeit«-Gespräch teilnehmen darf, aber kaum zu Wort kommt, wird kurz darauf der Moralphilosoph Hans Jonas ausführlich über seine Position zur Tötung Alter, Kranker und Behinderter befragt. Er äußert sich kritisch, bleibt aber im Rahmen des Akzeptierten: *»Man darf sich nicht vom Gesichtspunkt einer Mitleidsethik bestimmen lassen, sondern nur von der Verantwortung für die Folgen, die aus unserer Einstellung resultieren, hier und da das Mittel des Tötens zu gebrauchen. Damit soll und darf man garnicht erst anfangen. Das ist meine Einstellung, aber ich habe Verständnis dafür, wenn jemand anders entscheidet.«* Man darf nicht – aber was sein soll, soll sein...

## IV

Daß »Euthanasie« heute wieder ein Thema ist, über das »offen«, also ohne die Aggressionen zurückhalten zu müssen, geschrieben werden kann, daß *»lebensunwertes Leben«* heute kein Tabubegriff mehr ist, sondern einer, der, nachdenklich ausgesprochen, nach Konsequenzen verlangt, ist wesentlich auf die jahrelange Kampagne der »Zeit« zurückzuführen. Das wirkungsvollste Argument im Streit für die Freigabe der Tötung *»lebensunwerten Lebens«* ist 'Liberalität': Wer in

Deutschland *»zähe Tabus«* beseitigen will, hat eine Intelligenz, die Freiheit mit Prinzipienlosigkeit verwechselt, schnell auf seiner Seite. *»Eine seit langem fällige, vernünftige und ideologiefreie Klärung« zu* verlangen, klingt so neutral, daß niemand es verwehren mag, obwohl jeder wissen könnte, daß 'ideologiefrei' nur 'geschichtslos' meint und eine Klärung auf diesem Gebiet, das geklärt ist – »Euthanasie« ist verboten – herbeiführen zu wollen, die Restauration alter Lösungen, die Endlösungen waren, bedeutet.

Gegen diese Klarheit werden Bedenken gestellt, ein paar skrupulöse Äußerungen vorrätig gehalten – sie stellen aber nicht wirklich in Frage, sondern sichern nur den Erfolg, weil sie verhindern, daß der scheinbar suchenden Unentschlossenheit ein schroffes, kompromißloses 'Nein!' entgegengesetzt wird. *»Das Lebensrecht von Behinderten ist undiskutierbar, da bin ich bereit mit Ihnen übereinzustimmen«,* beruhigt Chefredakteur Theo Sommer im »Zeit«-Gespräch Franz Christoph. Was als Beruhigung verstanden werden soll (und verstanden wird), zeigt im Gegenteil, was die Stunde geschlagen hat. Die beruhigende Formel ist als Zugeständnis formuliert, längst nicht mehr bare Selbstverständlichkeit, die auszusprechen schon peinlich wäre. *»Aber das ethische Problem der Euthanasie«,* fährt Sommer fort, *»ist diskutierbar und es muß diskutiert werden, zumal die Diskussion da ist«.* Das Etappen-Ziel ist erreicht, schon wird der erste Schritt aus der Verantwortung für das Absehbare getan: Nachdem die »Zeit« über die Jahre als *»doktrinär lebensblind«* diejenigen attackierte, die »Euthanasie« mit einem Tabu belegten, sollen wir uns jetzt der Macht des Faktischen fügen. Die Diskussion ist da – und niemand hat sie angefangen.

konkret 06/90, S. 22

# Termine

**1. bis 3. Juni, Köln,** Zentralmensa, Zülpicher Straße 70: **Kongreß der Radikalen Linken.** Der Kongreß soll zweieinhalb Tage als Teach-In verlaufen; in die acht verschiedenen Themen (z.B. Nie wieder Deutschland, Eugenik, antikapitalistische Ökologie und Widerstandsperspektiven) wird jeweils eine Podium, das mit mehr oder weniger prominenten Feministinnen, Linksradikalen, Kommunistinnen und Kommunisten, Ex- und Noch-Grünen besetzt ist, einführen – anschließend soll das Plenum diskutieren. Es wird eine Kinderbetreuung geben, der Eintritt ist frei, Spenden sind dringend erwünscht (Kto.-Nr.: 13 17 930 28, Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 50198, W. Wolf), zur Vorbereitung gibt es einen Reader mit dem schlichten Titel »Radikale Linke« (Konkret Literatur Verlag). Weitere Informationen: Radikale Linke, Postlagernummer 59387, 2 Hamburg 50

**9. Juni, Bochum,** Kulturzentrum **Bahnhof** Langendreer, Wallbaumweg: **»Tödliche Ethik«.** Die ganztägige Veranstaltung (Beginn: 11 Uhr) soll der Diskussion der neuen »Euthanasie«-Kampagne dienen. Als Referentinnen und Referenten haben u.a. Michael Wunder, Bernhard Gill, Theresia Degener, Beate Zimmermann und Prof. Franco Rest zugesagt. Gleichzeitig soll überlegt werden, wie die eine Woche später in Bochum stattfindende 4. Europäische Konferenz über Konsensbildung und moralisches Urteilen im Gesundheitswesen, auf der auch »Euthanasie«-Befürworter auftreten, verhindert werden kann.

15. **Juni, Universität Bochum,** Audiovisuelles Zentrum/6, 9 Uhr: 4. Europäische Philosophen-Konferenz über »Konsensbildung und moralischen Urteilsspruch im Gesundheitswesen«. Ein breites Bündnis von Behinderten-, Antifa- und Frauengruppen ruft dazu auf, **diese Konferenz, auf der »Euthanasie«-Befürworter auftreten,** und die vom Zentrum für Medizinische Ethik in Bochum (Prof. H.M. Sass, s. KONKRET 1/90) organisiert wird, **zu verhindern.** Also kommt!

**16.Juni, Bonn,** Graurheindorfer Str., I l Uhr: Bundesweite Demonstration: **Weg mit dem Paragraphen 218!** Auf der Demonstration werden Frauen von Pro Familia, IG Metall, Grünen, SPD, aus der Behindertenbewegung, von der 218-Koordination aus der DDR, Italien und Irland reden. Ab 14 Uhr findet auf dem Bonner Münsterplatz eine Kulturveranstaltung statt.

konkret 06/90, S. 24

**Detlef zum Winkel**

# »Ein ganz gemütlicher Mensch«

**Kurt Rebmann, ein Verfassungsfeind, wie für die Demokratie geschaffen, geht in Pension**

Im Juni geht der Generalbundesanwalt der Bundesrepublik, Kurt Rebmann, in den Ruhestand. In seiner 13jährigen Amtszeit, die er unwillig beendet, hat er Rekorde erzielt, über die er als Liebhaber der Statistik sicherlich Buch geführt hat: Zahl der von ihm angeklagten Straftäter, Summe der beantragten Gefängnisjahre, jeweilige Erfolgsquote, verschärfte Haftbedingungen bei soundsovielen Personen und für soundso lange, Selbstmorde mit und ohne Anführungszeichen, finale Fahndungserfolge, Hungerstreiks, Zahl der Protestdemonstrationen einschließlich der Teilnehmer gegen seine Amtsführung, die allesamt nichts erreicht haben, gewiß auch die Zahl der geplanten und versuchten Anschläge auf seine Person. Im Buch des Rechtsstaats hat er soviele Kapitel geschrieben, daß man sich kaum mehr daran erinnert, was da vorher zu lesen stand.

Bevor er 1977 die Nachfolge Bubacks antrat, der einem Attentat der RAF zum Opfer gefallen war, diente Rebmann unter Ministerpräsident Filbinger dem Land Baden-Württemberg als Justizstaatssekretär. In dieser Eigenschaft überwachte er namens der Stuttgarter Regierung die Bauarbeiten an einer Justizvollzugsanstalt, deren Namen man noch lange in einem Atemzug mit dem seinen nennen wird. Vielleicht war es gerade die intime Kenntnis von Stammheim, die ihn für seine nächste Aufgabe besonders qualifiziert erscheinen ließ. »Das ist äußerlich ein ganz gemütlicher Mensch, in Wahrheit ist das aber ein ganz scharfer«, sagte der damalige Präsident des Bundeskriminalamts, Horst Herold, über den Schwaben. Danach gab es keinen BKA-Chef mehr, der Rebmann den Rang als oberster Terroristenjäger der Republik hätte ablaufen können.

Im Herbst 1977, während der Schleyer-Entführung, fand die systematische Entrechtung all derer, die als sogenannte Terroristen einsaßen, ihren Höhepunkt mit der Verhängung einer Kontaktsperre. Auch das Gespräch mit ihren Verteidigern, die schon lange als Sympathisanten abgestempelt waren, wurde für Wochen unterbrochen . Ob die Funktion der Abhörgeräte allerdings unterbrochen war, die der BND auf Ersuchen der Landesregierung im Stammheimer Hochsicherheitstrakt eingebaut hatte, erscheint mehr als fraglich. Am 18. Oktober waren Baader, Ensslin und Raspe tot, und daß sie Selbstmord begangen hatten, stand bereits fest, noch bevor die erste kriminaltechnische Untersuchung begonnen wurde.

Rebmann, der für die Haftbedingungen verantwortlich war, hatte die Gefangenen einer Gruppe von Personen aus Politik, Justiz und Geheimdiensten ausgeliefert. Später, als Herr von Brauchitsch während des Flick-Skandals einmal eine Andeutung machte, erfuhr man, daß auch Personen aus der Industrie dazugehörten, die dem BND Spenden für die Terroristenbekämpfung überwiesen oder im Umschlag überreichten, eine Pflege der Pullacher Agentenlandschaft. Diese Gruppe von Personen verfügte über alle erforderlichen Voraussetzungen, um die drei RAF-Gründer umzubringen und die Tat in der Öffentlichkeit als Selbstmord darzustellen. Seitdem hat sich der Glaube an den bundesrepublikanischen Rechtsstaat von Grund auf gewandelt. Die übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger glaubt zwar immer noch daran, wie sie auch von der Selbstmordversion überzeugt ist. Sie weiß aber nicht mehr, was das ist, der Rechtsstaat.

Im Bonner Krisenstab, der im deutschen Herbst den Notstand praktizierte, ohne ihn formell auszurufen, traf sich ein maßgeblicher Teil jener Gruppe, die Rebmann in die Lage versetzt hatte, über Leben und Tod politischer Gefangener zu entscheiden. Dort war man sich seiner Möglichkeiten nicht nur bewußt, man debattierte auch intensiv darüber. Angeregt von Kanzler Helmut Schmidt, auch »exotische Modelle« und »unfeine Methoden« durchzuspielen, gaben Staatsschützer und Politiker ihren Phantasien freien Lauf. Von Gefangenen-Erschießungen vor laufenden Kameras bis zur Organisierung einer scheinbaren Meuterei der GSG 9 reichten die konkret ausgearbeiteten Vorschläge. Modell Nr. 6 sah vor: »Der Bundestag ändert unverzüglich Artikel 102 des Grundgesetzes, der lautet: 'Die Todesstrafe ist abgeschafft'. Statt dessen können nach Grundgesetzänderung solche Personen erschossen werden, die von Terroristen durch menschenerpresserische Geiselnahme befreit werden sollen. Durch höchstrichterlichen Spruch wird das Todesurteil gefällt. Keine Rechtsmittel möglich« (zitiert nach »Spiegel«, 36/87). Dieses Modell wurde von Rebmann eingebracht.

Leider ist niemandem aufgefallen, daß er dafür ein Berufsverbot hätte bekommen müssen, obwohl die regierenden Sozialdemokraten gerade in dieser Hinsicht über große Kompetenz verfügten. Denn einmal ist die Befürwortung der Todesstrafe, auch noch in Ausübung dienstlicher Pflichten, ein verfassungsfeindlicher Akt. Zweitens spricht aus Rebmanns Modell eine faschistische Rechtsauffassung: Die Androhung der Todesstrafe richtet sich nicht gegen die Geiselnehmer, in jenem Fall gegen die Schleyer-Entführer, sondern gegen diejenigen, die durch die Entführung freikommen sollten, also als Gefangene an der Tat, um die es geht, nicht beteiligt sind. Daß man in der Umgebung Filbingers auf ein solches Rechtsempfinden stößt, verwundert überhaupt nicht. Im Unterschied zu dem ehemaligen Marinerichter ist die Qualifikation Rebmanns für sein Amt jedoch nie bezweifelt worden.

Sonst wäre ja auch die ganze Konstruktion zusammengebrochen. Man bedenke den irren Zufall: Während der Krisenstab darüber nachdachte, wehrlose Gefangene auf die eine oder andere Weise zu exekutieren, bereiteten diejenigen, denen die

Tötungsbedürfnisse zuallererst galten, einen kollektiven Selbstmord vor? Und während umgekehrt Baader, Ensslin, Raspe »mit äußerster Perfidie den eigenen Tod als Mord inszenierten«, wie der damalige Innenminister Maihofer meinte, ahnten sie nicht, wie nahe sie daran waren, tatsächlich vom Staat umgebracht zu werden?'

Wer dies alles akzeptiert hat, und ein Großteil der Linken hat es geschluckt, war reif für die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols. Exemplarisch demonstriert die Amtsführung des scheidenden Generalbundesanwalts, daß der Begriff wörtlich zu nehmen ist. Die moderne Demokratie monopolisiert die Macht und hebt die Gewaltenteilung auf. Rebmann pflegte als Strafverfolger, Rechtspolitiker, Fernsehrichter, Fahnder und nicht zuletzt auch als Sprachrohr und Vertrauensmann der Geheimdienste in einer Person aufzutreten. Das faktische Sonderrecht für politische Straftaten wird noch auf lange Sicht seine Handschrift tragen. Seinem bürokratischen Talent, für einen sämtliche Staatsschutzwünsche befriedigenden Paragraphen 129 a immer neue Verschärfungen zu erfinden oder die Höchststrafe in RAF-Prozessen von vier- auf fünf-, sechs-, siebenmal lebenslänglich hochzuschrauben, scheinen keine Grenzen gesetzt zu sein. Als Pietist ist er darum bemüht, den sogenannten zivilisatorischen Fortschritt des Jesuismus gegenüber dem »alttestamentarischen Rachegedanken« zu unterstreichen. Den christlichen Gedanken, daß die Staatsraison vor dem Menschenrecht kommt, repräsentiert er auf klassische Weise.

Ein Verfassungsfeind, wie für die Demokratie geschaffen, geht in Pension. Horst Herold (Postfach Rosenheim) folgend, dürfte er sich in der näheren Umgebung von Pullach niederlassen. Man wird ihm sagen, zum Schutz seiner Person sei das notwendig, und er wird wissen, daß der BND Wert darauf legt, die Informationen zu schützen, über die der Pensionär verfügt. Natürlich wird die Öffentlichkeit irgendwann einmal, wahrscheinlich wenn Helmut Schmidt ehrenvoll begraben ist, erfahren, was in Stammheim wirklich passierte. Von General Rebmann wird sie nichts hören.

Anmerkungen

1) siehe Karl-Heinz Weidenhammer, Selbstmord oder Mord?, Neuer Malik Verlag, Kiel 1988. Das Buch enthält auf 500 Seiten den bisherigen Wissensstand über die Todesumstände von Baader, Ensslin, Raspe und über die Ermittlungsverweigerungen der zuständigen Justizstellen.

Kasten »Rebmanns 129a« auf Seite 24

Seine letzten Tage im Amt nutzte Generalbundesanwalt Rebmann, um den Polizeistaat vorzuführen, den vorbereitet zu haben sein Lebenswerk ist: Am Morgen des 15. Mai stürmten Sondereinsatzgruppen des BKA die Häuser der Hafenstraße, drangen in alle Wohnungen ein, verhafteten einzelne Leute und machten aus einem Areal von 5000qm eine große Kontrollstelle. Was dort im Einzelnen geschah, entzog sich, sorgsam geplant, den Augen der Öffentlichkeit: Die Presse wurde von Polizeiketten ferngehalten, die Sicht für Umstehende durch ein Karree von Polizeibussen verstellt. Anlaß für die Großaktion, in deren Verlauf auch Privatwohnungen und ein Buchladen gestürmt wurden: vage Verdachtsmomente und ein bereits sechs Wochen zuvor ausgestellter 129a-Haftbefehl gegen zwei Personen. Der Paragraph 129a ist von Generalbundesanwalt Rebmann zur Vielzweckwaffe gegen die bundesdeutsche und ausländische radikale Linke entwickelt worden. Mit seiner Hilfe werden mittlerweile die Bewohnerinnen und Bewohner ganzer Straßenzüge kriminalisiert: In der Düsseldorfer Kiefernstraße gewohnt zu haben, war ein wesentliches Indiz für die angebliche RAF-Mitgliedschaft von Christian Kluth, Andrea Sievering, Rico Prauss, Luitgard Hornstein und Thomas Kilper, derzeit zielt die Bundesanwaltschaftsoffensive verstärkt gegen die BewohnerInnen der Hamburger Hafenstraße. Der 129a, der auf jahrelanges Drängen Rebmanns zuletzt 1987 erneut verschärft wurde, stützt auch das Verfahren gegen ursprünglich 22 Kurdinnen und Kurden. Das Verfahren wurde anfangs unter Bedingungen geführt, die denen türkischer Militär-Schauprozeße ähnelten: Auf Anweisung Rebmanns wurden die Angeklagten in einen Glaskäfig gesperrt, konnten keinen direkten Kontakt zu ihren Verteidigerinnen und Verteidigern halten, sie durften keine kurdischen Publikationen beziehen und konnten auf Grund der schlechten Übersetzung dem Verhandlungsverlauf nur unzureichend folgen. Mittlerweile ist der Glaskäfig abgeschafft, und 15 Angeklagte sind freigelassen worden – aber auch die Anklage gegen die verbliebenen beruht im wesentlichen darauf, daß sie als Mitglieder der kurdischen Befreiungsorganisation PKK gelten.

Insgesamt laufen derzeit bundesweit fünf große 129a-Verfahren. Rebmann verfolgt mithilfe des 129a Mitglieder von »terroristischen Vereinigungen«, die legal gemeldet sind und denen nicht einmal Beteiligung oder Vorbereitung eines Anschlags zur Last gelegt wird, er hat 129a-Fahndungs-Kontrollstellen im Vorfeld von Demonstrationen zur Aufmischung derselben erfunden und ist überhaupt allgegenwärtig: Die Überfremdung Deutschlands zu verhindern ist ihm ebenso ein Anliegen wie der Kampf gegen die sozialen Bewegungen. Daß er nur einen Bundesverdienst-Orden trägt, ist ein historisches Versehen – der Mann ist reif fürs Kriegsverdienstkreuz .

konkret 06/90, S. 26

**Wolfgang Schneider**

# »Auch '33 schon«

**Zweimal Deutschland über alles: Während die konformistische Linke in der Bundesrepublik auf dem Marsch in die Volksgemeinschaft ist und in törichtem Optimismus von »Gestaltungsmöglichkeiten« der Wiedervereinigung schwätzt, spricht aus den Texten etablierter Chauvinisten zunehmend die Ahnung, es werde auch diesmal nicht gutgehen mit den Deutschen. Der Autor empfiehlt daher, beim Nachdenken übers neue Großdeutschland sich an die Äußerungen der letzteren zu halten**

I

»Ja, warum sollen eigentlich die Kommunisten in Deutschland anders sein als die Demokraten und die Sozialdemokraten? In erster Linie sind das doch alles Deutsche, also ununterscheidbar verwaschen.«
(Siegfried Jacobsohn, Brief an Kurt Tucholsky, 7. Mai 1925)

Wer sich die Mühe macht und sowohl die Alternativ- und Rechtspresse als auch die linke Publizistik in der Bundesrepublik verfolgt, wird auf eine Merkwürdigkeit der deutschlandpolitischen Diskussion stoßen, darauf nämlich, daß ein Streit ums Grundsätzliche zwar unentwegt postuliert, keineswegs aber geführt wird, daß also nahezu die gesamte Linke in der Zustimmung zur Wiedervereinigung sich längst mit der konservativen Mehrheit ebenso vereinigt hat wie im Bestreben, dennoch den Eindruck zu erwecken, es gebe eine relevante (linke) Opposition gegen den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten, die zu bekämpfen sei.

Zwar meint das rechtsradikale »Deutschland-Magazin«, wenn es gegen vaterlandslose Gesellen vom Leder zieht, in erster Linie noch immer die Sozialdemokratie, und die »marxistische Zeitschrift« »Sozialismus«, wenn sie die »Politik der prinzipiellen Gegnerschaft zur nationalen Vereinigung« attackiert, den »nicht-revisionistisch gesinnten linken Adel dieser Republik«, der sich allerdings nur aus einem »Sammelsurium aus hypermarginalisierten Outlaws und Opfern der midlife-crisis« zusammensetze – aber natürlich ist das eine so albern wie das andere. Denn so wenig sich eine national zuverlässigere Gruppe als die deutsche Sozialdemokratie denken läßt, so wenig rechtfertigt ein Häufchen neurotischer Sektierer den rhetorischen Aufwand, mit dem es stigmatisiert wird. Seine Beschwörung ist vielmehr Teil jenes Rituals, mit dem diejenigen, die dem Zug ins neue Reich sich anschließen wollen, ihren guten Willen und ihre Anpassungsbereitschaft demonstrieren müssen: durch Markierung eines möglichen Volksfeinds.

Weil der aber hierzulande nahezu ausgestorben ist, muß er frei erfunden werden. Vom grünen Bundestagsabgeordneten Eckhard Stratmann beispielsweise, der in der »Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften« »Das Argument« (Nr. 180) unter der Überschrift »Die deutsche Einheit: ein linkes Politikprojekt« »wider die Verdrängung der nationalen Frage«, gegen »die Advokaten des Status quo... aus dem grün-alternativen und DKP-nahen Spektrum« und für die Akzeptanz des »natürlichen Bedürfnisses der Deutschen« plädiert, die ihnen von fremden Mächten »aufgezwungene Spaltung zu überwinden«. »Im linken main-stream«, klagt Stratmann, werde zunehmend »die nationale Ebene ausgeschaltet und diffamiert« – »mit dem selbstverschuldeten Ergebnis, daß sich diese Linke gettoisiert und sich ihrer Möglichkeiten beraubt, den Prozeß zur deutschen Einheit mit seinen Chancen und Risiken wirksam mitzugestalten«. Dabei könne doch »auf absehbare Zeit in Europa, auch in Deutschland, nicht auf den Nationalstaat verzichtet werden«, weil »eine ökonomisch und militärisch noch weiter integrierte EG... heute eine größere potentielle Gefahr für eine friedliche und solidarische Weltordnung (ist) als es heute noch einzelne europäische Nationalstaaten sein können«.

Damit hat Stratmann nicht nur im Stile nationalrevolutionärer, d.h. faschistischer Theoretiker die Errichtung Großdeutschlands zur antiimperialistischen Pflicht gemacht und durch seine Wortwahl zu erkennen gegeben, daß er all jene, die da nicht parieren wollen, vom gesunden deutschen Volkskörper zu separieren wünscht – denn eine 'Selbstgettoisierung' gibt es selbstverständlich nicht – , er hat vor allem ein Bild der bundesrepublikanischen Linken gezeichnet, das schon deshalb korrigiert werden muß, weil es geeignet ist, im Ausland Illusionen über die Existenz antinationalistischer Kräfte in Deutschland zu schüren. In Wahrheit ist die deutsche Linke nämlich – bis auf einen zahlenmäßig wie politisch unbedeutenden Rest – opportunistisch bis auf die Knochen, und wenn sie sich auch tatsächlich im wesentlichen aus dem grün-alternativen und DKP/PDS-nahen bzw. linkssozialdemokratischen Spektrum rekrutiert, so ist sie doch gerade deswegen konstitutionell unfähig, »die nationale Ebene« zu diffamieren.

Daß sie im Gegenteil sich längst den Deutschen als bessere Vaterlandsretterin empfiehlt, zeigen die Zeitungen und Zeitschriften, in denen der »linke main-stream« seit einigen Monaten immer wieder erklärt, sich ganz in den Dienst des einig Vaterland stellen zu wollen, weil da noch allerhand »emanzipatorische Potentiale« zu entbergen seien – »Deutsche Volkszeitung« (»DVZ«), »Blätter für deutsche und internationale Politik«, »Sozialismus«, »Das Argument« und »taz«, aber auch die diesjährigen Memoranden der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (»... ist es die vorrangige Aufgabe der Wirtschaftsberatung, einen ökonomisch und sozial verantwortbaren Weg zur Währungsunion aufzuzeigen«) und der »Friedensplan Europa 2000« des Konfliktforschers Dieter Senghaas (»... kann die Orientierung auf ökologische Sicherheit

die alte Fixierung auf militärische Sicherheit ablösen«) liefern reichhaltiges Material für das Studium jener seit dem Fall der Berliner Mauer endemischen intellektuellen und moralischen Verluderung, die der politischen vorausgeht und Grundlage eines Strebens nach nationaler Konformität ist, das sich zu allem Überfluß auch noch in einen törichten Optimismus kleidet.

Auf dem Weg in die Volksgemeinschaft aber sind Prinzipien, die das Volk nicht teilt, bloß hinderlich, und so wird – denn das, was zu tun ist, will mit gutem Gewissen getan sein – zunächst die Geschichte abgefertigt. »Man kann gegen die Vereinigung sein – aus den bekannten historischen Gründen – «, erklärt Daniel Cohn-Bendit am 30. April in der »taz«, »aber das ausschließlich geschichtliche Argument kann von der Mehrheit der Menschen, die nicht geschichtlich denken, sondern in der Gegenwart leben, nicht akzeptiert werden. Das ist eine Realität ...«, der das realpolitische Engagement eben zu willfahren hat. So beispielsweise: »Die Linke in Deutschland wird nur realitätstüchtig und politikfähig sein, wenn sie den Zusammenhang von nationaler und sozialer Frage anerkennt und zu ihrer Handlungsgrundlage macht« (Stratmann).

Nun darf, wer so leichthin die soziale Frage mit ihrer nationalen Lösung verknüpft und sich gleichwohl nicht als Nationalsozialist begreift, von deutscher Geschichte in der Tat nichts wissen wollen. Dieser Unwille aber ist unter deutschen Linken mittlerweile durchaus Konsens: In »Sozialismus« 4/90 etwa verweist Arno Klönne die »Meinung, ein Volk, das die Staatsverbrechen des Dritten Reiches hervorgebracht habe, müsse aus historisch-moralischen Gründen auf seine Einheit 'verzichten'... in den Bereich der politischen Mythologie«, denn »auch in einem wiedervereinigten Deutschland wäre nicht zu befürchten, daß Wirtschaft und Politik... expansive Interessen durch eine militärische Niederwerfung Europas zu realisieren versuchen würden«. Mal abgesehen von der Frage, woher er das denn so genau weiß und ob es nicht historisch und sozialpsychologisch begründete Annahmen über eine ganze Reihe weiterer mit der Rekonstituierung des deutschen Einheitsstaates verbundener Risiken gibt – da Klönne allenfalls Probleme auszumachen vermag, deren Erledigung ruhig den Deutschen selbst überlassen bleiben könne, steht für ihn fest, »daß Linke keinen vernünftigen Anlaß haben, die Negation einer deutschen staatlichen Vereinigung zu ihrem Grundsatz zu machen«.

Die »Blätter« gar erklären in grotesker Verkehrung des Sachverhalts Warnungen vor der »Herausbildung eines Großdeutschland«, das unter Umständen »Fehler und Verbrechen des alten wiederholen wird«, zum »nichts als hilflosen Versuch, durch den Austritt aus der Nation auch aus der Geschichte herauszukommen« – »gerade nach und wegen Auschwitz wird die Welt es den Deutschen nicht erlauben, ihre Geschichte für beendet zu erklären (?) und sich im Postnationalen (??) unkenntlich zu machen (???)« – , weswegen jene, die mit Blick auf Auschwitz nicht nur eine Wiederholung alter »Fehler«, sondern auch neue Verbrechen für möglich halten – die ermordeten Juden können schließlich nicht noch einmal umgebracht werden – , als »auf der Flucht aus der Geschichte ins Weltbürgertum entfleuchte deutsche Linke« tituliert werden. Diese Kontrastierung aber von nationaler Verwurzelung und weltbürgerlicher Haltlosigkeit stammt ebenso aus dem Repertoire faschistischer Ideologen wie die Argumentationsfigur, der sich der »Argument«-Herausgeber Wolfgang Fritz Haug zum gleichen Zweck bedient, aus dem Arsenal konservativer Publizisten: »Die deutsche Einigung bedeutet nicht notwendig (aber doch möglicherweise? und das reichte nicht aus, sie verhindern zu wollen? WS) einen Marsch ins Vierte Reich. Die das behaupten und sich nostalgisch-trotzig auf überholte Positionen versteifen, schwächen eben dadurch die demokratischen Mitwirkungskräfte beim Tauziehen um diesen Prozeß, engen den Handlungsraum linker Opposition ein und tragen so zur Erfüllung ihrer schwarzen Prophezeiungen bei.« Wie schon vor 60 Jahren Carl von Ossietzky, der ja, wir haben es oft genug gehört, durch seine Kritik die Weimarer Republik untergraben und damit den Nazis an die Macht geholfen hat.

Um auf dem Weg in die Volksgemeinschaft erst so recht »realitätstüchtig und politikfähig« zu werden, leugnet die konformistische Linke jedoch nicht nur die Erfahrungen der deutschen Geschichte, sie nutzt darüber hinaus die Gunst der Stunde, um programmatischen Ballast abzuwerfen: »Die prinzipielle Ablehnung der nationalen Vereinigung war spätestens (!) seit der Öffnung der Grenzen falsch und sektiererisch«, weil »die Linke... die Ausgestaltung dieses Prozesses durchaus noch beeinflussen (könnte)«, indem sie seine »negativen Folgen und Begleitumstände« thematisiert und »alternative Gestaltungsansätze deutlich« macht (»Sozialismus«). Das werde ihr allerdings nur dann gelingen, »wenn sie sich löst vom Affekt gegen Marktmechanismus und Wettbewerb, gegen Gewinnstreben und Leistungsprinzip« (Stratmann), wenn sie also »das Scheitern der planwirtschaftlichen, staatssozialistischen Gesellschaftskonzeption« als »die Chance« begreift, »daß sich die gesamte sozialistische Linke auf den Ausbau und die Neugestaltung der gesellschaftlichen Regulative der kapitalistischen Marktwirtschaft verständigt« (»Sozialismus«) – kurz: wenn sie »eine neue Sozialismuskonzeption« entwirft, die dem Programm der 'sozialen Marktwirtschaft' wie ein faules Ei dem andern gleicht, und alles Weitere bei Peter Glotz abschreibt: »Es muß klipp und klar sein, daß die Linke vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung in Deutschland garantiert.«

Auch W.F. Haug rät der Linken, für eine reibungslose Wiedervereinigung, die er allerdings lieber »staatliche Umgruppierung der Deutschen« nennt, zu sorgen, sich also »in den Gestaltungsprozeß einzumischen und ihn mit wachsamer Kritik zu begleiten« sowie »das 'Gesamtdeutsche' zugleich europäisch und international zu artikulieren«. Ein Vorschlag, der sich von selbst formuliert, denn in ihm steckt nicht die Spur eines Gedankens (oder meint Haug, dem man ja, nachdem er unterm 16.11.89 in seinem Tagebuch festhielt: »Momper einer der Glücksfälle des historischen Moments«,

schlechterdings alles zutrauen muß, daß die neue Verfassung mehrsprachig und die nächste Novelle des Ausländerrechts in Esperanto abgefaßt werden sollte?). »Die Kräfteverhältnisse« jedenfalls, fährt er fort, »werden mit davon abhängen, wie gut und wie schnell die Linken aus BRD und DDR sich miteinander vernetzen«. Das hat schon im November 89 auch der Peter-Jürgen Book geglaubt und daraufhin in der »taz« unverzüglich die Machtfrage gestellt: »Ob Öko-Institut oder Ökobank, alternative 'tageszeitung', Stadtradio oder linker Kleinverlag ... westdeutsche und linke alternative Projekte, die jetzt ähnlichen Gruppen in der DDR aktive Hilfe anbieten, können damit verhindern, daß die DDR dem Kapitalismus in Gänze in die Hände fällt.«

Es ließe sich derlei Stuß seitenlang zitieren, denn seit die deutsche Linke sich wiedervereinigte, scheint sie völlig den Verstand verloren zu haben. Oder ist sie in jenem Moment, als die Rührung ob der Tränen an der geöffneten Mauer in ihr hochstieg und sie zu begreifen begann, daß das, was sie im Innersten zusammenhält, von dem, was in einer Republikanerseele spukt, so grundsätzlich verschieden gar nicht ist, erst so richtig zu sich gekommen? Mit dem Effekt, daß nun auch sie hofft, heute gehöre ihr Deutschland und morgen schon werde sie an »einer neuen politischen Architektur Europas, vom Atlantik bis zum Ural« (Senghaas) basteln? Was hat sich der Friedensforscher denn dabei gedacht, als er zwecks Plausibilisierung seiner »friedenspolitischen Perspektive für Gesamteuropa« die »Ängste vor einer 'neuen deutschen Machtpolitik'« als »irrational« abtat, »weil Handelsstaaten wie die Bundesrepublik auf Interdependenz angewiesen sind«? Weiß er wirklich nicht, daß »wirtschaftliche Verflechtungen«, wie der konservative Historiker Sebastian Haffner im »Stern« 15/90 betonte, »Kriege nie verhindert (haben)«? Und wie ist Ulrike Poppe, die Vertreterin der Gruppe 'Demokratie Jetzt' am Runden Tisch, eigentlich zu der Überzeugung gekommen, daß »die Distanz – bis hin zur Feindlichkeit – gegenüber Ausländern« in der DDR »daraus resultiert«, daß »die Menschen hier... durch ihre jahrelange Abschottung wenig Erfahrungen mit anderen Kulturen (haben)«? Glaubt sie im Ernst, daß zahlreiche Ausländer in der Nachbarschaft die Deutschen zu einem herzlichen Umgang mit ihnen bewegen und die BRD deshalb ein multikulturelles Paradies ist? Könnte die folgende Aussage des Filmregisseurs und Sprechers der nämlichen Gruppe, Konrad Weiß, gerade in ihrer Prioritätensetzung nicht tatsächlich von Schönhuber stammen?: »Der Konstruktionsfehler dieser Deutschen Demokratischen Republik war, daß sie erstens keine *deutsche* und zweitens keine *demokratische* Republik gewesen ist, daß sie vielmehr ein sowjetisch besetztes Land gewesen und geblieben ist« (»Blätter« 5/90).

Und für welche politische Haltung steht schließlich, was Bernd Ulrich am 30. März dieses Jahres in der »DVZ« behauptete?: »Wenn in den letzten Jahren bei uns in der BRD noch etwas den Nationalismus am Leben gehalten hat, dann war es die Teilung mit all ihren Folgen, nicht zuletzt die Präsenz fremder Truppen in beiden deutschen Staaten . .. Nun schließt sich die deutsche Wunde, sie wächst zusammen. So bleibt in Zukunft nurmehr wenig für die Reps« – weil eben ein Großteil ihrer Arbeit von einer Linken bereits erledigt worden ist, zu der neben Ulrich auch Peter Ruben, Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR, gehört, dem es in einem surreal anmutenden Gespräch mit dem Gramsci-Spezialisten Michael Grabek, das »Das Argument« jedoch keineswegs druckte, um ein Exempel zu statuieren, gelang, seine Deutung der DDR-Misere in einer Apotheose des Deutschen ausklingen zu lassen: »Warum laufen uns die Leute weg? . . . Weil sie ihre *persönliche Produktivkraft* hier nicht entwickeln können! ... Und das ist genau die *deutsche* Antwort auf den rohen Kommunismus. Die Deutschen sind nicht gegen die Gemeinschaft, aber sie sind dagegen, daß die *Person* unterworfen wird und aufhört, als Person zu existieren. Wenn Du den Deutschen in der *Persönlichkeit* attackierst, dann rennt er Dir entweder weg oder macht'n Aufstand ... Daß wir jetzt freie Bahn haben ... das ist die erfreuliche historische Situation.«

## II*

»Die Wirtschaft hat geschafft, was Waffen nicht vermochten ... Zu schön, um wahr zu sein. Nach 2 verlorenen Weltkriegen stehen die Verlierer von Stalingrad und Iwo Jima als Sieger des Jahrhunderts fest ... Der dritte Anlauf der Deutschen zur Weltmacht – geglückt.« (Paul C. Martin, »! Forbes«, April 1990)

Wer sich von zukunftsfroher Gewißheit nicht blöd machen lassen will, sollte, statt zu den Traktaten der konformistischen Linken zu greifen, sich lieber an die Äußerungen etablierter Chauvinisten halten. Sie sind wahrer insofern, als aus ihnen häufig ein Halbwissen spricht, es werde auch diesmal nicht gutgehen mit den Deutschen. Wohl kaum etwas hat beispielsweise deren tatsächliche Stimmungs- und Gesinnungslage im Frühjahr 1990 so präzise zum Ausdruck gebracht, wie jenes Streitgespräch zum Thema »Deutschland, einig Vaterland?«, das der Schriftsteller Günter Grass und der »Spiegel«-Herausgeber Rudolf Augstein unter Leitung des Panorama-Redakteurs Joachim Wagner Mitte Februar fernsehöffentlich austrugen, und nichts darin war so symptomatisch wie der folgende Wortwechsel:

*Grass: (...)* Der Satz von Heuss 'Wir entscheiden nicht, wir sind nur Zuschauer unseres Schicksals', das traf 1945 zu...

*Augstein: ...* auch 33 schon...

*Grass:* . . . aber heute, heute ist das doch in dem Maße nicht mehr der Fall...

*Wagner:* Aber wir sind doch im Augenblick Zuschauer, Herr Grass.«**

Damit hatten, ohne daß ihnen das klar gewesen wäre, der linksliberale Literat, der deutschnationale Demagoge und der öffentlich-rechtliche Enthüllungsjournalist die beiden Bilder erläutert und historisch exemplifiziert, in denen die Deutschen seit dem 9. November 1989 sich über Deutschland so verständigen, daß sie als Getriebene eines Geschehens erscheinen, das sie doch selber vorantreiben – das Bild vom Zug zur Einheit, der abgefahren und nicht mehr aufzuhalten sei, und das Bild vom Zusammenwachsen dessen, was zusammengehöre. Sie hatten es gleichsam in Gemeinschaftsarbeit und einer Weise getan, die nicht nur die Übereinstimmung im Grundsätzlichen signalisiert, die jenseits aller bloß vordergründigen Kontroversen um Gestaltungsvarianten der 'Deutschland-Politik' als kollektive Gewißheit, für das, was man tut oder läßt, nicht verantwortlich zu sein, hierzulande längst wieder herrscht, sondern die darüber hinaus auch Aufschluß gibt über den Charakter des Wahns, der mit dem Fall der Berliner Mauer unter den Deutschen ausbrach.

Denn in der Parallelisierung der 'deutschen Novemberrevolution von 1989' mit der nationalsozialistischen Machtübernahme *und* der Zerschlagung des Deutschen Reiches artikuliert sich die verleugnete Erfahrung der (Selbst)Destruktivität des deutschen Nationalismus und eine Ahnung, diese werde abermals durchschlagen, wenn die Deutschen begreifen müssen, daß die Erfüllung ihrer großdeutschen Träume nicht halten wird, was sie sich davon versprechen. Im Rückblick auf ihre furchtbare Vergangenheit antizipieren sie daher ihre furchtbare Zukunft und beteuern ihre Unschuld, indem sie ein Geständnis ablegen: Nur Zuschauer wollen sie gewesen sein, unbeteiligt an einem Prozeß, den sie noch immer nach Kräften forcieren, nicht eingreifen können hätten sie in Vorgänge, die sie als naturhaft oder mechanisch imaginieren, obwohl sie doch gesellschaftliche sind und sie selber Teil der Gesellschaft.

Weil damit aber aus der Entschuldigung für vergangene Verbrechen eine Vorbereitung der kommenden wird, muß schon heute von der Schuld auch derjenigen gesprochen werden, die sich und andere erst noch fit machen für die künftige Untat, und die dabei, wie ihre Assoziationen und Beispiele belegen, auf einen Verbotsirrtum sich länger nicht mehr herausreden können.

Zu ihnen gehört Rudolf Augstein, der innerhalb nur eines Jahres den 'Historikerstreit' entschied und damit das deutsche Nationalbewußtsein instandzusetzen half, den Anspruch der Deutschen auf ein neues Großdeutschland publizistisch unterstützte und ihr völkisches Gemeinschaftsgefühl dadurch festigte, daß er diejenigen stigmatisierte, die der Erfüllung dieses Anspruchs tatsächlich oder vermeintlich im Wege stehen könnten: die Siegermächte des 2. Weltkriegs und die Juden (siehe KONKRET 2/90). Er hat zum einen die Geschichte gesäubert, indem er dem *deutschen Volk* immer wieder versicherte, es habe mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun gehabt, da ja schließlich »eine tückische Ungeheuerlichkeit der Geschichte . . . den Deutschen einen Führer zugeschoben (hat), der uns heute noch zu schaffen macht«. – »Wie soll man aus diesem Monstrum Schlüsse für die Zukunft ziehen?« Er hat zum zweiten diese Entschuldung der Deutschen so systematisch betrieben, daß der Moderator seines Gesprächs mit Grass glaubte, ihn daran erinnern zu müssen, daß er doch »andererseits... die Mitverantwortung Deutschlands für das Dritte Reich ja auch konzidiert« habe.

Ein Zuspruch, der zwar bemerkenswert ist, weil aus ihm hervorgeht, daß nicht nur das Ausland und die Juden den Nationalsozialismus verschuldeten, der aber dennoch nichts nutzte, weil Augstein eine moralische Bewertung politischer Vorgänge ebenso ablehnt wie den Versuch, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Die nämlich ist für ihn »darwinistisch gestimmt« und folgt einer eigenen »Naturgesetzlichkeit«, die sich dem Eingriff des Menschen entzieht. In ihr mit moralischen Normen zu hantieren, um die Menschen von bestimmten Handlungen abzuhalten, wäre so sinnlos wie der Versuch, einer Pflanze durch Zuruf das Wachsen zu verbieten. »Ist das gerecht?«, fragt Augstein und meint das »Glück«, in dem die Deutschen sich befänden. »Nicht wenn man moralisch urteilen will«, antwortet er, »wohl aber, wenn man die Maßstäbe der Menschheitsgeschichte anlegt«.

Daß einen Maßstab erst gar nicht braucht, wer das, was geschieht, schon dadurch gerechtfertigt sieht, *daß* es geschieht, ficht Augstein nicht an. »Moralisch argumentieren in einer zutiefst egoistischen und insoweit unmoralischen Welt« ist ihm, und darin bleibt er ganz Zyniker, nun mal ein lächerliches, weil in der Regel erfolgloses Unterfangen. »Moralisten«, rät er, »reisten besser auf einen anderen Stern«.

Er hat zum dritten so eifrig für die Wiedervereinigung gestritten, daß nun, da die Irrelevanz der deutschen Vergangenheit geklärt, das Volk ins neue Reich unterwegs und weder im In- noch im Ausland nennenswerter Widerstand dagegen mehr auszumachen ist, Zufriedenheit, Freude und Zuversicht aus seinen Texten sprechen müßte. Merkwürdigerweise ist das aber nicht der Fall, im Gegenteil: In dem Maße, in dem seine Wünsche sich erfüllen, zieht ein resignativer Ton in seine Kolumnen, die jetzt oft mit einem sentimentalen Seufzer enden. Zwar fegt er nach wie vor jeden der seltenen Einwände gegen die deutsche Vereinigung aggressiv und überheblich vom Tisch, immer häufiger aber zieht er sich dabei auf das Postulat der prinzipiellen Amoralität des historischen Prozesses zurück – so als wollte er für das, was kommen wird, die Schuld prophylaktisch schon mal von sich weisen – und grübelt über die Zukunft der Menschheit, die ihm trotz Wiedererstehung eines großdeutschen Staates keineswegs rosig zu sein scheint. Denn während in Deutschland zusammenwächst, was zusammengehört, ist ihm die Ökologische Gefährdung der Erde aufgegangen, und damit verwandeln sich die Proklamationen des deutschen Sieges schlagartig in düstere Weltuntergangsvisionen: Den Rückblick

auf die erfolgreichen Revolutionen des Jahres 89 beendet er mit der angesichts seines Menschenbildes tristen Prognose: »Wenn nicht alle umdenken, wird der Planet menschenleer seine Bahn ziehen, nicht in tausend Jahren, sondern bald«; vier Wochen später stößt er in seiner Kolumne über die alte und neue Reichshauptstadt Berlin völlig unvermittelt diesen Seufzer aus: »Walte Gott, daß es im Jahre 2000 noch nicht zu spät ist, sich mit den wirklichen und menschheitsgefährdenden Problemen dieser Welt zu befassen«; im »Spiegel« Nr. 7/90 beschließt er seinen Text gegen die fortdauernde »Bestrafung« der Deutschen mit einer Meditation über Heine, Eichen und Linden und fragt: »Ob der Dichter seine geliebten Bäume ... noch in dem kerngesunden Zustand wiederfinden würde? Man darf, man muß es bezweifeln. Das Vaterland stirbt, aber es ergibt sich nicht«; kurze Zeit drauf lehnt er einen Friedensvertrag fürs sterbende Vaterland mit der kryptischen Bemerkung ab: »Wenn schon, dann soll die Welt nobel zugrunde gehen«; und im »Spiegel« Nr. 12/90 hat er seine Prioritäten endlich auf die Reihe gekriegt: »Wichtiger als ein vereintes Deutschland, wichtiger als ein vereintes Europa ist ein neues globales Denken. Woher soll es kommen?«

Von Rudolf Augstein etwa? Ist der Herausgeber des »Spiegel« vom Priester der »Götter Markt und Export« zum Propheten der Ökopax-Bewegung mutiert? Oder hat er, wie Detlef zum Winkel in der »Hamburger Rundschau« vermutete, seinen Texten bloß »eine Prise Ökologische Untergangsstimmung« beigegeben, »um die 'Spiegel'-Gemeinde glauben zu machen, daß er neben dem Vaterland noch einen zweiten Gedanken hat«? Weder noch. Das scheinbar so willkürliche Nebeneinander von völkischem Aufbruch und entvölkertem Planeten, von chauvinistischer Agitation und dem Ruf nach einem neuen globalen Denken, von wachsender Einheit und sterbenden Bäumen, von deutscher Revolution und Weltuntergang, von nationaler Euphorie und Endzeitstimmung also, ist ein Reflex eben jener verleugneten Erfahrung der (Selbst)Destruktivität des deutschen Nationalismus, von der bereits die Rede war, und artikuliert in modischem Grün eine Ahnung, daß auch die deutschen Revolutionäre des Jahres 89 würden marschieren müssen, bis alles in Scherben fällt, da der Wahn, der sie treibt, nichts weniger verträgt als seine Erfüllung.

Dieses Wissen um Vergeblichkeit und katastrophischen Verlauf des deutschen Aufbruchs, das immer vernehmlicher aus dem Miteinander von Wut und Tristesse, von Arroganz und Larmoyanz der Augsteinschen Texte spricht und bereits heute das künftige 'Wir haben es nicht gewußt' Lügen straft, hat Theodor W. Adorno *auch 33 schon* beobachtet: »Keiner, der die ersten Monate der nationalsozialistischen Herrschaft 1933 in Berlin beobachtete, konnte das Moment tödlicher Traurigkeit, des halbwissend einem Unheilvollen sich Anvertrauens übersehen, das den angedrehten Rausch, die Fackelzüge und Trommeleien begleitete ... Die von einem Tag zum andern anberaumte Rettung des Vaterlandes trug den Ausdruck der Katastrophe vom ersten Augenblick an ... Am Anfang des deutschen Imperialismus steht die Wagnersche Götterdämmerung, die begeisterte Prophetie des eigenen Untergangs . . . «

Anmerkungen

* Der folgende Abschnitt ist ein bearbeiteter Teilvorabdruck eines Textes über Rudolf Augstein, der in dem Sammelband »Gemeinsam sind wir unausstehlich. Über die widerstreitenden Gefühle der Deutschen bei der Wiedervereinigung« im Juni im der Edition TIAMAT, Berlin, erscheinen wird.

** Ich zitiere aus der Druckfassung: Rudolf Augstein/Günter Grass, Deutschland, einig Vaterland? Ein Streitgespräch, Göttingen, März 1990

konkret 06/90, S. 30

**Hagen Kühn**

# Das neue Deutschland

**Schon jetzt steht fest: Die unvermittelte Einführung der DM wird die wirtschaftlichen Wunschvorstellungen vieler DDR-Bürger (»Kommt die DM bleiben wir – kommt sie nicht geh'n wir zu ihr«) nachhaltig enttäuschen und einem großen Teil ihres jetzigen Staatsgebietes wird sich lediglich eine Hinterhofperspektive eröffnen**

*Die Rentner aus Halle können zu uns kommen – aber mit der Rente aus Halle*
*Norbert Blüm*

Das ökonomische Schlüsselproblem des Anschlusses, das sich für jede politische Mißachtung durch die Hervorbringung immer neuer Probleme rächt, ist die Unterschiedlichkeit der Arbeitsproduktivität, die in der DDR schätzungsweise halb so hoch ist wie in der BRD. Um ein gleiches Produkt oder eine gleiche Dienstleistung zu erstellen, benötigt man in der DDR einen erheblich größeren Einsatz von Arbeitskraft als in der Bundesrepublik. Würden sich 'westliche' Löhne einstellen, so wären die Waren bei kostendeckenden und gewinnbringenden Preisen unverkäuflich. Bei nun aber deutlich niedrigeren Löhnen und freien Preisen entstehen bedrängende Folgewirkungen für die privaten und öffentlichen Haushalte. Die Produktivität (und damit Rentabilität) kann nur real, nicht aber durch Währungspolitik verbessert werden.

Die Umstrukturierung und Sanierung des Produktionsapparates und der Infrastruktur fordert Zeit. Die Bonner Politik, besonders die Einführung der DM, forcierte hingegen mehr und mehr gerade den Zeitdruck. Durch sie entfällt der Schutz des Wechselkurses, dessen sich die Bundesrepublik besonders in ihrer Aufbauphase erfolgreich bedient hat. Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit und weiterer Exodus werden die kurzfristigen und eine spezifische 'Hinterhof'-Struktur der Kapitalakkumulation mit allen sozialstrukturellen Folgeproblemen die langfristigen Folgen sein.

## Wohlstand aus dem Westen?

Man hofft nun auf das große wirtschaftliche Potential der BRD. Es ist die Rede vom großen Nachholbedarf, von großen Zukunftsmärkten, die sich nun auftun werden, und ein »neues Wirtschaftswunder« scheint vielen gewiß zu sein. Ohne Zweifel werden Teile der heutigen DDR sich erheblich verändern zu modernen Industriezentren. Aber die privaten Investitionen sind Auslagen von Kapital, die Absatzmärkte voraussetzen und sich für den Investor rentieren müssen. Aktiengesellschaften neigen nicht zu nationalen Rührseligkeiten. Wichtige Voraussetzung für die Expansion von Märkten ist die Nachfrage und somit das Niveau und die Verteilung der Einkommen. Wie steht es damit?

Die Löhne in der DDR werden durchschnittlich auf etwa 40 Prozent der bundesdeutschen geschätzt. Sie werden nicht wesentlich schneller steigen, als es die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der enorme Eigenkapitalbedarf und die ökologische Sanierung zulassen. Da die »Sozialunion« die Sozialeinkommensansprüche der DDR-Bevölkerung statt an die gesamtdeutschen Löhne an diejenigen der DDR anbindet, werden sich auch die Renten- und Arbeitslosenzahlungen in diesem Rahmen halten. Bedenkt man, daß sich die Konsumgüterpreise denen des Westens tendenziell angleichen werden, und veranschlagt den Durchschnittsnettolohn auf 1000 DM, die Renten und das Arbeitslosengeld (großzügig) auf 600 bis 700 DM, dann können die Verkaufsdirektoren der DDR-Betriebe nicht viel erhoffen.

Hier setzt man auf die Ersparnisse. Von der Summe, die durch die »Währungsunion« in DM transferierbar gemacht wird – so jubelt der »Spiegel« – werden »bis zu 40 Prozent schon in wenigen Tagen wieder im Westen landen – ein wunderschönes Konjunkturfeuerwerk für die bundesdeutsche Wirtschaft« und den Finanzminister. Das mag der Anzeigenabteilung des »Spiegel« gefallen, aber wie sollen mit der Nachfrage im Westen die Auftragsbücher im Osten gefüllt werden?

Auch ein Großteil der Investitionsgüternachfrage wird sich nicht auf dem Gebiet der DDR, sondern im Westen auswirken. Das Ost-Berliner Institut für Internationale Politik und Wirtschaft errechnete ein durchschnittliches Wachstum von jährlich 8,5 Prozent, das erforderlich wäre, um die Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten und den Rückstand zur BRD bis zum Jahr 2000 aufzuholen. Bei immerhin 5 Prozent Wachstum jährlich rechnet man mit einem Verlust von 1,5 Millionen Arbeitsplätzen, der sich in zehn Jahren auf 2,6 Millionen erhöhen wird. Das West-Berliner DIW schätzt 2,5 bis 3 Millionen Arbeitslose, bei ebenfalls optimistischen Wachstumsannahmen. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe) sieht bei Angleichung der Beschäftigungsstruktur an die der BRD den kurz- und mittelfristigen Wegfall von 2,6 bis 3 Millionen (bei jetzt insgesamt 8,5 Millionen Erwerbstätigen) und die Chance für etwa I Million neue Arbeitsplätze. Aufgrund der sehr hohen Frauenerwerbstätigkeit in der DDR werden die Frauen die Hauptverlierer sein. So einigten sich auch die Familien- und Frauenministerinnen aus Ost und West bereits darauf, daß »die gesellschaftliche Achtung der Arbeit in Haushalt und Erziehung der Bevölkerung der DDR wieder anerzogen wird.«

**»Anschubfinanzierung«?**

Da die Sozialleistungen vorwiegend über Beiträge finanziert werden, deren Höhe von der Lohnhöhe und der Beschäftigung abhängt, ist es unwahrscheinlich, daß lediglich eine »Anschubfinanzierung« ausreichen wird. Übersehen wird, daß der künftige Bedarf an Sozialleistungen sehr von den gesellschaftlichen Problemen bestimmt wird, die sich nicht nur vom Umfang, sondern auch aus der Qualität der Kapitalakkumulation ergeben. Denn der privatwirtschaftliche Investitionsmechanismus rechtfertigt per se keine Hoffnungen auf einen sozialen oder regionalen Ausgleich, solange dieser nicht in der Einkommensverteilung und entsprechenden politisch-ökonomischen Kräfteverhältnissen angelegt ist.

In den zurückgebliebenen Regionen der EG erkennt man, wie einerseits die regionale Einkommenshöhe und -verteilung die Struktur der Investitionen prägt und diese wiederum die Verteilungsstrukturen reproduzieren. Wenn nun ein Wirtschaftswunder als Folge expandierender Ausrüstungen im Osten prognostiziert wird, so wäre also zu fragen, warum die Turiner Firmen Gleiches nicht mit dem *Mezzogiorno* tun oder warum das britische Industrie- und Geldkapital bereits seit Jahrzehnten seine Gewinne nach Übersee transferiert, anstatt sie in Wales oder Schottland zu investieren.

In Nordengland, Südfrankreich, Süditalien, abgeschwächt in Ostfriesland und Niederbayern kann unter einheitsstaatlichen Bedingungen besichtigt werden: Die Erpressbarkeit struktur- und einkommensschwacher Problemregionen beseitigt soziale und ökologische Hemmungen bei Industrieansiedlungen und Umstellungen und prägt die Industriestruktur. Vor allem aber nehmen Betriebe solcher Regionen die Eigenschaft an, 'verlängerte Werkbänke' der in den Metropolen ansässigen Zentralen zu sein. Es entstehen dort vorwiegend Produktionsstätten mit geringer Fertigungstiefe und eher traditionellem technischem Stand, während Leitung, Planung, Neuentwicklungen usw., also die gut bezahlten Posten und Karrierechancen verlorengehen. In jeder zyklischen Krise werden hier zuerst Entlassungen und bei jedem Aufschwung zuletzt Einstellungen vorgenommen. Einkommen, Berufsperspektive, Arbeitsplatzsicherheit und der Lebensstandard insgesamt ist hier am schlechtesten.

Nach dem Bonner Kalkül wird die »Sozialgemeinschaft« mit der Bindung der Sozialeinkommen an die DDR-Löhne und das limitierte Arbeitsplatz- und Wohnungsangebot in Westdeutschland die überwiegende Mehrheit der 'Landsleute' dort halten, wo sie sind. Aber selbst wenn dieser Teil der Rechnung aufginge, wäre es mit der »Anschub«-Finanzierung nicht getan. Denn es bleibt die selektive Abwanderung von Arbeitskräften, deren Qualifikation im Westen gefragt ist. Mit diesem Auszehrungsprozeß paßt sich das Arbeitskräftepotential aber den Bedingungen der nachrangigen Industrieregion an und verfestigt sie sowie die daraus resultierenden Finanzierungs- und Bedarfsprobleme.

**Beispiel: Rentenversicherung**

Ein zentraler und exemplarischer Punkt der sozialpolitischen Anschlußpolitik ist die Rentenversicherung. Es dürfte sich wohl um dasjenige Element des westdeutschen Sozialstaats handeln, das am nachhaltigsten zur sozialen Integration der Klassengesellschaft beigetragen hat. Die »Sozialgemeinschaft« soll nun der ökonomischen Gefährdung dieses Rentensystems dadurch Rechnung tragen, daß die Rentenansprüche der 'Landsleute' auf dem Gebiet der heutigen DDR entsprechend den dortigen niedrigen Löhnen berechnet werden. Die staatliche Einheit bringt also gleiche Bedingungen für das Kapital, aber extreme Ungleichheiten für die Sozialrentner.

Dabei wird in technokratischer Manier ein Finanzierungsproblem umgewandelt in eine Vielzahl politischer und sozialer Probleme, die durch eine derartige Diskriminierung hervorgerufen werden. Während derzeit die Mark des DDR-Rentners sogar noch eine etwas höhere Kaufkraft hat als die DM des BRD-Rentners aufgrund des preisgünstigeren jeweiligen Warenkorbes (Lebensmittel, Mieten und Fahrpreise), müssen dann mit den erheblich niedrigeren Renten aus DDR-Anwartschaft die 'westlichen' Preise bezahlt werden. Die derzeit angezielten durchschnittlich 670 DM (in der BRD: 1600 DM) täuschen. Es ist dies die 'Modellrente' von 70 Prozent des Durchschnittsverdienstes (940 M) nach 45 Versicherungsjahren, die von vielen nicht erreicht werden. Ist es schon schwer vorstellbar, wie jemand beim zu erwartenden Preisniveau davon leben kann, so nimmt mit der individuellen Differenzierung der Rente unterhalb dieses Wertes die Armutsbevölkerung mit Sozialhilfe-Anspruch schlagartig zu. Das Schlagwort von der »Anschubfinanzierung« besagt auch, daß eine mittel- und langfristige Angleichung des Rentenniveaus von der ostdeutschen Bevölkerung aus eigener Kraft zu finanzieren wäre. Das ist schon aufgrund der prognostizierbaren Beschäftigungsstruktur mit ihrem niedrigeren Lohnniveau unwahrscheinlich.

Die Summe, die bei einer Arbeitslosenzahl zwischen einer und zwei Millionen durch Mindereinnahmen und Mehrbedarf allein für die soziale Sicherung auf Bonn zukommt, errechnet die AG Alternative Wirtschaftspolitik jährlich auf zwischen 25 und 35 Milliarden DM. Dabei wird es nicht bleiben, selbst wenn die Geldleistungen und die Arbeitslosigkeit nicht steigen sollten: Zur Finanzierung 'freier Ärzte' forciert man den Aufbau einer gesetzlichen Krankenversicherung (in der BRD: 100.000 Beschäftigte). Die personelle Auszehrung des Gesundheitswesens kann nur durch drastische Lohnverbesserungen verhindert werden. Der bauliche Nachholbedarf ist hier ebenfalls akut und fordert bereits kurzfristig

Abhilfe in Milliardenhöhe. Die neuzuschaffende Arbeitsverwaltung wird insbesondere für Qualifizierungsmaßnahmen zusätzliche Mittel beanspruchen. . .

Zu diesen direkten Kosten der »Sozialgemeinschaft« kommen noch weitere, nur um den Preis verschärfter Sozialprobleme abweisbare Posten hinzu: Hilfen zur Finanzierung einer konkurrenzfähigen Infrastruktur, zur Modernisierung der Wirtschaft, Lasten, die durch die Schuldenübernahme der Bundesbank direkt auf den Bundeshaushalt zukommen usw. Insgesamt kommen die Ökonomen der Memorandum-Gruppe auf eine Untergrenze von 65 bis 75 Milliarden DM. Das ist bereits das Doppelte der Summen, die in Bonn genannt werden.

**Das neue Deutschland**

Zur Deckung dieser finanziellen Übernahme-Kosten schließt man Steuererhöhungen (noch) aus, und setzt auf konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen, Umschichtungen in den Staatshaushalten, höhere Verschuldung und – vor allem – auf einen »unwahrscheinlichen push für die Wirtschaft« (Blüm). So offensichtlich unseriös diese Finanzierungs- und Verteilungskonzepte sind, es sind die tiefer liegenden Prozesse, die dafür sorgen, daß das kapitalistische Gesamtdeutschland anders sein wird als eine lediglich erweiterte Bundesrepublik.

Das niedrigere Lohnniveau und die schlechtere Lebensqualität im Osten wird einen weiteren Abwanderungsdruck über die direkte Arbeitskräftenachfrage hinaus erzeugen. Aber nur die sehr gut qualifizierten und jungen Arbeitskräfte könnten ihre westdeutschen Kollegen verdrängen. Die anderen vergrößern die Verfügungsmasse der Unternehmer. Sie werden abwechselnd in »Jobs« und in der Arbeitslosigkeit sein und in abgewohnten Stadtregionen mit schlechter Wohnqualität leben. Auch dies erfordert keine Phantasie, weil man es in der Realität der USA oder Großbritanniens und ansatzweise auch schon in der Bundesrepublik erleben kann. Die Gewerkschaften sind unter solchen Bedingungen nicht mehr imstande, diese Prozesse abzuwehren. Unter der Last einer derart vergrößerten 'industriellen Reservearmee' disponibler Arbeitskräfte droht die Zerrüttung des bisherigen (labilen) Gleichgewichtsniveaus zwischen Kapital und Arbeit, dem sich die partielle soziale Bändigung der kapitalistischen Marktwirtschaft der Bundesrepublik verdankt.

Die sozialstaatlichen Funktionen in der Bundesrepublik als Resultate gesellschaftlicher Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit verdanken sich weder höheren Einsichten noch ideologischem Wunschdenken, sondern gehen auf reale politisch-ökonomische Kräfteverhältnisse zurück. Ein zahlenmäßiger Anzeiger der seit Beginn der Massenarbeitslosigkeit bereits erfolgten Verluste, ist der Rückgang des (Brutto-)Lohnanteils am Volkseinkommen. Er sank von 73,1 (1975) auf 67,4 Prozent 1989. Zugleich sind – auch das ist ein Ausdruck nachlassender 'Bändigungskraft' – die Leistungen zur sozialen Sicherheit seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre Schritt für Schritt abgebaut worden, insbesondere für jene Menschen, deren Arbeitskraft schlecht oder nicht verkäuflich ist.

**Gründerboom und Lastenverteilung**

Die Sanierung und Übernahme im Osten kann ohne größere Verteilungskonflikte im Westen nur bei sprudelnden Steuerquellen vonstatten gehen, sie produziert aber zugleich auch die Gefährdungen der dazu notwendigen Hochkonjunktur. Der öffentliche und private Kapitalbedarf führt zu Zinssteigerungen. Diese werden zwar fremdes und brachliegendes Kapital anziehen, aber auch die Konjunktur bremsen können. Da bei Investitionen in die Infrastruktur stets Einkommen und Nachfrage, aber keine zusätzlichen Warenangebote entstehen, muß man einen Preisauftrieb einkalkulieren. Wegen der niedrigen Sozialeinkommen in der DDR drücken höhere Inflationsraten sofort einen großen Bevölkerungsteil unter das soziale Existenzminimum. Inflationsbekämpfung wird nun einerseits durch die Exportabhängigkeit erzwungen, kann aber andererseits Wachstum und Beschäftigung in Mitleidenschaft ziehen.

Niemand kann also sagen, wie die Wirtschaftsentwicklung sich zwischen den Gefahren des Weltmarktes und den Lockungen eines nationalen 'Gründerbooms' vollziehen wird. Auf jeden Gründerboom aber folgt eine Gründerkrise, in der sich die Disproportionen zwischen akkumuliertem Kapital und realisierbaren Profiten wieder abbauen müssen. Hiervon sind die wirtschaftlich schwachen Regionen ungleich stärker betroffen, und ohne eine schützende Zoll- und Währungsgrenze sind sie sogar ausgeliefert.

Es ist unwahrscheinlich, daß unter diesen Bedingungen mittelfristig die sozialpolitische Spaltung bestehen bleibt. Bei geschwächten Gewerkschaften und 'mittragender' sozialpolitischer Opposition werden die Lasten auf das bundesdeutsche Sozialversicherungssystem abgewälzt. Man sollte dabei nicht unerwähnt lassen, daß bereits jetzt nur knapp mehr als ein Drittel der Arbeitslosen das Arbeitslosengeld bezieht, ein Drittel lediglich Arbeitslosenhilfe bekommt und ein Drittel leer ausgeht.

Wie die Westdeutschen auf mögliche fühlbare Verschlechterungen ihrer sozialen Lage nach dem Anschluß reagieren werden, wird sehr stark von der Art und Weise abhängen, in der ihnen die Kosten aufgedrückt werden.

Verteilungspolitische Belastungen zur Stabilisierung der DDR und zum Ausbau einer modernen Infrastruktur und eines sozialen Sicherungssystems greifen weniger tief in die sozialen Existenzbedingungen ein und ließen sich so gestalten, daß sie vorwiegend von den Bevölkerungsteilen getragen werden, die ohne soziale Gefährdungen damit belastet werden können. Die Bundesregierung lehnt aber gerade Steuererhöhungen kategorisch ab.

Was sich darum anbahnt, ist eine drastisch verschärfte Konkurrenzsituation auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten . Sie aber berührt die Lebenssituation weiter Bevölkerungskreise fundamental, löst Existenzängste aus und wird darum aggressionsgeladene Folgen haben. Die Situation der Schwachen unter den Arbeitslosen hat sich durch die Übersiedler aus der DDR ohnehin enorm verschlechtert, was nur durch die derzeitige Hochkonjunktur vorübergehend nicht so deutlich wird. Eine Verdrängungskonkurrenz von nicht zu unterschätzender sozialer Brisanz findet nicht nur auf dem Arbeits- sondern auch auf dem Wohnungsmarkt zwischen den Beziehern mittlerer und unterer Einkommen statt. Hier entwickelt sich ein sozialer und politischer Krisenherd, der – mehr als alles historische deutsche Erbe – die Gefahren autoritärer und expansiver 'Lösungen' provozieren könnte.

konkret 06/90, S. 35

**Wolfgang Pohrt**

# Der Weg zur inneren Einheit II

**Wie ticken die Deutschen? Im letzten Heft hat KONKRET mit dem Abdruck einer sozialwissenschaftlichen Studie begonnen, die Wolfgang Pohrt unter dem Arbeits-Titel »Autoritätsgebundener Charakter BRD 1990« für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« erstellt. Sein methodisches Vorbild ist die Studie »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische Propaganda untersucht hatten. In diesem Heft dokumentiert KONKRET Pohrts Bemerkungen zur empirischen Methode, eine Version des Fragebogens und Überlegungen zu seiner Modifikation**

## Das methodische Vorbild

Nicht in der BRD, aber in den USA sind Untersuchungen über die Empfänglichkeit der Leute für faschistische Propaganda sozialwissenschaftlicher Alltag. 50 bis 60 neue Publikationen verzeichnet der soziologische Sachkatalog im Durchschnitt pro Jahr, und sämtliche Arbeiten beziehen sich auf ein Buch, welches 1950 unter dem Titel *The Authoritarian Personality erschien.*

Zur Begründerin eines ganzen Forschungszweigs wurde die berühmte Studie, weil sie dem Gegenstand mit sozialwissenschaftlichen Methoden zu Leibe rückte und gleichwohl dessen Banalisierung vermied. Schon der erste Satz der Einleitung, der oft als Offenbarung einer neuen Erkenntnis zitiert und mißverstanden wird, drückt eher den Vorsatz aus, sich beim Forschen nicht dümmer zu stellen, als man es im Leben ist. Der Satz lautet: »Die Untersuchungen, über die hier berichtet wird, waren an der Hypothese orientiert, daß die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen eines Individuums häufig ein kohärentes, gleichsam durch eine 'Mentalität' oder einen 'Geist' zusammengehaltenes Denkmuster bilden, und daß dieses Denkmuster Ausdruck tieferliegender Züge der individuellen Charakterstruktur ist.«1

Was jeder intuitiv weiß und Dramatiker oder Romanciers hundertfach beschrieben haben – daß höchst fragmentarische Eindrücke oft ein zutreffendes Bild von der ganzen Person vermitteln – wird weder als unwissenschaftlich verworfen noch blind übernommen, sondern als sachdienlicher Hinweis für weitere Ermittlungen aufgegriffen. Denn wenn die Einheit der Person eine Tatsache ist, ist die Person auch berechenbar, und wenn die Person berechenbar ist, sind Rückschlüsse legitim.

Im Hinblick auf das Untersuchungsziel folgt daraus, daß der potentielle Faschist sich im Gespräch als solcher auch dann zu erkennen geben wird, wenn man nicht ausgerechnet über seine parteipolitischen Ansichten und Überzeugungen mit ihm redet. Es dürfte ihm, wenn er kein begnadeter Schauspieler mit der Fähigkeit ist, sich komplett in eine andere Rolle hineinzuleben, dann ausgesprochen schwer fallen, seine wahre Überzeugung vorsätzlich zu verleugnen, und, wichtiger noch: er wird identifizierbar sogar, wenn er auf die direkte Frage beim besten Willen keine zutreffende Antwort wüßte, weil er sich irrtümlicherweise für einen überzeugten Demokraten hält.

Es galt daher, die vielen 'wenn' auszuräumen, und dies geschah, indem Versuchspersonen um die Beurteilung einer Liste von Behauptungen gebeten wurden, wie man sie am Stammtisch hören oder auch selber erfinden kann. Zustimmung zu jeder Behauptung oder ihre Ablehnung drückten die Personen in Zahlenwerten von -3 bis + 3 aus, und wenn ein Formular es erlaubt, dem Befragten schließlich einen (Durchschnitts-)Zahlenwert zuzuordnen, spricht man von einer Skala. Verschiedene Skalen wurden entwickelt – eine, die Antisemitismus maß (A-S-Skala); eine andere, die allgemein Aversionen gegen ethnische Fremdgruppen ermittelte (E-Skala); eine dritte schließlich, die auf reaktionäre wirtschaftspolitische Ansichten zielte (PEC-Skala) – , und was erwartet worden war, konnte bewiesen werden: Antisemitismus ist, anders als beispielsweise die Vorliebe für Pflaumenkuchen oder Pfefferminzdrops, eng mit einer ganzen Reihe von spezifischen Überzeugungen verknüpft; wer Juden nicht mag, mag in der Regel deshalb Puertoricaner nicht umso lieber, sondern er mag grundsätzlich keine Menschen, die er, mit Grund oder ohne, für andersfarbig oder überhaupt andersartig hält.

Wenn der Antisemitismus kein zufälliges Geschmacksurteil, sondern eng mit thematisch verwandten Überzeugungen verflochten ist, dann war nun die Frage zu prüfen, ob dies Geflecht thematisch verwandter Überzeugungen seinerseits dergestalt mit bestimmten anderen Ansichten der Person harmoniert, mit bestimmten Ansichten über Liebe, Krieg, Familie, Moral, Erziehung etc., daß die vielen Ansichten-Partikel sich zum unverwechselbaren, wiedererkennbaren Bild formen – zu einem Bild, wie es der Zufall nicht zustande brächte, und welchem daher ein mit Willen begabter und planvoll handelnder Urheber unterstellt werden darf, nämlich ein Charakter. Ausführliche freie Interviews mit Personen, die auf den bereits vorhandenen Skalen hohe Werte erreichten, hatten inzwischen in Erfahrung gebracht, was und wie der Antisemit, wenn er nicht gerade mit den Juden hadert, sonst noch empfindet oder denkt. Es wiederholten sich dabei nicht nur bestimmte Ansichten-Partikel, sondern es tauchte regelmäßig ein ganzes Schema oder Muster auf, worin sich weitere

Elemente unterscheiden ließen. Diese Elemente sollten später die Variablen der neuen Skala bilden, wobei man sich unter Variablen hier gleichsam Kapitelüberschriften vorzustellen hat, welche die Skala gliedern

und Teilmengen der Sätze jeweils thematisch zusammenfassen. Zunächst aber hatte man eine Art Check-Liste, und sie sah folgendermaßen aus: 2

**Konventionalismus.** *Starre Bindung an die konventionellen Werte des Mittelstandes.*

**Autoritäre Unterwürfigkeit.** *Unkritische Unterwerfung unter idealisierte Autoritäten der Eigengruppe.*

**Autoritäre Aggression.** *Tendenz, nach Menschen Ausschau zu halten, die konventionelle Werte mißachten, um sie verurteilen, ablehnen und bestrafen zu können.*

**Anti-Intrazeption.** *Abwehr des Subjektiven, des Phantasievollen, Sensiblen.*

**Aberglaube und Stereotypie.** *Glaube an die mystische Bestimmung des eigenen Schicksals; die Disposition, in rigiden Kategorien zu denken.*

**Machtdenken und 'Kraftmeierei'.** *Denken in Dimensionen wie Herrschaft – Unterwerfung, stark – schwach, Führer – Gefolgschaft; Identifizierung mit Machtgestalten; Überbetonung der konventionalisierten Attribute des Ich; übertriebene Zurschaustellung von Stärke und Robustheit.*

**Destruktivität und Zynismus.** *Allgemeine Feindseligkeit, Diffamierung des Menschlichen.*

**Projektivität.** *Disposition, an wüste und gefährliche Vorgänge in der Welt zu glauben; die Projektion unbewußter Triebimpulse auf die Außenwelt.*

**Sexualität** . *Übertriebene Beschäftigung mit sexuellen 'Vorgängen'.*

Die Variablen oder Gliederungspunkte standen also fest, es mußten nun dazu passende Sätze formuliert oder im Interview-Material gefunden werden, und das Resultat war die berühmte F(aschismus)-Skala, von der bewiesen werden konnte (durch Vergleich der Werte, die eine Person auf dieser und auf den anderen Skalen erhielt), daß sie mit hoher Exaktheit Antisemitismus und Ethnozentrismus maß, obgleich darin weder Juden noch sogenannte Fremdgruppen namentlich erwähnt wurden. Bewiesen war damit zugleich zweierlei: daß antisemitische Ressentiments das Produkt eines bestimmten Charakters, einer bestimmten Triebstruktur sein müssen, und daß jene Annahmen über den Wirkungszusammenhang und über den Bedürfnishaushalt dieser bestimmten Triebstruktur im wesentlichen zutrafen, auf welchen die Entwicklung der F-Skala beruht hatte, die Idee überhaupt, die Auswahl und die Formulierung der Sätze. 3

Bewiesen war damit ferner, was später gern wieder vergessen wurde, daß nämlich durch empirische Sozialforschung nur schlauer wird, wer schon ziemlich schlau ist. Obgleich nämlich das Untersuchungskonzept der AP hinsichtlich simpler Logik und Plausibilität seinesgleichen sucht, läßt es sich nicht einfach anwenden, sondern es setzt die früheren Arbeiten von Horkheimer, Adorno, Benjamin, Marcuse und anderen voraus. So blieb es Adorno vorbehalten, den Ertrag der zwar überaus spannenden, für sich allein genommen aber doch unbefriedigenden Ermittlungsarbeit zu ernten. Die Präzision der Skalen, die Möglichkeit, durch Korrelationsrechnungen Bezüge zu finden, und schließlich das umfangreiche Interview-Material ließen sich, im Kapitel »Typen und Syndrome«, dergestalt interpretieren, daß es neben dem klassischen Autoritären, dem Anal-Sadisten, welchen Fromm beschrieben hatte, auch noch den Konventionellen und den Manipulativen gab – zwei modernere, stromlinienförmigere Varianten, die eine große Zukunft haben konnten, auch in den schwierigen Zeiten, wie sie für Faschisten gerade angebrochen waren.

### Andere Umstände

Zurückliegende Arbeiten, die immer noch faszinieren, zeichnen sich durch die Fähigkeit aus, ihre Distanz zur Gegenwart vergessen zu lassen. Beim Versuch, das Verstandene auch nachzumachen, stellt sich dann freilich die Erfahrung ein, daß die Unmittelbarkeit der Wirkung eine Sinnestäuschung war. Das Geheimnis der Zeitlosigkeit ist der bestimmte Augenblick, der Augenblick beispielsweise, als die Neurose noch frisch und mächtig war und die Neurosenlehre eine Überraschung. Spannend ist daher die Psychoanalyse bei Freud, im Leben und bei seinen Nachfolgern bleibt davon ein matter Abklatsch.

Nicht besser sehen neben der AP die meisten der späteren Versuche aus, die Wissenschaft vom autoritätsgebundenen Charakter auf den neuesten Stand zu bringen, und wenn die vorliegende Untersuchung eine mildere Beurteilung verdienen sollte, so deshalb allein, weil es zwingende Gründe gab, entscheidend vom Original abzuweichen – allerdings um den Preis des Verzichts auf ein geschlossenes Untersuchungskonzept. Die veränderte Methodik, genauer: der Mangel an Methodik rührt daher, daß die politischen Voraussetzungen heute andere sind als damals.

Die erste Version der F-Skala nämlich wurde im Januar 1945 an der University of California getestet, Amerika lag seit vier Jahren mit Deutschland in einem schweren Krieg, die militärische Niederlage des Nationalsozialismus war eine Frage von Monaten geworden. Und als fünf Jahre später die fertige Studie erschien, hatte der Nürnberger Prozeß stattgefunden, hatten Berichte über Auschwitz und Dokumentaraufnahmen aus Bergen-Belsen weltweit das Publikum schockiert. Faschismus

war nicht mehr opportun, und gründliches Umdenken führte in Deutschland dazu, daß man sich an die Ermordung da Juden nicht, umso besser dafür an die eigene Abneigung gegen die Nazis erinnern konnte.

So war der damals untersuchte Autoritäre einer, der gerade in sich ging. Pech für die Wissenschaft, wie man denken könnte, den Nazi empirisch untersuchen zu wollen ausgerechnet in dem Moment, wo er der Empirie Adieu sagen mußte – und in Wahrheit für die Wissenschaft ein Vorteil: Was nicht erscheinen kann, wird (vorübergehend) wesentlicher, Potentiale wachsen, wenn ein Isolator Spannungsabflüsse blockiert. Dem Nazi ums Jahr 1945 war der Mund verschlossen und waren die Hände gebunden, so daß er in sich reinfressen mußte, was herauszubrüllen ihm sonst ein Akt der Triebabfuhr gewesen war, und vom Reinfressen wurde seine Seele voll. Thema der AP ist also der Nazi als tatgehemmte Seele im Zustand ihres Geladenseins – der Nazi unter Sublimierungsdruck.

Die vorliegende Untersuchung verfolgt zwar das gleiche Ziel, und ohne jede Einschränkung kann daher der erste Satz aus der Einleitung zur AP übernommen werden. »Im Mittelpunkt des Interesses stand das *potentiell faschistische* Individuum, ein Individuum, dessen Struktur es besonders empfänglich für faschistische Propaganda macht. Wir sagen 'potentiell', denn wir haben uns nicht mit Personen befaßt, die erklärtermaßen Faschisten waren oder bekannten faschistischen Organisationen angehören.« (Studien, S.l)

Die Gleichartigkeit des Interesses aber ist 40 Jahre danach eine Ursache wesentlicher Differenzen. Insofern damals vorüber war, was heute nur als bevorstehend vorausgesetzt werden kann, muß das Übergangsstadium oder das Durchgangslager 'volle Seele' seine Funktion dergestalt verändert haben, daß an die Stelle eines Rückzugsgebiets ein Aufmarschgebiet trat, und es ist anzunehmen, daß der introvertierte Nazi, der Nazi in der Defensive, sich unterscheiden wird von seinem extrovertierten, offensiv gestimmten Gegenstück, vom Nazi, der bald eine Vorstellung geben möchte. Zumindest nicht ausgeschlossen werden kann, daß das autoritäre Syndrom heute wieder Komponenten enthält, die 1945 keine Rolle spielten, oder daß die Variablen von damals ihre Qualität und ihre Intensität verändert haben. Die Projektivität beispielsweise, die beim Autoritären in der Defensive zur breitgestreuten Symptomfülle führt – er fühlt sich verfolgt von Gott und der Welt und von allem und jedem ein bißchen – , muß in der Aufbruchsphase gezielt und gebündelt agieren, d.h. die eine große Vision vom drohenden Untergang und der Rettung vor ihm produzieren können.

Zwingt schon die vermutete qualitative Differenz zwischen dem damaligen und dem heutigen faschistischen Potential dazu, auf die ungeprüfte Übernahme der F-Skala und deren Interpretation zu verzichten, so wiegt noch schwerer, daß der Faschismus damals eine bekannte Größe war und heute eine unbekannte ist. Wenn der Begriff 'potentieller Faschist' einen Sinn haben soll, wird der Faschismus als jüngst vergangen oder nahe bevorstehend vorausgesetzt: Zum Wesen wie zum Potential gehört die zeitliche Nahe zur Erscheinung oder Aktualisierung, wenn das Wesen nicht Gegenstand unverbindlicher Spekulation und das Potential so beliebig und allgemein, so leer und abstrakt gefaßt werden soll, daß es beinahe als anthropologische Konstante, als allgemein menschliche Möglichkeit erscheint, tendenziell als »das Böse in uns allen, das Böse im Menschen überhaupt« . Der Nazi, der weder ein richtiger Nazi war noch einer werden kann, ist logisch auch kein potentieller.

Weil der deutsche Faschismus im Jahr 1945 ein abgeschlossenes und bekanntes Kapitel war, kann in der AP auf seine ausdrückliche Erwähnung oder gar explizite Erörterung verzichtet werden. Als Schnittpunkt aller Theorien und Hypothesen ist er in der Studie, obgleich er namentlich kaum genannt wird und amerikanische Studenten befragt wurden, dennoch omnipräsent, er bestimmt Schlußfolgerungen wie Prämissen. Den Zusammenhang zwischen Faschismus und Antisemitismus nicht noch einmal umständlich zu entwickeln, war sogar ein Gebot der Höflichkeit gegenüber dem Leser, der nicht wie ein begriffsstutziger Ignorant behandelt werden muß.

Weil umgekehrt in der vorliegenden Untersuchung jedoch der deutsche Faschismus zwar logisch als Faktum vorausgesetzt wird, er tatsächlich aber nur eine Möglichkeit darstellt, wird von ihm beständig die Rede sein müssen. Der Versuch, Klarheit über den potentiellen Faschisten zu gewinnen, läßt sich dann, wenn der Faschismus selber noch keine Tatsache ist, nicht trennen von der politischen Spekulation über die Gestalt, die ein künftiger Faschismus besitzen könnte. Vermutungen aber, Akte subjektiver Willkür gleichsam, dürfen nicht als allgemein bekannt vorausgesetzt, sondern müssen mitgeteilt, erläutert und begründet werden.

Aus der Notwendigkeit, eine Unbekannte – die unvorhersehbare Gestalt eines künftigen Faschismus – wie eine feste Größe behandeln zu müssen, entsteht g eine Situation, in welcher sich normalerweise Politiker | oder Börsenspekulanten befinden, denen die Wissenschaft allein wenig hilft, wenn sie nicht obendrein das richtige Gespür besitzen, welches so furchtbar täuschen kann. Die ganze Untersuchung wird daher über weite Strecken strengen wissenschaftlichen Ansprüchen nicht gerecht, sie wird essayistische Betrachtungen mit statistischen Auswertungen mischen; sich meist auf unbewiesene Annahmen stützen; im Umgang mit Begriffen eher großzügig sein und etwa 'Massenbewußtsein' ohne exakte Definition verwenden; die jüngste Entwicklung und die Tagespolitik auf eine Art interpretieren, die nicht jedem einleuchten muß.

Wenn eine Disposition für den Faschismus als Gemütsbewegung in der BRD existiert, dann – so die erste These – muß diese Disposition in der jüngsten Vergangenheit entstanden sein. Die jüngste Vergangenheit wird also unter dem

Gesichtspunkt betrachtet, was ein künftiger Faschismus ihr zu verdanken haben könnte.

An die Eröffnungsbilanz schließt sich eine kleine Chronik der laufenden Geschäfte an: Was kam hinzu durch die Herbstoffensive und den 9. November, was wurde bei dieser Gelegenheit offenbar? Und wo stößt die Entwicklung derzeit noch an ihre Grenzen? Sicher ist beispielsweise, daß ein neuer deutscher Faschismus Ersatz für den Antisemitismus suchen muß; völlig unklar ist, wer der Feind sein wird. (Siehe dazu »Auf dem Weg zur inneren Einheit«, KONKRET 5/90)

Klar wiederum ist, daß ein eindeutiges Kriterium für faschistisches Potential nicht verfügbar sein wird, denn gerade in Deutschland sagt das jeweils gerade bestimmbare Maß an Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit allein wenig aus über die künftige Entwicklung. Wer beispielsweise 1980 auch nur mit der vagen Möglichkeit hätte rechnen wollen, daß ein Jahr später der Anti-KKW-Protest in eine Massenfurcht vor Atomwaffen umschlagen würde, hätte sich nicht nach dem Interesse für Kernwaffen erkundigen dürfen, sondern versuchen müssen, das Maß an frei flottierender Projektivität zu erkunden oder die Bereitschaft dazu, sich in ein Gefühl tödlicher Bedrohung zu versetzen.

Analog dazu deutete vor 1933 nichts darauf hin, daß ausgerechnet in Deutschland der hier vergleichsweise moderate Antisemitismus sich zur Massenvernichtung steigern würde, wie überhaupt der sichtbare, unmittelbar meßbare Teil des Aufstiegs der NSDAP zur Macht kein gradueller, sondern ein sehr plötzlicher war und trotzdem absehbar für Gesellschaftswissenschaftler, die nicht einfach nur die Sonntagsfrage stellten.

Für die Entwicklung einer F-Skala heute heißt dies, daß sie sich nicht gleichsam eichen läßt, wie dies freilich auch in der AP nur unter Einschränkungen möglich war: Die Korrelation zwischen den Skalen A-S und F war hoch, aber nicht absolut, und in die Konstruktion der F-Skala flossen auch damals Überlegungen ein, die am Material nicht empirisch überprüft werden konnten.

**Die Skala**

Im Forschungsbericht stellt sich rückblickend schon der Verlauf einer Untersuchung meist so folgerichtig dar, als wäre der Erkenntnisprozeß selber von der gleichen Logik beherrscht, die seine Resultate auszeichnen sollte. Schrittchenweise wurde der Legende zufolge aus der Theorie die Empirie entwickelt, die Konstruktion der Skala war ein mehrstufiger, deduktiver, logischer Prozeß. Man kannte das faschistoide Syndrom (kurz: F-Syndrom) als Ganzes, man kannte ferner die Variablen, die es gliedern. So war die Formulierung oder die Auswahl der Skalensätze nur ein letzter, untergeordneter Akt, nämlich die Anwendung der Theorie oder die Umsetzung ihrer Erkenntnisse in die Praxis.

Bei der Arbeit selber jedoch klafft zunächst zwischen Theorie und Empirie eine gewaltige Lücke, die nur mühsam und sukzessive verkleinert werden kann. So wenig, wie das Studium einer Theorie des Romans schon zum Schreiben eines Romans befähigt, weil zwischen der Theorie und dem Roman selber ein wesentlicher Unterschied besteht, so wenig verwandeln sich Erkenntnisse über das F-Syndrom automatisch und nach Art einer kontinuierlichen Metamorphose in die Skalensätze, die es messen sollen – logischerweise, weil zur Produktion solcher Sätze gerade gehört, ihren verborgenen Sinn nicht zu kennen.

Wer eine Skala entwickelt, muß deshalb, wenn er hauptberuflich Sozialwissenschaftler ist, temporär in eine andere Rolle schlüpfen und den theoretischen Reflex unterdrücken. Einfühlungsvermögen ist vielmehr erforderlich, eine Art sechster Sinn, wie er sich durch lange und nicht ganz bewußtlose Erfahrung bildet, durch eine keineswegs nur theoretische, sondern höchst praktische Vertrautheit mit dem F-Syndrom, und fraglos auch durch eine gewisse – zumindest mimetische – Nähe zu ihm. Insofern die Skala also formal eher einem Kunstwerk als einer theoretischen Abhandlung ähnelt, wären im Idealfall Experten hinzuzuziehen, Dialogschreiber beispielsweise, Drehbuchautoren oder Werbetexter, weil Wissenschaftler meist von der Aufgabe überfordert sind, Texte von jener hohen literarischen Qualität zu liefern, wie eine gute Wahlkampfparole oder eine gelungene Bild-Balkenschlagzeile sie besitzen. An den eigenen Fachjargon mit seinem beschränkten Wortschatz gewöhnt und daher zur Umständlichkeit und zur Weitschweifigkeit neigend, beherrschen Sozialwissenschaftler vor allem den bildhaften Ausdruck und die sprachliche Verdichtung nicht. Die Skalensätze werden deshalb zu lang, zu schwerfällig, und sie bleiben trotzdem mißverständlich.

Wenn der Laie sich autodidaktisch mit einer ihm fremden Kunst befaßt, wird er sich zunächst in der Kunst des Plagiierens üben, und so geschah es auch diesmal. Mehr mit der Nase im Wind als mit Methode und nach System wurden hier zwecks Entwicklung einer ersten Test-Skala schon vorhandene Skalen geplündert. Das Grundmuster bildet die F-Skala aus der AP (Form 45), die einzelnen Sätze wurden teils wörtlich übernommen, teils modifiziert, teils ersetzt, wobei wiederum teilweise auf die Items der SINUS-Studie 4 zurückgegriffen wurde. Das Resultat war eine 58 Items umfassende Skala, die noch keinen Anspruch darauf erhebt, ein zweckdienliches Mittel im Sinne der vorangegangenen Erörterungen zu sein und gezielt Projektivität und Strafbedürfnis zu ermitteln. Sie wurde den Test-Personen in dieser Form präsentiert:

*Meinungsumfrage*

Themen, über die immer wieder gesprochen wird – Gedanken, die sich jeder macht: Welchen Standpunkt vertreten Sie? »Richtige« oder »falsche« Antworten gibt es nicht: Die beste Antwort ist immer Ihre ganz persönliche Meinung.

Ihre Zustimmung oder Ablehnung drücken Sie einfach aus, indem Sie jedem Satz eine Note geben, von – 3 (vollkommen falsch) bis + 3 (sehr richtig). Und bedenken Sie bitte: Der Fragebogen ist für uns nur brauchbar, wenn Sie jeden Satz bewertet haben.

+ 1: geringe Zustimmung -1: geringe Ablehnung

+ 2: mittlere Zustimmung -2: mittlere Ablehnung

+ 3: große Zustimmung -3: starke Ablehnung

1. Echte Freiheit verlangt, daß man sich in die Gemeinschaft einfügt.

2. Wenn ein Volk den Willen hat, kann es fast alles erreichen.

3. Im Wohlstand verkümmern die inneren Werte der Menschen, weil jeder nur auf den eigenen Vorteil bedacht ist.

4. Gerade die bedeutsamen Dinge muß man ahnen und spüren, weil man sie mit dem Verstand oder der Vernunft nicht erfassen kann.

5. Die Prunksucht arabischer Ölscheichs zeigt, daß plötzlicher Reichtum kulturlose Völker überfordert.

6. Solange es Menschen gibt, wird es auch Kriege geben.

7. Die Arbeitslosigkeit ist ein Problem. Ein Problem sind aber auch die Drückeberger, die auf unser aller Kosten leben.

8. Jeder Mensch braucht im Leben einen Halt, einen festen Glauben, an dem er niemals zweifelt.

9. Wichtiger als äußere Schönheit ist, daß ein Mensch echte Persönlichkeit besitzt.

10. Auch für die Ausländer hier ist es besser, wenn sie unter sich bleiben, statt sich den Einheimischen aufzudrängen.

11. Das natürliche und gesunde Leben früherer Zeiten sollte uns auch heute wieder ein Vorbild sein.

12. Wer aus der Reihe tanzt, will sich meistens nur wichtig machen.

13. Die Drogenwelle beweist es wieder, daß ungezügelte Freiheit oft ins Elend führt.

14. Die Deutschen sind steifer als die Italiener und die Franzosen, aber dafür sind sie auch nicht so oberflächlich.

15. Wer ein Europa ohne Grenzen will, muß damit rechnen,

daß dann auch das organisierte Verbrechen seinen Weg nach Deutschland findet.

16. Manche Menschen haben einen angeborenen Hang, sich in die Tiefe zu stürzen.

17. Gerade im Interesse der wirklich Bedürftigen sollte man die Erschleichung von Unterstützungsgeldern wie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe konsequenter verfolgen und strenger bestrafen.

18. Heute, wo so viele Menschen ständig unterwegs sind und jeder mit jedem zusammenkommt, muß man sich besonders sorgfältig gegen Infektionen und Krankheiten schützen.

19. Schwerer als materieller Schaden wiegt oft der Verlust der Ehre.

20. Ausländer als Vorarbeiter oder Vorgesetzte ihrer deutschen Kollegen einzustellen heißt, daß man den Betriebsfrieden gefährdet.

21. Junge Menschen haben manchmal Flausen im Kopf, aber später lernen sie, daß man im Leben auf dem Boden der Tatsachen stehen muß.

22. Heute ändert sich alles so schnell, daß man oft nicht mehr weiß, woran man sich halten soll.

23. Was dieses Land dringend braucht, ist eine selbstlose, unbestechliche und starke Persönlichkeit an der Spitze.

24. Die Ausländer hier machen sich manchmal unbeliebt, weil sie sich gegen die Deutschen abkapseln und nur mit ihren eigenen Landsleuten verkehren.

25. Sittlichkeitsverbrecher verdienen härtere Strafen als nur ein paar Jahre Gefängnis.

26. Die Menschen kann man in zwei Klassen einteilen: die Schwachen und die Starken.

27. Es gibt kaum etwas Gemeineres als einen Menschen, der nicht Liebe, Dankbarkeit und Achtung für seine Eltern empfindet.

28. Wenn Gastarbeiter in deutsche Familien einheiraten, bringt das nur Probleme für beiden Seiten.

29. Eines Tages wird es sich wahrscheinlich zeigen, daß die Astrologie doch vieles erklären kann, woran die Wissenschaft scheitert.

30. In ihrer ganzen Tragweite noch gar nicht erkannt ist die Gefahr, die unseren Erbanlagen durch die moderne Technik droht.

31. Viele soziale Probleme wären gelöst, wenn unsere Volkswirtschaft zu kleinen und überschaubaren Familienbetrieben zurückkehren würde.

32. Den farbigen Völkern ginge es besser, wenn sie den Fleiß und die Tüchtigkeit der Europäer besäßen.

33. Wer die Zeichen zu deuten weiß, wird in den jüngsten Naturkatastrophen eine an die Menschen gerichtete Warnung erkennen.

34. Eine der Hauptaufgaben für die nächsten Jahre wird es sein, die Bevölkerungslawine einzudämmen.

35. Ob man es zugibt oder nicht: Es ist eine Tatsache, daß die Männer von den Frauen immer nur das Eine wollen.

36. Durch Erziehung erreicht man viel, aber wer als Türke geboren wurde, wird im Herzen immer ein Türke bleiben.

37. Wenn die Menschen weniger reden und mehr arbeiten würden, ginge es allen besser.

38. Die meisten haben keine Ahnung, wie stark ihr Leben schon heute von geheimen Abmachungen und Plänen kontrolliert wird.

39. Homosexualität wird zwar nicht mehr bestraft, trotzdem bleibt sie widernatürlich.

40. Den Ausländern hier mangelt es oft am guten Willen, sich den Sitten des Gastlandes anzupassen.

41. Primitive Menschen erkennt man daran, daß sie keine Ehrfurcht vor den Leistungen großer deutscher Meister wie Bach, Beethoven oder Goethe empfinden.

42. Kein gesunder, normaler, anständiger Mensch könnte jemals einen guten Freund oder Verwandten kränken wollen.

43. Obwohl es vielleicht übertrieben klingt: Manchmal sind Tiere die besseren Menschen.

44. Wichtige Lehren muß man stets mit Leiden bezahlen.

45.* Ob die Asylbewerber vor der politischen Verfolgung oder vor dem Elend geflohen waren: Jedenfalls sind sie in Not, und deshalb muß man ihnen helfen.

46. Gerade heute kommt es darauf an, als Einzelner seinen ureigenen Grundüberzeugungen treu zu bleiben.

47. Was den Deutschen neben einer echten Zukunftsvision fehlt, ist ein großes, machtvolles Gefühl von Zusammengehörigkeit und Gemeinsamkeit.

48. Wertvolle Menschen zeichnen sich durch die Fähigkeit aus, daß sie sich ganz in den Dienst einer Sache oder Person stellen können.

49. Wichtiger als die Wirtschaftskraft des Landes ist für ein Volk, daß es seine Kultur und seine Tradition nicht verrät.

50. Die Amerikaner haben uns ihre nur auf den schnellen Dollar abzielende Lebensweise aufgezwungen.

51. Bevor man Asylbewerber und Aussiedler unterstützt, sind die Deutschen hier besser mit Wohnraum und Arbeitsplätzen zu versorgen.

52. Wenn jemand an UFOs, an die Seelenwanderung oder die Wiedergeburt glaubt, darf man ihn deshalb nicht verspotten.

53. Was dem Einzelnen Kraft gibt, ist seine Verankerung in der Gemeinschaft und seine Verwurzelung im Volk.

54. Presse und Fernsehen neigen dazu, mit ihrer verantwortungslosen Kritiksucht alles Gute und Schöne in den Schmutz zu ziehen.

55. Strenger als den kleinen Dieb sollte man die großen Geschäftemacher bestrafen, die sich ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl bereichern.

56. Uneinigkeit, Mißgunst und Zwietracht gehören zu den größten Übeln unserer Zeit.

57. Auch wenn dies immer mehr aus der Mode kommt: Weihnachten sollte ein Fest bleiben, welches man daheim im Familienkreis feiert.

58. Gerade weil die Leistung der Frauen oft nicht genug gewürdigt wird, ist der Muttertag wichtig und eine gute Gelegenheit, ihnen Anerkennung und Dankbarkeit zu erweisen.

*** umgekehrt gepolt**

Obgleich die Modifikation der F-Skala, ihre Veränderung und Ergänzung, mehr nach Gespür als nach System geschah, spielten dabei selbstverständlich auch Überlegungen ein Rolle, solche zumal, die Abweichungen vom Konzept der AP begründen. Während die Regel, möglichst indirekte Behauptungen zu verwenden, Sätze also, welche die »Vorurteile nicht offen berühren und dem wirklichen Zweck so entlegen wie möglich scheinen« aus der AP übernommen wurde, ohne daß ihre Einhaltung immer gelungen wäre, wurde gegen einen anderen Grundsatz vorsätzlich verstoßen. Nach dieser zweiten Regel »sollten sich Irrationalität und objektive Wahrheit in jedem Satz die Waage halten. (...) Bis zu einem gewissen Grad mußte jeder Satz die Vernunft ansprechen, dabei aber so formuliert sein, daß der rationale Aspekt bei der Zustimmung oder Ablehnung nicht den Ausschlag gab.« (Studien, S. 62)

Im Gegensatz zu dieser Maxime wurde hier versucht, möglichst Sätze zu verwenden, deren Diktion zwar plausibel bis bedeutsam klingt, die tatsächlich aber ausschließlich irrational sind und nur bei sehr freier und wohlwollender Interpretation vielleicht eine Spur objektiver Wahrheit enthalten. Die Sätze der F-Skala wurden deshalb daraufhin überprüft, ob sie nicht auch sachlich gut begründete Zustimmung finden könnten. Vermieden werden sollte das Risiko, daß ein Satz auf Ablehnung stoßen würde nicht etwa wegen seiner faschistoiden Botschaft, sondern wegen der in diese Botschaft einfließenden Logik. Die Annahme dabei war, daß in der BRD generell mit intensiverer Irrationalität als in den USA gerechnet werden mußte, mit einer weitverbreiteten Scheu auch, die Dinge überhaupt beim richtigen Namen zu nennen. Zustimmung zum Satz: »Wehrdienst kann gar nicht hart genug sein, weil im Krieg jeder Soldat die Pflicht hat, möglichst viele Feinde zu töten und selber zu überleben«, würde beispielsweise in den USA mit hoher Sicherheit auf autoritäre Unterwürfigkeit schließen lassen, weil die emphatische Formulierung begeistertes Einverständnis mit einer banalen, von niemandem ernstlich bezweifelten Tatsache ausdrückt. In der BRD jedoch könnte der Satz leicht zu vertauschten Fronten dergestalt führen, daß die Ablehnung keine Wertung der Formulierung ist, kein Urteil über den frohlockenden Ton, sondern ein Ausdruck der Weigerung, die Tatsachen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Statt Begeisterung für das Militär oder Widerwillen dagegen würde man hier vermutlich messen, bis zu welchem Grad jemand sich dem Diktat einer öffentlichen Meinung unterworfen hat, welche die Meinungsbildung über das Militär dadurch unterbindet, daß sie den Inhalt des Soldatenberufs einfach verleugnet. Ob es aus moralischen Gründen prinzipiell verwerflich sei, das fachmännische Töten zu üben; ob es dafür vielleicht aber zwingende Gründe gibt; oder ob dieses Handwerk sogar ein besonders heldenhaftes sei – dergleichen Fragen können hier weder gestellt noch beantwortet werden, weil es nach geltender westdeutscher Sprachregelung überhaupt nicht stimmt, daß die Armee nun mal die Aufgabe habe, das fachmännische Töten zu üben. 5

Stark modifiziert wurde aus ähnlichen Erwägungen der erste Satz der F-Skala, und nur an diesem einen Beispiel werden hier exemplarisch Überlegungen vorgeführt, wie sie grundsätzlich bei jedem Satz hätten angestellt werden müssen. Vermieden werden sollte die bei Autoritarismus-Studien sich leicht einschleichende Haltung, die Reaktion auf einen Satz voreilig als Symptom w deuten und die F-Skala dabei unbewußt als einen neuen Moral-Kodex zu betrachten. Die Frage war also zunächst nicht, ob die Reaktion auf einen Satz ein Indikator für das F-Syndrom sein könnte, sondern die Frage war: Ist die Behauptung richtig oder falsch? Daraus ergeben sich dann, weil in da BRD die simpelsten Einsichten nicht normal sind, sondern anstrengendes Kopfzerbrechen erfordern, zwangsläufig Betrachtungen politischer oder philosophischer Art, beinahe kurze Essays, die zunächst vom Thema weit wegführen.

Der erste Satz hieß:

**Respekt und Gehorsam gehören zu den wichtigsten Tugenden, die ein Kind lernen kann.**

(Variable *Konventionalismus* und *autoritäre Unterwürfigkeit)*

Er wurde ersetzt durch:

**Echte Freiheit verlangt, daß man sich in die Gemeinschaft einfügt.**

Die Begründung: Die ursprüngliche Behauptung ist nicht irrational genug, denn in der Tat muß das Naturprodukt Menschenkind, also vernunftlose und instinktlose Kreatur, im eigenen Interesse Respekt vor den Gesetzen beispielsweise der Schwerkraft lernen und den Befehlen der Eltern (»Nasche nicht am Waschpulver ! «) gehorchen. Von Natur aus weiß der kleine Mensch nicht, was ihm gut tut, denn von Waschpulver einerseits und Alete-Kost andererseits kann seine Natur nichts wissen, ebenso, wie die Hunde-Natur keinen Zucker kennt und das sonst so gesundheitsbewußt sich ernährende Tier deshalb Schokolade frißt, bis es sich in Krämpfen windet. Schon in der Steinzeit ahnte der frisch auf die Welt gekommene pelzlose Warmblütler nicht, ob er Hirsebrei und Cocos-Milch oder Robbenfleisch und Lebertran würde essen wollen müssen, und noch viel weniger wissen die Chromosomen heute im Supermarkt Bescheid. Das nur von seinen Erbanlagen beratene Kind ist in jeder modernen Wohnung ein Todeskandidat, weil es nicht mal weiß, daß es nicht fliegen kann.

Das wissen dafür seine Eltern. So stünde einer harmonischen Entwicklung nichts im Wege – wenn das kleine Kind nicht so etwas ähnliches wie einen eigenen Willen besäße. Es hat keine Instinkte, sondern es hat Triebe, und der Unterschied zwischen den beiden ist der, daß aus dem Instinkt ein triebhaftes Verhalten im Interesse der Selbsterhaltung resultiert,

während der Trieb reine Willkür ist und als Ziel nur seine Befriedigung kennt. Das kleine Tier ist ein kleiner Automat, es will, was es selber und die Gattung groß und stark macht – mehr Milch. Der Säugling hingegen ist ein kleiner Lüstling, er will an seinen Zehen nuckeln, verhungere er auch selber dabei und mit ihm die ganze Gattung. Nur seinem Lustprinzip, also der Willkürherrschaft unvernünftiger Triebe unterworfen, ist er selber ein launischer kleiner Despot, der Rücksicht weder auf sich noch auf andere nehmen würde.

Selbsterhaltung heißt für den Menschen also zunächst Unterwerfung, Unterwerfung unter das ihm als fremder Wille und äußere Macht gegenübertretende Realitätsprinzip. Das Realitätsprinzip tritt ihm als fremder Wille und äußere Macht gegenüber, weil die menschlichen Triebziele im Unterschied zu den Triebzielen des kleinen Tieres partiell von den Zwecken der Selbsterhaltung emanzipiert sind – Bedingung des Wahns wie der Freiheit gleichermaßen und der Grund dafür, daß der Mensch, wenn er keinen Verstand und keine Moral entwickelt, unvergleichlich viel dümmer und schlechter ist als das Tier. Die Emanzipation vom Instinkt schließt beide Möglichkeiten ein – die Möglichkeit, anders als das Tier Mitgefühl nicht nur für die jeweils eigene Brut zu empfinden, und die Möglichkeit, anders als das Tier auch die eigene Brut zu töten.

Daß ein Kind Respekt und Gehorsam nicht von Natur aus besitzt, sondern dergleichen erst lernen muß, ist ebenfalls eine richtige Einsicht, unterscheidet sich doch darin der Mensch von der Ameise oder vom Hund. Lernen heißt immer, auch anders zu können, stur oder unbelehrbar zu sein, und als bloß gelernt oder angelernt bleiben Respekt und Gehorsam stets prekär. Der ursprüngliche Satz formuliert also eine Behauptung, gegen die sich wenig einwenden läßt, wenn man sie wörtlich nimmt, obgleich die Motive derer, die ihm beipflichten, möglicherweise falsch und schlecht sind.

Weniger in den USA, wo dieser Satz schließlich erfolgreich getestet wurde, wohl aber in Deutschland besteht also die Möglichkeit, daß die Behauptung abgelehnt wird aus den falschen Gründen, deshalb zum Beispiel, weil der Autoritäre oder der verhinderte Rebell es hier nicht ungern sieht, wenn die Kinder sein alter ego spielen und so brutal oder ungezogen sind, wie er das selber gern wäre. Gerade bei Autoritären aus dem Mittelstand findet man neuerdings die Neigung, die eigenen Kinder zur Ungezogenheit förmlich anzustacheln, und die Art der Alten, sich bei den Kindern durch Brutalität anzubiedern, stets Verständnis für den Lausbub und seine Streiche oder die Studenten und ihren Ulk zu zeigen und gemeinsam mit der Rasselbande den sogenannten Streber zu schikanieren, hat hier eine lange Tradition.

Keine Gefahr, daß einer ihn aus den falschen Gründen ablehnen könnte, besteht hingegen beim neuen Satz, welcher die Reizwörter echt, Gemeinschaft und sich einfügen zu einer Behauptung verkettet, der eigentlich niemand zustimmen kann: der Liberale nicht, der die persönlichen Freiheitsrechte schätzt, und ebensowenig der traditionelle Autoritäre, der die scharfen Kommandos mag und die Freiheit für ein Hirngespinst hält oder für eine lästige Marotte. Zustimmung bedeutet hier

1. Unterwerfung unter das Diktat des Widersinns. Wer zustimmt, pflichtet nicht einer Meinung bei, von der er selber überzeugt ist, sondern er dokumentiert seine Bereitschaft, eine Behauptung für richtig zu halten, die weder er selbst noch irgendein anderer verstehen kann.

2. Einverständnis mit einer Botschaft, in welcher sich unmittelbar der Nationalcharakter manifestiert. Die Botschaft heißt 'Wir wollen alles', beispielsweise von den Menschen, deren Angehörige wir umgebracht haben, auch noch geliebt werden; nach zwei angezettelten Weltkriegen eine besondere Verantwortung für den Weltfrieden besitzen; die Tat begehen und dann auch noch das Mitleid einstreichen, welches dem Opfer gebührt.

In der AP war der zitierte erste Satz den Variablen *autoritäre Unterwürfigkeit* und *Konventionalismus* zugeordnet worden, und für die Notwendigkeit, ihn zu modifizieren, sprachen neben den entwickelten speziellen sachlichen Gründen allgemeinere Überlegungen. Sie lassen sich in der Behauptung zusammenfassen, daß in Deutschland mit höchst komplizierten Verhältnissen zu rechnen war, weil – anders als in den USA – der hiesige Autoritarismus einer ohne Autorität und der hiesige Konventionalismus einer ohne Konventionen ist. Schon bei den Nazis war nicht das Wort des Führers Befehl, sondern sein Wille, den der kongeniale Volksgenosse erahnte. Nie hätte der Nationalsozialismus funktioniert, hätte den Deutschen jede ihrer Missetaten bei Strafandrohung befohlen werden müssen. Anders, als es das Wort vom 'Befehlsnotstand', von der 'Gleichschaltung' oder vom 'Führer' selber glauben machen will, herrschte das NS-System durch Gehorsam ohne Befehl.

Das Syndrom *autoritäre Unterwürfigkeit* wird daher stets etwas verknautscht und verbogen wirken. Zwar ist die Bereitschaft zur Unterwerfung – und mit ihr der Haß auf die eigene Demutshaltung, weshalb man dann wieder alles und jedes als mutig, couragiert oder kämpferisch bezeichnet – übergroß, aber die Gelegenheit fehlt, weil es in Deutschland keine Autorität im konventionellen Sinn gegeben hat, an welcher sich die zeitgenössischen Haustyrannen und später die Nachfolger ein Beispiel nehmen konnten: einen Napoleon so wenig wie einen Washington oder Jefferson, und auch keine überzeugenden Patriarchen. Schon der Kaiser war ein Hampelmann, an dessen Autorität man nur nach vorsätzlich begangener Selbsttäuschung und nicht ohne geheimen Verdruß glauben konnte, Bismarck war sein Angestellter, der später auch noch Stempeln ging. Das Spiel »Führer befiehl, wir folgen dir« mußten alle als Farce durchschauen, die je einen

Chaplin-Film gesehen hatten, d.h. alle. Vielleicht war der unbedingte, aber diffuse, gegen andere wie sich selbst gerichtete Vernichtungswille eine Art Haß auf die Narrenrolle, die man als vor Begeisterung brüllender Anhänger eines verkrachten Kunstmalers und schlechten Chaplin-Imitators spielte. D.h. die Deutschen hätten so gern einmal einen richtigen Diktator gehabt, dem sie aufs Wort gehorchen müssen, aber es wollte sich aus ihren Reihen einfach keiner finden, der den Job übernehmen konnte.

Daraus folgt, daß Respekt und Gehorsam, weil man dergleichen im Grunde nicht kennt, erst dann wieder wirklich zu Ehren kommen, wenn eine neue Vorstellung der alten Farce schon in vollem Gange ist, wenn also die Landsleute beschlossen haben, daß es diesmal Schönhuber sein soll, denn sie für ihren Nero halten wollen. Eben deshalb, weil es in Deutschland eigentlich keine identifizierbare Autorität und keine als verbindlich erklärten Regeln gibt, gibt es auch weder Gehorsam noch beabsichtigte Verstöße gegen die Regeln, sondern jeder hat dauernd Angst, gegen irgendwelche unbekannten, ungeschriebenen Gesetze zu verstoßen – Zensur etwa ist, wie man weiß, hier überflüssig. Man hat ewig Angst, ganz unabsichtlich aufzufallen und aus der Reihe zu tanzen, und die Haltung, die daraus folgt, bezeichnet man gern als »sich einfügen in die Gemeinschaft«.

Das »sich einfügen in die Gemeinschaft« ist zugleich der Ersatz für gesittetes Benehmen, wie der Konventionelle es vielleicht in anderen Ländern fordern würde, denn im konventionellen Sinn kennen die Deutschen kaum gültige Konventionen, nie hat sich ein verbindlicher Kanon gesellschaftlicher Formen entwickelt, die Sitten waren schon in der Inflationszeit beim Kleinbürgertum total verlottert, von der Jugendbewegung hatten die Nazis die spießbürgerliche Protesthaltung gegen alles Spießige und Förmliche übernommen, zur Heldin wurde die uneheliche Mutter erklärt, Promiskuität war obligatorisch, Eltern und Lehrer fürchteten den Hitlerjungen statt umgekehrt. Ein aktuelles Beispiel dafür, daß Konventionen hier stets nur dünne Tünche sind: die Bereitschaft der Rentner, das eigene welke Fleisch hüllenlos am Strand darzubieten, nachdem die Jugend nur mal ein bißchen mit schlechtem Beispiel voranging.

Ähnlichen Überlegungen fielen auch andere Variable der F-Skala zum Opfer, mit dem Resultat, daß auf ein Gliederungsschema bei der ersten Testversion der neuen Skala ganz verzichtet und das F-Syndrom als hinsichtlich seiner Komponenten weitgehend unbekannte Größe betrachtet wurde. Die Übernahme in die vorliegende Untersuchung erschien besonders bei den folgenden Variablen problematisch:

**Anti-Intrazeption** (Abwehr des Subjektiven, Phantasievollen, Sensiblen): Mit Besonderheiten der deutschen Geschichte – völkische Variante des Nationalismus, Kultur und Märchen, Wald und Mittelalter – hängt zusammen, daß neben dem Haudrauf-Nazi, dem Holzkopf-Faschisten, der gemütvolle Nazi und der sentimentale Faschist die wichtigere Rolle spielen. Und an Anti-Intrazeption leidet der nicht. Aus dem Tagebuch eines SS-Mannes: » *Wunderbare Musik, 'hörst Du mein heimliches Rufen '. Wie weich kann da nur ein Herz werden. – Ich habe eine furchtbare Nacht hinter mir. Wie kann nur ein Traum so wahr und so ausdrucksvoll wie die Wirklichkeit sein. – Bei einer wahnsinnig sinnlichen Musik schreibe ich nun meinen ersten Brief an meine Trude. – Die Todeskandidaten* (die ihre Gräber selber ausheben mußten) *werden in drei Schichten eingeteilt, da nicht so viele Schaufeln hier sind. Eigentümlich, in mir rührt sich nichts, kein Mitleid – nichts. «*

Ferner darf nicht vergessen werden, daß Hitler Kunstmaler und Amateur-Architekt, der Nationalsozialismus ein großer Gönner der Künste und, dem eigenen Anspruch nach, fast so etwas wie ein Gesamtkunstwerk gewesen war.

**Macht und Robustheit** (Denken in den Dimensionen Herrschaft – Unterwerfung, stark – schwach, Führer – Gefolgschaft; Überbetonung der konventionalisierten Attribute des Ich; übertriebene Zurschaustellung von Stärke und Robustheit): Den typischen amerikanischen *tough guy,* den harten Jungen gibt's hier nicht, immer ist er ein wenig verjammert, kämpft gegen den 'inneren Schweinehund' oder fühlt sich aller von ihm selber ausgeübten Brutalität zum Trotz doch immer als der deutsche Michel, den die ganze Welt übers Ohr haut und aufs Kreuz legt.

**Destruktivität und Zynismus** (generalisierende Feindseligkeit, Verleumdung des Menschlichen): Zynismus und Destruktivität sind nun selber Vorwürfe, welche die Nazis ihren Kritikern machten, und heute noch darf man keinen Behinderten hier als den Krüppel bezeichnen, welcher man unangenehmer- wie unabänderlicherweise ist, wenn man auf einem Bein durch die Welt humpeln muß. Schlimmes steckt hier meist hinter falscher Pietät, Erbaulichkeit und Euphemismen – typischer als die 'Judenwitze', mit denen Schüler heute ihre fortschrittlichen Lehrer zur Verzweiflung treiben, war für die Nazis, daß sie für die Deportation der Juden das Wort 'Verschickung' und für ihre Ermordung das Wort 'Sonderbehandlung' erfanden.

Die Entwicklung einer ersten Testversion für die neue Skala war also kein unüberlegter, aber ebensowenig ein systematischer Prozeß, und keineswegs schlagen die ihn begleitenden Erörterungen sich stets in den Sätzen nieder. Der Zweck der Unternehmung: einen Anfang zu machen, Material zu bekommen, welches dann kritisiert, sortiert, klassifiziert und systematisiert werden kann.

Anmerkungen

1 T.W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levenson, R. Nevitt Sanford: The Authoritarian Personality, New York 1950. Zitiert wird entweder nach der Ausgabe von 1964, unveränderter Nachdruck 1966, kurz: AP, oder, wo dies möglich ist, nach der Übersetzung von Milli Weinbrenner (Theodor W . Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt 1973), kurz: Studien

2 Studien, S.45. Weil diese Check-Liste die Ursache einer Reihe folgenschwerer Mißverständnisse gewesen war, muß kurz auf ihren Status hingewiesen werden, obgleich das hier nicht zum Thema gehört: Sie ist ein Merk-Zettel mit Stichworten, die das Material überschaubar machen sollen, sie ist ein Hilfsmittel bei der Arbeit, nicht deren Endresultat, sie muß jeden irreführen, der die Verkürzung für bare Münze nimmt. Für bare Münze wurden in der BRD zu Zeiten der Protestbewegung gern die Variablen *Konventionalismus* und *autoritäre Unterwürfigkeit* genommen, weil dies Mißverständnis den hier ohnehin vorhandenen reaktionären Drang nach Selbstenthemmung legitimieren half. Geflissentlich übersehen wurde dabei, daß beide Variablen nicht etwa auf das vergesellschaftete, angepaßte, zivilisierte Individuum zielen, sondern umgekehrt gerade auf mißlungene Anpassung und mißlungene Identifikation, in dem Sinn, wie Adorno über eine der Figuren aus Huxleys Brave New World schreibt: »Aber indem sie bis zum Kern mit der Konvention eins ist, zergeht die Spannung des Konventionellen mit der Natur, und damit die Gewalt, welche das Unrecht der Konvention ausmacht: psychologisch ist das schlecht Konventionelle immer Mal einer mißlungenen Identifikation. Wie sein Gegensatz würde der Begriff der Konvention selber hinfällig. Durch die totale gesellschaftliche Vermittlung stellte gleichsam von außen nach innen zweite Unmittelbarkeit, Humanität sich her. Es fehlt nicht an solchen Ansätzen in der amerikanischen Gesellschaft . « (Adorno, Aldous Huxley und die Utopie, in: Prismen, München 1963, S. 103) Bezogen auf den potentiellen Faschisten bleibt festzuhalten, daß *autoritäre Unterwürfigkeit* die Funktion hat, »ambivalente Gefühle gegenüber Machtpersonen zu steuern; unterschwellige feindselige und rebellische Impulse, durch Furcht im Zaum gehalten, führen im Individuum zu einem Übermaß an Ehrfurcht, Gehorsam, Dankbarkeit und ähnlichem.« (Studien, S. 50) D.h. der Autoritäre ist stets der verhinderte Rebell, der Lausbub eher als das brave Kind.

3 Diese Annahmen stützen sich zunächst auf Freud und dann auf einzelne Arbeiten seiner Interpreten: Fromms Theorie des autoritär-masochistischen Charakters in den *Studien über Autorität und Familie,* Reichs *Massenpsychologie des Faschismus,* Abrahams Arbeiten über den Analcharakter. Wichtig ferner: Die Inhaltsanalysen von faschistischem Propagandamaterial durch Loewenthal und Guterman.

4 Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, veröffentlicht m der Reihe rowohlt aktuell 1981

5 Erinnert sei an den Wirbel im Anschluß an ein Strafverfahren, welches angestrengt worden war gegen eine Person, die öffentlich erklärt hatte: »Soldaten sind potentielle Mörder«. Der mit vielen einschränkenden Bemerkungen versehene Freispruch löste bei Regierungsstellen bis hin zum Bundespräsidenten Stellungnahmen in einer Tonlage aus, wie man sie sonst von Stellungnahmen zu RAF-Attentaten kennt. In keinem Fall wurde die Banalität des Satzes geragt, der objektiv nicht falsch, aber überflüssig ist: Da jeder Mensch ein potentieller Mörder ist, ist natürlich auch jeder Soldat einer. Empörung rief der Satz vielmehr hervor, weil man sich durch ihn an den sonderbarerweise verdrängten Gedanken erinnert fühlte, daß es die Aufgabe der Armee sei, einen feindlichen Willen äußerstenfalls durch Tötung des Feindes zu brechen. Man interpretierte diese Feststellung als eine Beleidigung der Soldaten, wie wenn man selber der Überzeugung wäre, jede beabsichtige Tötung eines Menschen sei ein Verbrechen. Dabei liefert gegen solchen sentimentalen Gesinnungspazifismus die deutsche Geschichte selber die besten Argumente: Die Mordmaschinerie des Dritten Reiches mußte mit aller zu Verfügung stehenden militärischen Gewalt zerschlagen werden, und die besten Widerstandskampfer waren die, welche sich auch aufs fachmännische Töten von Menschen verstanden.

Im nächsten Heft: Auswertung einer Testversion

konkret 06/90, S. 44

**Stanislaw Kania**

# »Die Rechnung der Leiden«

**Seit ihrer Gründung weigert sich die Bundesrepublik standhaft, die polnischen Opfer des deutschen Vernichtungskriegs zu entschädigen. Noch leben 1,8 Millionen Polen, die ein Recht auf finanzielle Wiedergutmachung haben. Bonn aber verlangt, daß sie sich entschuldigen und verzichten**

Es tut mir leid und ich bitte Sie dafür um Verzeihung, daß ich hier von peinlichen Angelegenheiten sprechen werde, die in die Vergangenheit zurückreichen. Ich wäre glücklich, wenn die Umstände, an die ich erinnern muß, bald eine politische Lösung fänden und nicht mehr als Trauma empfunden werden müßten.

Die Machthaber des Dritten Reiches haben, leider unter Duldung der Mehrheit der Bevölkerung, im Osten Lebensraum für die Deutschen zu erobern versucht. Anders als die Germanisierungspolitik Bismarcks die darin bestanden hatte, der polnischen Bevölkerung die deutsche Sprache und deutsches Recht aufzuzwingen, zielte die Germanisierungspolitik der Nazis auf die direkte und indirekte Vernichtung der ansässigen Bevölkerung, um deren Wohngebiete für das Deutschtum frei zu machen. Es war alles andere als Zufall, daß die Nazis die Hälfte ihrer Lager, Gettos und Gefängnisse, die der Aussonderung und der Völkervernichtung dienten, auf polnischem Gebiet errichteten. Polen war das Land, dessen Bevölkerung vernichtet werden sollte. In Polen übten die Nazis Terror- und Vernichtungsmethoden aus, die jedes Vorstellungsvermögen überstiegen – auch das jenes westlichen Bürgertums, das sich selbst unter deutscher Besatzung befand. Unter ihnen leidet die polnische Gesellschaft bis heute.

Trotz des Warschauer Vertrags von 1970 und ihren offiziellen Bekundungen hat die Bundesregierung praktisch-politisch, rechtlich und materiell so gut wie nichts zur Verständigung mit Polen beigetragen. Im Gegenteil: Die Art und Weise, in der Bundeskanzler Kohl über die Oder-Neisse-Grenze spricht, erinnert an eine schlimme Vergangenheit. Der Widerspruch zwischen den öffentlichen Deklarationen der Bundesregierung, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen und der Aufrechterhaltung der Formel vom »Weiterbestehen Deutschlands in den Grenzen von 1937« ist beunruhigend. Nachdenklich macht auch, wie die Ungeheuerlichkeit des vom Dritten Reich an Polen verübten Unrechts in der historischen Diskussion behandelt wird: Während viele gegen den Versuch des Professors Nolte aufgetreten sind, die Vernichtung der Juden zu relativieren, haben selbst jene Diskussionsteilnehmer, die ihn polemisch attackierten, die Verbrechen an den Polen und deren Relativierung durch Nolte ignoriert. Es gehört wohl zur Logik des Verfahrens, daß sich die Entschiedenheit der Bundesrepublik, sich an der Hilfe für polnische Opfer des Naziterrors nicht zu beteiligen, mit dem Verschweigen oder der Bagatellisierung der begangenen Verbrechen paart.

Es ist offensichtlich, daß das Ausmaß der Schreckenstaten des Dritten Reichs gegen die polnische Nation durch materielle Entschädigung nicht wiedergutgemacht werden kann. Aber eine bloß caritative Geste ist unannehmbar. Die Polen haben das Recht auf die gleiche Wiedergutmachung, die den Bürgern der westeuropäischen Staaten und Israels zuteil wurde. Bis heute wurden nur 104 Millionen Mark bezahlt – als ärztliche Behandlungshilfe für die Opfer verbrecherischer medizinischer Experimente.

Es geht, vor allem, um eine moralisch-politische Genugtuung, um den Abschied von imperialistischen Sehnsüchten, *die* polnisches Land als deutschen Lebensraum begreifen und Polen als dessen minderwertige Bewohner, denen man eine rechtliche Behandlung nicht schuldet. Versprechungen wie »Die Polen haben ein Recht, in sicheren Grenzen zu leben« reichen nicht aus; wer weiß, wann deutsche Politiker wieder einmal in Versuchung kommen könnten, die Grenzen, in denen die Polen sicher leben sollen, selber zu ziehen – nach dem Muster des Vertrags zwischen Deutschland und der UdSSR vom 28. September 1939.

In der Bundesrepublik sind viele Bemühungen unternommen worden, nachzuweisen, daß sie ein Rechtsstaat ist, der seinen Verpflichtungen gewissenhaft nachkommt und alles irgend mögliche tut, um die von den Nazis angerichteten Leiden und Schäden wiedergutzumachen. Offizielle Dokumente der Bundesregierung sowie die auf ihnen basierenden wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Schriften versuchen zu belegen, daß diese Wiedergutmachung grundsätzlich abgeschlossen sei und die Deutschen nun genug geleistet hätten.

Was Polen betrifft, sind diese Behauptungen ganz und gar falsch. Die polnische Regierung hat sowohl bei den Verhandlungen über den Warschauer Vertrag als auch in Noten an die Bundesregierung vom Dezember 1983, vom April 1984 und vom Oktober 1986 ihre Haltung zum Problem der Entschädigung dargelegt. Leider haben die Behörden der Bundesrepublik bisher Verhandlungen darüber nicht aufgenommen. (Was den Hinweis betrifft, Polen solle als Gegenleistung für die dauerhafte Anerkennung seiner Grenzen auf Entschädigungsansprüche verzichten, so erspare ich mir dazu jeden Kommentar.)

Es gibt viele Gruppen polnischer Bürger, Opfer des Nazi-Terrors und ihre Kinder, die Anspruch auf Entschädigung haben. Es sind Zivilarbeiter und Kriegsgefangene, die völkerrechtswidrig zur Sklavenarbeit für das Dritte Reich gezwungen worden waren. Zu Kriegsende lag ihre Zahl bei 2.841.000, zur Zeit leben davon noch 500.000. Die Zahl der von den

Okkupanten Ausgesiedelten und ihres Vermögens Beraubten betrug bei Kriegsende 2.478.000, davon leben noch fast 600.000. Häftlinge in Konzentrationslagern und Gefängnissen: 863.000, von ihnen leben nur noch etwa 50.000. Durch Naziterror zu Invaliden gewordene Zivilpersonen: 590.000, wovon nicht mehr als 40.000 noch leben. Vollwaisen, Halbwaisen und verlassene Kinder: 1.544.132, von ihnen leben noch ungefähr 800.000. Die Zahl der Eigentümer von Häusern, Gehöften, Geschäften und Werkstätten, deren Vermögen nicht durch Kriegshandlungen sondern durch Plünderung und Terror zerstört wurde, betrug bei Kriegsende 1.768.000, heute leben noch 400.000. Eine abgerundete Addition ergibt die Summe von mindestens zehn Millionen polnischer Bürger, die ein Recht auf Entschädigung haben. Zwar leben nur noch 1,8 Millionen von ihnen, aber das Recht auf Entschädigung erlischt nicht mit dem Tod des Geschädigten, sondern geht auf dessen Erben über.

Es gibt auch bisher nicht genannte Schäden, die sich statistisch kaum erfassen lassen: Die Vernichtung der polnischen Intelligenz, die Dezimierung vieler Berufsgruppen, die Ausschaltung wissenschaftlichen Nachwuchses durch die Sperrung von Mittel- und Hochschulen für Polen, die Zerstörung von Archiven, Bibliotheken, Forschungsanstalten. Die Frage nach der Entschädigung jener Polen, die in den dem Deutschen Reich eingegliederten Territorien wohnten, zwangsweise in deutsche Volkslisten eingetragen und dadurch zum Militärdienst in der Wehrmacht gezwungen wurden, ist bisher sowenig aufgeworfen worden wie die nach der Entschädigung der polnischen Eltern, deren 170.000 Kinder zwecks Eindeutschung ins Dritte Reich entführt wurden.

Das Recht der Polen auf moralisch-politische Genugtuung und materielle Entschädigung ist weder durch kasuistische Ausreden noch durch die Entstellung der geschichtlichen Wahrheit zu beseitigen. Auch ist gegen den Willen der Geschädigten keiner berechtigt, über ihr Recht zu verfügen. Das Bundesentschädigungsgesetz von 1956 und seine Auslegung schließen alle in Polen wohnhaften Polen von der Geltendmachung ihrer Rechte aus. Ähnliche Sperren gegenüber Bürgern westlicher Staaten sind durch entsprechende Abkommen aufgehoben worden. Paragraph I des Gesetzes von 1956 bestimmt, daß Entschädigung allen zusteht, die aus politischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen von den Nazis verfolgt wurden. Die deutsche Rechtssprechung hat dafür gesorgt, daß Polen weder als rassisch noch als politisch verfolgt anerkannt werden – mit der surrealistischen Behauptung, sie hätten nicht aus politischen, sondern aus nationalistischen Gründen gegen den Nazismus gekämpft und ihr Widerstand habe nicht nur den Nazis gegolten, sondern den Interessen der Deutschen geschadet, ihre Verfolgung und Deportation seien folglich begründet gewesen. Es gibt noch Richter, die jedes Unrecht zu Recht erklären.

Manche bundesdeutschen Gegner einer Entschädigung polnischer Opfer meinen, »die Rechnung der Leiden« sei ausgeglichen: Die Deutschen seien nur eine der kämpfenden Seiten gewesen, Verbrechen seien durch alle am Krieg Beteiligten begangen worden und alle hätten empfindliche Verluste erlitten. Vor nicht gar zu langer Zeit hat der Bundeskanzler suggeriert, die Polen sollten die Deutschen für das ihnen angetane Leid um Verzeihung bitten sowie der riesigen Verluste an Menschen und der Zerstörung Deutschlands gedenken.

Nun ist es so, daß die Polen gewiß die Leute verstehen und bemitleiden, die von den Schrecken des Krieges und dem Drama der Aussiedlung betroffen wurden. Aber Polen hat keine geheimen Vereinbarungen mit Nachbarn Deutschlands zum Zweck der Vernichtung der Deutschen getroffen. Die Schuld für das Unheil, das Deutschland getroffen hat, haben die Nazis zu tragen und die Deutschen, die sie unterstützt haben. Bewegt vom Willen zur Versöhnung haben die polnischen Bischöfe den Deutschen vergeben und sie um Vergebung gebeten. Auch polnische Intellektuelle und Politiker haben das getan. Uns in Polen fällt es schwer zu verstehen, worauf die Belehrungen, was wir tun sollten, zielen.

konkret 06/90, S. 46

**Claudia Roth; Petra Hanf**

# Harmonie auf unterstem Niveau

**Das neue Ausländergesetz stellt die nationalstaatstragenden Parteien zufrieden. Es nimmt den Nicht-Deutschen alle Rechte, vermeidet aber allzu völkische Begriffe**

Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört. Zusammen gehören die Deutschen. Zusammen gehören demnächst auch, unter deutscher Hegemonie, die Menschen aus den Staaten der neuen Supermacht Europa. Weil Fremdkörper den zusammenwachsenden Organismus stören könnten werden sie unter Kontrolle gehalten, unschädlich gemacht, entfernt. Fremde im Volkskörper, sogenannte Flüchtlinge, politisch Verfolgte, Ausländer überhaupt, fernzuhalten, (alle, bis auf die wenigen, die wir für Müllabfuhr, Kirschenpflücken und am Fließband profitträchtig einsetzen können) ist die wichtigste Funktion des vor kurzem im Bundestag verabschiedeten Ausländergesetzes: Die Bundesrepublik, dieser Leitsatz prägt die Regierungspolitik, ist kein Einwanderungsland – und Deutschland schon gar nicht.

Daß bis zum Anwerbestopp 1973 Menschen nicht nur als Arbeitskräfte ins Land geholt wurden, sondern ihnen auch noch ein Privatleben ermöglicht wurde, daß ihre Familien nachziehen durften und sie sogar die Institutionen des bundesdeutschen Sozialstaats in Anspruch nehmen konnten, soll ein einmaliger historischer Fehler bleiben, dessen Folgen es jetzt rückgängig zu machen gilt: Alle Deutschen sind gleich, für andere gilt das Ausländergesetz. Weil die in den letzten Jahren in Verwaltungsvorschriften ausgefeilten Schikanen, die Diskriminierung im Alltag, weil die schlechten Lebensbedingungen und die Rückkehrprämien sich noch als wenig wirkungsvoll erwiesen haben, werden jetzt rigidere Mittel bereitgestellt, damit wir bald wieder unter uns sind. »Integration der Ausländer, die auf Dauer im Bundesgebiet leben und hier verbleiben wollen«, also Zwangs-Germanisierung, ist der eine Weg, den das neue Ausländergesetz dafür weist, »Begrenzung der Zuwanderung weiterer Ausländer aus Nicht-EG-Staaten«, der andere. Begrenzung – das heißt: Rotation für ausländische Arbeitskräfte, Ausweisung nicht »integrationswilliger« bereits hier lebender Ausländer, Verschärfung der meisten Familiennachzugsbestimmungen und der Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge.

Integriert werden sollen vor allem junge, arbeitsfähige Ausländer und Ausländerinnen der 2. und 3. Generation. Damit sie Deutsche werden und die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung mehren dürfen, müssen sie sich zwischen dem 16. und dem 21. Lebensjahr entscheiden, ihre alte Staatsbürgerschaft aufzugeben. Doppelstaatsbürgerschaften wird es nicht geben, da diese »bei der Hinführung zur Loyalität zu unserem Staat« hinderlich seien. Ihre »übernommene kulturelle Identität« schreibt das Bundesinnenministerium weiter vor, dürfen sie nicht zum Vorwand nehmen, eine »rein negative Abwehrhaltung gegen deutsche kulturelle Einflüsse« einzunehmen, stattdessen muß eine »freiwillige und dauernde Hinwendung zu unserem Staat« deutlich werden (alle Zitate aus der Begründung des Gesetzentwurfes). Wer kein guter Deutscher werden will oder wer es nicht werden kann, unterliegt künftig einer kaum übersehbaren Vielzahl von Aufenthaltsvorschriften, hat mit erheblichen Erschwernissen bei der Einreise und Dutzenden von Ausweisungsmöglichkeiten zu rechnen. Unmißverständlich klar ist nur: Die Rechte hat der deutsche Staat, die Pflichten obliegen den Ausländern.

Besonders bittere Zeiten ziehen für die Ausländer herauf, von deren Anwesenheit die BRD sich keine Profite verspricht, für Asylsuchende. Die Anerkennungsquote ist kaum weiter zu senken, sie liegt ohnehin schon bei nur 2,9 Prozent. Also wird die Einreise für Flüchtlinge drastisch erschwert: Künftig gilt für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten eine generelle Visumpflicht. Die bundesdeutschen Botschaften, deren Mitarbeiter nicht selten beste Freunde repressiver Regimes sind, dürfen die Erteilung der Sichtvermerke ohne Begründung und ohne jede Rechtshilfebelehrung verweigern. Aber selbst Flüchtlinge, die ein Visum haben, können noch an der deutschen Grenze zurückgewiesen werden, »wenn nicht ausgeräumte Zweifel bestehen, daß sein Aufenthalt dem angegeben Zweck dient«. Mit dem, was man sich üblicherweise und noch nicht einmal besonders hoffnungsvoll, unter Rechtsstaatlichkeit vorstellt, haben diese Regelungen nur noch das Paragraphenzeichen gemeinsam.

Sollte es dem Staat mithilfe dieser restriktiven Auflagen allein immer noch nicht gelingen, die Zahl der Ausländer in den ihm angemessenen Grenzen zu halten, können seine Vollzugsorgane eine Vielzahl weiterer Ausweisungsbestimmungen anwenden: Ausgewiesen werden kann, wer Kokain oder Heroin nimmt, gewerbsmäßig Unzucht treibt, die öffentliche Gesundheit gefährdet (z.B. indem jemand Aids oder andere ansteckende Krankheiten hat), langfristig obdachlos ist... Die Liste ist noch lange nicht vollständig. Damit die Ausländerbehörden, die früher zutreffender Fremdenpolizei hießen, Ausweisungsgründe immer parat haben, werden Behörden »und andere öffentliche Stellen« verpflichtet, personenbezogene Daten auch »ohne Mitwirkung der Betroffenen« weiterzuleiten. Die Volkszählung dürfte gegen das, was künftig in den Ausländerregistern erfaßt werden wird, ein freundlicher Testlauf gewesen sein.

Besondere Aufmerksamkeit wird künftig politischen Aktivitäten von Nicht-Deutschen gelten. Konnte bislang schon ausgewiesen werden, wer durch seinen »Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland gefährdet«, reicht künftig eine bloße »Beeinträchtigung« der »erheblichen

Interessen« für eine Ausweisung aus. »Die politische Betätigung eines Ausländers kann beschränkt oder untersagt werden, soweit die politische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland oder das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern oder von verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt oder gefährdet« werden, ergänzt der Paragraph 37. Künftig ist es Ausländern also verboten, gegen das Ausländergesetz zu protestieren, sie dürfen sich nicht gegen rassistische Aktionen deutscher Neonazis wehren, müssen den »Grauen Wölfen« freie Hand lassen und sollten über die Verbrechen der türkischen Militärs in Kurdistan tunlichst den Mantel des Schweigens decken.

Was der regierungsoffiziellen Propaganda zufolge »mehr Rechtssicherheit« für Migranten und Migrantinnen schaffen soll, gibt ihnen lediglich die Sicherheit, überhaupt keine Rechte zu haben. Die Ermessensspielräume sind durch das neue Gesetz allerdings tatsächlich kleiner geworden: zugunsten von Ausländern zu entscheiden liegt künftig nicht mehr im Ermessen der Länderbehörden. Was bisher in einzelnen Bundesländern Praxis war, zum Beispiel Abschiebungen auszusetzen, wird künftig nicht mehr möglich sein – es sei denn die Bundesländer und einzelne Behörden gehen zum offenen Boykott der neuen Bestimmung über. Die bisher erfolgten Reaktionen geben dafür aber wenig Hoffnung. Zwar wurden einzelne Bestimmungen des neuen Gesetzes harsch kritisiert, aber wenig wurde getan, um seine Verabschiedung zu verhindern oder wenigstens zu verzögern. Der DGB begnügte sich mit Protestnoten, die SPD nutzte keine ihrer parlamentarischen Möglichkeiten.

Das ist nicht erstaunlich, sondern liegt im Wesen des Ausländergesetzes begründet. Der offene völkische Rassismus des ehemaligen Bundesinnenministers Zimmermann, der im ersten Entwurf die »Wahrung des Deutschtums« zum Ziel des Gesetzes machte, stieß auf wenig Anklang, die »Wahrung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland« des neuen Entwurfes liegt aber auch den anderen nationalstaatstragenden Parteien und Organisationen am Herzen. Der materielle Kern der beiden Gesetzentwürfe ist dabei der gleiche. Es ist auch der gleiche, der das Ausländergesetz von 1965 und die bis dahin nahezu unverändert gültige Reichspolizeiverordnung von 1933 prägte, die ihrerseits die Tradition der bei der Konstituierung des Deutschen Reiches 1871 erlassenen Vorschriften fortsetzte: Nicht-Deutsche als potentielle Störer der Volksgemeinschaft und als Gefahrenquelle anzusehen, ihnen Menschen- und Bürgerrechte vorzuenthalten und sie unter Sondergesetze zu stellen, hat seinen Ursprung in der Konstituierung des Nationalstaats .

Nicht ein besseres Ausländergesetz, sondern keines muß deswegen die Perspektive sein – ohne eine Überwindung des vornehm als nationalstaatlich umschriebenen nationalistischen Denkens wird sie sich nicht eröffnen. Die in Gang gesetzte europäische Einigung wird das allerdings nicht erleichtern, sondern erschweren. Die Freizügigkeit, die das Kapital im Rahmen der europäischen Einigung für den flexiblen Einsatz von Arbeitskräften braucht, gilt deswegen nur für die Bürger von EG-Staaten. Die Schaffung des Binnenmarktes hat die Abschottung der Grenzen zur Folge, um so den Zustrom unerwünschter und unqualifizierter Arbeitskräfte zu verhindern. Da der EG bislang die Kompetenz fehlt, ein einheitliches Asylrecht zu beschließen, werden derzeit die einzelnen Länderbestimmungen harmonisiert – auf unterstem Niveau. In den Verhandlungen für das Schengener Abkommen wird auch die Überwachung der Nicht-EG-Ausländer in der EG geplant: Die Schaffung eines gemeinsamen Computerfahndungssystems gilt bereits als beschlossene Sache. Die Deutschen werden mit den Millionen Daten, die heute schon im Ausländerzentralregister erfasst sind, und den Aber-Millionen neuen Daten, die aufgrund des jetzt verabschiedeten Ausländergesetzes demnächst erfasst werden, Maßstäbe setzen. Der Zusammenschluß der EG-Staaten setzt dem Nationalismus der Vaterländer, allen hoffnungsvollen Beschwörungen zum Trotz, eben kein Ende, sondern bringt ihn in Einklang mit den Erfordernissen ökonomischer und politischer Expansion.

konkret 06/90, S. 48

**Birgit Morgenrath; Thomas Nachtigall**

# Liberale Apartheid

**Südafrikas Politik der Rassentrennung wird zu kostspielig. Mit Reformversprechungen versucht der neue Präsident de Klerk daher, die schwarze Opposition zum Abschied von ihren politischen Forderungen zu bewegen. Schon lobt der Westen die Liberalisierungspolitik, während die Polizei weiter Schwarze erschießt: mehr als dreihundert seit den Unruhen im Februar**

Von der »wichtigsten Weichenstellung in der neueren Geschichte Südafrikas« sprach »Der Spiegel«, eine »Zeit der Versöhnung« sah »Newsweek« gekommen, und die »Times« machte einen »Treck in die Demokratie« aus. Dem Urheber dieser »historischen Wende« zu einer »neuen Ära« (»Guardian«) – diesmal auf der Südhalbkugel der Erde – wurden »staatsmännisches Verhalten« (»Times«) und »Mut« (»Kölner Stadtanzeiger«) bescheinigt, wofür ihm »Respekt« (Lambsdorff) und »Anerkennung« (Thatchers Außenminister Hurd) gebühre.

Respekt gebührt dem seit einem halben Jahr amtierenden Präsidenten Südafrikas, Frederik Willem de Klerk, dafür, daß es ihm gelang, internationalen Beifall für eine »neue Politik« zu ernten, die gerademal den Zustand von 1960 wiederherstellt, als die beiden schwarzen Befreiungsorganisationen, African National Congress (ANC) und Panafrican Congress (PAC), verboten wurden. Zwar gehörten die Freilassung Mandelas und die Aufhebung des ANC-Verbotes zu den wichtigsten Bedingungen des ANC für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem weißen Minderheitenregime. Und die Wiederzulassung von 33 anderen Anti-Apartheid-Oranisationen stärkt zweifelsohne die schwarze Opposition. Alle weiteren Zugeständnisse aber sind mit speziellen Einschränkungen versehen.

•

Der Ausnahmezustand vom Juni 1986 wurde nur teilweise aufgehoben. Oppositionelle können jetzt nicht mehr anderthalb Jahre, sondern »nur« noch ein halbes Jahr ohne Haftbefehl und Anklage in den Gefängnissen verschwinden. »Fortschritt«: Sie können einen Anwalt ihrer Wahl bestellen. Die repressiven Sicherheitsgesetze bleiben aber weiter in Kraft: Ohne richterliche Anordnung dürfen Polizei und Militär Häuser durchsuchen, Gebiete absperren, Geschäfte zeitweise schließen, Hausarreste verhängen und Materialien beschlagnahmen – alles »im Interesse der öffentlichen Sicherheit«. Von 1983 bis 1987 starben 105 Menschen im Gewahrsam der Polizei. Seit Anfang 1990 sind es mindestens fünf.

•

Die Pressezensur wurde aufgehoben, aber ein neues Gesetz schränkt die Verbreitung von »Bildmaterial über Aufruhrszenen« ein.

•

Etliche politische Gefangene wurden freigelassen, 354 sitzen noch im Hochsicherheitstrakt in Robben Island. Weitere 3.300, die wegen Gewaltverbrechen, »Terrorismus« oder Brandstiftung verurteilt sind, sollen ihre Strafe absitzen.

•

Sämtliche Hinrichtungen wurden ausgesetzt, die Todesstrafe aber nicht abgeschafft.

Der »reformfreudige« Präsident besitzt auch weiterhin die Vollmacht, ohne jede Konsultation des weißen Parlaments neue Verbote zu verhängen sowie Oppositionelle verhaften oder bannen zu lassen. Dennoch ist es dem ehemaligen Hardliner de Klerk, der unter seinem Vorgänger Botha als Bildungsminister die Rassentrennung im Erziehungswesen strikt aufrechterhielt, gelungen, sein international isoliertes Regime als aufrichtigen und versöhnungsbereiten Partner der schwarzen Befreiungsbewegung ANC zu präsentieren.

Was hat die seit 40 Jahren unverbesserlichen, in den Rassenwahn verbohrten Buren dazu gebracht, ihren ersten Repräsentanten als »Gorbatschow am Kap« auftreten zu lassen? Seit Mitte der 80er Jahre manövrierte sich der Apartheidstaat immer stärker ins ökonomische Abseits. Mitte letzten Jahres prophezeite Max Coleman von der Human Rights Commission in Johannesburg: »Die Krise hat ein solches Ausmaß angenommen, daß das Apartheidregime, wenn es überleben will, drastisch handeln muß.« Denn nach den immer wieder aufflammenden Unruhen und Protesten gegen das 1984 eingeführte Dreikammerparlament für Weiße, Inder und Mischlinge und die von oben installierten schwarzen Gemeindeverwaltungen in den *townships,* wurde vielen Anlegern das südafrikanische Pflaster zu heiß. Der Ausnahmezustand vom Juni 1986, Aufstände und Streiks waren den Renditen nicht förderlich. Ausländische Investoren verkauften ihre Goldaktien und zogen ihr Kapital zurück: seit 1985 rund zehn Milliarden Dollar. Auch internationale Boykotte, vor allem die Finanzsanktionen – jahrelang als »unwirksam« oder »den Schwarzen schadend« abgelehnt – haben das Land nachweislich in die Krise getrieben. »Südafrikas Position in der Weltwirtschaft nähert sich der eines Landes der Dritten Welt«, befand die »Wirtschaftswoche« vor einem halben Jahr.

Zwar hat sich die Lage inzwischen etwas entspannt, weil die internationalen Gläubigerbanken dem Regime noch im Oktober letzten Jahres für acht der insgesamt 21,5 Milliarden Dollar Schulden drei Jahre Aufschub gewährten. Trotzdem kämpft die südafrikanische Wirtschaft mit 14,7 Prozent Inflation, einer geschätzten Arbeitslosigkeit von 35 Prozent, rapide

abnehmenden Devisenreserven sowie dem Verfall des Goldpreises und der Währung. Kein Zweifel: Der Preis der Apartheid liegt höher als die Profite des auf Rassentrennung aufgebauten kapitalistischen Wirtschaftssystems. Mit einem Drittel des Staatsetats allein für den gigantischen Sicherheitsapparat, Polizei, Militär, Gefängnisse, Rechtswesen wurde Apartheid zu kostspielig.

Das Regime zog Konsequenzen: Der Verteidigungshaushalt wurde – nach Beendigung des Krieges in Namibia – um 15 Prozent gekürzt, zwei Milliarden Rand sollen für Schulen, Wohnungsbau und Kleingewerbe der schwarzen Bevölkerung ausgegeben werden. Weil, so Finanzminister Barend du Plessis, es in »jedermanns Interesse« sei, »daß in bezug auf den Lebensstandard in Südafrika sobald wie möglich eine ausgewogenere und akzeptablere Situation entsteht.«

Schon seit geraumer Zeit drängen südafrikanische Großkonzerne auf Veränderung der politischen Situation. »Rassendiskriminierung ist nicht nur moralisch untragbar, sondern auch ein Hindernis auf dem Weg zu wirtschaftlichem Wohlstand für alle Südafrikaner«, ließ der größte Bergbau- und Industriekonzern des Landes, die Anglo American Corporation (AAC) auch bundesdeutsche Leser in Anzeigen wissen. Weiter propagiert die AAC, die 45 Prozent aller an der Johannesburger Börse notierten Werte kontrolliert: »Unser Ziel ist rassenunabhängige, allein leistungsbezogene Chancengleichheit am Arbeitsplatz für alle Mitarbeiter.« Der mächtigste Wirtschaftsboß des Landes, AAC-Chef Gavin Relly, pflegte denn auch wie andere Wirtschaftsliberale bereits seit 1985 Kontakte mit dem Klassen- und Rassenfeind, dem ANC. Es gilt auszuloten, wie die Profite auch unter einer mehrheitlich schwarzen Regierung gesichert werden können. Man versucht, den ANC zu bewegen, jedwede Forderung nach Sozialismus und Verstaatlichung aufzugeben und die Rolle der Schwarzen als Arbeitskräftereservoir, aber auch als künftige Juniorpartner eines westlich orientierten dynamischen Kapitalismus zu akzeptieren. Andererseits übt man Druck auf die weiße Minderheiten-Regierung aus, um sie an den Gedanken zu gewöhnen, daß als Preis für eine solche Entwicklung zumindest volle Bürgerrechte für alle Südafrikaner gewährt werden müssen.

Kein Wunder, daß gerade das Großkapital nach den spektakulären Maßnahmen de Klerks und nach der Freilassung Mandelas demonstrativ applaudierte. »Das ausländische Kapital wird zurückkommen«, meinte der Aktienmakler Michael Coulson, »ich glaube, man kann ohne Übertreibung von 'zurückströmen' sprechen.« An den Börsen kletterte der Rand in die Höhe, die Aktien der Goldcompagnies stiegen, der Goldpreis zog an. Diamanten-Chef Thompson von »De Beers« ließ sich zu dem Satz hinreißen: »Wir stehen an der Schwelle zu einer neuen und aufregenden Ära«, und Vertreter bundesdeutscher Unternehmen in Südafrika – Siemens, Mercedes, Bosch, Mannesmann, Deutsche Bank – meinten, für den »längerfristigen Demokratisierungsprozeß« sei »finanzieller Flankenschutz« erforderlich. Also: Schluß mit Sanktionen.

Und genau darauf hat der neue Staatspräsident seine Reformen angelegt. Er erwartet Lob aus dem Ausland, Lob in barer Münze. Und seine Kollegen Regierungschefs haben die Botschaft verstanden: Wenige Tage nach der Freilassung Nelson Mandelas am Il. Februar debattierte die westliche Welt über die Lockerung der Sanktionen. Mit dem Ergebnis, daß die Premierministerin Thatcher im Alleingang zwei Boykott-Maßnahmen aufhob, US-Präsident Bush eine Lockerung ankündigte und die Bundesregierung plötzlich auch ihren Anteil an der »Liberalisierung« im Apartheidstaat entdeckte. Sie änderte flugs ihre Logik: Auch die EG-Sanktionen – denen sie, schwach wie sie waren, 1985/86 nur äußerst widerstrebend zugestimmt hatte – hätten für die 'Liberalisierung' eine Rolle gespielt hieß es im Auswärtigen Amt. Dennoch: Die Mehrheit der EG-Staaten bekräftigte die Position von 1985, derzufolge eine Überprüfung der Sanktionen erst nach Abbau der Repressions- und Apartheidstrukturen infrage komme. Sprich: Es reicht noch nicht, Herr de Klerk.

Die Bosse der internationalen Konzerne und Banken zeigen sich ohnehin eher abwartend. Keiner der 277 Konzerne, die nach UN-Angaben seit 1984 ihre »direkten« Investitionen stoppten, wird überstürzt Geld nach Südafrika pumpen. Aus demselben Grund übrigens, der sie zum Auszug veranlaßte, weil nämlich, »die südafrikanische Wirtschaft sich am Rande des Chaos befindet, wegen der Inflation in den Geschäften und den Krawallen in den *townships«,* wie der »Independent« kühl bemerkt. Das geschäftliche Risiko sei einfach noch zu groß.

Nelson Mandelas Äußerungen in den Tagen nach seiner Freilassung riefen denn auch zunächst Irritationen in der Geschäftswelt hervor, sprach er sich doch, gemäß der Freiheitscharta des ANC von 1955, für eine Umverteilung des Reichtums durch Verstaatlichung der Schlüsselindustrien aus. Die Werte an der Johannesburger Börse sackten um zehn Prozent ab. Die Regierung ließ verlauten, die ANC-Politik sei »vor Jahrzehnten entworfen« worden und benötige eine »Reform«.

Die allerdings hat der ANC längst in Gang gesetzt. In den »Leitlinien für eine Verfassung eines demokratischen Südafrika« von 1988 ist bereits von einer »gemischten Wirtschaft« die Rede. Und auch die südafrikanische kommunistische Partei, seit jeher nahe Verbündete des ANC, befürwortet heute eine Mehrparteien-Demokratie und ist vom Dogma der Planwirtschaft abgewichen.

Noch aber stehen diese Entwürfe gar nicht offiziell zur Diskussion, noch soll in »talks about talks« zunächst einmal ein Klima für formelle Verhandlungen geschaffen werden. Auch wenn der ANC von der Bandbreite der de Klerkschen Maßnahmen überrascht wurde, hat er seit Monaten, seit der Harare-Deklaration vom August 1989 auch auf internationaler

Bühne, seine Bedingungen formuliert: Vor der Aufnahme formeller Verhandlungen muß die Regierung den Ausnahmezustand ganz aufheben, alle politischen Gefangenen freilassen und die Soldaten aus den *townships* abziehen. Erst dann wollen die schwarzen Befreiungskämpfer des militärischen Flügels des ANC, des »Speers der Nation«, die trotz über 200 Anschlägen im Jahr 1989 eher propagandistische Trumpfkarte des »bewaffneten Kampfes« auf den Verhandlungstisch legen und erst nach Verabschiedung einer neuen Verfassung diesen für beendet erklären.

Mit dieser Strategie, zu der auch weiter »disziplinierte Massenaktionen« gehören, will der ANC sein wichtigstes Druckmittel, die mobilisierte schwarze Bevölkerung, weiter aktivieren und andererseits die eigene radikale Anhängerschaft besänftigen. Denn die »young lions« in den *townships und* die jüngeren ANC-Mitglieder im Exil sind nicht willens, Verhandlungen als Teil des Kampfes zu akzeptieren. Die politisierten Jugendlichen drängen weiter auf eine Umwälzung der Gesellschaft, denn für sie gilt Sozialismus – trotz der Wende in Osteuropa – als einzige Alternative zur rassentrennenden Klassengesellschaft. Schließlich hat der real existierende Kapitalismus Südafrika trotz staatlicher und privater »upgrading programs« zur Schaffung eines schwarzen Mittelstandes und kleiner schwarzer Eliten seine Integrationsfähigkeit keineswegs bewiesen.

Auch große Teile der selbstbewußten Arbeiterschaft setzen weiterhin auf Vergesellschaftung und staatliche Umverteilung. Schon seit ihrer Gründung 1987 plädiert die 200.000 Mitglieder starke Metallgewerkschaft NUMSA – neben der gemäßigten Bergarbeitergewerkschaft NUM tonangebend im Gewerkschaftsdachverband COSATU – für eine »Arbeiter-Charta«, die sowohl die »Grundrechte der Arbeiter und arbeitenden Massen insgesamt« stärker verdeutlichen soll als auch das Ziel eines »demokratischen Sozialismus«. Ein Ziel, das auch COSATU auf dem letzten Kongreß im Juni 89 bestätigte. Nicht wenige Aktivisten an der Basis befürchten, daß de Klerk zumindest Teile des ANC nicht nur für einen Klassenkompromiß, sondern auch für eine Teilung der politischen Macht mit abgesicherten Privilegien für die Weißen gewinnen könnte.

Tatsächlich ist damit die Rolle beschrieben, die die »konzessionsbereiten« Weißen dem 71jährigen Nelson Mandela als symbolische Figur des schwarzen Befreiungskampfes zuschreiben. Er soll seinem Mythos entsprechend als universeller Vermittler fungieren: zwischen Falken und Tauben in der eigenen Organisation ANC, zwischen dem verhandlungsbereiten ANC und den Verhandlungsgegnern des Pan African Congress, die nur eine schwarze Mehrheitsregierung akzeptieren wollen, zwischen dem persönlichen Machtstreben des Zulu-Führers Buthelezi in Natal und der Notwendigkeit der Einheit des schwarzen Widerstandes – und schließlich zwischen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit und der weißen Minderheit, für deren panische Zukunftsängste Mandela Verständnis zeigte.

Daß seine Appelle und die des ANC an Versöhnungs- und Friedensbereitschaft verfeindeter schwarzer Bevölkerungsteile nicht von heute auf morgen die gewaltgeladene Atmosphäre von 40 Jahren Apartheid beseitigen konnten, zeigt sich seit Beginn der sogenannten »Liberalisierung«:

In Uitenhage und Kapstadt lieferten sich Sympathisanten des PAC und Anhänger des ANC heftige Gefechte. Die schweren Auseinandersetzungen zwischen der von Buthelezi zur Gewalt aufgestachelten Inkhata-Bewegung und den Anhängern der Anti-Apartheidsfront UDF spitzen sich dramatisch zu. Allein in den ersten Wochen dieses Jahres kosteten die zum Bürgerkrieg eskalierenden Zusammenstöße 100 Menschen das Leben. In den *homelands,* den von Südafrika als »unabhängig« bezeichneten Gebieten für Schwarze, streikten und protestierten die von den schwarzen Marionettenregierungen geknechteten Schwarzen gegen ihre diktatorischen Regierungschefs, so in Venda und Boputhatswana. In der Ciskei putschte das Militär und forderte die Wiedereingliederung nach Südafrika. Auch in den *homelands* wurden 200 Menschen getötet und hunderte verletzt.

Und in den schwarzen *townships* rund um Johannesburg sind bei blutigen Auseinandersetzungen zwischen meist wehrlosen Demonstranten und meist schwer bewaffneter Polizei seit Mitte Februar mehr als 300 Menschen getötet worden. Während de Klerk durch die Unruhen seine Reformpläne bedroht sah und meinte, bei anhaltenden Gewalttätigkeiten könne er den Ausnahmezustand nicht aufheben, drohte sein Minister für Recht und Ordnung, Adriaan Vlok, mit neuen Notstandsmaßnahmen. Derweil eskaliert die Brutalität der Polizeikräfte, die nach Angaben von Menschenrechtsgruppen viel öfter scharfe Munition einsetzen als in den vergangenen Jahren. Auf welch bestialische Weise, zeigte sich zuletzt beim Marsch von 50.000 Demonstranten des schwarzen *townships* Sebokeng Ende März. Die Polizei schoß ohne Vorwarnung in die Menge. Mindestens 12 Menschen wurden getötet und 400 verletzt. Außerdem sind in den letzten Wochen mindestens 200 Oppositionelle, auch führende Köpfe, verhaftet worden – wie eh und je ohne Gerichtsverfahren.

Falls de Klerk also tatsächlich der »integre« Mann ist, als den Mandela ihn bezeichnete, so ist es ihm bisher nicht gelungen, die burischen Ultras innerhalb und außerhalb der Sicherheitskräfte unter Kontrolle zu bringen. Solange die Polizei auf ihre brutale Art gegen Schwarze vorgeht oder Demonstrationen willkürlich verbietet, will und kann der ANC nicht für Disziplin bei den Massenaktionen garantieren, die Teil seiner Strategie sind. Provokationen der Sicherheitskräfte, gezielt oder ungezielt, sowie Terroraktionen der paramilitärischen Kommandos der weißen Neofaschisten rufen unkontrollierbare Proteste hervor, ähnlich wie Mitte der 80er Jahre. Einmal mehr zeigt sich: Zwischen einem diplomatischen Fortkommen, etwa der Aufnahme von Verhandlungen, und dem Umkippen in eskalierende Gewalt gibt es keinerlei Spielraum.

Der ANC sagte die erste Gesprächsrunde mit der Regierung nach dem Blutbad von Sebokeng ab. Mandela dazu: »Wenn die Regierung über Verhandlungen spricht und auf der anderen Seite unsere Leute massakriert, dann können wir das nicht akzeptieren.« Inzwischen sind Gespräche für Anfang Mai verabredet. Der einmal eingeschlagene Kurs kann nicht ohne weiteres aufgegeben werden. Auch der ANC steht unter internationalem Erwartungsdruck, aber seine Vertreter werden jetzt möglicherweise auf der kompromißlosen Erfüllung ihrer Vorbedingungen beharren.

Dennoch: Selbst wenn sich durch weitere Zugeständnisse des Minderheitenregimes, etwa durch die kürzlich angekündigte Ersetzung »harter« Apartheidgesetze, wie Trennung der Ethnien in Wohngebieten, durch »neue Regelungen« die explosive Lage wieder entspannte, es bleibt immer noch unklar, wie die beiden unvereinbaren Ausgangspositionen überhaupt angenähert werden können: Der ANC will Wahlen nach dem Prinzip »ein Mensch, eine Stimme«, und die Weiße Nationalpartei setzt weiter auf rassisch definierte Gruppenrechte sowie ein Veto der Weißen bei allen »Reformen«. Denn noch bezwecken die »Reformen« nicht mehr, als die politische Macht zu »teilen« und die ökonomische zu behalten.

Von einem Macht»wechsel« am Kap kann daher keine Rede sei. Überstürzte Lobeshymnen aus dem Westen sind völlig fehl am Platz. Oppositionelle aller Schattierungen haben denn auch seit Beginn des gesellschaftlichen Umbruchs beharrlich weiteren Druck von außen gefordert: Sanktionen nicht nur beizubehalten, sondern sogar zu verschärfen. Da reicht es bei weitem nicht, wenn Außenminister Genscher seine Begegnung mit Mandela in Windhuk als »sehr bewegend« bezeichnet und ihn nach Bonn einlädt. Wer Pretoria jetzt einfach machen läßt oder gar belohnen will (wie Margaret Thatcher), bestärkt de Klerk in einer Verzögerungstaktik, die der Burenstaat im Falle Namibias zehn Jahre lang praktiziert hat. Und wie in Namibia nutzen die weißen Herrschaften eben diese Zeit, um ihre Pfründe für die Zukunft zu sichern. Bereits in diesen Monaten werden Privatisierungen des Verkehrs- und Postwesens angepeilt, Wohnungsbau, Ausbildungs- und Gesundheitswesen könnten folgen . 16 Vertreter südafrikanischer Unternehmen ließen Anfang März die Öffentlichkeit nach einem Gespräch mit dem ANC wissen, es müsse »ein politisches und wirtschaftliches Umfeld geschaffen werden, das nationale und internationale Investitionen fördere«. Die westlichen Regierungen könnten dafür sorgen, daß dieses Umfeld erst dann entsteht, wenn die schwarze Bevölkerungsmehrheit über die Zukunft des Landes wirklich entscheiden kann.

konkret 06/90, S. 52

**Hermann Kant**

# Purcell, Politics and Fingerprints

**Vorabdruck eines Kapitels aus seiner »Erinnerung an die Gegenwart« (Arbeitstitel), betreffend das gloriose Jahr 89, die Umschulung des Generalsekretärs, den Leserbrief des Bonner Außenministers, das Kapital von Karl May, den »Golf« in Sachsenhand, den Hund im Fernsehen, eine Zuführung zur Klärung eines Sachverhalts und das Grab der englischen Meyers**

Wenn ich mich über Krenz in »Bild« mokiere, sollte ich meine Mitschuld an diesem Teil seiner Karriere nicht vergessen. Zwar vermittelte ich nicht zwischen ihm und dem Intelligenzblatt, doch etwas verleitet habe ich ihn schon. Zu meiner Entlastung: Im Laufe vieler Verfasserjahre, und vieler Präsidentenjahre vor allem, teilten mir unzählige Leute mit, sie könnten sagenhafte Bücher schreiben, wenn sie nur wüßten, wie das anfangen. Manchmal legten sie umfängliche Ideenskizzen bei und wünschten zu erfahren, ob man mit Ausführung solcher Entwürfe zu Geld kommen könne. – Die richtigen Antworten zu finden, war eine heikle Sache, denn von allen Autoren sind am hochfahrendsten jene, die noch nichts geschrieben haben. Immerhin zog ich aus dem Umgang mit ihnen die Regel ab, daß man niemanden hindern soll, wenn er der Welt sein Schriftliches hinzufügen möchte. Und manchmal, wo ich den Leuten ansah, gleich würden sie mit ihren literarischen Plänen hervorbrechen, kam ich ihnen zuvor und riet ungefragt zu Tinte und Feder. Ähnlich ist es mit Egon Krenz gewesen.

Nein, von Geld hat er nicht gesprochen oder nur in einer gewissen und durchaus verständlichen Weise. Ort und Zeit der Handlung waren etwas ungewöhnlich, aber nicht nur die waren das. Wir hatten Parteitag, den letzten der SED, gegen Mitternacht gab es eine Beratungspause in der Dynamo-Halle, in den vollgestopften Wandelgängen war an Wandeln nicht zu denken und an Beratungspause auch nicht. Jeder schrie jeden an, und aus einer Nische schrie unser Egon mir zu: »Ja, du, du kannst wenigstens noch ein Buch schreiben, aber ich, was kann ich? Ich bin arbeitslos!«

»Kannst du doch auch, du brauchst ja nur über dein glorioses Jahr 89 zu berichten«, schrie ich zurück und wußte, ich hatte einen Fehler begangen. Denn schon begehrte der künftige Kollege zu wissen, wie er das anstellen solle. Da sich in dem Gedränge auch andere für die Antwort interessierten, gab ich einen Rat, mit dem schon viele etwas anzufangen wußten. »Denke dir, deine Tante Veronika aus Neuseeland hat geschrieben, sie hat dich in ihrem Fernsehen erkannt und will nun wissen, wie du in diese Lage geraten bist. Da fängst du an: Liebe Tante, Silvester war noch alles gut, aber dann ging es plötzlich los...«

Vielleicht ist es die Selbsttäuschung eines Mannes, der, wenn er denn schon Vorschläge macht, auch sehen will, daß sie befolgt werden, aber ich meine, in den müden Augen des Eben-noch-Generalsekretärs habe ein doppeltes Aha geleuchtet. Nach allem, was ich höre, hat er die Sache anders angefaßt, und das verstehe ich nicht nur, sondern finde es gut. So kann nämlich ich mich meines eigenen Rates und des fiktiven Briefes einer fiktiven Tante als Ordnungsprinzip bedienen, um nunmehr mein glorioses Jahr 89 zu beschreiben.

Also, liebe Tante Veronika, Silvester war noch alles gut. . . nur stimmt das nicht ganz. Nehme ich die beiden letzten Einträge im Kalender des Jahres 88, lese ich am 31. Dezember: »Mit Myron ins Krankenhaus. Halbtrüb, halbfreundlich, halblaut aus dem Jahr«, und auf der Z-Seite des unbenutzten Telefonverzeichnisses, mit dem das Diarium endet, finde ich den Anfangssatz einer Geschichte, über die ich in kommender Zeit nachdenken wollte. Er lautet: »Richte dich auf den Abgrund ein, sagte Richard Flierl zu mir, und gleich danach muß er aufgelegt haben.«

Aus Richard Flierl ist nichts geworden, und Sohn Myron hat eine Lungenentzündung gehabt. Weil wir ihn um so gut wie keinen Preis dort lassen wollten, sind wir neun Tage lang morgens und abends mit ihm zur Kinderklinik gefahren. Machte mehr als tausend Kilometer, machte auch die Illusion, wir könnten etwas tun. Machte einen Jahresbeginn, den wir nicht vergessen werden, machte ihn so, daß er sich zum Ende stimmig verhielt.

Lungenentzündung ist ein Paßwort in die dunkleren Reviere von Kindheit und Jugend. Meinen Vater habe ich in zwei Wintern wegen dieser Schrecklichkeit im Altonaer Krankenhaus besucht und kriege seither den Anstaltsgeruch nicht aus der Nase. Man starb noch an der verschärften Erkältung, und in Gefangenschaft war man bei solchem Befund so gut wie tot. Mit den appetitverschlagenden Antibiotika muß sich das gründlich geändert haben; ein Arzt hat mich einschlägig per Telefon abgehört, behandelt und, man sieht es, kuriert. Aber wenn ein Kind keucht und fiebert, denkt man nicht mehr in Schnurren. So hat das Jahr mit Angst begonnen.

Sogar das Feuerwerk hielt sich in Grenzen, und in einem Falle waren mir die doch zu eng: Das Dankschreiben an einen freundlichen Menschen in Buxtehude kam halbverkohlt von der Ortspost zurück; mit hektographiertem Bescheid wurde ein Knallfrosch im amtlichen Briefkasten gemeldet. Es hätte sich gelohnt, mit ähnlichen Zetteln die zunehmend zertrampelter aussehenden Buchpäckchen, abgeschickt in Deutsch-West, zu begleiten, aber was und wen hätten sie namhaft machen können? Aus der nämlichen Himmelsrichtung ganz unversehrt ein lobender Leserbrief zur »Summe«, Absender, potzblitz, Genscher, Hans-Dietrich, Außenminister. Von noch weiter her, aus Kuba die spanische Fassung vom »Aufenthalt , und Einladungen nach Athen der griechischen »Aula« wegen – wer sagt, das Jahr fing nicht gut an?

Ich sage es, Tante Veronika, auch auf die Gefahr, von Dir für undankbar gehalten zu werden – zwei Übersetzungen, ein Außenminister innerhalb weniger Januartage, und dann noch mäkeln! Weißt Du, die Meldung, er sei nun in einer weiteren Sprache zu haben, macht den etwas erfahrenen Autor noch nicht glücklich. Er kann bei dieser Gelegenheit erhoben oder zerschmettert werden oder auch so hoch erhoben, daß es einem Zerschmettertwerden gleichkommt. Kein Kritiker z.B. der ungarischen »Aufenthalt«-Fassung hat zu sagen versäumt, der Roman sei im Magyarischen so exzellent, wie er es im Original gar nicht sein könne. Dasselbe Buch entfachte unter russischen Literaturexperten einen Streit um seinen Namen. Ein Akademieprofessor aus Kiew hat das in Rede stehende Werk konsequent unter dem von ihm selbst für zutreffend gehaltenen, wenngleich offiziell gar nicht vorhandenen Titel rezensiert. In Rumänien ist »Das Impressum« mit der überraschenden Überschrift »Ich will aber nicht Minister werden« herausgekommen, und in den baltischen Ländern lassen sie dir nicht einmal deinen Autornamen; so heißt der Verfasser der litauischen »Aula« Hermanas Kantas. Klingt zwar nicht schlecht, aber man fragt sich, ob der Text ähnlich freien Umgang erfuhr.

Zugegeben, liebe Tante, ich nehme mich kleinlich aus bei zwei Übersetzungen Anfang Januar schon und einem leserbriefschreibenden Minister, aber es hat mit dem Wissensteil zu tun, den ich Dir voraushabe. So weiß ich, daß die Griechen, die mich eben noch zur rauschenden »Aula«-Premiere luden, inzwischen in die Pleite rauschten – der zweite Verlag bereits, dem das mit diesem Buch passiert; der andere, sollte es am Text liegen?, war einer in Belgrad – und außerdem weiß ich, daß man, ganz anders, als Du auf Neuseeländisch denkst, meine Liebe, kein Geld an diesen Vervielfältigungen verdient. Wenn man Glück hat, schickt der Übersetzer aus Santiago ein Belegexemplar, und man muß sich nicht enteignet fühlen, sondern darf sich als Aktivisten der internationalen Solidarität empfinden.

Und was nun die Minister betrifft, liebste Veronika, ist es auch nicht gleich Gold, wenn sie dich glänzend nennen. Vor der professionellen Kritik verbirgt man besser, daß ein gehobener Staatsdiener angetan war, weil nach ihrer Meinung Freundliches aus Amtssprechermunde nur die Mediokrität von Schriftlichem beweist. Ich könnte diese Ansicht mit einheimischen Beispielen unterstützen, bevorzuge jedoch ein weitgereistes, weil es das jüngste in einer langen Reihe ist. Den Innenminister eines lateinamerikanischen Staates hörten Berliner Autoren kürzlich sagen, im Jahr 89 nämlich, von dessen Gloriosität wir hier handeln, Karl May sei nicht nur sein literarischer Schwarm, sondern jener Verfasser, dem er im revolutionären Kampfe am ehesten nachzuleben trachte. Nein, liebe Tante, der Mann meinte wirklich May und nicht Marx; gleichviel auch, wenn seine Sache scheitern sollte, lag es in jedem Falle am falschen Vorbild und eben wieder einmal an Literatur.

Ein Vorteil, wenn man nicht von »Bild« unter Sold genommen ist, sondern seiner Tante nach Neuseeland schreibt, besteht in der Freiheit, sich berichterstattend auszubreiten. Gewiß wird man das Fassungsvermögen der fernen Verwandten zu bedenken haben, aber vermuten läßt sich, es sei größer als das der Brüder und Schwestern in Hagen und nun auch in Hagenow, die das Springer-Ding für eine Zeitung halten. Da wird es wahrscheinlich toleriert, wenn einer sein Jahr zu beschreiben versucht und schon im Januar nicht recht von der Stelle kommt. Es kommt wohl auf die Stelle an, auf das, was sich an ihr an Mitteilenswertem findet. Die einzige Schwierigkeit: Wie bemißt sich der Mitteilungswert?

Beispiel: Am 19.1. hat meine Frau ihren »Golf« verkauft; wen geht es etwas an, was hat es in der Beschreibung eines gloriosen Jahres zu suchen, daß frühmorgens um sieben drei Männer aus einem sächsischen Nest bei uns erschienen, gestartet daheeme Glock drei in Winternacht, um ein zwölf Jahre altes Auto gegen gar nicht wenig Geld zu erwerben und nach hastigem Kaffee wie gemachte Leute auf 250 Kilometer Rückfahrt zu gehen? – Ach, liebste Verwandte Veronika, eben damit hat das deutsche Jahr 89 sehr zu tun, und davon Bescheid zu geben, gilt als Abmachung nun.

Und mit dem Eintrag in meinem Januar-Kalender, ich habe Hager wegen 21,30 Dollar geschrieben, verhält es sich nicht anders; nur handelte es sich um ein paar Dollar mehr. In Neuseeland wird man bei diesen Worten an einen schon klassischen Italo-Western mit Clint Eastwood denken; hierzulande, wo besagtes Kunstwerk noch nicht so bekannt ist und besagtes Zahlungsmittel auch nicht, denkt man dabei zunächst tatsächlich an Geld. Die 21 Dollar wurden einem Freunde von mir als Tagessatz für seinen Aufenthalt in Neuengland zugeteilt und zwar vom Finanzminister und zwar aus des Freundes eigener Tasche. Von seinem Fulbright-Stipendium nämlich, mit dem er, als erster Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, für herausragende Leistungen ausgezeichnet worden war. Den Rest, schrieb der Minister dem Professor und schrieb ich dem Mitglied des Politbüros, den Rest von seinem ehrenhalber verliehenen Stipendium habe der Mann nach einem Vierteljahr Amerika nach Hause und in die Staatskasse zu schaffen. – Angenommen, liebe Tante in Neuseeland, du hättest, wie Du im vergangenen Herbst am heimischen Televisor saßest, erstaunlich viele wissenschaftliche Köpfe den Slogan »Wir sind das Volk!« rufen hören, glaube ich, Dir mit meinem Kalendereintrag einen der Gründe für das unakademische Geschrei benannt zu haben.

Traue ich meinen Einträgen, ist »Geld« ihr eigentlicher Untertext bei Jahresbeginn gewesen, denn schon die zweite Notiz hat mit ihm zu tun; dann die fünfte, danach die neunte, und die zwölfte wie dreizehnte nicht anders. Anders jedoch als im herkömmlich neuseeländischen Sinne ist es hier im Spiel – und auch wieder nicht so anders. In Neuseeland, wo sie Schafe soviel wie Kiwis haben und mit beiden Handel treiben, geniert man sich wahrscheinlich weniger, von Geld zu reden, als hier, wo man unvergleichlich weniger davon hat. Am Ende ist es auch bei uns nur ein Zahlungsmittel, aber die Zwecke

nehmen sich antipodisch aus. Wenn es einen bei Euch, liebe Tante Veronika, nach einem »Golf« verlangt, ruft er seinen *car dealer* an und wird nach der Farbe gefragt. Wenn einer von Euren jungen *eggheads* Herrn Fulbrights Aliment erhält, teilt womöglich die Zeitung davon mit, aber der Finanzminister wird nicht mit ihm teilen wollen. Hier, ich sagte es, wollte der Finanzminister teilen, und die Zeitung, füge ich der hiesigen Besonderheit wegen hinzu, konnte sich sehr beherrschen und druckte kein Wort. Denn ein Weltbild stand auf dem Spiel und die Ordnung der Heimat. Im Weltbild der Landespresse war ein stiftender US-Mensch nicht vorgesehen, weil diese jenes vor allem als Feindbild verstand, und von westlich-auswärtiger Ehrung sollte besser keine Medienrede sein, da das nur Begierden wecken konnte.

Auch dem Kollegen W., der gleich nach Myron den zweiten Platz in meinen Privatannalen 1989 einnimmt, ist es um Geld im abgehandelten Sinne gegangen, als er sich mit dem Fernsehen der DDR, heute wieder Deutscher Fernsehfunk, auf einen Kompromiß einließ. Mit der Kurzformel »Vom Feindbild zum 'Bild'-Freund« wäre die Änderung dieses Hauses zwar zu gehässig beschrieben, aber daß ich nach kurzem Hinblick längst nicht mehr weiß, wessen Sendung ich gerade empfange, hat mit dem Abschied vom Feindbildschirm zu tun. Wenn einmal die Geschichte unseres Fernsehfunks geschrieben wird, sollte sich zeigen: Nicht jegliche Wendung hat erst die Wende abgewartet, manche wurde von unseren Sendeleitern vorauseilend herbeigeführt. So hat der erwähnte Kollege W. für das Jahr 89 eine Serie erdacht, deren Hauptdarsteller im Jahre 69 noch weitgehend aus dem Band geschnitten worden wären. 1989 nämlich schrieb Kollege W. eine Tierarzt-Folge, in der es jede Menge Hunde gab, aber 1969 hätte er nicht die kleinste Menge Hund auf den Sender gebracht. Genau das erklärte mir damals der Intendantenstellvertreter Dr. Liebeskind in seinem etwas breiten Südstaatler-Sächsisch. Ich hatte mich über die Anstandsregeln der Anstalt geäußert und bekam von ihm zu hören: »Du denkst wohl, mir sind eng. Mir sind nicht eng, mir sind bloß wachsam. Nimm nur die Hunde, die schneiden mir alle raus. Warum? Weil unsere Menschen bei den Viechern gleich an die Hunde an der Mauer denken. Darum: Bei mir fliegt jeder Köter naus ! « – Die Regel haben sie nicht nur abgeschafft, sondern mit dem Tierarztfilm des Kollegen W. ins Gegenteil verkehrt, und ich warte auf den Befund, sie hätten, als es noch gefährlich war, mit ihrem Aufgebot an Pinschern und Doggen eine besonders sublime Form von Anti-Mauer-Polemik betrieben. Undenkbar ist bei denen nichts. Zu Beginn des Jahres 89, mein Tagebuch meldet es, haben sie dem Kollegen W. zwar keinen Hund aus dem Streifen geschnitten, wohl aber die Frage: »Was halten Sie von Gorbatschow?«, und weil sie ihm trotz dieses Abzugs die volle Arbeitsgage zahlten, sprach mir Kollege W. von gütlicher Einigung und von Kompromiß.

Ich hoffe, verehrte Tante Veronika am anderen Ende der Welt, Du verstehst, warum am anderen Ende des Jahres so manches anders werden wollte; Exemplum zeigt ja doch: So ging es nicht mehr. Und solltest Du Dich fragen, wie Dein europäischer Neffe sich zu dieserlei Schwachsinn verhielt, antwortet der Dir: Du brauchst ihn nicht zu enterben; er hat sich gerührt. Mit den Hundefängern und Liebeskindern hat er regelrecht Kriege geführt; dem Postminister, dem Finanzminister und dem Sicherheitsminister schickte er protestierende Bescheide.

Dem Sicherheitsminister? Gewiß, und nicht nur das Tagebuch 89 weiß davon; allenfalls die Betroffenen haben es vergessen. Die Geschichte erzählt sich schlecht, wenn man ihre Voraussetzungen nicht kennt. Wissen muß man, was unsereinem der jeweils erste Sonntag im Januar bedeutet hat. Seit ich in Berlin lebe, seit achtunddreißig Jahren mithin, versäumte ich kaum einen der Umzüge, mit denen wir Liebknechts und Luxemburgs gedachten. Wenn Demonstrationen schön sein können; diese waren es. Ihr Sinn verdunkelte sich nicht, und weil sie oft genug unter schneedunklem Himmel stattfanden, bei Frost, Wind und Regen, war sogar ein wenig Anstrengung erforderlich. Ich wollte immer dabeisein, wenn die Schalmeien schrien, und gefehlt habe ich nur der einen oder anderen Krankheit wegen. Das fiel dann auf, und als ich ausgerechnet kurz nach dem »Impressum«-Verbot nicht erscheinen konnte, faßte Wolfgang Kohlhaase, den man im Angelsächsischen einen pun-dit nennen würde, die Gerüchtslage unzutreffend, aber trefflich in die Worte: »Kein Intressum!«

So grimmig-lustig blieb es nicht immer. Im Maße, wie unser Glaube positiv wurde, wich das Gedenken an Rosa dem Kampf gegen rote Buchhalterzahlen, und lustlos, ja mit Ingrimm trotteten wir die Wintermeile nach Friedrichsfelde und winkten Mielke und Mittag zu, als wären's Luxemburg und Liebknecht. Beim Umzug 88 dann kamen die etwas angestrengte Bühnenschaffende Klier und andere in Haft, weil sie eine Fußnote aus Rosas Schriften zum Bannerspruch erhoben, und der Sonntag im gloriosen Jahre 89 sah nur noch eine Demonstration amtlicher Schlußfolgerungen aus diesem umwerfend konterrevolutionären Akt.

Es dauerte, bis ich begriff, warum abertausend Ordner entgegen der Zugrichtung die Straßenränder säumten und den Marschierenden nicht in die Gesichter blickten, sondern über deren Köpfe hinweg in den Himmel. Noch einmal fand Leseland DDR hier statt: Die stationären Weggefährten lasen, was die mobilen an Schriftlichem mit sich führten; Losung für Losung gingen sie durch mit amtlichen Augen und waren wohl die länglichste Zensurbehörde in der Geschichte der politischen Literatur.

Unser Stellplatz befand sich Ecke Frankfurter Allee und Rathausstraße, ganz nahe dem Komplex Normannenstraße, dem Hauptsitz der Staatssicherheit also, und auf seine Weise belegte er, wie sich Allmacht auch in Wohltaten zu äußern pflegt. Denn erst zum zweiten Male in 38 Jahren trafen wir uns so nahe dem Zielpunkt des Marsches und hatten, verglichen mit

dem, was uns vorher abverlangt worden war, einen weit kürzeren Weg auf den Friedhof. Wie kam's? Durch Honecker kam's. Da ich, seit ich ZK-Mitglied war, auf die Ehrentribüne hätte klettern müssen, was ich aus verschiedenen Gründen nicht wollte, hatte ich dem Generalsekretär geschrieben, es mache sich nicht gut, wenn ich aus dem ohnehin kleiner werdenden Kreis der Teilnehmer schere; viele meiner Kollegen seien nicht mehr so gut zu Fuß, und da wolle ich bei ihnen bleiben. Mein Brief kam nicht nur prompt mit dem bekannten »Einverstanden. EH« zurück, er bewirkte zugleich die Vorverlegung des Rendezvousplatzes um ein bis zwei Kilometer. Mir war unschwer vorstellbar, wie der Oberorganisator aller Demonstrationen die Unterorganisatoren dieser speziellen Demonstration anwies, den klapprig gewordenen Schriftstellern eine günstigere Position im Aufmarschplan einzuräumen. Ebenso vorstellbar ist die Antwort EHs, die er gegeben hätte für den Fall des Vorwurfs, auch in dieser mildtätigen Geste sei Diktatorisches zu erkennen. Ein entsprechendes Billett wäre vermutlich mit dem Vermerk zu seinem Absender zurückgelangt: »Nicht verstanden. EH«.

Trotz der Wegverkürzung waren am fraglichen Sonntag nicht sehr viele Autoren erschienen; bis auf einen hochaufgeschossenen und für unsere Verhältnisse jungen Menschen kannte ich alle am Treffpunkt, und es machte keine Mühe, mit jedem ein Wort zu wechseln. Ich war gerade im Gespräch mit dem Lyrik-Redakteur der »Neuen Deutschen Literatur«, als etwas Dramatisches in meinem Rücken seinen Erzählfluß unterbrach. »Die schleppen da einen ab«, sagte er, »die haben den Kollegen Labs geschnappt!«

Ich folgte seinem Blick und sah den langen jungen Mann, den zwei überlange Kerls aus unseren spärlichen Reihen zerrten, und ich sah vor allem, daß man dem Trio bereitwillig eine Gasse öffnete und niemand es aufzuhalten schien. Auch im nachhinein ist mir das der schlimmste Eindruck geblieben. Die Drei gewannen erstaunlich rasch Boden, und um sie einzuholen, mußte ich rennen. Mit mir rannte Christian L., von der NDL der Lyrik-Redakteur. Weil von den drei Enteilenden der Mittlere an Eile nicht interessiert schien, holten wir sie schließlich ein, und ich verlangte, etwas keuchend sicher, eine Erklärung des Vorgangs. Der kleinere Lange rief: »Herr Kant, helfen Sie mir!«, und die größeren Langen sagten gemeinsam: »Es handelt sich um eine Zuführung.« Ich kannte den Ausdruck noch nicht und wollte vom Zweck der Übung erfahren, hörte jedoch nur, es gehe um die Klärung eines Sachverhalts. Weil man mit dieser Formel auch bei Falschparken zur Polizei bestellt wird, wünschte ich genauere Auskunft, und bekam den wiederholenden Bescheid, es handle sich um eine Zuführung zwecks Klärung eines Sachverhalts. Im Laufe einer Diskussion, die sich etwas zähflüssig gestaltete, weil die beiden Zuführer erkennbar nicht geübt im Auskunftgeben waren, vermutlich eher in dessen Gegenteil, stellte sich immerhin heraus, daß sie den Kollegen Labs in ihre Dienststelle in der nicht nur durch Simmel-Romane bekannten Magdalenenstraße zu führen gedachten und zwar wegen Vorzeigens einer nicht genehmigten Abbildung.

Kurz, der Kollege Labs, Übersetzer aus dem Portugiesischen, wurde beim Schwenken eines Gorbatschow-Bildes gegriffen, dem er anstelle des wegretuschierten Muttermals einen roten Sputnik einretuschiert hatte, jenen Flugkörper also, nach dem ein Magazin hieß, das auf Geheiß von EH gerade aus der Postzeitungsliste geflogen war.

Solcher Andeutungen wegen wurde der Weg zu den Märtyrern mit martialischen Gestalten gesäumt, und zwei von ihnen hatten einen von uns gegriffen, und wegen des Widersinns von alledem lief ich mit ihnen und ihrem Gefangenen und dem symbolgeladenen Bild um das weite Areal der Normannenstraße, ließ mich anstarren von Leuten, die »Dahamsewelche!« dachten, und von Leuten auch, die womöglich dachten, dahamseden Kant, ließ mich in der Magdalenenstraße in etwas bringen, was wahrscheinlich Zuführabteilung hieß, vergnügte mich ein wenig am gequälten Trotz, mit dem Kollege Labs ein Reclambändchen zückte, obwohl ihm garantiert nicht nach Lektüre war, vergnügte mich etwas mehr am chandlerreifen Auftritt von zwei Mielke-Männern, deren einer sich groß und gütig gab, während der andere den Kleinen und Bissigen machte, und fragte mich, zugegeben, vor all der Blödheit doch, ob sie nicht ausreichen werde, mich gemeinsam mit dem Portugiesisch-Übersetzer und Gorbatschow-Veredler in ein Loch zu tun.

Falls Du noch zuhörst, liebe Tante Veronika, sollst Du wissen: Es war mir ganz ernst mit meinem Bedenken, denn wer in der Lage ist, einen solchen Gedenkzug unter Aufsicht zu stellen, wozu sollte der nicht in der Lage sein? Zwar würden sie mich nicht zum »Lusiaden«-Kenner schließen, da wir ja Tatgenossen waren, aber wer wollte sie hindern, mich, der ich mich sozusagen selber zugeführt hatte, bis zur Klärung des Sachverhalts ein wenig warten zu lassen? Seit einem gewissen Vorfall warte ich ungern in derlei Umgebung. Und Tatgenosse von jemandem, dem es überm Protest am klaren Denken fehlt, wollte ich auch nicht so dringend sein – fertigt doch dieser Mensch seine Retusche von Gorbatschow so, daß ein Schlaumeier von Staatsanwalt nur noch sagen muß: Oho, eine blutrote Kugel in der Stirn des führenden Genossen, am Gedenktag für Karl und Rosa auch noch, denen man einst die Schädel zerschlug, das reicht dann doch wohl!

Wir sind beide noch am selben Tag aus der Magdalenenstraße an die frische Luft gekommen, vielleicht auch, weil ich dort im Lokal so böse wie möglich versprach, ausnahmsweise nun doch zu EH und seinem Mielke auf die Tribüne zu klettern und ihnen »Nicht einverstanden. HK« zu sagen. Sie meinten, das sei doch nicht nötig, und am Nachmittag erschien ihr Abgesandter bei mir mit der Versicherung, die kleine Ordnungswidrigkeit des Kollegen Übersetzer werde weiter keine Folgen haben. Von der großen Ordnungswidrigkeit ihres Späherspaliers sagte er nichts, aber was wollte man von einem Menschen verlangen, der, zu Zwecken der Tarnung oder mir zu Ehren, an einem proletarischen Gedenktag im immer noch proletarischen Berlin ein lang nicht gesehenes Kleidungsstück, einen Homburg, auf seinem wachsamen Kopfe trug?

Wie Du Dir denken wirst, habe ich die Tribüne gemieden, bin ohne meine Schreibergefährten im Umzug gegangen und habe danach das Grab von Ernie Meyer aufgesucht. Wir sind einander schwierige Verwandte gewesen, dieser Schwiegervater und ich, aber zum einen ist er Wand an Wand mit mir gestorben, dieweil ich selber nicht recht bei Leben war, und zum andern ist der Platz, an dem er liegt, wie geschaffen, im Gedenken an allergrößte, an unvergleichliche Ordnungswidrigkeiten den Zorn auf kleine dumme Männer, seien sie nun lang oder alt, ins angemessene Verhältnis zu bringen.

Ernst Hermann Meyer hat den guten Gedanken gehabt, im unfeierlichen Teil des Friedhofs Friedrichsfelde ein weitgehend symbolisches Grab seiner Familie einzurichten; soweit es an anderen Stellen Gedenksteine gab, versammelte er sie in diesem Geviert, und für jene seiner Verwandten, von denen nur die Namen blieben, legte er neue Tafeln neben den alten aus. Der Tod der Meyers und Hermanns gibt sich in diesem Bereich auf äußerst unterschiedliche Weise bekannt: Hat er in Berlin stattgefunden und etwa bis zum Jahre 1933, dann steht es so auf dem Gestein; etwas später jedoch werden die Daten vager, und Ortsnamen gewinnen einen entsetzlich vertrauten fremden Klang. Was an Örtlichkeit einem einfällt zu jüdischem Sterben, ist in diese Steine geschnitten; Theresienstadt, Treblinka, Maidanek und Auschwitz sind alle in der tribünenlosen Abteilung vom Lichtenberger Friedhof, nahe Laubenkolonie und Fernheizwerk, noch einmal nachzulesen.

Kein schlechter Platz für einen mit Zorn im Herzen oder auch nur Wut im Bauch; man versteht dort vom manchmal unverständlich starren Ernie Meyer einiges doch; man versteht die Furcht seiner furchtlosen Töchter; man wird auch bald verstehen, warum jene Meyers, die seit den dreißiger Jahren englische Meyers sind, zu längeren Besuchen laden.

Nein und nein, ich tue nicht mit bei dem Geklittere, durch das aus Wandlitz ein Vorort von Auschwitz wird; ich bestehe für EH und Genossen auf lebenszugewandten Absichten und nicht solchen, die zu Gas und Vernichtung führten, aber von den Elementen, aus denen dann Grabstellen wie die der nur noch namentlich vorhandenen Meyers wurden, ist mir am Januarsonntag 89 eines furchtbar vor Augen gewesen. Ich weiß nicht, wieviel Leute einen ungehinderten Blick auf die Zuführung des Portugiesisch-Übersetzers hatten, und setze die Zahl vorsichtig bei 100 an. Von diesen haben sich zweie gerührt, und einer von ihnen war statistisch nicht erheblich. Ein reichlich bekannter Mann, als Schreiber von Schriften und Redner von Reden im Ruf, Stütze des Staates zu sein, und daher kaum in Gefahr, mehr als Mißhelligkeiten dulden zu müssen – der zählte nicht. Der andere, Christian Löser sein Name, ja, der zählte sehr, denn er war abhängig und angreifbar, war nur von einem Zeitschriftchen das angestellte Redakteurchen für Gedichte und hatte allen Grund, sich nicht zu rühren. Der zählte, weil man ohne ihn hätte sagen müssen, zu hundert Prozent seien die Augen geschlossen gewesen, als zwei ganze Kerle einen halben Dichter, der Richtung Rosa wollte, Richtung Magdalenenstraße schleiften.

Ich kann nicht behaupten, der Anblick dieser Blinden habe mir den Rest gegeben, aber ich erholte mich nicht mehr von ihm. Zwar reichte die wachsam umstellte Demonstration schon zu, und der Aufenthalt in der Straße mit dem frommen Namen tat seines, aber vor allem mußte ich mich genarrt fühlen, höchstamtlich genarrt sozusagen. Wegen des »Sputnik«-Verbots nämlich war ich bei Honecker gewesen, hatte ihm am 21. November 88 einen scharfen Protestbrief geschrieben, der eine Woche später zu einer fast zweistündigen Diskussion zwischen uns führte. Ich kam zu dem Eindruck, er werde versuchen, die Sache, bei Wahrung seines Gesichts natürlich, wieder einzurenken. Allerdings steht in meinem Merkbuch: »Ihn erreicht, ob etwas erreicht?«, und ich hätte mich an meine Skepsis halten sollen. Stattdessen hielt ich mich an die nachdenklichen Töne und an die Beteuerung des Generalsekretärs, jeglicher Spielart von Antisowjetismus gelte es zu steuern, und wenn ein anderer Eindruck entstanden sei, werde er sich persönlich dagegen wenden. Er versprach, die im selben Zuge aus dem Verkehr gezogenen sowjetischen Filme noch einmal prüfen zu lassen, und an Mühe, sich verständlich zu machen, ließ er es mir gegenüber nicht fehlen.

Man hatte ihn beleidigt, darauf lief es hinaus; der »Sputnik« schrieb, die deutschen Kommunisten trügen Mitschuld am Machtantritt Hitlers, und das konnte er, der als deutscher Kommunist gegen Hitler gekämpft und dafür zehn Jahre im Zuchthaus gesessen hatte, allenfalls vom Westen hinnehmen, aber nicht aus dem Osten. – Der Osten, soviel wurde bei diesem Gespräch, das aus Honeckers Darlegungen und meinen Einwürfen bestand, sehr deutlich, hieß mit Vor- und Vatersnamen Michail Sergejewitsch. Wieder einmal hatte es die Weltgeschichte mit dem Konflikt zwischen einem alten und einem jungen Manne zu tun; Veteran und Grünschnabel, so lautete der Untertitel auch dieses Stücks.

Mein Einwand, ein Generalsekretär habe zwar das Recht, beleidigt zu sein, dürfe sich jedoch nicht auf Kosten der Bevölkerung rächen, wurde zur Kenntnis genommen, und ich bin sicher: Es war die Erwähnung seines Titels, die den wütenden Mann so milde stimmte. Von solcher Wirkung erfuhr ich schon kurz nach Einführung der neuen Amtsbezeichnung. Damals hatte er auf meinen Vorschlag, er solle sich im Streit um den Roman »Es geht seinen Gang« von Loest gegen einen Spruch der Hallenser Bezirksleitung stark machen, fast klagend erwidert: »Aber ich bin doch Generalsekretär!«, wollte sagen: für alle da, und die Entgegnung, dann müsse er auch das generelle Interesse verfechten, wurde fast dankbar angenommen.

Wahrscheinlich macht Macht jeden, der sie innehat, wenn nicht machtbesoffen, so doch zumindest machttrunken, und der Hinweis z.B., es entstehe Personenkult um ihn, kann jemanden in dieser Verfassung gar nicht erreichen. Meine Äußerung, es wirke gefährlich lachhaft, wenn er in einer Zeitungsausgabe auf zweiundvierzig Messebildern erscheine, hat Erich

Honecker mit der Erklärung aufgenommen, die jeweils mit ihm abgebildeten internationalen Handelsherren wünschten das so. Er war eben, so sah er das wohl, auch für die der Generalsekretär.

Und wenn seit Tausendundeiner Nacht ein Stück Harun al Raschid in den besser geratenen Machthabern wohnt, so war ihm eine größere Menge davon zuteil geworden. Wie der Urvater dieser Haltung, neigte er Künsten und Künstlern zu, boxte Ehrungen für Schreiber durch, deren Schriften ihm nicht behagen konnten, scheute sich nicht, standing ovations für Musikanten in Gang zu setzen, pfuschte den Planern zu Gunsten von Akademie und Schriftstellerei in die ehernen Pläne, und wenn er Respekt bezeugen wollte, geriet ihm das, herrschergildenüblich, manchmal zu zweifelhaftem Gönnertum. Bei einem Empfang bat ihn ein eben dekorierter Schauspieler, der für seine kinderreiche Familie einen Kleintransporter brauchte, um Hilfe, und man hörte den Staatsratsvorsitzenden tönen, als sei er der Butt von Grimms und Grass: »Geh ruhig nach Haus, du hast ihn schon!«

Oder nehmen wir mich. Mir hat er, als mich meine Unfallschmerzen fast in den Wahnsinn trieben, eine Spezialbehandlung im sowjetischen Regierungskrankenhaus vermittelt. Weil ihm das wohl noch nicht genügte, sorgte er, daß ich mit der Kuriermaschine ein- und nach einem Vierteljahr aufwendigster und auch hilfreicher medizinischer Bemühungen wieder ausgeflogen wurde. Es war eine Art nobler Gefangenschaft, in die ich geriet, und wenn mich zu beiden Enden der Flugreise Männer eskortierten, denen ein Homburg ganz gut zu Gesicht gestanden hätte, paßte das zum Gewahrsam. Was mir der Generalsekretär, der auch Oberster Sekretär aller Generale war, damit sagen wollte, weiß ich nicht genau, aber daß er mir etwas damit sagen wollte, halte ich für sicher.

Er verstand sich auf Andeutungen. Als Manfred Wekwerth, Präsident der Künsteakademie, zu ihm kommen mußte, weil in der Zeitschrift »Sinn und Form« unbotmäßige Texte gestanden hatten, sprach der Generalsekretär, der auch Oberster Sekretär aller Präsidenten war, über Gott und die Welt mit dem bänglich-erwartungsvollen W., erwähnte aber das Blatt mit keiner Silbe. Es lag nur, schön sichtbar für den Gast, auf des Gastgebers aufgeräumtem Schreibtisch.

Gleich meine erste Visite bei ihm lieferte mir von diesen Finessen eine Probe. Ich kam des erwähnten Loest-Buches wegen und stellte dem Generalsekretär, der auch Oberster Sekretär aller Verleger war, einmütigen Autorenunmut für den Fall der Unterdrückung des Romans in Aussicht, und ich führte einige Kollegen auf, mit deren Einverständnis er unter keinen Umständen rechnen könne. Als die Reihe an ein bestimmtes Mitglied jenes Präsidiums kam, dessen Vorsitz ich eben erst eingenommen hatte, sagte Erich Honecker, den es sicher gegrämt hat, daß er nur in Grenzen auch der Oberste Sekretär aller Schriftsteller war, mit herausgestellter Beiläufigkeit: »Der muß.« – Er setzte keine besondere Miene dazu auf, sah mich nicht bedeutungsvoll an und machte keine vielsagende Pause; er warf nur zwei Wörter ein und hörte mir wieder zu, aber ich wußte nun, wie das Verhältnis zwischen ihm und dem Kollegen und die Verhältnisse in dem von mir geleiteten Gremium beschaffen waren, *courtesy of your friendly generalissimo.* Eine kameradschaftliche Einhilfe für den beginnenden Leiter und eine Warnung mit Mehrfachsprengkopf wohl auch.

In der Studentenversammlung zu Oslo hat man mir einmal erklärt, wie Sitzordnung im Saal, Plazierung des Vorstandstisches und sogar die Position des Rednerpults je nach Lage der politischen Dinge so verändert würden, daß ein Blick auf das äußere Arrangement Einblick in innere Verhältnisse gewähre. Insofern hatte EH etwas von einem norwegischen Studenten. Entsprechend der jeweiligen Situation und ihrer Bewertung durch den Obersten Vorsitzenden wurde man an seinen Schreibtisch beordert oder in die Sesselgruppe gebeten, kam er einem an die Tür entgegen oder durfte man zusehen, wie er länger in seine Akten sah, hörte man *small talk* über *big people* oder die ungnädige Frage: »Also, was gibt's?«, erhob sich der Generalsekretär an der mächtigen Stirnseite der Politbüro-Tafel zur Begrüßung mit aufwendigem Handschlag über die Weite des Tisches oder machte er zwecks Platzanweisung gerade so den Finger krumm.

Und seine Vorzimmerdame sorgte für Karikaturen dieses karikaturnahen Gebahrens. Das war eine überfärbte Mecklenburgerin, der ich ob ihres ebenso sauertöpfischen wie majestätischen Gehabes am liebsten, Verzeihung den Rüpel und Macho, in den Hintern getreten hätte. Mein Weg durch das gloriose Jahr 89 ist auch durch die reichlich alberne Tatsache gekennzeichnet, daß unser Verhältnis mit jedem Brief, den ich Montags um acht bei ihr abgab, giftiger und grimmiger wurde. In einem Kinostück hätte die wechselnde Gemütslage einer solchen Wächterin genügt, den Wechsel der Verhältnisse anzuzeigen. Man sage nicht, die Frau sei nur ein Instrument gewesen, von dem sich die sinkende Drehzahl der politischen Maschinerie ablesen ließ, aber richtig ist: Wenn ich mich frage, an wen ich mich hätte halten müssen, als es hörbar untertourig und zugleich überdreht zuging im Staate DDR, dann darf ich mich mit Helfern und Gehilfinnen nicht begnügen und mit der Tatsache auch nicht, daß ich dem Gesamtvorsteher mehr als andere die Meinung sagte.

Zu allererst habe ich mich an mich selbst zu halten. Was ich meiner erdachten Tante ein wenig weiter oben sagte, ist nicht falsch, genügt aber nicht. hat nicht genügt. Gewiß legte ich mich mit vielen an; nimmt man es hierarchisch, kann ich sagen: mit jedem. Aber was es verfing, sieht man ja. Wobei sich fragt, wie das Ziel meiner Bemühungen hätte heißen müssen. Die Wende eher herbeizuführen oder unnötig zu machen? Die Wende, von einigen Revolution genannt, von anderen Kehrtwende, also zu verhindern? Würde man das nicht heutigentags konterrevolutionär oder konterwendisch nennen müssen? Was aber ist revolutionär an der Wiederherstellung des Kapitalismus, und warum sollte ein Konterrevolutionär sein, wer sagt, durch des Volkes neue Kleider glänze dessen bläulicher Arsch?

Weil ich für die Arbeiter-und-Bauern-Republik war und für eine Anwalts-und-Pastoren-Republik schwerlich sein kann, muß ich dem Problem, wofür ich hätte streiten sollen, kaum nachhängen. Die Frage ist nur: wie streiten, gegen wen, an wessen Seite, mit welchen Mitteln, bis zu welchem Risiko und mit welcher Konsequenz? Ich habe vieles unterlassen, weil ich fürchtete, es werde der anderen Seite dienen – wozu also habe ich es unterlassen? Ich übte Disziplin, weil ich weder Anarchie noch Gelddiktat wollte, und womit habe ich es nunmehr zu tun? Den andern hätten wir uns weggenommen, sagte ich, sie wollten uns wiederhaben, sagte ich, aber was sage ich den meinen jetzt? Und was sage ich mir?

Ich fürchte, die Tante in Neuseeland hat schon länger nicht folgen können. Auskünfte wollte sie und nicht Ausbrüche, und wie ich die einen liefern will, kann ich die anderen nicht meiden. Es geht nun einmal um mein Leben und um Ansichten, die ich gegen Kiwis nicht und mit denen von Schafen nur ungern tausche. Am besten, ich trenne mich von der erdachten Verwandten, überlasse die freundliche Hilfskonstruktion allen Bedürftigen, die in diesen Tagen zu Konfessionen neigen und vor lauter Parteilehrjahr nicht wissen, wie dergleichen in Worte kleiden. – So wende ich mich wieder den Aufzeichnungen aus dem gloriosen Jahre 89 zu und mache in ihnen einen Sprung vom 15. Januar zum 8. Oktober, fliege von Sonntag zu Sonntag durch das Jahr und bleibe doch an jenem Ort, zu dem ich in meinem Kalender auf dem Marsch via Magdalenenstraße gekommen war. Ich stehe ein weiteres Mal am Grab von Ernst Hermann Meyer, der ein Komponist gewesen ist und ein Kommunist dazu, ein Jude aus Berlin, von dem die Londoner »Times« im Nachruf sagte, er habe das Standardwerk zur englischen Kammermusik des 17. Jahrhunderts geschrieben. Er selber erzählte lieber vom Arbeiterchor in der Kirche St. Martin in the Fields, und wenn er auch nicht behauptete, Begründer des musikalischen Weltruhms dieses geistlichen Hauses zu sein, einen nennenswerten Anteil maß er sich schon zu. Warum auch nicht, kam er doch aus einer Neuerer-Familie; sein Vater, der Arzt, hatte den Lichtbügel erfunden und sein Onkel, ein Bankier, den Verrechnungsscheck . Überhaupt gab es in seiner Nähe Leute mit erstaunlichem Profil; einmal war der Leiter des Polizeichors von Scotland Yard zu Besuch, der über seine Erfolge als Kriminalist und Spezialist für Fingerabdrücke ein Buch geschrieben hatte. Was man von den beiden alten Herren vernahm, klang wie ein rares Gemisch aus Purcell, *politics* und *finger-prints.*

Am 8. Oktober 89 jährte sich Ernie Meyers Todestag zum ersten Mal, und die Deutsche Demokratische Republik begab sich in ihr einundvierzigstes Lebensjahr. Stunden zuvor hatte Gorbatschow untern Linden gesagt: »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!«, und zu den vielen aufgeschreckten Leuten zählten, wie sich für mich bald zeigte, der Chefredakteur der »Jungen Welt« und jene, die seine Anleiter waren. (Also vor allem Egon Krenz, mit dessen Weg in die Literatur wir dieses Kapitelchen begannen.) Als ich von der Verabschiedung einer finnischen Parteidelegation nach Hause kam, sagte meine Frau, die »Junge Welt« habe angerufen, sie wollten meinen Offenen Brief am nächsten Tag bringen, hätten aber einige unwesentliche Kürzungen vorzuschlagen. Mißtrauisch, wie es sich gegenüber dem Ausdruck »unwesentliche Kürzungen« gehört, las ich den langen Artikel, über den sich die Redaktion acht Tage lang mit keiner Silbe geäußert hatte, noch einmal; skeptisch, weil sonntags kaum ein leitender Mensch zu haben war, wählte ich die angegebene Nummer; irritiert vernahm ich Vorschläge, die in der Tat nur auf unwesentliche Kürzungen hinausliefen; und äußerst argwöhnisch hörte auch ich die Behauptung, anderntags werde die Sache im Blatt erscheinen.

So wie der Beitrag war, wollte ich das erst einmal sehen, und vorher wollten wir auf den Friedhof zu den toten Meyers, und auf dem Weg dorthin hatten wir eine Begegnung, die zu dem Tag und dem Jahr und dem Ort und der Dämmerung paßte. Aus einem der Koloniegärtchen, das fast schon wieder so kahl wie damals im Januar war, trat ein älterer Mann und fragte hastig und zu leise für meine schlechten Ohren: »Wie geht denn das hier nun weiter, Genosse?«

Das wisse ich auch nicht, antwortete ich, und fast beruhigt ging mein Genosse in seinen Schrebergarten zurück. Wir aber sind beunruhigt zu der Grabstelle mit den wenig beschwichtigenden Ortsnamen gegangen. Wir legten Steine auf die gemauerte Einfassung und blieben still. Von der fernen Stadt hörte man nichts, und die Schalmeien schrien schon lange nicht mehr.

Konkret 06/90, S. 59

**Horst Tomayer**

# Tomayers ehrliches Tagebuch

In einem Fernsehstück über das an japanisches Geld verditschte Hamburger Hotel Vier Jahreszeiten erklärt ein höherer Pinguin von der Tageskarte runter, wer Stubenküken sind, also daß »der Bauer sie in seiner Stube aufzieht« und dann kommen sie im Vier Jahreszeiten »auf den Tisch«. Und dann erzählt der Hamburger Großgrund- und Hausbesitzer Robert Vogel, daß ihn einmal, lang lang ists her, eine »Danie erhört« gehabt habe und er habe mit ihr im Vier Jahreszeiten ehüm ehüm... Nun war das kurz nach Auschwitz und Hiroshima und auch die Elbe lag noch in Trümmern und das Vier Jahreszeiten hätte für Fünfe grade Grund genug gehabt, aber nein, es blieb beim Etepetete und der Portier unterband des späteren Multimillionärs Versuch, mit der »Dame« im Vier Jahreszeiten den Verkehr zu vollziehen mit dem Hinweis darauf, er sei ja, wie selber zugegeben, mit dem Opfer nicht vermählt. Und noch immer zieht der Bauer die Stubenküken Persönlich in seiner Stube auf und noch immer wird im Vier Jahreszeiten nur nach Vorlage des Trauscheins gefickt. das Elend, Büchner, macht vor den Palästen nicht halt.

**Der 32jährige Hamburger Uwe** W. fährt am 12. April 89 mit der S-Bahn von HH-Dammtor nach Hbf. Da sieht er im Waggon die Schriftzüge »Sieg heil« und »Türken raus«. Gott sei Dank dem Zufall, daß Uwe W. ein bißchen Lackfarbe mit sich führt, ruckzuck übermalt er die Schweinerei. Kontrollettis beobachten dies und stellen ihn. Die Bahn zeigt an und findet in Amtsrichter Graue den Kuli, der den 900-Mark-Strafbefehl wegen Sachbeschädigung unterzeichnet. Uwe W. geht vor Gericht und trifft dort einen Staatsanwalt, der auf 150 Mark plädiert und den Amtsrichter Siewert, der ihn zu 100 Mark verurteilt, weil es nämlich eine »Sachbeschädigung« bleibe »auch wenn ich üble Schmierereien überschmiere«.

Nun rnußt, mein lieber Schwan und liebe Schwänin Du, Dir dies einmal ins Gemüt ziehn: Zwei weil an nichts interessierte Kontrollettis Gewordene sehen zu, wie einer Mordssprüche löscht, lassen den Halbpolizisten raus und schreiten zum Protokoll. Dann greift der durchaus in der SPD und in der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands oder in der ÖTV organisierte Kollege Sesselfurzer nicht etwa zum Telefon und scheißt die HVV-Nazisprücheübermalbrigade wegen ihrer Schlamperei zusammen, sondern das Arschloch macht Meldung beim Staatsanwalt. Zack ist der Strafbefehl über einen knappen Tausender aus der Schreibmaschine, AR Graue unterschreibt und der Antifaschist Uwe W. kann sehen wo er bleibt. Einen epischwuchtigen Eineinhalbstundenfilm möchte man machen darüber oder einfach nur stockbesoffen und blind vor Tränen aus der Gastwirtschaftstür torkeln und den Galaxien drobendrübendraußen heiserst zuschreien: Sie haben alle mitternander den Arsch offen auf Terra!

**Der Kampf gegen den staatlichen** deutschen Faschismus war verhältnismäßig einfach: Ein kleiner Weltkrieg und die Sache war ausgestanden. Komplizierter, viel komplizierter heute, wie mit dem zeitgenössischen nichtstaatlichen, gewissermaßen demokratischen Faschismus fertigwerden. Die alten braunen Kacker, die ihrer arischen Endlösung biologisch kommod entgegendämmern, sind nicht das Problem, Unruhe machen die Jungen, die Glatzköpfe, die mit den Tretern, Hauern und Stechern. Die amtierende theoretisierende und praktizierende Linke ist sowohl in punkto Analyse wie in punkto Therapie dissens. Die eine Schule meint, diese Purrschen müßten mehr klassisch bekämpft werden, also wie in der Weimarer Zeit, bloß halt effektiver, die andre sieht nur im pädagogisch orientierten Dialog einen Sinn. Die Kontroverse dauert an, während die deutschen Hauthetzer (englisch: Skinheads) immer mehr und giftiger werden. Da hört man gern, daß Friede, die Witwe des Philosemiten und Gastarbeiterfreundes Axel C. Springer, eine Stiftung zum Zurückschneiden der Neonazitriebe ins Leben gerufen hat. Jeder Skinhead, der die Militaryboots und die Bomberjacke auszieht und sich die Haare Richtung Schulter wachsen läßt, erhält aus dem Fonds ein zunächst auf ein Jahr befristetes monatliches persönliches Faschismusabrüstungsstipendium von DM 600. Nach diesem Zeitraum befindet eine Kommission über die Möglichkeit besser: Notwendigkeit weiterer Förderungsmaßnahmen. Friede Springer: »Eine Gehirnwäsche durch Geld scheint mir die humanste Art der Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und anderen Vernichtungsseligkeiten zu sein.«

**Sehr geehrte Alice Schwarzer!** In der April-Titelgeschichte Ihrer Zeitschrift »Emma« über »Männerbünde« lassen Sie (von links nach rechts:) Ernst Kahl, Ernst Volland und meine Wenigkeit neben Brauchtumsknallköpfen, religiösen Fanatikern und normalen Nazis als ein Beispiel für »Männerbünde« antanzen. Was, Frau Schwarzer, glauben Sie, wird hier mit ritualem Händestapeln, beschworen? Doch nichts anderes, als daß jeder für sich, das heißt als unteilbares, jedwedem Mitglied(!)werben eines Männerbundes sich verschließendes männliches Individuum im Stillen gegen Schützenvereinsmeierei, Heiligerkriegsmärtyrertodsehnsucht sowie normalen Nazikram wirkt, a) einsam, b) allein, c) abgeschnitten von der Menschheit und d) ohne die Spur, den Hauch, den Wink, den Silberstreif der Hoffnung auf die Verwirklichung des Wunsches nach dem warmen unterhakenden Arm eines einfachen, unbescholtenen Mädels (Dummheit

und Armut kein Hinderungsgrund), das mit unsereinem den letzten Zug der Linie 8 (Waldfriedhof) besteigt.

**Sehr geehrter Herr Achternbusch!**

Sie waren unlängst an einem Sonntagmorgen in einer Sie und Ihr künstlerisches Tun würdigenden Sendung mit einem Öl-Bildnis Richard vor Weizsäckers zugange, und während Sie dieses Bildnis in die Kamera reckten, murmelten Sie, daß der von Ihnen gemalene gute Mensch der BRD am besten Präsident aller Deutschen, also incl. Zone werden sollete. Herr Achternbusch, Sie sind Bayer (Starnberger See), ich bin Bayer (Ammersee). Von Bayer zu Bayer und von Kunst Du mir a paar Mark leihn, Sie können doch nicht als Jesus im gotteslästerlichen Film übers Wasser laufen und mit dem Innenminister Zimmermann um die Drehbuchprämie prozessieren und dann Richard vor Weizsäcker als den guten Menschen der BRD malen. Sei denn, das hat alles Platz in ein und dem Selben, also als Jesus im gotteslästerlichen Film übers Wasser laufen, mit Innenminister Zimmermann um die Drehbuchprämie prozessieren und dann Richard vor Weizsäcker als den guten Menschen der BRD malen. Aber jetzt einmal im Ernst, Herbert Achternbusch, können Sie sich vorstellen, daß Ihr Kollege Vincent van Gogh eine nationale Integrationsfigur gemalen hätte? Wissen Sie denn überhaupt nicht Bescheid um das Wesen dieses grauenerregenden Wesens namens Integrationsfigur? In der März-Ausgabe dieses werten Organs sezierte der Autor Roger Willemsen die Integrationsfigur Richard vor Weizsäcker bei lebendigem Leibe auf das Erhellendste. Haben Sie das nicht gelesen? Und einfach drauflos gemalen? Entschuldigung, es hat grad geklingelt, ich muß zur Tür...

So, da bin ich wieder, ein motorisierter Bote brachte mir grade einen anonymen Hinweis, Sie hätten Richard vor Weizsäcker ironisch gemalen. Ist das wahr?

Konkret 06/90, S. 60

**Walter Grode**

# »Modernisierung« und Destruktion

**In der durch die Thesen von Susanne Heim und Götz Aly (KONKRET 10/89) ausgelösten Debatte um die Frage, ob es eine »Ökonomie der 'Endlösung'« gegeben habe oder ob die Massenvernichtungspolitik der Nationalsozialisten »Zwecklos« (Dan Diner) durchgeführt worden sei, weist Walter Grode auf das Nebeneinander unterschiedlicher Formen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik im besetzten Polen hin, die gleichwohl je für sich »funktional« gewesen seien: ökonomische Modernisierung in den »eingegliederten Ostgebieten«, Vernichtung durch Arbeit an der Schnittstelle zum Generalgouvernement, ökonomisch sinnlose Sofortvernichtung als Krisen»lösung« in Zentral- und Ostpolen**

Kaum ist der Versuch einer Umdeutung der Geschichte des Nationalsozialismus fürs erste abgewehrt, da sehen sich liberale Historiker bereits einer »Zweiten Front« gegenüber: Nun gilt es, die Singularität der NS-Massenvernichtung, die »Vernichtung um der Vernichtung willen« (Dan Diner), gegen den Versuch zu verteidigen, sie mit Konzepten wirtschaftlicher Neuordnung in Verbindung zu bringen. Und so läßt sich in der Tat fragen, ob ein Angriff, wie er von Susanne Heim und Götz Aly vorgetragen wird, nicht auch jene Kräfte stärkt, die den Nationalsozialismus in die Normalität der deutschen Geschichte eingliedern wollen.

Doch geht es in dieser Auseinandersetzung nicht um ein Aufwärmen der »Historiker-Debatte«, sondern, wie mir scheint, eher um den von der »Hamburger Schule« (Ernst Köhler) unternommenen Versuch einer modifizierten Re-Aktualisierung des Horkheimerschen Diktums, daß, wer von Kapitalismus nicht reden mag, auch vom Faschismus schweigen solle.

Die Kritiker des Hamburger und Berliner Projekts quittieren denn auch diesen Versuch allesamt mit der grundsätzlichen Weigerung, sich auf die Forschungsperspektive von Susanne Heim und Götz Aly überhaupt einzulassen: Symptomatisch hierfür erscheint mir der Umgang mit dem für Heim und Aly zentralen Begriff der »Rationalisierung«, der, obwohl er eindeutig im ökonomischen Sinne gebraucht wird, von den Kritikern des Konzepts systematisch psychologisch interpretiert wird. Dies gilt insbesondere für Götz Rohwer, der der Auffassung ist, daß Sozialwissenschaftler der Vernichtungspolitik einen Sinn gaben, indem sie einen Zusammenhang zwischen Massenvernichtung und möglichen Zielsetzungen wirtschafts- und sozialpolitischer Modernisierung herzustellen versuchten (s. KONKRET 5/90).

Auch Ulrich Herbert kommt zu einem ähnlichen Befund, wenn er seine berechtigte Kritik an Heim/Alys Rassismus-Definition nutzt, um zu schlußfolgern, die Hinweise der beiden Autoren auf die sozialpolitische Begründung der Vernichtungspolitik seien nur eine Variante der »Rationalisierungen« des Genozids gewesen, nämlich Legitimationsstrategien, die es auch im medizinischen und »sicherheitspolitischen« Bereich gegeben habe (s. KONKRET 11/89).

Dennoch haben einige der gegen das Konzept von Heim und Aly vorgebrachten Einwände besonderes Gewicht. So Christopher Brownings Hinweis, daß die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen während der verschiedenen Phasen des Krieges zu wenig berücksichtigt worden seien (s. KONKRET 12/89). Gleiches gilt für Brownings Kritik, Heim/Aly seien nicht auf die Auseinandersetzungen der verschiedenen Fraktionen innerhalb der Führung des »Generalgouvernements« eingegangen. Aber die Reichweite des Konzepts von Susanne Heim und Götz Aly verbietet es, den Blick lediglich auf das »Generalgouvernement« oder noch enger auf das Warschauer Ghetto zu richten, dort rassenpolitische und ökonomische Argumente gegeneinander zu stellen und danach zu fragen, welches politische Gewicht die Absichten der Bevölkerungsplaner in der Herrschaftswirklichkeit des Generalgouvernements gehabt haben. Im folgenden möchte ich erklären, weshalb mir eine solche Perspektive zu eng erscheint:

Anhand der von ihnen untersuchten »Täterbiographien« verfolgen Heim und Aly die Spur der ökonomischen Vordenker eines von Großdeutschland beherrschten Mittel-, Südost- und Osteuropas. Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen ist hierbei die NS-Praxis im »angeschlossenen« Österreich, wo zuerst entsprechende Konzepte entwickelt worden waren. Hier sollte nach dem Willen der nationalsozialistischen Wirtschaftsplaner die große Zahl kleiner und kleinster Handelsfirmen mit geringem Gelegenheitsexport in die Nachbarländer in möglichst kurzer Zeit gründlich rationalisiert und dem allgemeinen Produktionsniveau des Reiches angepaßt werden. Dazu diente die schnell und planvoll durchgeführte »Entjudung« der österreichischen Wirtschaft, mit dem Ergebnis, daß am Ende dieser Maßnahme die Deportation der mittellos gewordenen jüdischen Bevölkerung stand. Auf diese Weise gelang es den NS-Machthabern in Wien innerhalb kürzester Zeit, einen Planungs- und Rationalisierungsschub auf Kosten einer Minderheit durchzusetzen, die mittelständische Basis zu beruhigen und zu konsolidieren und gleichzeitig das Modell der Volksgemeinschaft zu exportieren.

Diese Vorgehensweise, die einerseits darauf gerichtet war, die okkupierten Territorien ins »Reich« bzw. in den »Europäischen Großwirtschaftsraum« einzugliedern, andererseits eine kollaborationsbereite Mittelschicht zu schaffen bzw. diese zu stärken, wird von Heim und Aly nicht nur für das »Modell Wien«, sondern auch für Südosteuropa und für (Ost-)Oberschlesien überzeugend nachgewiesen (vgl. die »Beiträge zur NS-Gesundheits- und Sozialpolitik«, Bd. 5). Problematisch wird ein solcher Ansatz jedoch, wenn er mehr oder weniger bruchlos nach Zentral- und Ostpolen hinein verlängert wird. Deshalb möchte ich – mit Blick auf das Generalgouvernement – stattdessen vorschlagen, zunächst nicht

nach dem Zusammenhang von Modernisierung und Vernichtung zu fragen, sondern danach, ob und inwieweit die Vernichtungspolitik im Rahmen der deutschen Okkupationspolitik in Polen – im faschistischen Sinne – funktional' war.

Denn im Gegensatz zu den Programmen für Wien, Ostoberschlesien oder auch Südosteuropa, für die Heim/Alys These von der kapitalistischen Modernisierung eine hohe Plausibilität besitzt koexistierten in Polen – im Zentrum der Vernichtung der europäischen Juden – , insbesondere auf dem Höhepunkt faschistischer Macht zwischen dem Frühjahr 1940 und dem Winter 1941/42, eine Reihe unterschiedlicher Planungskonzepte. Dominierend waren unter diesen nicht die Modernisierungs-, sondern ganz im Gegenteil die Destruktionspläne, die im Zusammenhang mit der »Germanisierung« bzw. Kolonisierung dieser Territorien auf die völlige Zerstörung der eigenständigen Wirtschafts- und Sozialstruktur zielten.

Um die Frage zu beantworten, weshalb für Polen offenbar gleichzeitig sowohl Modernisierungs-, wie auch Destruktionspläne bestanden, ist es sinnvoll, strikt zwischen den ins Reich eingegliederten polnischen Nord- und Westprovinzen und dem restlichen von der deutschen Wehrmacht besetzten polnischen Territorium, dem sog. Generalgouvernement, zu unterscheiden.2

Wenige Wochen nach Beginn des deutschen Einmarsches in Polen wurden die ehemaligen vier nord- und westpolnischen Provinzen, nunmehr Danzig-Westpreußen, Wartheland, Ostoberschlesien und Reg.-Bez. Zichenau (Südostpreußen), dem Deutschen Reich vollständig einverleibt. Diese Eingliederung geschah vor allem durch die Deportation der polnischen Führungsschichten nach Zentral- und Ostpolen sowie die gleichzeitige Ansiedlung von Volksdeutschen, insbesondere aus dem Baltikum und von Industriebetrieben aus dem »Altreich«. So fanden in den vier neuen »Reichsgauen«, den sog. »eingegliederten Ostgebieten« regelrechte Menschenjagden statt, die das ausschließliche Ziel hatten, Bevölkerungsteile, die den deutschen Okkupanten besonders feindlich erschienen, in zentral- und ostpolnische Gebiete zu deportieren und sie dort unter erbärmlichen Bedingungen auszusetzen. Betroffen von diesen Aktionen war die gesamte polnische Intelligenz und alle politisch tätigen Personen, insbesondere maßgebliche Mitglieder von Parteien und Verbänden, engagierte Katholiken, Priester wie Laien, und die gesamte jüdische Bevölkerung.

Allein aus der neu ins Deutsche Reich eingegliederten Provinz Warthegau wurden während einer »Erstaktion« zwischen November 1939 und Februar 1940 mehr als 200.000 Polen und 100.000 Juden ins Generalgouvernement deportiert. Die Durchführungsbestimmungen zu Himmlers Deportationsverfügung vom 30. Oktober 1939 für dieses Gebiet deckten eine zentrale Motivation dieser Aktionen auf: Es bestehe kein Zweifel, so schreibt Hans Mommsen, daß das im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vereinbarte Rücksiedlungsprogramm der in der UdSSR lebenden Volksdeutschen, die vornehmlich im Warthegau angesiedelt werden sollten, den Anstoß zu diesem auch die polnische Bevölkerung betreffenden Deportationsprogramm gegeben habe.

Die Ansiedlung der Volksdeutschen aus dem Baltikum korrespondierte mit wirtschaftspolitischen Planungen. So hatte Göring in seiner Funktion als Bevollmächtigter für den Vierjahresplan bereits am 13. Oktober 1939 Richtlinien für die wirtschaftliche Verwaltung der »eingegliederten Ostgebiete« erlassen. In diesen war ausdrücklich betont worden, daß, anders als im übrigen polnischen Territorium, in diesen westlichen Provinzen der möglichst rasche und vollständige Auf- und Ausbau der Wirtschaft, die Erhaltung ihrer Produktivkraft und ihrer Vorräte sowie ihre Eingliederung in die deutsche Wirtschaft zu betreiben sei, eine Absicht, deren Realisierung durch die Untersuchung von Heim und Aly am Beispiel Ostoberschlesien eindrucksvoll bestätigt wird.

Gleichzeitig setzte sich in den eingegliederten Ostgebieten eine neue Verwaltungsstruktur durch, die – so Diemut Majer – dem nationalsozialistischen Ideal viel näher kam als das starre System des »Altreichs«. Ihr zentrales Kennzeichen war der Primat der NSDAP in der Verwaltungsführung. So waren die Reichsstatthalter – in Personalunion Gauleiter – der eingegliederten Ostgebiete zwar formell dem Reichsinnenminister unterstellt und an dessen Weisungen gebunden, faktisch waren sie jedoch »autonome Verwaltungsführer«, die, wenn sie mit den Vorstellungen des Innenministeriums nicht einverstanden waren, gewissermaßen reichsunmittelbar gegen die formal vorgesetzten Reichsinstanzen oder neben ihnen regierten.

In den neugeschaffenen Reichsgauen Danzig-Westpreußen, Wartheland und Ostoberschlesien sowie im südosteuropäischen Regierungsbezirk Zichenau hatte sich damit trotz der äußerlich im wesentlichen der des »Altreichs« gleichenden Verwaltungsstruktur ein neuer Typ totalitärer Verwaltungsorganisation herausgebildet. Dieser neue Verwaltungstyp stand ziemlich genau in der Mitte zwischen der traditionellen Reichsverwaltung und den Verwaltungstypen kolonialen Stils, wie er in den besetzten Gebieten Osteuropas aufgebaut werden sollte. Betrachtet man all diese Maßnahmen, von der Verfolgung der polnischen Führungsschichten bis zur Ansiedlungs- und Verwaltungspolitik als widersprüchliche Einheit, so läßt sich die Politik der deutschen Besatzer in den vier ehemaligen polnischen Nord- und Westprovinzen in Übereinstimmung mit Heim und Aly als rassistisch geprägte Modernisierung charakterisieren .

Im vollständigen Gegensatz zum oben skizzierten Vorhaben der Eingliederung der polnischen Nord- und Westprovinzen in das Reich stand allerdings die Behandlung des restlichen deutsch-besetzten Territoriums Polens, das als sog.

Generalgouvernement weiterexistierte. Dieses Territorium wurde bereits nach wenigen Wochen vollständig von den westlichen und nördlichen Gebieten abgetrennt und seine Sozial- und Wirtschaftsstruktur innerhalb kurzer Zeit fast völlig zerstört. So sollten – im Unterschied zu den eingegliederten Ostgebieten – aus dem Generalgouvernement alle für die deutsche Kriegswirtschaft brauchbaren industriellen Stoffe, Altstoffe und Maschinen herausgenommen und nach Deutschland abtransportiert werden. Auch wurden bis zum Ende der deutschen Besatzung zwischen 1,4 und 1,6 Millionen polnische Menschen als Zwangsarbeitskräfte ins Reich verschleppt.

Gleichzeitig mit dem Abtransport von Industrieanlagen und Arbeitskräften wurde die entwurzelte polnische Führungsschicht der Nord- und Westprovinzen ins Generalgouvernement hineingepreßt. Die ost- und zentralpolnischen Gebiete, in die diese Menschen transportiert wurden, sollten, so Generalgouverneur Frank, wie eine Kolonie behandelt werden. In diesem Konzept war den Polen die Rolle der Sklaven eines »Großdeutschen Weltreiches« zugedacht. Erreicht werden sollte dieses Ziel unter anderem durch eine von SS und Polizei in Zusammenarbeit mit der Okkupationsverwaltung inszenierten sog. »außerordentliche Befriedungs-Aktion«, die insbesondere der »Ausschaltung« des polnischen Widerstands dienen sollte, und durch die Schließung aller Bildungsanstalten, insbesondere der technischen Schulen und Hochschulen.

Ein weiteres wichtiges Moment der Zerstörung der polnischen Wirtschafts- und Sozialstruktur bestand in der Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung, die bis dahin zentrale Funktionen im polnischen Wirtschaftsleben innegehabt hatte. Dieser Eingriff war so gravierend, daß selbst von den deutschen Besatzern die Vernichtung des jüdischen Kleinhandels- und Gewerbesektors als schwerste Beeinträchtigung der gesamten polnischen Volkswirtschaft eingestuft wurde.

Von den deutschen Okkupanten ist also das Gesamtterritorium Polens sehr unterschiedlich behandelt worden: In den ehemaligen Nord- und Westprovinzen wurde eingegliedert und rationalisiert; im sog. Generalgouvernement ausgegliedert und zerstört. Daß Okkupationsverwaltung und SS als Herrschaftsträger im Generalgouvernement sich diesen Raum unwidersprochen aneignen konnten, war nicht zuletzt Ausdruck des Desinteresses wichtiger ökonomischer Machtträger im »Altreich« an diesem Territorium, das – zumindest bis 1942 – für sie lediglich als Arbeitskräftereservoir von Bedeutung war. Somit konnten sich im Generalgouvernement Okkupationsverwaltung und SS ungestört entfalten. Grundsätzliche Rivalitäten zwischen beiden Machtblöcken, wie sie ab 1941/42 charakteristisch waren, traten auf dem Höhepunkt faschistischer Machtentfaltung, vom Sommer 1940 bis zum Herbst 1941, so gut wie nicht auf. Bestand doch für Generalgouverneur Frank eine Identität von Verwaltungshandeln und Polizei bzw. SS-Einsatz.

Einen ähnlichen Eindruck hinterlassen – zumindest was deren destruktive Seite angeht – die bereits oben erwähnten Denkschriften und Planungspapiere zur zukünftigen Neuordnung Osteuropas, die während der uneingeschränkten deutschen Herrschaft in Polen bis Herbst 1941, dem »real existierenden Nationalsozialismus« (Michael Geyer), entstanden und insofern von keinerlei taktischer Rücksichtnahme geprägt waren. Im Bewußtsein der uneingeschränkten gewaltsamen Zugriffsmöglichkeit auf die polnische Bevölkerung entstanden eine Reihe von Planungskonzepten vordergründig rassenideologischer Provenienz, die zu den von Heim und Aly nachgewiesenen ökonomischen Modernisierungsplänen nicht immer in einem komplementären Verhältnis standen. Sie waren keineswegs Äußerungen ohne Realitätsgehalt, sondern auch in ihren radikalsten Forderungen eher Leitlinien, die später oftmals mit einer erschreckenden Konsequenz realisiert worden sind. Die im Zusammenhang von »Judenvernichtung« und »Polenpolitik« wichtigsten dieser Gesamtkonzeptionen sollen im folgenden kurz angerissen werden.

Noch während des erfolgreichen Vormarsches in Frankreich hatte SS-Chef Himmler (seit Okt. 1939 auch »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« [RFK]) seine Vorstellungen zur »Entgesellschaftung« (Geyer) Polens in einer »Denkschrift über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten« erstmalig ausführlicher dargelegt. Auf der Grundlage der zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend vollzogenen Vernichtung der polnischen Intelligenz- und Führungsschicht war es Himmlers Absicht, unter dem »ganzen Völkerbrei des Generalgouvernements von 15 Millionen und den 8 Millionen der Ostprovinzen« eine »rassische Siebung« vorzunehmen, um auf diese Weise »die rassisch Wertvollen aus diesem Brei herauszufischen, nach Deutschland zu tun, um sie dort zu assimilieren«.

Ausgearbeitet und präzisiert wurden diese Überlegungen im berüchtigten »Generalplan Ost«, mit dessen Konzipierung Himmler im Frühjahr 1941 abschließend den Leiter der Hauptabteilung II Planung im Stabshauptamt des RKF und Direktor des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik der Universität Berlin, SS-Standartenführer Prof. Dr. Konrad Meyer beauftragte. Die Ergebnisse seiner Untersuchung legte Meyer dem Reichskommissar in einer Denkschrift vom 15. Juli 1941 vor. Der Originaltext des Planes ist allem Anschein nach verlorengegangen, jedoch findet man den Inhalt umfassend und wohl authentisch in zwei Aufzeichnungen des rassenpolitischen Dezernenten des Ostministeriums, Dr. Erhard Wetzel, wieder. Die beiden Stellungnahmen reflektieren zum einen die Grundkonzeption des »Generalplans«, wenn Wetzel den Standartenführer Prof. Bruno Kurt Schulz vom Rasse- und Siedlungshauptamt der SS mit den Worten zitiert, die Deutschen müßten die Stellung der Spartiaten, die aus Letten, Esten und dergleichen bestehende Mittelschicht die Stellung der Periöken, die Russen dagegen die Stellung der Heloten einnehmen. Andererseits übte Wetzel (als Vertreter von Rosenbergs

Ostministerium) z.T. massive Kritik am (RSHA-)Plan Meyers, wenn er zwar die Zielrichtung grundsätzlich billigte, jedoch den geplanten Umfang der Umsiedlungs- und Deportationsmaßnahmen für keineswegs ausreichend erachtete.

Hiervon ausgehend unterbreitete Wetzel eigene Vorstellungen, insbesondere auch zur »Lösung der Polenfrage«. Basierend auf Meyers Schätzung von 20 bis 24 Millionen (!) umzusiedelnden polnischen Menschen, die zu 80 bis 85 Prozent in die westsibirische Steppe auszusiedeln seien, umriß Wetzel nach den quantitativen auch die geographischen Dimensionen, in denen sich die Germanisierungspläne bewegten. So erschien es ihm unter ausdrücklichem Verweis auf eine von ihm selbst erstellte Denkschrift vom März 1941 nicht unmöglich, mehrere Millionen »der uns gefährlichsten Polen« im Wege der Auswanderung in Südamerika, insbesondere Brasilien »unterzubringen«. Die überwiegende Anzahl der »rassisch« nicht erwünschten Polen werde aber, auch nach Wetzels Auffassung, für die Umsiedlung nach dem Osten in Betracht kommen.

Von den Planungen der radikalen Volkstumsexperten im Ostministerium und in den Dienststellen des RKF bzw. des Reichsführers SS, die baldige Massendeportationen vorsahen, wichen die Vorstellungen der Okkupationsverwaltung graduell ab. Zwar waren sich auch die führenden Dienststellen im Generalgouvernement darüber einig, daß dieses Gebiet auf lange Sicht von Deutschen besiedelt werden müsse, für ihre konkrete Herrschaftspraxis hingegen schwebte ihnen jedoch eher ein modifiziertes Modell der Kolonialverwaltung vor. So dachte – anders als bei den eingegliederten Ostgebieten (mit dem Schwerpunkt der »Eindeutschung« bei der bäuerlichen Siedlung) – die Regierung des Generalgouvernements nur an die »Germanisierung« der Städte als Zentren der deutschen Macht, während die einheimischen Bewohner nur von den Deutschen getrennt und im übrigen als Arbeitskräfte im Lande bleiben sollten. Vorgesehen war u.a. die Schaffung eines regelmäßigen Netzes zentraler Orte über das gesamte Gebiet, die deutsche kulturelle, machtpolitische und wirtschaftliche Mittelpunkte und damit der unmittelbare Ausdruck der deutschen Herrschaft sein sollten.

Es bleibt der Eindruck, als offenbare sich in diesen Vorstellungen zur deutschen Herrschaft in Osteuropa die bedingungslose Dominanz eines rassenideologischen Konzepts, daß im Widerspruch zu den Erfordernissen gesellschaftlicher Produktion steht. Doch waren diese Erfordernisse offenbar nicht mehr allein mit den Maßstäben kapitalistischer Produktion zu messen, wie sie nach wie vor für die europäischen Zentren galten. Denn was sich in Polen herausbildete, war eher die Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre: Während im Reich und den eingegliederten polnischen Nord- und Westprovinzen nach wie vor die Maximen kapitalistischer Produktion galten, begann sich im Generalgouvernement auf dem Höhepunkt faschistischer Macht eine deutsche Herrenklasse zu etablieren, deren Ziel nicht Produktion, sondern unmittelbare Herrschaft und Luxuskonsum war.

In seiner schon erwähnten, im Mai 1940 verfaßten »Denkschrift über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten« äußerte sich Himmler in einer kurzen, jedoch recht aufschlußreichen Passage auch zur »Lösung der Judenfrage«. Er hoffte, »den Begriff Jude durch die Möglichkeit einer großen Auswanderung sämtlicher Juden nach Afrika oder sonst in eine Kolonie völlig auslöschen zu sehen«.

An Projekten, mit denen dieses Problem gelöst werden sollte, war im RSHA, dem Auswärtigen Amt und in Dienststellen der NSDAP nicht erst seit dem Sommer 1940, jedoch von diesem Zeitpunkt an noch intensiver gearbeitet worden. Die deutschen Projektanten der europäischen Nachkriegsordnung gingen dabei angesichts des Kriegsverlaufs davon aus, den Besiegten in einem Friedensvertrag ein unbegrenztes Diktat aufzwingen zu können. Dies galt auch grundsätzlich für die Behandlung der jüdischen Bevölkerung. So wurde in einer Ausarbeitung des Außenamts-Mitarbeiters Franz Rademacher vom 3. Juli 1940 einleitend festgestellt, daß der bevorstehende Sieg Deutschland die Möglichkeit böte und es geradezu zur Pflicht werden ließe, »die Judenfrage in Europa zu lösen«.

Vom Reichssicherheitshauptamt begeistert aufgenommen, wurde unter Rademachers Leitung in den folgenden Wochen das »Madagaskar-Projekt« als Vorschlag für eine »territoriale Endlösung« konzipiert. Es stellte gewissermaßen eine Zusammenfassung jener Ideen und Praktiken dar, welche die faschistischen Judenverfolgungen seit Jahren prägten. In ihm konzentrierten sich die Vorhaben der Beraubung und Enteignung, der gewaltsamen Deportation, der Einpferchung in Arbeitslager und der bewußten Herstellung von Lebensbedingungen, die zu einer gezielten Dezimierung der Juden führen mußten. Zugleich sollten die Millionen jüdischer Einwohner Madagaskars ein »gigantisches Faustpfand in den Händen der Faschisten« (Kurt Pätzold) bilden, das sie gegenüber den USA zu gebrauchen beabsichtigten.

Das Projekt war im Rahmen der ganz Europa umfassenden Kolonisierungs- bzw. Germanisierungsstrategie eher eine Randfrage. Im Sinne einer funktionalen »Lösung der Judenfrage« hingegen war es das umfassendste Modell. Doch hätte der Madagaskar-Plan nicht nur die Herausgabe der Insel durch Frankreich, sondern zumindest auch die Seeherrschaft im östlichen Atlantik und damit den Sieg über England zur Voraussetzung gehabt. So ist denn auch der ein knappes Jahr später geäußerte Verweis Rademachers, der Krieg gegen die Sowjetunion habe inzwischen die Möglichkeit geschaffen, andere Territorien für die »Endlösung der Judenfrage« zur Verfügung zu stellen, womit nunmehr ein Abgehen von der »Überseelösung insularen Charakters« möglich geworden sei, zugleich auch das Eingeständnis des Scheiterns der deutschen Offensivstrategie gegenüber Großbritannien.

Auch wenn der Generalplan-Ost und das Madagaskar-Projekt weitgehend Theorie blieben, da ihnen als selbstverständliche Prämisse nicht nur die Unterwerfung der Sowjetunion, sondern auch die Hegemonie gegenüber Großbritannien und den USA zugrunde lag, so geben sie doch ein recht präzises Bild vom Umfang der faschistischen Neuordnungsvorstellungen gegenüber der »fremdvölkischen« Bevölkerung Europas. Vor diesem Hintergrund von Global-Kalkulationen, die die Zerstörung der Gesellschaftsstruktur ganz Europas mit einschlossen, erscheinen die faschistischen Vorstellungen zum Vorgehen gegenüber der jüdischen Bevölkerung als integraler – jedoch keineswegs außergewöhnlicher – Bestandteil einer gigantischen »Neuordnungspolitik«.

Gemessen an den Zielen der konzeptionellen Planungen während der Phase zwischen Frühjahr 1940 und Winter 1941/42 erscheint die unmittelbare physische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements als die von den militärischen Kräfteverhältnissen her einzig noch zu verwirklichende, gemessen an vorherigen »Endlösungs«-Konzepten jedoch strategisch erheblich reduzierte Maßnahme. Dieses reduzierte Konzept der unmittelbaren physischen Vernichtung gewann jedoch vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden, von den Okkupanten selbstgeschaffenen Ernährungs- und Hygienebedingungen in den jüdischen Ghettos und der Veränderung der Funktion des Generalgouvernements insgesamt im faschistischen Sinne durchaus eine funktionale Bedeutung.

Durch die mit dem Scheitern der »Blitzkriegsstrategie« in der Sowjetunion im Herbst/Winter 1941/42 erzwungene Rückkehr zu einem Herrschaftskonzept des »instrumentellen Rassismus« (Geyer) wurde dem Generalgouvernement ab 1942 die Rolle einer »agrarischen Nachschubbasis« für »Wehrmacht und Reich« zugewiesen. Die sich aus dieser Funktion ergebenden Forderungen trafen auf ein von 1939 bis 1941 im Rahmen des »ideologischen Rassismus« (Geyer) in seiner Wirtschaftsstruktur total und seiner Sozialstruktur weitgehend zerstörtes Land. Denn das »Aufbauwerk« der deutschen Herrenklasse hatte sich – so zeigen es exemplarisch die Berichte des Kommandeurs der SIPO und des SD für den Distrikt Galizien – in der Realität im wesentlichen in Trunkenheitsexzessen, Bestechungen, Schiebungen, Sittlichkeitsdelikten, im luxuriösen Lebensstil und im »volkstumspolitisch« ganz und gar verwerflichen engen Kontakt zur einheimischen Bevölkerung erschöpft.

Das Unvermögen bzw. der Unwille zum Aufbau einer Verwaltungs- und Wirtschaftsstruktur mit den sich kumulativ ausweitenden lokalen Problemen insbesondere in den Ghettos und die Forderungen aus dem Reich nach Erhöhung der Ablieferungsmengen gaben schließlich die Lösung gleichsam vor: die drastische Einschränkung der Lebensmittelversorgung der »fremdvölkischen Bevölkerung«. Generalgouverneur Frank faßte dieses Problem im Dezember 1942 in der zynischen Frage zusammen, wie zwei Millionen Menschen aus der Ernährungsfürsorge (!) auszuscheiden seien.

Beide Problemlagen sind mit der Auflösung der jüdischen Ghettos und dem Betrieb der Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka, in denen mehr als I ,5 Millionen jüdische Menschen – ausschließlich aus dem Generalgouvernement – getötet wurden, bis zum Sommer 1943 »gelöst« worden. Vor diesem Hintergrund erscheint die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements zugleich als eine Reaktion auf selbstgeschaffene Probleme und als ein »funktionales« Ergebnis des Zerfalls der uneingeschränkten faschistischen Herrschaft. Gemessen an den Kolonisierungs-, Germanisierungs-, Deportations- und Ausrottungsplanungen auf dem Höhepunkt faschistischer Macht war sie 'nur' die Verwirklichung eines ideologischen Kern- und Restprogramms.

In ihrer Gesamtheit markierte die faschistische Vernichtungspolitik in Polen somit den Versuch, mehrere sich ergänzende Modernisierungs- und Krisenbewältigungskonzepte zu realisieren: eines im Dienst der ökonomischen Modernisierung der Zentren (vgl. Heim/Aly), wie sie sich schwerpunktmäßig in den »eingegliederten Ostgebieten« abzeichnete, ein zweites der uneingeschränkten ökonomischen Ausbeutung, wie sie als »Modell Auschwitz« an der Schnittstelle zum Generalgouvernement betrieben wurde, und ein drittes, das – nicht zuletzt als Krisenbewältigungsstrategie für Zentral- und Ostpolen – auf ökonomisch sinnlose Sofortvernichtung hinauslief.

*Walter Grode ist Politologe und lebt in Hannover*

Anmerkungen

1 Ich benutze den Begriff »funktional« nicht – wie dies in der Kontroverse übe Entschlußbildung und Verwirklichung des Genozids an den Juden geschah – um Positionen, die sowohl die innen- und außenpolitische Entwicklung des Naziregimes als auch die Vernichtung der Juden durch die Eigendynamik eines unkoordinierten Entscheidungsprozesses erklären zu können meinen, als die von »Funktionalisten« zu bezeichnen. Solche Interpretationen erscheinen mir eher als diejenigen von »Strukturalisten« (Ian Kershaw). Denn im Unterschied zur Sichtweise jener »Funktionalisten« läßt sich m.E. davon ausgehen, daß die jeweilige Radikalisierung der faschistischen Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik – trotz aller unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Einzelinteressen ihrer Betreiber – nicht quasi zufällig (oder willkürlich) erfolgte, sondern zu Zeitpunkten und an Orten, die im *Sinne faschistischer Funktionalität* – und in diesem Sinne wird im

folgenden der Begriff »funktional« verwendet – eine konsequente Abfolge darstellten.

2 In den folgenden Ausführungen zur deutschen Besatzungspolitik in Polen beziehe ich mich im wesentlichen auf Dokumentenmaterial aus dem Diensttagebuch von Hans Frank; aus dem »Generalplan Ost«; der Denkschrift Himmlers »über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten« und dem Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg sowie auf folgende Abhandlungen: Michael Geyer, Krieg als Gesellschaftspolitik. Anmerkungen zu neueren Arbeiten über das Dritte Reich im Zweiten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 26 (1986); Diemut Majer, »Fremdvölkische« im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1981; Hans Mommsen, Die Realisierung des Utopischen. Die »Endlösung der Judenfrage« im »Dritten Reich«, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983); Kurt Pätzold, Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus, in: D. Eichholtz/K. Gossweiler, Faschismus in Deutschland. Faschismus der Gegenwart, Köln 1980.

Konkret 06/90, S. 64

**Kay Sokolowsky**

# Blubberlutsch

**Wer von Comics verlangt, sie hätten Kunst zu sein, und nicht etwa bloß brauchbar, bekommt Tinnef, wenngleich vom Feinsten, fantastisch lackierten Schrott**

Wie nennt man eigentlich das, was herauskommt, wenn Sekundärliteratur rezensiert wird? Metakritik? Kommentierte Kommentare? Tertiärliteratur? (Nein; *da* sind Geologen vor.) Literatenspagat? Jedenfalls turnt die Übung sich nicht ganz leicht; eins muß sich schon verrenken, um die Kritik der Kritik und die des primären Objekts zwar zusammen-, doch so auseinanderzuhalten, daß klar ist, wer gerade gedeckelt oder gelobt wird. Allerdings wär's am einfachsten, den Vermittler ignorant zu überrennen und sich – »alles muß man selber machen!« – stracks das Thema vorzuknöpfen; aber wo Anlaß und Analyse gleichermaßen respektabel sind; die Reflektion womöglich kommoder als der Anblick wirkt – : muß eins heikel werden, den Kasten mit den alten Mäkelzetteln etwas beiseiteschieben und sich spreizen wie es kann, wie im Stil dieser Einleitung. Wie bei »Kunst: Comics. Corben, Druillet, Moebius« von Armin Schreiber.

Nun ist das ein Titel, der so selbstbewußt daherkommt, so imperativ und programmatisch, daß er von Beginn an Mißtrauen gegen das Buch weckt. Zumal da die Sache, um die es geht, manchem, der sie durchaus hochschätzt, je verdrießlicher und kunstferner erscheint, je artifizieller und »origineller« sie auftritt: weshalb mir Schreibers Mandanten – die Comicproduzenten Jean Giraud (Moebius), Richard Corben und Philippe Druillet – seit langem als suspekte Gesellen gelten. Das hat mit meiner, zugegeben: ziemlich privaten Comic-Ästhetik zu tun.

Comic- und Filmstreifen ist, alter Kaffee kalter Hut, sehr viel gemeinsam: beide erzählen in vielen Bildern Geschichten; darum sind beide, sofern sie sich nicht an die pure Fotografie bzw. Grafik verraten, nie wirklich stumm – schon die tonlosen Filmmelodramen führen mittels ihrer Zwischentitel sich so entsetzlich geschwätzig auf wie die vertonten – ; und obwohl beide Gattungen nur durch das Bild leben, wären sie ebenfalls tot ohne Stories. Der beste Regisseur rettet ein mieses Drehbuch nicht, er macht es konträr erst richtig mies; und ein Comic, der ein schön ernstes Gesicht zieht, ist im besten Fall lächerlich, jedenfalls peinlich, wenn er im Kopfe bloß Stroh oder Luft hat. Was nicht meint, es wären jene Comics am besten gelungen, die die große Literatur fromm adaptieren, die rangieren vielmehr noch unter den faden und faulen Fließbandprodukten vom Schlage Garfields (der, nebenbei, in die »BamS« so prächtig paßt wie sonst bloß der Arsch auf den Eimer). Shakespeare-Verse in Sprechblasen sind tatsächlich ein Sakrileg, aber nicht an Shakespeare, sondern am Comic.

Der Liebe Gott der Gattung, der ihre ca. fünfzig gelungensten Exemplare schuf und wenigstens hundert makellose – der Mann, der via Donald & Dagobert Duck mehr übers Leben zu sagen gewußt hat als jemals z.B. Thomas Mann durch sein tausendmal gelehrteres Romanpersonal – Carl Barks also hat gültig vorgeführt, daß über die Güte eines Comics sein Sujet entscheidet, seine Dramaturgie und Dialoge; daß jedes Panel (d.h. das einzelne Comicbild), das die Erzählung behindert, als Panel, ganz gleich wieviel Talent und Schauwert in ihm stecken, nichts taugt – und Barks hat ideal demonstriert, daß die rundum vollkommenen Comicgeschichten, die, wie gesagt, fast alle von ihm sind, in jedem andren Medium an Langeweile stürben.

Denn die vielgeschmähten Konventionen des Genres – Sprech- und Gedankenblasen, grotesk übertriebene Mimik, Onomatopoetika, Schmerz-, Fluch- und Bewegungssymbole – erlauben eine narrative Ökonomie, der selbst der größte aller Erzähler, Flaubert, sein Lebtag vergeblich nachjagte. Ja sie *erzwingen* Geschichten, die alsbald auf den Punkt kommen und darum Pointen wie Taktschläge setzen; die ein Tempo fahren, das sogar dem ADAC bedenklich erschiene; die so sauber gebaut sind wie ein Gepard; nur Muskeln, kein Fett, stets auf dem Sprung und äußerst beherrscht. Wer wirklich *Comics* und nicht einfach schlechtere Filme fertigen will, nimmt die Gattung daher am ehesten ernst, wenn er ihrem Namen gerecht wird, wenn er komische Geschichten erfindet.

Wohl lassen auch Themen, die gar nicht zum Lachen sind, rasante, manchmal perfekte Comicstrips zu. Aber das Gros dieser Sparte stellen Stories, die genau so gut, meistens besser Hollywood produziert. Nichts öder als Basteis »Gespenster«-Hefte, nichts uninteressanter als »Bruno Brazil«. Und nichts fataler, unstatthafter, fluchwürdiger als Comics, die die Menschheitskatastrophe illustrieren: Carlsens »Hitler«-AIben, in KONKRET 11/89 gebührend verdammt, und Spiegelmans »Maus«, allenthalben leider gelobt, stampfen ein Geschehen, das anders als lückenlos nie erinnert werden darf, in eine Form, der Lücken und Sprünge immanent sind. Vor dem absoluten Grauen versagt jedes Wort und jedes Bild; und wie ehrenvoll immer Art Spiegelmans Absichten waren, wie skrupulös und dezent er seinen Comic auch gestaltet: Jede Sprechblase, die aus der Katzenschnauze eines SS-Mörders quillt, jede anthropomorphe Maus im KZ-Anzug pervertiert die beste Tradition des Genres und affiziert zugleich die Geschlachteten mit der vis comica der Ducks und Krazy Kats – pervers auch das. Unendlich pervers: Auschwitz, neben Entenhausen angesiedelt, schrumpft zu einer rührenden, wenn nicht gar lächerlichen Angelegenheit.

Ich stelle mir lieber nicht vor, was Armin Schreibers Mandanten, besonders Philippe Druillet, der »Ekstatiker« (Schreiber) des Massentods, aufs Papier brächten, nähmen sie sich dieses Themas an. Mir wird übel genug bei den Produkten, die »Kunst: Comics« ausführlich abfeiert: bei »Le Garage Hermétique« von Moebius, bei Corbens »Den« und Druillets »La Nuit« zumal. Übel, weil hohles Pathos, selbstverliebter arroganter Eklektizismus, winzige Melodie in riesigem Arrangement, kurz: Mantovani, ganz kurz: Edelkitsch in der Regel so wirkt. Nur nicht auf Schreiber und nicht nur auf ihn nicht.

Die Kundschaft der »Comic-Art«, d.h. der Comics, die *betrachtet,* nicht gelesen werden sollen, d.h. der platten, knarzenden, rasch ermüdenden Stiefel aus allerdings exotischem Leder – diese zahlreiche Kundschaft will Kunst, nichts Brauchbares oder Bescheidenes. Da bei ihr wie bei den Cinéasten, wie in allen von Studenten bestimmten Fanclubs, die Halbbildung regiert, nimmt sie für Kunst, was ebenso esoterisch und langweilig, gestylt und witzlos ist wie sie selbst. Sie verlangt Kunst und bekommt Tinnef, wenngleich vom Feinsten fantastisch lackierten Schrott; doch der innre Studienrat, der ihr ein schlechtes Gewissen verordnete, solange »Lucky Luke« sie faszinierte, hält endlich, hochzufrieden, still.

Aber meine Comic-Ästhetik ist, wie gesagt, ziemlich privat; und wer, wie Schreiber, nichts dabei findet, wenn verwirrend talentierte Zeichner nur wirres Zeug erzählen – wer an Corbens Körperstudien, Moebius' Landschaften, Druillets Ornamenten sich berauscht und dabei, wie's im Suff halt geht, den Blick für den Kontext gerne verliert – wer also Comics für eine Spielart der grafischen Kunst hält und höchstens für ein Patenkind der Epik: der wird mit meinem wichtigsten Einwand schnell fertig: »In Comics werden Geschichten erzählt, natürlich. Aber was davon in einer Beschreibung zum Ausdruck kommt, ist – ebenso natürlich – nicht die erzählte Geschichte. Sie wird zu dieser Geschichte erst durch ihre optische Gestalt, sie realisiert sich, kommt zur Form erst in den Bildern, und in der Art der Darstellung manifestieren sich Intention und künstlerische Qualität.«

Bahn frei: Die nächsten über 140 Seiten lang kümmert sich Schreiber vorzüglich um die Panels; und er referiert ihre Nuancen, er serviert die Details, er poliert die Preziosen, er schildert die Bilder so euphorisch und scharfsichtig, so vital und begeisternd: daß, von Schreibers Wissen und Beobachtungsgabe abgesehen, schon sein Temperament die Lektüre von »Kunst: Comics« lohnt. Denn wo ein liebend' Herz sich äußert, da ist man gern dabei. Dem reifen, souveränen, charakterstarken Armin Schreiber zu folgen, wenn er sein Gebiet erkundet, bereitet Vergnügen und macht auch klüger. Ich meine das ganz und gar nicht ironisch. Mir ist noch keine Comic-Analyse vorgekommen, hinter der so viel steckte: tadellos trainierte Augen und ein jeder Vision geöffneter Kopf; ein Mann, der seine Intelligenz und seinen beträchtlichen Enthusiasmus seit 1980 jammerlos in den Dienst dreier Zeichner gestellt hat. Armin Schreiber: ein Mann, bei dem die Säue Perlen werfen.

Fraglos sind die Panels von Corben, Moebius und Druillet überwältigend; ihre schiere Technik, ihre lupenreine Feinarbeit und wuchernde Komposition, ihre Wucht und Gekonntheit stopfen sogar notorischen Nörglern wie mir bisweilen den Schnabel. Zumal nachdem ich von Schreiber gelernt habe, *was* alles in diesen Panels steckt. Aber auch *Kunst? Wo* Moebius, Druillet und Corben doch nicht einmal gute Comicstrips zustandekriegen?

»Comics dieser Kategorie«, bemerkt Schreiber, »kann man nicht mehr verschlingen wie seinerzeit Micky Maus & Co.« Als ob das ein Fortschritt wäre ! Wie schaurig das an »die Kulturwärter im Lodenkostüm« (Ror Wolf) erinnert – mit denen Schreiber sicherlich nichts zu tun haben möchte – , die z.B. mit Chaplin sich erst abgeben mochten, als dessen Filme redselig und (ogott:) »tragikomisch« wurden! Und gleichzeitig: Wie präzis, obwohl ungewollt, klärt Schreiber, was die Comics seiner Mandanten zu derart mißratnen Exemplaren ihrer Gattung macht !

Alle die grandiosen Bilder von »Den«, »Garage«, »La Nuit« überblenden bloß grell die grenzenlose Stereotypie der Geschichten, sollen das wohl auch. Das »Bremsmoment«, das Schreiber in den hochkomplizierten Panels entdeckt, gilt in Frankreich und Deutschland allemal als Merkmal von Kunst und nicht, korrekt, von Langeweile. Es bläst, ganz Zeitlupe, die unverschämte Gemeinheit jener Geschichten zu höherer Bedeutung auf – und verrät den obersten Vorzug, das erste Gesetz des Genres: Rasanz.

Weil in den Stories das relative Vakuum herrscht, implodieren die Panels bombastisch: Übrig bleibt Bildermüll. »Le Garage Hermétique« scheint das zu behandeln: An Kulissen und Topoi der fantastischen Literatur vorbei spazieren, eher unbeteiligt, die Akteure. Mehr nicht; und mehr wäre nicht nötig gewesen für eine gescheite Geschichte – wenn Moebius wenigstens die Planlosigkeit der Figuren geplant hätte. Aber das einzige Motiv seines Stückes lautet: draufloszeichnen und sehen, was kommt. Immerhin, dank Moebius' Verspieltheit und lockerem Strich, etwas sympathisch Sinnloses, apart Nichtiges.

»La Nuit«, die ähnlich, also improvisiert entstand, berichtet von einem futuristischen Bandenkrieg und gipfelt in einem monströsen Gemetzel. Druillet verklärt das Leichengebirge zum »virulenten Organismus« (Schreiber), die Schlacht der Rocker zum Armageddon, ein Drogendepot zum Paradies – : die Erbärmlichkeit der Metaphern übertrifft noch die der Geschichte.

Schließlich »Den«: Ein sehr schwächlicher Jüngling gerät auf einen sehr gefährlichen Planeten, verwandelt sich dort in einen sehr muskulösen Mann, eben Den, läuft sehr nackt hinein ins Abenteuer; kämpft sehr brutal gegen einige sehr häßliche Kreaturen, schläft zwischendurch mit sehr üppigen Frauen, und rettet seine neue Heimat sehr entschlossen vor dem sehr bösen Uluthc. Wahrhaftig – Richard Corbens kolorierte Steinzeitphantasien, die das dumpfe Vorbild »Conan« an Primitivität glatt unterbieten, sein aftermystisches Brimborium und besonders sein Bierernst, der vehementer peinigt als selbst die unerträglich liebevoll gemalten Grausamkeiten – : wühlen Gedanken an eine gnädige Preßzensur auf, die zwar den »Ulysses« bannte, »Den« jedoch erst recht kassierte.

Natürlich: Wenn die Wut sich legt, versinken auch die bösen Wünsche. Und es muß ja nicht alles Faschismus sein, was ihm schöne Augen macht; wie Corbens Kraftmeier und Druillets Ragnerök. An Brekers Übermenschen und Riefenstahls Ornamente der Massen aber darf man schon denken. Der Profi Schreiber hätte sie bedenken sollen. Doch kein Wort. Keins, das seine Mandanten von jenen trennt, und, viel trauriger, keins, das mir, der ich Schreibers Ästhetik nicht, seinen mikroskopischen Blick dafür nicht genug loben kann, die Schlußsottise erspart**,** daß in Schreibers wunderbaren Augen ein paar blinde Flecken schwimmen. Wie spricht der Dichter? »Man soll nicht immer gleich das Schlechteste von allen Leute denken.« (C. Barks: »Der arme reiche Mann«)

*Armin Schreiber: 'Kunst: Comics. Corben, Druillet, Moebius. ' Hamburg 1989; Dreibein Verlag – Edition Kunst der Comics, Großformat, zahlr. Abb., 160 S., 36 Mark*

Konkret 06/90, S. 66

**Ernst Kahl**

# Bloß keine Besprechung!

**»Der reife Bernstein« (Henscheid) hat ein »Lehr; Lust; Sach- und Fachbuch sondergleichen« herausgegeben, das Sie, liebe Leserin, lieber Leser, bis morgen Abend gekauft haben werden**

Nein, ich werde dieses Buch nicht besprechen! Was höre ich flüstern? »Da will sich einer drücken!« »Ach?« »Ja, der kann das nämlich gar nicht!« »Was?« »Na, besprechen!«

Und ob er kann! Frau Rosengarn lehrte es mich, als ich ein kleiner Bub war, und das kam, so würde nun eine wahre Geschichte beginnen, doch die laß ich mal weg, weil soviel Platz steht einem in diesem Heft nun auch wieder nicht zur Verfügung.

Ötte Oellig hatte Mundfäule. Da nahm ihn seine Mutter bei der Hand und ging mit Ötte zu Doktor Lingnau. Der beäugte das Dermadrom und setzte sich an den Schreibtisch und schrieb ein Rezept. Das gab er der Mutter mit den Worten: »Dreimal pro Tag Wände der Rachenhöhle und Zunge einstreichen.« Nach spitzem Blick auf Doktor Lingnaus genialisches Schriftbild mixte der Apotheker eine Tinktur und füllte diese in eine braune Flasche. Zwei lange Wochen ließ Ötte sich nun täglich die bröckeligen Innenfassaden seines Mundes bepinseln, doch es nützte nichts, die Fäule lachte nur. Wenn er redete, entwich unserem Häuptling ein bärenstarker Geruch, wir wählten ihn ab und ließen das Indianerspielen mit ihm sein. Wieder wurde Ötte bei der Hand genommen. Heute aber ging's zur Rosengarn, der Dorfhexe. Zum Besprechen. Vor Öttes weit geöffnetem Mund zeichnete ihr dürrer Mittelfinger magische Figuren und Kreise. Dabei murmelte sie Zauberformeln. In einer Sprache, die war nicht von dieser Erde.

Es vergingen zwei Tage, da hatte Ötte einen Gaumen, ich sage Ihnen, rosig und glatt wie der eines Neugeborenen. Warzen auf Bruder Karls Handrücken. Was tun? Beträufeln mit dem weißen Saft des Warzenkrauts bei Vollmondbeleuchtung? Dummer Aberglaube! Ein Besuch bei Frau Rosengarn, und schwupp, schon hatten sich die kleinen braunen Hauthügel verkrümelt. Kurz vor ihrem Ableben nahm die Alte mich in die Lehre. Ich wurde in die Kunst des Besprechens eingewiesen.

So. Und nun kommt Frau Heinrichs, gute Fee des Konkretkonzerns, und sagt: »Kahl,« sagt sie, »dies hier«, sie deutet auf ein Paket, »dünkt uns eine Besprechung wert, und wir dachten, daß du...« Ich schau gar nicht groß nach, wahrscheinlich wieder 'ne überflüssige Warze. Die besprech ich doch gerne.

Zuhause dann, nach dem Auspacken (Huch, ein Buch!), beim ersten Durchblättern, Betrachten, Anlesen ..., nee, das ist zu schön, zu schön, um von mir besprochen zu werden.

Ein Kunstbuch? Ein kunsttheoretisches Buch? Ein Buch über Künstler? Zugegeben, Gewicht und Format schüchtern mich zunächst etwas ein. Ich hab da meine Erfahrungen mit schweren Bänden, was brauchte ich nicht schon alles, um Eingang in sie zu finden. Bergsteigerausrüstung, Tiefseetaucheranzug, Blitzableiter. Für Bernsteins Buch der Zeichnerei brauche ich nur eine Taschenlampe. Die Batterie ist fast alle, sparsam sein mit Licht, Kahl. Bernstein führt. Dunkel die Höhle, das Ziel der Kunstexpedition. Er flüstert: »Einmal abgesehen von Tierfischzucht, Maschinenbau, Liebe, Alltag, Kernkraftwerken, Tischfußball und Krieg und Frieden gibt es, möcht ich meinen, keinen anderen Tatbestand, über den soviel Unfug geschrieben (gesagt) wird wie über die Zeichnerei. . . (. . .)« Psst, jemand hält eine Rede! Es ist, ich spür es am Vibrieren meiner Ohrläppchen, late Joseph Beuys. Doing, Klong, Plock. Bernstein: »Klingt es nicht, als ob er mit hohlen Wörtern Kegel schöbe?«

*»Liebe Anwesende, ein paar Worte zu diesen Zeichnungen. Diese Zeichnungen sind entstanden in einer Entwicklungsfolge, parallel mit dem Suchen nach einem zentralen Begriff. Nach einem zentralen Begriff, wie er für die Zeitsituation, in der ich mich erlebe, typisch ist, für den ich quasi vorbereitend Material zusammenstelle; Material, Aspekte zu einem zentralen Punkt, auf den ich zusteuern wollte...«*

Mach doch ma einer Licht! Knips. Was hängt'n da? 's ist Uwe, die Katze. Uwe mit dem Goldhalm. So, Kahl, jetzt kannst die Taschenlampe wegschmeißen. Draußen, auf der sonnenbeschienenen Terrasse des »Blauen Reiter« läßt Bernstein Dampf: »Nach einem *zentralen Begriff will* der gesucht haben, für den er *quasi vorbereitend Material zusammenstellte?* Auf einen *zentralen Punkt* will er zusteuern? Nicht zu fassen. Welch ein Dröhnen. Trockene Brocken poltern dumpf auf einen leeren Sarg – es ist kein Sinn drin. Da gibt's auch nichts zu verstehen. Sprechen Sie's mehrmals laut nach, mit verstellter Stimme: Düse Zoichnungen sünd üntstündün...«

Wußte gar nicht, daß der sanftmütige Bernstein so aus der Haut fahren kann. Mir gefällt's, wie er sie entlarvt, die hohle Wörter dreschenden Künstler und Kunstkritikaster. Was quiekt denn da? Jetzt hat er den vielgelobten Zeichner und Stecher William Hogarth (1697-1764) beim Wickel, genauer: dessen im Traktat ANALYSIS DER SCHÖNHEIT angepriesene »Line of beauty«, graphische Essenz hogarthscher Schwergewichtsarbeiten. Bernstein nennt sie einen »schattenwerfenden Schönheitswurm, krumm wie Schifferscheiße, nudeldick und rundlich« und setzt sie dahin, wo sie hingehört, auf den Pott.

Ach ja, die Linien, wo kommen bloß die kleinen Linien her, fragt spöttisch der sommersprossige Pointillist. Paul Klee erklärt's im Buch der Zeichnerei, schlicht und ergreifend, wie's halt seine Art.

»Wir lernen auswendig! Es gibt die konstruierte Linie, die spontane, die kunstmäßige, die fragmentarische, die lyrische, die emphatische, die...« Da macht sich ein Herr Mendelovitz mal Gedanken über das Grundelement der Zeichnung und wird prompt von Bernstein vorgeführt Ah da knarrt sie heran, die vom Wetterhäuschenzeichner und maler Ludwig Richter gedrechselte ordentliche Linie. »Ludwig Richter (...) ist lieb. Er inszeniert nach seinen (inneren) Lieblingsbildern mit seinen graphischen Lieblingsfigürchen liebes Volksleben, das wird von lieben Leuten sehr geliebt.«

Hölzerne Menschenstaffagen, postiert vor Kulissenlandschaften kriegen von Bernstein, was sie brauchen: ihr Fett. Schade nur, daß er's versäumt, in diesem Zusammenhang auf die bildnerischen Auffassungen von Nazi-Künstlern hinzuweisen. Keine Bildbeispiele. Dabei passen deren konstruierte Idyllen doch dazu wie Arsch auf Eimer. TOTE SOLL MAN RUHEN LASSEN! TO-TE SOLL MAN ... Auf den Seiten (blätter, blätter) 22 bis 25: DER TOD DES ALTEN DADAISTEN von Martin G. Buttig. Röcheln, Sabbern, Aufbäumen, KRIKEL KRAAaaa ... hätten Sie bei dieser Überschrift doch wohl auch erwartet. Nix da, geht ganz anders! Was muß der sich an jenem Tag zusammengesoffen und geraucht haben, ich mag's gar nicht nachzählen, jedenfalls:

*Dann stieg er die Stufen empor, wandte sich noch einmal um, klappte die Hacken zusammen, lüftete den Hut und begann mit »Ladies and Gentlemen«, eine Ansprache, in der er den Tag und die Freundschaft, die Nacht und die Sterne, Berlin und die Menschen schlechthin lobte. Nachher öffnete sich die Haustür einen Spalt weit. Er streckte seinen Strohhut mit dem breiten schwarzen Band heraus und winkte damit. Darauf drehte sich der Schlüssel von innen im Schloß. Wir sahen noch seinen Schatten, wie er die Treppe erstieg. Einige Stunden später war George Grosz tot.*

Wo sind Arbeiten Jules Pascins, des großen und fast unbekannten Zeichners, den ich verehre? Wieso kommt er mir gerade jetzt in den Sinn? Na, lesen Sie mal! TOD EINES ZEICHNERS von Lothar Lang.

*Er schnitt sich die Pulsadern auf, aber der Tod schlich zu langsam heran, und so rettete sich der Sterbende zum Strick. Pascins Leichnam wurde erst drei Tage später entdeckt. Auf dem Tisch lag das Testament, und an der Wand standen, mit Blut geschrieben, die Worte an seine letzte Gefährtin: »Lucy, verzeih.«* Sie, liebe Leserin, lieber Leser, schneiden das bitte aus, um es in Bernsteins Buch der Zeichnerei, das Sie bis morgen Abend gekauft haben, einzukleben.

Von den Toten zu den Lebenden, den lebendigen: den Kindern. Zeichnende Kinder. Erwachsener: »Na, was macht ihr'n da?« Kinder: »Panzer, Flugzeuge, Bomben, Rattattattattatta, Krieg is.« Erwachsener: »Das ist aber gar nicht schön. Hier habt ihr einen Radiergummi, radiert mal alles aus. Brav, brav. So, und jetzt malt ihr einen Ball und eine Blume und einen Schmet-ter-ling.« Toll, nich? Abrüstung im Kinderzimmer. *Beim Zeichnen von Flugzeugen, Panzern, Soldaten, Schlachten, Totenköpfen etc. entfällt das moralische Gewalttabu, das gewaltsamen kindlichen Äußerungen und Verhalten im allgemeinen in der Form von direkten Verboten oder auch nur gequälten Erzieherminen entgegensteht – zu* nicht vorzeichnen können wollenden Lehrern, zu Abzeichnen aus Sammelalben, zu Zeichnen in der Natur, zu Kunstunterricht, zu zu, dazu äußert sich erzählend und ohne überflüssiges Theoriegeschwafel Heinrich Dreikoppel in seinem wunderbaren Aufsatz ZUR GENESE, KONTINUITÄT UND DISKONTINUITÄT DES ZEICHNENS UND MALENS SEIT MEINER KINDHEIT. Ein hervorragender Kunstpädagoge, nehme ich an. Doch gibt es Schultage, da kriegt selbst so einer den Unterricht nicht recht in den Griff. Sollte die Frühstückswurst ihm schlecht bekommen sein? Lange schon hatte sie auf der Fensterbank gelegen und nicht im Kühlschrank. Das aber müßte sie doch eigentlich abgekonnt haben als Hartwurst. Egal, wie gelähmt sitzt die Klasse vor dem, der sie gestern noch so euphorisierte, sie zu künstlerischen Höhenflügen inspirierte: ihm fällt heut nix ein. Er geht hinaus und läßt die Klasse allein mit Punkt Punkt Komma Strich Fertig Ist Das Mondgesicht. Im Flur stolpert Kollege Bernstein über unseren Trauerkloß. »Was? Die Anregungspuste? Ausgegangen? ! ! Na, da hab ich was für Sie!«

Ich weiß nicht, was Bernstein dem Ärmsten rät. Ich empfehle orientierungshilfebedürftigen Kunsterziehern die Lektüre der Aufgabenstellungen aus einem Briefwechsel zwischen Heinrich Dreidoppel und Fritz Weigle . *Dürfen 's auch ein paar formale Spielchen sein, Heinrich? Keine Angst, sie schaden nicht. Keiner ist dadurch dümmer geworden. Wohl aber auch handloses Denken – das ist eitel Schwatzwerk, ein tönend Erz und eine klingende Dingsda.*

Letzteres erinnert mich an meine Zeit als Student der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg. Ob die endlosen Diskussionen über das Beschreiten neuer Wege, über die Zukunft der Kunst meine Kommilitonen dümmer gemacht haben könnten, wage ich nicht zu beurteilen. Ich jedenfalls beteiligte mich höchst selten daran, sehr zum Ärger meines Professors, eines Kulturbimmelbahn-Trittbrettfahrers, der mir seine Unterschrift in mein Studienbuch verweigerte. Vielleicht verdroß es ihn, daß es mich in die schlechtbesuchten Klassen der, wie ich sie damals nannte, Dennochzeichner und -maler zog. Und zu den Vorträgen des Gastdozenten Hockney. Bei dem war's am ruhigsten. Er sprach nicht laut, warum auch, es gab kaum Zuhörer. In der Mensa hörte ich den damals schon und heute noch berühmten Maler Allan Jones seinem mittlerweile in der Versenkung verschwundenen Dozentenkollegen Peter Phillips sagen, sabbeln könneten sie hier schon, die Studenten, aber zu blöd, um 'ne Tür zu streichen.

Tatsächlich, auf's Handwerk wurde an bundesdeutschen Hochschulen Ende der Sechziger, Anfang der Siebziger kaum Wert gelegt. Aber Türenstreichen als Teil einer akademischen Aufnahmeprüfung? In Bernsteins Buch der Zeichnerei rät David Hockney (ich angelte mir damals seine Skizzen aus dem Papierkorb) jungen Leuten, die zur Kunstschule gehen wollten ..., was, Sie wollen nicht zur Kunstschule, Sie sind Klempner? (Na, den Klempner, der KONKRET liest, schau ich mir mal an). Okay, Sie sind Klempner. Wann waren Sie das letzte Mal im Museum?... Nein, Bernsteins Buch der Zeichnerei ist natürlich kein Museum. Es ist ein privates Kunst- und Kuriositätenkabinett und gliedert sich in 21 Abteilungen, eine Süßwarenabteilung, eine Fischabteilung, Quatsch! Ein Kapitel ist überschrieben mit POLIZEI UND MYSTIK, ein anderes mit BLD & WRT, das siebzehnte mit Kraut und Rüben; in LEHRE UND SCHULE habe ich Sie ja eben schon ein wenig reinschnuppern lassen. In den offiziellen Museen werden mir immer ganz schnell die Beine schwer. Ging's Ihnen auch so? Bei Bernstein vergessen Sie Ihre Krampfadern. Hunderte komischer Zeichnungen von Gotik bis Frankfurt beleben Bein- und Hirndurchblutung. Und wenn Sie sich mal setzen, dann tun Sie's nicht, weil Sie müde sind, nein, Sie haben einen längeren Text aus einer der vielen Schubladen gezogen, und den braucht man ja nun nicht unbedingt im Stehen zu lesen, den Text eines Zeichners übers Porträtieren beispielsweise:

*..., denn wenn ein Frauenzimmer (und auch zuweilen Mannspersonen) weiß, daß man 's zeichnen will, so will es sich angenehm stellen und verdirbt alles. (Daniel Chodowiecki);*

oder den eines Zeichners über eines Kollegen Geniestreich: *Die Rede wird sein von Schnuffi, Robert Gernhardts Serienfigur aus vielen Jahren »Welt im Spiegel«. (F. W.B.);*

Was müssen wir da von Dürer lesen? ! . . . *hab 1 gulden 3 orth aus kunst gelöst, desselben geld zu zehrung genommen, 4 stüber dem doctor gegeben, hab 3 mal mit Tomaßin gessen, hab 6 stüber verspiehlt. . .*

Und hier, aus der Bildzeitung:

*Beckenbauer: »Er wird das Spiel auf der linken Seite machen. Rechts soll das Schuster tun.« Plötzlich hatte Beckenbauer ein Stück Papier in der Hand – Strichmännchen wurden Fußballer. Geheime Gespräche über die Taktik...*

Interessant, nich?

Licht aus, Projektor an! Bernstein zeigt als Walter Ego seine mit Hilfe der selbstgebastelten Camera Obscura gemachten Urlaubszeichnungen: »Blick auf die Lotzestraße. Ich sag Ihnen, das ist schon was, wenn einem da die kleinen Autos unter der Filzstiftspitze wegwuseln. Ich hab den Straßenverkehr ganz weggelassen – leere Straßen gibt's ja eigentlich gar nicht mehr heutzutage. (...). Was? Autos? Natürlich sind da Autos, die parken da, was denken Sie denn.«

Neidisch? Basteln Sie sich doch auch so'n Ding! Walter Ego verrät Ihnen in Schublade 147, wie's geht. Und wenn Sie kein Bastlerhändchen haben, kaufen Sie sich doch einfach einen Optikaster, einen Zeichenapparat, mittels dessen auch dem Unbegabtesten möglich ist, nach Vorlagen oder der Natur zu zeichnen, haha, so scheißt man Leute an, der Optikaster, haha, von dem weiß Alfred Kubin ein Lied zu singen, hören Sie mal rein! Wer knurrt denn da? Ihr Magen? Gut. dann lassen wir Kubin erstmal, den können Sie später ja immer noch hören, aber bevor wir im Kabinettsbistro einen Happs zu uns nehmen, gönnen Sie sich bitte einen Blick in diese Vitrine: Die Hauptinstrumente Paul Klees, Bleistift und Radiernadeln, vom Meister persönlich getauft auf die schönen Namen Lupus, Füntzhart, Chrüttli, Nero, Judas, Rigoletto und Robert der Teufel. Und hier: F.W. Bernsteins Gesellenstück, eine nach Cennino Cenninis Anweisungen (el modo di saper temperar la penna per disegnare) absolut perfekt geschnittene, zum Zeichnen sich hervorragend eignende Gansfeder. Und dort! Was? Okay, ich komm ja schon.

Zwei Chianti, ein Lerchenzungensalat und zwei Gabeln. Wie? Wer das ist? Der Kellner natürlich! Ach, das haben Sie sich schon selber gedacht. Den Dicken da meinen Sie? Den die Schülergruppe dort abzeichnet? Das ist ein australisches Beuteltier, ein Wombat. Wombats sind die nettesten Tiere der Welt, man kann sie getrost aufnehmen, streicheln, mit ihnen spielen. Wombats waren die Lieblinge der Präraffaeliten, Sie können deren Wombat-Zeichnungen im Eingangsflur bewundern. Ach, der da ist ausgestopft, und den meinten Sie auch gar nicht? Warum sagen Sie's nicht gleich: Der Lange dort neben dem Wombat, das ist der Museumspädagoge Fritz Weigle. Wie? Psst! Er hält einen Vortrag:

»Zeichne nie ein Tier zum Spaß,
tust Du's trotzdem, merk Dir das:
Tiere sind wie Du und ich
spüren jeden schlechten Strich,
Schonzeit ist das ganze Jahr
und die Monate mit Haar.
Alle Tiere sind tabu

bis auf Spatz und Känguruh.
Nur den Molch darfst Du verspotten
und die Olme in den Grotten,
Wiesel, Frettchen, Flamingo,
Löwe, Möwe sowieso,
Adler, Biber, Kabeljau,
Igel, Ferkel, wilde Sau.
Alle die, die stärker sind,
Tiger, Walfisch, Faultier, Rind,
die mit Gift und die, die stinken,
von den Ziegen nur die linken,
die mit Zehen und mit Hufen,
die, die nachts entsetzlich rufen,
die, die als Symbole dienen,
Schweine, Salamander, Bienen,
die, die's nur als Bilder gibt,
solche, die die Paula liebt.
Streng geschützt vor Deinem Strich
sind der Kauz, das Huhn und ich.
Zeichnest Du von uns auch nur
eine Spur von der Kontur,
werden ich und Kauz und Huhn
Dir etwas zu leide tun.«
Was, Sie gehen schon? Ach so, wieder rein, Zeichnungen begucken. Das freut mich.

Bernsteins Buch der Zeichnerei, Haffmans Verlag, Zürich 1989, 543 Seiten, 120,- Mark

Konkret 06/90, S. 70

**Dietrich Kuhlbrodt**

# Vom Segen der Freiheit

**Ein Dokumentarfilm als Kinohit: Michael Moores »Roger and Me« ist auch eine US-amerikanische Antwort auf Alfred (Herrhausen) und wir«**

*Roger* Smith, Big Boss von General Motors, dem größten Konzern unserer Erde. *And Me:* Das ist der Herausforderer Michael Moore, Chef von niemandem und nichts, auch ist »Roger and Me« sein erster Film überhaupt. Frech, unverschämt, listenreich und beharrlich versucht er den lieben langen Dokumentarfilm hindurch, den universellen Repräsentanten der freien Marktwirtschaft mit den Verbrechen eben dieser Wirtschaft, also seiner Wirtschaft, zu konfrontieren, zum Beispiel mit der Wegrationalisierung von 30.000 Arbeitsplätzen in Flint, Michigan, der Urstadt von GM. Doch der Tycoon ist nicht zu sprechen, besonders nicht für einen, »der niemanden repräsentiert«.

Inzwischen repräsentiert »Roger and Me« ein Publikum von zig Millionen, das sich daran weidet, wie Roger Smith, der Goliath, vorgeführt und von der Film-Schleuder zu Boden gestreckt wird. Sicherlich nicht für immer, aber eine Freude war es doch, und die kalte Wut hat ihr Ventil gefunden. Außerdem hat die freie Marktwirtschaft jetzt ein Gesicht, d.h. viele Fratzen, und die sind umso vielsagender, wenn da noch Tünche und Schminke draufliegt, nämlich PR-Manager von General Motors einem erklären, daß der firmeneigene Kapitalismus gut und schön sei. Kurzum, in »Roger and Me« demontiert sich die freie Marktwirtschaft zum allgemeinen Vergnügen von selbst. Regisseur Michael Moore, ein David des Filmmediums, verschafft sich mit seinem dokumentarischen Pamphlet einen Platz im Mainstreamkino – »Roger and Me« wird von dem Großverleih Warner vermarktet – ; auch ist er nun Hoffnungsträger der politischen Dokumentarfilmer, wiewohl er bar jeder Ausbildung »Roger and Me« einfach so gedreht hatte, weil er tun mußte, was er getan hat; immerhin hatte er eine Masse Tips von Kevin Raffertv bekommen. und dessen satirischer politischer Dokumentarfilm »The Atomic Café« war in der Tat das richtige Vorbild.

Wenn »Roger and Me«, der die amerikanische Erfindung der freien Marktwirtschaft so richtig von Herzen madig macht, gleichwohl im freien Westen kommerziell überaus prächtig reüssiert, so liegt das daran, daß Michael Moore, 35, Zweizentnerkind der Arbeiterklasse aus Flint, Michigan, die amerikanischen Mythen, die inzwischen auch die unseren geworden sind, aufs beste (und perfideste) bedient. Erstens fordert einer, der die gute Sache vertritt, den Repräsentanten des Bösen heraus und obsiegt im Showdown. Zweitens sind die Mächte personifiziert und bedürfen daher keiner begrifflichen Vor- und Nachbereitung, sicherlich sehr zum Verdruß aller akademischen und insbesondere europäischen Sinnproduzenten. Drittens ist Michael Moore, der Produzent und Regisseur, mit »Roger and Me« vom Tellerwäscher zu jemandem aufgestiegen, der den größten Manager der gesamten Welt vorführen und zum Gespött der Welt machen kann – mit Erfolg. Und viertens ist die freie Marktwirtschaft mit diesem Film mitnichten abgeschafft, weil eben sie es ist, die diesen Film (vertriebstechnisch) vereinnahmt hat. Ohne Mogul Warner wäre der Film nicht im Kino, und ob Chairman Roger Smith und damit GM die Hände in diesem Medium hat, wäre noch zu prüfen. So fragt sich noch, wer eigentlich zuletzt lacht und für wen Michael Moore seinen nächsten Film machen wird.

Mit »Roger and Me«, dem erfrischend einseitigen, herzlich parteiischen und boshaft unausgewogenen Film, bereitet er jedenfalls all denen große Freude, die von der pluralistischen Heuchelei, der verkommenen Objektivität und der ausgewogenen Impotenz des hiesigen Kultur- und Fernsehbetriebs die Schnauze voll haben. »Roger and Me« ist keine dieser Fernsehdokumentationen, die auf unseren Kanälen immer nur die gleichen Bilder von den ach so traurigen Fassaden Dresdens zeigen, wo der böse Sozialismus die Bürgerhäuser abgebröckelt hat. – Von Sentimentalität, Weinerlichkeit und Betroffenheit aber keine Spur, wenn in Michael Moores Film Fassaden bröckeln. Jetzt sind es Arbeiterhäuser aus Flint, Michigan, die leerstehen und verfallen: Straßenzüge, Stadtviertel. 30.000 Arbeiter waren – 1986 – auf einen Schlag wegrationalisiert worden. Gleich danach räumte der Gerichtsvollzieher die Wohnungen: sie waren von der Sozialhilfe nicht zu bezahlen.

Die Kamera folgt dem Gerichtsvollzieher bei seiner Arbeit, der Exmittierung. Ein verständnisvoller Mensch. Bei der Räumung am Heiligabend ordnet er die schonende Behandlung eines geschmückten Weihnachtsbaumes an, damit die Kinder ihre Freude haben. Ein kleiner Junge guckt in die Kamera. Das wars. Und die Wüste, die dieses kapitalistische Rationalisierungsverbrechen hinterläßt, ist wieder etwas größer geworden. Seht Euch diese Bilder an! Wer hat wann, wo, in dieser Intensität die Spuren einer durchgeplanten, wohlbedachten Umweltkatastrophe gezeigt? Spuren von Hausrat, Müll, von aufgebrochenen Türen und eingeschlagenen Fenstern in den menschenleeren Vierteln von Flint, – eine Endzeit als Resultat marktwirtschaftlicher Kalkulation. »Roger and Me« zitiert Roger Smith's »genialen Plan«, entwickelt aus einer betrieblichen Kosten-/Nutzen-Analyse. Auf einen Tag wurden 11 General-Motors-Fabriken geschlossen und 30.000 Arbeiter auf die Straße gesetzt (seien wir gerecht: der Film zeigt, daß jeder zur Abfindung eine Blume in die Hand gedrückt bekam), weil dem Management die Produktion im Ausland (Mexiko) kostengünstiger erschien und weil außerdem das zusätzlich erwirtschaftete Geld in Zukunftstechnologien wie SDI investiert werden sollte.

Der Segen der freien Marktwirtschaft ist der Unsegen von 30.000 Familien, die unfrei geworden sind. Michael Moore sammelt Bilder, Dokumente einer Katastrophe, die das Fernsehen nur zeigen würde, wenn die Verursacher anonym blieben wie beispielsweise das Erdbeben, die Überschwemmung und der Waldbrand bei Ajaccio. Moore, und das macht ihn sympathisch, zeigt seine Gefühle, seine Empörung und die kalte Wut. Flint ist seine Heimatstadt, seine Familie arbeitete schon in der dritten Generation für GM. Die Marktwirtschaftskatastrophe kommt ihm so nah, daß für den Blick von außen, fürs Durchreflektieren und dergleichen beschauliche Arbeit weder Platz noch Zeit ist. Er will nichts weiter, als Big Boss Roger nach Flint bringen, damit der sieht, was er angerichtet hat. Zu fassen bekommt er einen PR-Mann von General Motors. Mit vielen schönen Worten bekundet dieser ihm Unverständnis: »Wir sind ein profitorientiertes Unternehmen«, und Roger Smith in Flint: was für Profit würde das bedeuten? Keinen, eben. (Im übrigen meldet der Film zum Schluß, daß nach dem Interview auch die Stelle des PR-Mannes wegrationalisiert wurde).

»Roger and Me« kommt zur rechten Zeit. In einer Zeit, in der das vormals sozialistische Lager den schönen Traum von der Freiheit der freien Marktwirtschaft zu träumen beginnt, liefert Moores Film das Gegenbild: Dokumente eines bösen Erwachens. Denn unseren Brüdern & Schwestern steht profitorientierte Ruinierung ins Haus. Warte, warte nur ein Weilchen, dann wird aber heftig gekappt, gehackt und rationalisiert werden. Wie die vielen Flints in der ex-DDR aussehen werden, davon kann sich jeder unschwer ein Bild machen, der sich die marktwirtschaftlichen Ruinen von »Roger and Me« ansieht.

Wer in diesem Film General Motors (moralisch) in die Knie zwingt, ist ein Einzelkämpfer, ein Held, der sich der Sache Wehrloser und Entrechteter angenommen hat. Ein sehr realer Batman, dem keiner die Verantwortung abnimmt. Weder gibt es Massen, die sich gegen GM erheben, noch gibt es eine irgendwie geartete Organisation, gar Bewegung, der man sich anschließen könnte. »Roger and Me« braucht weitere Helden, die vor Thronen aufmucken möchten. Die Gewerkschaft zum Beispiel, und das ist alarmierend genug, ließ die 30.000 Arbeiter schlichtweg im Stich. Die Filmmontage bringt das sehr schön auf den Punkt. Auf einer Art Karnevalsumzug (»The Big Parade«) wird des großen Sitzstreiks von 1937, an dem ein Onkel des Filmemachers beteiligt war, zwar gedacht, aber er ist zur Folklore verkommen. Der Streik-Wagen folgt dem des Gouverneurs und dem der städtischen Schönheitskönigin. 1937 war die erste Industriegewerkschaft der USA erstreikt worden, heute fährt der erste Gewerkschaftsfunktionär in einem überlangen GM-Wagen vor und erklärt dem Interviewer Michael Moore: »Nein, heute doch kein Sitzstreik! Die Zeiten haben sich geändert«. Der Kommentar wird einem Passanten überlassen: »Der Gewerkschaftsbonze, ein Freund des Managements von GM«.

Irgend ein Verhalten oder irgendeine Regung, die man als solidarisch begreifen könnte, wird in diesem Film nicht registriert. Wenn dies die gesellschaftliche Wahrheit sein sollte, dann wird das Vakuum von Unbedarftheit und Verkommenheit gefüllt. Im alltäglichen Nahbereich, in dem sich der Film bewegt, herrschen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Klassendünkel, Brutalität, Erbarmungslosigkeit und der allerschleimigste Nationalismus (»I am proud to be an American«, schnulzt Pat Boone live). In Moores Dokumentation werden die, die ihre Sprüche ablassen, lächerlich. Die Montage macht den belehrenden Kommentar überflüssig. Es darf gelacht werden. Und selbstredend könnte man auch bei uns einen ähnlichen Katalog von Bösartigkeiten aufstellen, dann auf ans Werk, aber bitte so parteilich wie Regisseur Moore. Denn auf die zynischen Worte, die das Establishment für die 30.000 Arbeitslosen übrig hat, folgen zynische Taten. Wenn Reagan, zu Besuch in Flint, zum Pizzaessen einlädt (galt für 15 von 30.000), ist es logisch, daß die Restaurantkasse geklaut wird. Wenn Anita Bryant, die singende Reaktionärin, empfiehlt: »Be positive«, provoziert sie einen negativen Straßenraub. Wenn auf der Gardenparty des Gouverneurs den Arbeitslosen auf den Weg gegeben wird: »Früh aufstehen ! Arbeit suchen! «, dann antwortet Rhoda Britton mit der normalen Brutalität der Sozialhilfeempfängerin, indem sie zur Verbesserung der Stütze in ihrem Heim eine Kaninchen- und Hasenschlachterei einrichtet. »Ich hab nur zehn Käfige«, sagt sie angesichts der zusammengepferchten Tiere in die Kamera, »jetzt fressen sie sich gegenseitig die Eier ab«, dann streichelt sie dem Tier, das sie liebevoll im Arm hält, über den Pelz und zieht ihn ihm über den Kopf, während sie das Interview fortsetzt.

In der amerikanischen Filmpresse sind in diesem Wust grade eben 2 (zwei) Ungenauigkeiten ausgemacht worden – Marginalien, und man kann sich denken, daß GM Argusaugen gehabt hat. Die mit viel Publizität kolportierten Einwände (»Reagan war noch nicht Präsident, nur Kandidat« u. dergl.) sind Korinthenkackerei. »Roger and Me« braucht nicht Beckmesser, sondern Nachahmer; das Phänomen »Roger« ist universell und damit auch deutsch. Da die hiesige Lösung, einen deutschen *Roger* nötigenfalls hinzurichten, nicht zum Publikumshit geworden ist, verspräche eventuell ein Versuch mit der Moore-Methode des *and Me* Erfolg – jedenfalls im Kino.

Konkret 06/90, S. 72

**Georg Seeßlen**

# Echt sozialdemokratisches Kino

**Costa-Gavras' neuer Film »Music Box« nimmt dem Zuschauer nicht bloß das Denken, sondern auch das Sehen und Fühlen ab**

Früher war noch fast jeder neue Film von Costa-Gavras ausreichend, eine mehr oder minder erregte, mehr oder minder tiefschürfende Diskussion über das Verhältnis von politischer Aufklärung und Genrekino auszulösen. Ja, früher! Heute funktioniert schon dieses Genrekino nicht mehr wirklich, und was die politische Aufklärung anbelangt, so hat sie sich im medialen Supermarkt unserer Sinnindustrie die Gestalt pädagogischer Mürrischkeit gegeben: am sichersten verschanzt sie sich hinter der eigenen Erfolglosigkeit.

Costa-Gavras hat häufig den politischen Skandal, die Gewalt und die Korruption, die sie erzeugt, und die von ihr erzeugt wird, in die Form eines Films der Investigationsgenres gefaßt. Das dreht sich gewissermaßen von selbst: der politische Skandal ist das Verbrechen und die Helden Detektive in eigener Sache, und, wie nach dem Muster der Investigationsgenres ist mit dem Erfolg von Nachforschung, Erinnerung, Entdeckung schließlich das ursprüngliche Problem, individuell und sozial, »gelöst«.

Genrefilme sind dazu da, Probleme zu »lösen«, sie werden in bestimmten Erzählformen, in bestimmten Typen und in bestimmten Mythen aufgehoben. Genrefilme sind dazu da, uns erst ein wenig aufzuregen, um uns dann wieder zu beruhigen. Genrefilme wecken die Revolutionäre und Monstren in uns, um sie vom Spießer in uns bezwingen zu lassen. Genrefilme »sprechen« nicht in dem, was sie erzählen, sondern in dem, wie sie es erzählen; sie sind nicht mit ihrem »Inhalt« identisch, dem man bloß eine »Form« geben muß, sondern sie bilden eine semiologische Struktur, auf der noch stets die Verhältnisse zwischen Mensch und Gesellschaft, zwischen Körper und Macht, zwischen Leben und Geschichte behandelt werden. Der Genrefilm will, daß wir mit den Verhältnissen leben können. Der Genrefilm ist also nicht ein Film, der etwa von Politik absähe, sondern einer, der auf besondere Weise von ihr erzählt, auf eine Weise, die einer »Verabredung« zwischen der Filmindustrie und den Zuschauern entstammt. Der Genrefilm ist skeptisch gegenüber der Zentralmacht, er »versteht« unsere Ausbrüche und noch besser unsere Feigheit. Der Genrefilm spricht stets dort am wahrsten, wo er nicht redet, und umgekehrt (weshalb europäische Kritiker dazu neigen, idiotische Traktate über die »Aussage« von Genrefilmen zu verfassen). Ein Genrefilm wird weder gelesen noch gesehen oder gar gedacht, er wird geglaubt. Er »denkt« sich in uns durch seine Körperlichkeit. Er stürzt uns in Angst und Lust, er mag uns schockieren, er wiegt uns im Mythos wie die Mutter das vor Einsamkeit und Begierde schreiende Kind. Aber er macht uns nicht denken.

So kann ein Genrefilm politisches Denken nicht vermitteln, wohl aber ist er ein wirkungsvolles Mittel für Propaganda. Wir stürzen in ein emotionales Schlammloch und genießen es, daß das, was wir sehen und fühlen, ganz und gar »richtig« ist. Costa-Gavras, das ist zunächst mal kein Vergehen, bloß ein bißchen langweilig, ist sozusagen der Propagandist der richtigen Sache, ein Propagandist der Menschenrechte, wenn man ihm schmeicheln wollte.

Will ich aber nicht. Denn ein Film wie »Music Box« zeigt zu sehr das Dilemma politischen Moralismus als Form des Entertainment: Wie auch immer verpackte Aufklärung produziert geradezu mechanisch die Lüge dieser Verpackung, und dieses linksliberale Infotainment ist eine indirekte Bestätigung der Angst des Kleinbürgers, Aufklärung sei für sich zu »wenig«, würde nicht von jener Klasse angenommen, der er sich, unbehaglicherweise hier und da, überlegen fühlt. So wird der linke Kleinbürger zum Liebhaber von Propaganda; nur in ihr fühlt er sich dem ihm entfremdeten pädagogischen Objekt, dem mythischen Arbeiter, dem eigenen Kind, allen, die noch nicht so viel wissen wie er, verbunden und wahrt zugleich die Distanz. Da das richtige zu denken nicht ist, soll wenigstens das richtige geglaubt und gefühlt werden. So wird also nicht das Genre zur politischen Aufklärung, sondern die politische Aufklärung wird zum Genre. Der »Politthriller« entwickelte sich als Bastard-Genre, mit sehr unterschiedlichen Modellen. Bei Francesco Rosi, dem Vertreter des italienischen Cinema di dinuncia, entstehen aus der Konstruktion des Plots Fragen, Costa-Gavras schreit in seinen Filmen so laute Antworten heraus, daß man bald die Fragen vergessen hat. Er folgt dem Genrekino so gewissenhaft, daß er am Ende uns stets die (Er-)Lösung garantiert.

Seit dieses Genrekino, aus ökonomischen so sehr wie aus semiologischen Gründen, nicht mehr recht funktioniert, funktionieren auch die mythischen Erlösungsmechanismen nicht mehr so recht. Das Kino ist finsterer geworden, und noch das billigste Trash Movie gefällt sich im offenen Ende. Insofern verhält sich Costa-Gavras auf doppelte Weise reaktionär: Er behauptet das Funktionieren der Genres, die er für seine Propaganda benutzt, das courtroom-drama, die Familiengeschichte, die Investigation, und er verspricht eine Lösung, ein Ende für eine Sache, die nicht beendet sein darf.

Der Plot ist einigermaßen einfach: Armin Müller-Stahl ist ein ungarischer Immigrant in den USA, ein Arbeiter, der eine kleine glückliche Familie hat. Jessica Lange als seine Tochter ist eine erfolgreiche Rechtsanwältin. Eines Tages gerät er aufgrund von Dokumenten in den Verdacht, während des Krieges der ungarischen SS-Organisation der »Pfeilkreuzler« angehört zu haben und in dieser Funktion sadistische Verbrechen an Häftlingen begangen zu haben. Drei oder vier Blicke in die Gesichter der Protagonisten genügen, um zu wissen, was nun weiter geschehen wird: die Tochter wird zur

Verteidigerin des Vaters, in ihr wachsen hier und da Zweifel an der Wahrheit seiner Unschuldsbeteuerungen, doch ihre Liebe zu ihm wie ihre brillante Arbeit im Gerichtssaal und außerhalb drängen das in den Hintergrund, sie scheint schließlich die Unschuld ihres Vaters nachgewiesen zu haben, da fallen ihr – in der Spieluhr des Titels – Fotos in die Hände, die seine Schuld belegen. Sie liefert ihn schließlich den Behörden aus, und im Schlußbild sitzt sie auf einer Terrasse, den Blick aufs Meer, bei ihrem Kind, dem sie wohl nun die »Wahrheit« über den geliebten Großvater erzählt.

Das Drehbuch gibt diesem Plot noch die eine oder andere Wendung, begnügt sich aber mit ein paar signifikanten Umdrehungen der Genreregeln: die Perspektive der Erzählung legt sich sozusagen zu ihrer Moral quer. Das hat aber wohl nicht ganz den beabsichtigten Effekt des Bruches. Vielmehr verstärkt sich der Eindruck, daß es um die Art des Verbrechens und seine historische Dimension gar nicht in erster Linie geht. Immerhin verzahnt Costa-Gavras seine beiden Diskurse von Moral und Liebe durch die Beobachtungen von Kleinigkeiten: wie dieser Mike Laszlo seine Familie als Verdrängungsinstanz mißbraucht, wie er die »Stooges« im Fernsehen genießt, als moderne, amerikanische Variante der Grausamkeit, wie seine Tochter wirklich arbeitet an diesem Fall, daß es ihr auch körperlich anzumerken ist, überhaupt: wie angegriffen und erschöpft Menschen sein können, von denen mehr verlangt wird, als sie eigentlich leisten können – das zeigt das Bemühen, die Genre-Klischees in konkrete Menschen zu verwandeln. Gelingen kann das nicht, weil der Regisseur uns, die Zuschauer, für zu blöd und die Welt für zu deutlich hält. Die leichte Verstörung, die von der absoluten Unbeirrbarkeit des Angeklagten ausgeht, der offensichtlich damit, Amerikaner und Familienvater geworden zu sein, alle Schuld abgetragen haben will, wird durch das Überreagieren der Tochter zurückgenommen. Ihr ist die mythische Aufgabe der Erlösung im Genre-Film zuteil geworden; in ihrer Passion und ihrem schlußendlichen Opfer (das Böse muß bestraft werden, weil es, wie der Staatsanwalt das formuliert, nicht um die Schuld dieses Mannes geht, sondern um die Erinnerung, aber in Wirklichkeit geht es eben doch, wie der Film vielleicht gegen seine Absicht, wer weiß, das in seiner Konstruktion formuliert darum, den Schuldigen dingfest zu machen, damit es Ruhe gibt) nimmt sie mir, dem gutwilligen Zuschauer, zum Schluß nicht bloß das Denken, sondern sogar das Sehen und das Fühlen ab.

Anders gesagt: der Film bietet als Verdrängungsstrategie die Verwandlung von konkretem Geschehen in symbolische Handlungen. In Budapest starrt Jessica Lange grüblerisch in die braune Brühe der Donau; da hat sie – bei dem Wetter – auch noch eine Sonnenbrille auf. Die Dechiffrierung solch einigermaßen dummen Metaphern ist leicht mit Aufklärung zu verwechseln, während wir uns zur gleichen Zeit nach den Regeln der Investigationsgenres versichern lassen, daß die Welt immer genau die tatkräftigen Menschen hervorbringt, die sie zu ihrer Heilung benötigt. Der schmerzhafte Prozeß des Erinnerns ist in diesem Film nur Story, sein Kern dagegen ist die fraglose Harmonie. Die Rechtsanwältin geht am Ende vor wie Sherlock Holmes: sie überführt den Verbrecher, liefert ihn den Justizbehörden aus, um einen Zustand der Unschuld zu erzielen – und sie hat nichts verstanden. Sie ist die Verdoppelung des Regisseurs, der die gleiche Bewegung von angestrengter Ignoranz zur selbstgerechten Pose vollführt.

Daß auf der Ebene des Whodunit schließlich die Ungereimtheiten überhand nehmen, zeigt nur, daß Costa-Gavras und Drehbuchautor Joe Eszterhas auch die Genres nicht ernst nehmen, die sie benutzen. Die Moral ist eine Ausrede für die Story, die Story ist eine Ausrede für die Bilder, die Bilder sind eine Ausrede für die Moral. Die Moral ist eine Ausrede für Propaganda. Die Propaganda ist eine Ausrede für Erfolg. Der Erfolg ist eine Ausrede für die Moral. Das nenne ich echt sozialdemokratisches Kino.

Konkret 06/90, S. 74

**Hermann L. Gremliza**

# Gremlizas express

Als ich im Januar schrieb, mit einem mittleren Kredit im Gepäck ließen sich demnächst jene polnischen Offiziere finden, die gestehen, den Überfall auf den Sender Gleiwitz kommandiert zu haben, wurde gelacht. Jetzt weiß ich noch was Lustigeres: Gegen ein Zeilengeld von DM 2,00 wird die »Frankfurter Allgemeine« einen stellvertretenden Vorsitzenden des sowjetischen PEN-Clubs finden, der in einer »internationalen Gastkolumne« schreiben wird:

*Damit irgendwann einmal ein heilsames Vergessen eintreten kann, müssen erst einmal die Russen sagen, die Deutschen seien im Krieg Menschen gewesen und die Russen Tiere.*

Hat ihn schon gefunden, die »FAZ«, den Anatoli Streljanyi, am 9. Mai 1990. Wenn das Angebot steigt und die Nachfrage sinkt, fallen die Preise, sagt Marx. Ob die Entschuldigung der Roten Armee für ihre Hungerblockade Leningrads in einem halben Jahr noch etwas bringt? Die Anbieter seien gewarnt: Das Zeilengeld von der »TAZ« reicht nicht mal für den Eintritt zum Zoo.

Richard von Weizsäcker, die Maria Helbig der progressiven Überbauarbeiter, also sozusagen der Poliere des Fortschritts, war auf Tournee in Polen, wo er seine Strophe des vierten Deutschlandlieds vorstellte:

*Wenn Deutsche und Polen eine gemeinsame Zukunft finden wollen, so wird dies nur in ehrlicher Erinnerung an die Vergangenheit gelingen.*

Hat er das nicht schön begonnen? Endlich ein deutscher Präsident, der nicht um die Katze herumredet wie heißer Brei, sondern die Polen ehrlich an die Vergangenheit erinnert und gleich dazusagt, daß aus ihrer Zukunft nichts werden kann, wenn sie sich seinem Beispiel nicht anschließen. Denn, fuhr er fort,

*für ungezählte Deutsche hat es ein unmenschliches Schicksal gegeben, als sie aus ihrer angestammten und geliebten Heimat vertrieben wurden. Sie wurden gewaltsam entwurzelt, viele verloren das Leben, und die Wunden heilen nur langsam. Wir können in der Geschichte unserer beiden Völker nichts miteinander vergleichen, nichts gegeneinander aufrechnen.*

Anders gesagt, liebe Pollacken: Es war Schicksal, das es gegeben hat, und bloß weil Ihr Eure Toten gezählt habt, unsere Entwurzelten aber ungezählt sind, könnt Ihr doch jetzt nichts vergleichen und berechnen wollen. Kurzum: Ihr kriegt nichts. Ich war schließlich schon einmal hier, und da habt Ihr sogar auf mich geschossen – ohne Rücksicht auf meine schnieke Leutnantsuniform. Wenn also schon gerechnet werden soll, dann muß minus mal minus gleich plus bleiben:

*Vor einem Vierteljahrhundert sagten die polnischen Bischöfe am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils »Wir vergeben und bitten um Vergebung.« Das ist die befreiende Kraft des Geistes und der Wahrheit... Deshalb bin ich für die Worte des Verständnisses, die auf polnischer Seite dem Leid von Deutschen gewidmet worden sind, herzlich dankbar.*

Und weil Ihr Euch nun lange und brav genug für den Überfall des Schicksals entschuldigt habt, will auch ich nicht so sein:

*Die heutige Westgrenze Polens bleibt unangetastet.*

Was, da staunt Ihr? Das hättet Ihr nicht erwartet. Ist mir auch nicht leicht gefallen. Aber bitte keine falschen Schlüsse:

*Wir Deutschen sagen dies nicht, um menschlich erlittenes Unrecht zu legitimieren, wir sagen es in bleibender Verbundenheit mit dem schweren Los unserer Landsleute, die Haus und Hof, Dorf und Heimat verloren haben,*

von Partei und Reich, Dienstpersonal und Arbeitsplätzen an den Gasöfen nicht zu reden. Dennoch, wie bereits mehrfach gesagt, vergeben wir Euch. Ehrlich, Ihr dürft Eure Grenze behalten. Wir sind nämlich zu der befreienden Kraft der Wahrheit gekommen, daß es

*zwischen Polen und Deutschen, wie in ganz Europa, nicht um das Ziel geht, Grenzen anzuerkennen, damit sie uns besser gegeneinander abgrenzen. Ganz im Gegenteil. Sie sollen ihren trennenden Charakter verlieren,*

damit wir bei Euch mit Mark und Maus einziehen können, ohne daß Ihr vorher einen deutschen Rundfunksender überfallen müßt. Ja der Richard von Weizsäcker ist ein großer Meister des Vergebens und Vernehmens, und nichts erkennt er, tätige Reue der Undeutschen vorausgesetzt, lieber an als Grenzen, die keine mehr sind:

*Aus Grenzen sollen Brücken werden. Wir wollen nicht die Berliner Mauer abreißen, um sie an Oder und Neiße neu aufzubauen. Und wir bitten auch Sie, den Gedanken der offenen Grenze zu fördern.*

Nicht wie in Berlin gestern soll es morgen an Oder und Neiße sein, sondern so wie in Berlin morgen und an Oder und Neiße vorgestern, als ein Leutnant unkontrolliert über die Brücke kam. Damals freilich noch nicht auf dem Weg der Vergebung.

Der Satz des Jahres 1990 heißt:

*Deutschland muß Rücksicht auf die Sorgen seiner Nachbarn nehmen.*

Gesagt oder geschrieben haben ihn alle: Kohl, Vogel, Brandt, Lambsdorff, die »Frankfurter Allgemeine«, die »Frankfurter Rundschau«, die »Süddeutsche«, der »Spiegel«, der »Stern«. Keiner verstand ihn als Ankündigung, der eine Beschreibung dessen folgen müßte, was die Deutschen deshalb zu tun oder zu unterlassen hätten. Der Satz ist vielmehr Ankündigung und Resümee zugleich, wer ihn nur ausspricht, hat damit nicht nur gezeigt, daß er gewillt ist, auf die Sorgen der Nachbarn Rücksicht zu nehmen, sondern er hat, indem er den Satz sprach, die verlangte Rücksicht bereits genommen. Und noch in Jahren werden sie zum Beweis, daß sie damals Rücksicht genommen haben, mit dem Nachweis aufwarten, sie hätten mehrfach wörtlich gesagt, Deutschland müsse Rücksicht auf die Sorgen seiner Nachbarn nehmen, und es sei im Protokoll nachzulesen:

*Soll die Metropole Hauptstadt werden? Berlin oder Bonn. Deutschland muß Rücksicht auf die Sorgen seiner Nachbarn nehmen.*

Von Marion Gräfin Dönhoff. Sie nimmt Rücksicht:

*Der Entschluß, Berlin zur Hauptstadt zu machen, würde ein falsches Signal setzen... Auch würde es fraglos den anderen Europäern Sorge einflößen.*

Das Signal nämlich – aber das hatten wir schon. Und was tut man dagegen? Man erklärt ihnen, daß sie von ihren Sorgen keine Ahnung haben:

*Für sie alle steht Berlin fälschlicherweise für preußischen Militarismus, deutschen Größenwahn, autoritären Zentralismus, für Pickelhaube und Kommißstiefel. Fälschlicherweise, denn die Identifizierung von Preußen und Nationalsozialismus ist unzutreffend.. Schließlich stimmt es auch nicht, daß die Bevölkerung Berlins so besonders begeisterte Nazis waren.*

Was waren die Bevölkerung dann?

*Bei der letzten freien Wahl im März 1932 erzielte die NSDAP nur 22 Prozent der Stimmen ... Es ist merkwürdig, daß man auch in aufgeklärten Zeiten falsche Geschichtsbilder verbreiten und verfestigen kann. Offensichtlich ist es eben so, daß nicht die Fakten der Geschichte das Entscheidende sind, sondern die Vorstellung, die sich die Menschen von den Fakten machen. Darum muß man Vorurteile sehr ernst nehmen und sich immer wieder bemühen, sie auszuräumen.*

Nachdem Frau Dönhoff etwas Geschichtsunterricht gegeben und die Sorgen der Nachbarn als Vorurteile überführt hat, die man zwar auch sehr ernst nehmen, aber ausräumen müsse, macht sie einen Vorschlag zur Güte:

*Zwischen den beiden Weltkriegen war Berlin die kosmopolitische Hauptstadt Europas. Auch heute könnte die Stadt mit ihren 180 wissenschaftlichen Instituten, den Theatern, Museen, der Oper und einem äußerst kompetenten Publikum wieder als Weltstadt weit über die Grenzen hinaus wirken. Den nationalen Aspekten wäre Genüge getan, wenn der Bundespräsident nach Berlin übersiedelte...*

Nun könnte es ja sein, daß der Eindruck, den die Aufklärerin mit dem Hurra auf die kosmopolitische Welthauptstadt und der Kontrastierung von 22 Prozent Nazis mit 2 Promille äußerst kompetenten Pavarotti-Fans auf die besorgten Nachbarn macht, deren Vorurteil eher bestätigt als ausräumt. Deshalb:

*Laßt uns Bonn als effiziente administrative Hauptstadt behalten... und Berlin zum geistig-künstlerischen Kulturzentrum machen. Doch wie immer die Entscheidung fallen sollte, wichtig ist, daß sie bald getroffen wird, sonst ergreifen Spekulanten die Macht in Berlin.*

Hat davor nicht schon mal einer gewarnt? Sollten die Sorgen der Nachbarn aus dem Vorurteil erwachsen, daß in Deutschland die Lösung der nationalen Frage stets mit der Bekämpfung von Spekulanten beginnt? Dann stellte sich am Ende heraus, daß Rücksicht auf die Sorgen der Nachbarn nur dadurch zu nehmen wäre, daß die nichts mehr zu sagen hätten, die sagen, Deutschland müsse Rücksicht auf die Sorgen seiner Nachbarn nehmen.